Neue Soziale Bewegungen

FORSCHUNGSJOURNAL

RECHTSRADIKALE ZIVILGESELLSCHAFT?

Neonazis besetzen das Ehrenamt

Heft 4 – Dezember 2008 € 14,- LUCIUS & LUCIUS

Editorial

3 Rechtsradikale Zivilgesellschaft?
Neonazis besetzen das Ehrenamt

Aktuelle Analyse

6 *Bernd Wagner*
Neuer Rechtsextremismus und ‚kulturelle Subversion'

Themenschwerpunkt

17 *Simon Teune*
Rechtsradikale Zivilgesellschaft – contradictio in adjecto?

23 *Dierk Borstel*
Engagement als Strategie –
Was will der nette Nazi von nebenan?

29 *Gudrun Heinrich*
Die NPD als Bewegungspartei

39 *Benno Hafeneger/Reiner Becker*
Die extreme Rechte als dörfliches Alltags-Phänomen
Das Beispiel Hessen

45 *Benjamin Fischer/Tatiana Volkmann*
Anerkennung durch kommunales Engagement?
Rechtsextremismus in Ueckermünde

52 *Carl Chung*
Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft in Berlin

58 *Claudia Luzar*
Strategien gegen Rechtsextremismus – eine Lehrformel?

63 *Andreas Umland*
Rechtsextremes Engagement jenseits von Parteien
Vorkriegsdeutschland und Russland im Vergleich

Sonderschwerpunkt Demokratietheorie: Iris Marion Young 1949-2006

68 *Peter Niesen*
Gerechtigkeit, Inklusion, Demokratie:
Motive aus dem Werk von Iris Young

75 *Sandra Seubert*
Kampf um Verschiedenheit
Unzivile Potentiale einer Politik der Differenz

82 *Elisabeth Conradi*
Inklusion in demokratische Debatten –
von der sozialen zur politischen Praxis

88 *Regina Kreide*
Gibt es eine gerechte Weise, ein T-Shirt zu produzieren?
Verantwortung und globale Gerechtigkeit bei Iris Marion Young

97 *Ina Kerner*
Der Körper als Provokation
Iris Marion Youngs Texte über somatische Erfahrungen, Theorie und Politik

Pulsschlag

102 *Fabian Virchow*
‚Embedded Racism' – Strategien der sozialen Verankerung bei NPD und BNP

108 *Alexander Häusler/Jan Schedler*
Antiislamischer Populismus –
ein rechter Erfolgsschlager?

115 *Roland Roth*
Ideen für eine Bundesstiftung zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention

122 *Timo Reinfrank*
Ermutigen. Beraten. Fördern.
10 Jahre Amadeu Antonio Stiftung

128 *Judith Polterauer/Bernadette Hellmann*
Bürgerstiftungsbewegung in Deutschland: Etablierung und Potential

134 *Tolga Yasmut/Jan Rohwerder*
‚Europe energised – will lights go out in 2050?'
Das Europäische Wissenschaftsparlament 2008

Treibgut

140 Materialien, Notizen, Hinweise

Literatur

146 Moderner Rechtsextremismus – Demokratiedefizite im Gemeinwesen
Ludger Klein, Frankfurt a.M./St. Augustin

150 EU-Osterweiterung und Rechtsradikalismus
Jochen Roose, Berlin

153 Jeffrey Alexander, Solidarität und die ‚Civil Sphere'
Albrecht Lüter, Berlin

159 Ashis Nandy: Der Klassiker des Postkolonialismus erstmals in deutscher Übersetzung
Jens Kastner, Wien

161 Subversion – ‚glauben, dass es funktioniert'
Andrea Pabst, Berlin

163 Aktuelle Bibliographie

167 Abstracts

173 Impressum

Rechtsradikale Zivilgesellschaft? Neonazis besetzen das Ehrenamt

Jede Woche finden in der Bundesrepublik mehrere Demonstrationen von Rechtsradikalen statt. Darunter ist kaum eine, die keine Proteste auf sich zöge. Solche Gegendemonstrationen werden nicht selten von Menschen aus allen politischen Lagern getragen, häufig sind sie zahlenmäßig größer als die der Rechten. Sympathiebekundungen für die rechten Demonstranten haben in solchen Situationen Seltenheitswert. Auf der Straße sind die Fronten eindeutig: hier die Toleranten, Demokraten und Antifaschisten, dort die Verfassungsfeinde, Gewalttäter und Ewiggestrigen. Was passiert aber, wenn sich der Fußballtrainer als Mitglied einer Kameradschaft erweist, wenn die Tanzgruppe auf dem Volksfest die Zuschauer als Volksgenossen begrüßt oder wenn in der Bürgerinitiative Gentechnik als Massenvernichtungsmittel der Globalisierer bezeichnet wird? In solchen Alltagssituationen sind die Reaktionen gegenüber Rechtsradikalen deutlich verhaltener. Mancherorts wird das Engagement von Rechten in Vereinen, Elternräten und Bürgerinitiativen toleriert, ihre Positionen bleiben unwidersprochen.

Das Verbot rechtsradikaler Organisationen und die weitgehende Ächtung rechter Gewalt haben in der Szene zu einem Strategiewechsel geführt. NPD-Kader und Kameradschaften üben sich in Graswurzelarbeit. Sie nehmen kommunale Themen auf, bieten Jugendlichen Freizeitangebote und bringen sich in lokale Gemeinschaften ein. Aber ist das Engagement von Rechtsradikalen per se rechtsradikales Engagement? Durchaus – denn es geschieht, um Einfluss auf Diskussionen und Stimmungen zu nehmen. Die ehrenamtliche Arbeit hat – genau wie die ostentative öffentliche Präsenz auf Plätzen, vor Schulen und in Veranstaltungen – den Sinn, die Wahrnehmung im Alltag zu verschieben, rechte Deutungsmuster zu etablieren und menschenfeindliche Positionen als akzeptabel vorzustellen. Das Engagement ist aber nicht bloße Strategie, sondern es ist auch eine Vorwegnahme der volksgemeinschaftlichen Utopie – nach innen sorgt eine homogene Gruppe füreinander, nach außen tritt sie aggressiv für die Aufrechterhaltung der Homogenität und für ihre Interessen ein.

Der Schwerpunkt dieses Heftes greift diese Entwicklung auf. Angesichts der Neuorientierung in der rechtsradikalen Szene und angesichts von Gleichgültigkeit oder Hilflosigkeit in den betroffenen Kommunen scheint ein Perspektivwechsel angebracht. Anstatt das Problem ausschließlich in rechtsradikalen Organisationen zu verorten, anstatt Rechtsradikalismus auf Devianz zu verkürzen, muss man die organisatorische und kulturelle Verankerung von Rechtsradikalismus in den Blick nehmen. Das Phänomen kommt nicht nur an den Rändern vor, wie der Begriff Extremismus suggeriert, sondern es betrifft den Kern des gesellschaftlichen Lebens. Es ist nicht ein Problem polizeilicher oder geheimdienstlicher Regulierung und es geht nicht nur um die Tätigkeiten einer abgrenzbaren Gruppe von Nazis. Rassismus, Homophobie, Antisemitismus, Antiamerikanismus und Nationalismus sind mehrheitsfähig, in Teilen der Republik gar hegemonial. Dort ist die Sphäre der Zivilgesellschaft, deren Versprechen Demokratisierung, Pluralismus und Integration war, rechtsradikal durchsetzt. Menschen, die pluralistische und demokratische Vorstellungen vertreten und gegen die rechte Alltagskultur opponieren, finden sich dort häufig in einer Minderheitsposition. Nicht selten sind sie Angriffen ausgesetzt – nicht nur von Seiten der Rechtsradikalen, sondern auch aus den Reihen der Normalbürger, für die die Benennung des Problems der Skandal ist und nicht die Ausweitung von No-Go-Areas für Menschen, die nicht ins Muster passen.

Dieses Heft versammelt Beiträge, die die Entwicklung eines sozial eingebetteten Rechtsradikalismus nachvollziehen und deuten. Im

ersten Beitrag diskutiert *Simon Teune* Sinn und Unsinn des Oxymorons ‚rechtsradikale Zivilgesellschaft'. Er geht davon aus, dass die Formulierung nur insofern Sinn macht, als sie den Blick auf die Entwicklung des Rechtsradikalismus schärft und Grenzen des Konzeptes Zivilgesellschaft aufzeigt. *Dierk Borstel* schließt mit einem Beitrag an, der die Entwicklung von rechtsradikalem Engagement nachzeichnet und dieses als Erfolgsrezept für politische Terraingewinne identifiziert. Auch wenn Anspruch und Wirklichkeit in der radikalen Rechten weit auseinander gehen, können sie doch in einigen Regionen dramatische Erfolge vorweisen.

Das Zusammenspiel von NPD und freien Kameradschaften untersucht *Gudrun Heinrich*. Sie zeigt auf, inwieweit die NPD als ‚Bewegungspartei' begriffen werden kann, die sich als Teil einer sozialen Bewegung versteht und den freien Kameradschaften Dank der Wahlerfolge in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern materielle und diskursive Unterstützung für ihre kommunalen Initiativen bieten kann.

Die drei darauf folgenden Beiträge untersuchen das Problem eines rechtsradikal durchsetzten Alltags im ländlichen, kleinstädtischen und im urbanen Raum. So zeigen *Benno Hafeneger* und *Rainer Becker* für das ländliche Hessen, dass Rechtsradikale in den eigenen Gemeinden nur selten Widerspruch zu erwarten haben, wenn sie als Nachbarn, Angehörige oder Vereinsmitglieder in ein enges soziales Netz eingebunden sind. Auch *Benjamin Fischer* und *Tatjana Volkmann* verweisen auf das Erfolgspotenzial von Rechtsradikalen, die sich als Teil der örtlichen Gemeinschaft zu präsentieren verstehen. In Ueckermünde besetzt der dortige NPD-Landtagsabgeordnete Themen, die die Stadtbewohner bewegen und kann auf die positiv wahrgenommenen Initiativen zweier Kameradschaften aufbauen.

Rechtsradikal dominierte Räume gibt es aber auch in multikulturellen Großstädten, wie *Carl Chung* zeigt. Für Berlin weist er Ballungsräume nach, in denen rechte Parteien Erfolg haben und Formen der Diskriminierung bis hin zur Gewalt Teil der Alltagskultur sind. Auch wenn die demokratische Zivilgesellschaft in anderen Stadtteilen stark aufgestellt ist, hat sie in zwei östlichen Stadteilen mit der drohenden Dominanz der Rechtsradikalen zu kämpfen. Für den Fall, dass die Strategie kultureller Subversion von Seiten der Rechtsradikalen schon Erfolg hatte, stellt *Claudia Luzar* mögliche Interventionsstrategien vor. Sie erklärt, dass schon der Selbstverständigungsprozess, auf welcher Grundlage und mit welchen Zielen sich kommunale Akteure Rechtsradikalismus entgegenstellen wollen, demokratische Substanz schafft. *Andreas Umlands* Beitrag weitet die Perspektive auf die Situation in Russland aus. Mit Verweis auf das völkische Vereinswesen in der Weimarer Republik lenkt er den Blick auf die Aktivitäten russischer Rechtsradikaler, die sich jenseits der Parteien abspielen, die bei den letzten Wahlen kaum punkten konnten.

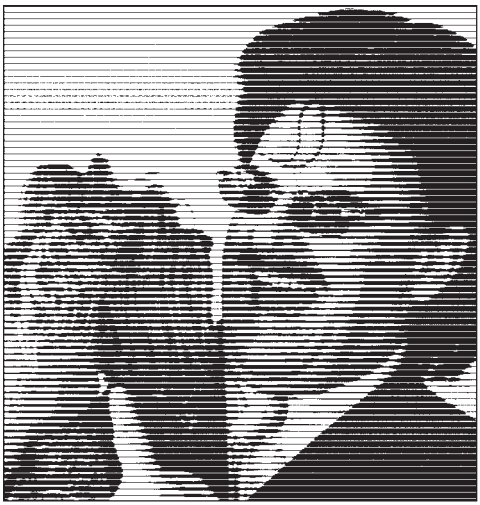
Das Schwerpunktthema dieses Heftes wird auch in den Rubriken aufgegriffen. Unter den aktuellen Analysen findet sich *Bernd Wagners* Essay über die Entwicklung des Rechtsradikalismus in Deutschland, über seine Strategien und Erfolge in der Erringung kultureller Hegemonie. Der Pulsschlag enthält einen Werkstattbericht von *Fabian Virchow* aus einem Forschungsprojekt, das die kommunale Arbeit der rechtsradikalen British National Party und der NPD vergleicht. *Roland Roth* stellt in dem darauf folgenden Beitrag Überlegungen für eine Bundesstiftung zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention vor, die die provisorischen Bundesprogramme ersetzen könnte. Im Literaturteil schließlich resümieren sowohl *Ludger Klein* als auch *Jochen Roose* aktuelle Bücher, die sich dem Thema widmen.

Dass sich die Beiträge in diesem Heft nicht einheitlich des Begriffs ‚rechtsradikal' bzw.

‚rechtsextrem' bedienen, liegt an den jeweiligen Zugängen von Autorinnen und Autoren zum Thema: Für die Bezeichnung ‚rechtsradikal' spricht der Bezug auf die inhaltliche Ebene und die Neutralität gegenüber Vorstellungen von politischem Zentrum und Rand. Für die Bezeichnung ‚rechtsextrem' spricht die darin zum Ausdruck gebrachte Unvereinbarkeit mit den Grundsätzen einer pluralen Demokratie. Wir als Herausgeber wollten den Autorinnen und Autoren keinen einheitlichen Sprachgebrauch vorschreiben.

Der ‚*Sonderschwerpunkt Demokratietheorie*' in diesem Heft beschäftigt sich mit der 2006 verstorbenen Demokratietheoretikern Iris Marion Young. Auf einer Tagung im Oktober 2007, gemeinsam veranstaltet von der Heinrich Böll-Stiftung und der Sektion für Politische Theorie in der DVPW, wurden die Impulse, die von Iris Youngs Werk ausgegangen sind und immer noch ausgehen, einer Prüfung unterzogen. Neben einer Einleitung von *Peter Niessen* dokumentiert dieses Heft vier Beiträge aus diesem Kontext.

Dierk Borstel (Greifswald/Berlin),
Simon Teune (Berlin),
Ludger Klein (Frankfurt a.M./St. Augustin)



ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
HOMOPHOBIE
NUMMER 53
HERBST 2008
EURO 5,0
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin **E-Mail** redaktion @zag-berlin.de **Internet** www.zag-berlin.de

Bernd Wagner

Neuer Rechtsextremismus und ‚kulturelle Subversion'

1 Aktueller deutscher Rechtsextremismus – Selbstbild und historischer Standort

Der moderne deutsche Rechtsextremismus als ideologische und politische Familie ist politisch und ideologisch eine Chimäre. Er muss historisch eine solche geworden sein, speist er sich doch zum einen aus der völkischen Tradition, dessen rassistischem Altsozialismus in der Fassung der Volksgemeinschaft, dem messianischen Führer-Reich, dem Trauma des verlorenen Krieges und der Verdrängung der systematischen Massenmorde. Einbezogen ist die Geschichte der beiden deutschen Staaten, die zu einer Erneuerung des Rechtsextremismus führte, und seine hiesige Geschichte ist nicht als historisch abflauender Ausläufer zu deuten. Der Rechtsextremismus West und der Rechtsextremismus Ost, sein völkisch-sozialer Grund war eine vitale Größe, von gewiss unterschiedlichen Ausmaßen und Offenheit unter den jeweiligen Bedingungen der politischen Systeme. In beiden Staaten waren die nationalsozialistisch und nationalistisch orientierten Milieus um den Preis relativer Anpassung in das System integriert, wurden politisch und sozial umworben. Nur im Fall der öffentlichen und peinlichen Präsenz gab es, jeweils verschieden in Art und Intensität, ordnungspolitische und auch strafrechtliche Repressionen.

Der deutsche Rechtsextremismus reagiert gegenwärtig als ideologisch-organisatorisches Gebinde auf die moderne liberale Demokratie als System, die demokratische Konstruktion der deutschen Einheit, auf die Globalisierung und deren Druck auf die kulturellen Lebensweisen sowie auf den Verfall alter Sicherheiten im Kulturwandel.

Dabei will er die Auflösung einer von ihm angenommenen ‚deutschen Volkssubstanz', einem genetisch-kulturellen Archetypus durch den liberalistischen Kapitalismus aufhalten.

Der deutsche Rechtsextremismus will in einem Akt von politischer und Sozialrevolution eine nebelhafte Vision völkisch-nationalistischer Modernisierung erfüllen. Das ist der Kampf für eine neue Volksgemeinschaft und ein neues Reich, die dem deutschen Volk adäquaten Formate des ‚ererbten' deutschen Archetypus. Die politische und nationalökonomische Gestalt der Volksgemeinschaft ist weitgehend unbestimmt. Es existiert allerdings ein Verfassungsmodell eines IV. Reiches als theoretisches Angebot.

Über den Weg und die Methoden der ‚nationalen Revolution' gibt es verschiedene Vorstellungen. Einer dieser Wege ist es, über eine kulturelle Transformation zu einer revolutionären Situation zu gelangen. Das bedeutet im radikalen Herrschaftsverlust der feindlichen politischen Ordnung zu staatlicher Macht zu gelangen, die das nationalistische Werk vollenden wird. Andere Vorstellungen gehen von militanten Erweckungsakten aus, die das (deutsche) Volk aufrütteln, zum Kampf führen und über einen militanten Befreiungskampf zum Ziel führen sollen. Dieser Vorstellung frönen ultraradikale Nazis, die in der Vernichtung des Feindes selbst den Kern der Aufführung einer neuen Volksgemeinschaft sehen. Ihre Neigung zum Terrorismus ist evident.

Die liberale Demokratie, die Hauptstütze des den deutschen Archetypus zerstörenden apokalyptischen Prozesses, gilt dem Rechtsextremismus als ‚entartet'. Der Kampf gegen die liberale Demokratie ist ein Kampf gegen eine widernatürliche Ordnungskonstruktion, die auf der Fehlkonstruktion der Menschenrechte beruhe

und ein amerikanischer Zwangsexport als Kriegsfolge sei. Die liberale Demokratie der Bundesrepublik wird zu einem Unrechtssystem und zu einem Bestandteil der internationalen globalistischen ‚Achse des Bösen', wie es in der Umkehrung des US-Theorems heißt, erklärt. Der liberale demokratische Staat wird als Machtinstrument der finanzkapitalistischen Weltwirtschaftsordnung gesehen, des ‚Mammonismus', der als ‚Judenherrschaft' begriffen wird. Diese ideologische Figur wird in unterschiedlicher Schärfe und in verschiedenen Verkleidungen propagandistisch vorgetragen. Der ‚Kampf für das deutsche Volk' wird primär als Verteidigungskampf gedeutet. Deshalb wird der ‚Nationale Widerstand' zumeist in den Mittelpunkt gestellt.

Mit der deutschen Einheit erscheint die soziale Frage in scharfer Weise wieder auf der historischen Tagesordnung. Die Schere zwischen Arm und Reich wächst, ein neuer Klassenstaat formiert sich, die ökonomischen Eliten hantieren die Demokratie als Instrument ökonomischer Verwertungsbedingungen in der globalen Konkurrenz. Deutschland ist nicht mehr Hauptgefechtsfeld des Kalten Krieges und bedarf des politischen Genusses von gewährten Vorteilsstrukturen der Hauptmächte des Kalten Krieges nicht mehr. Es entsteht eine neue Verteilungsordnung des Reichtums in einer Gesellschaft, die jahrzehntelang in beiden deutschen Staaten über ihre Verhältnisse lebte. In diesem Prozess werden größere Teile der Bevölkerung stark benachteiligt, weil sie nicht in der Lage waren, die Kampfpotentiale des neuen Darwinismus in demokratischem Gewand sozial akzeptabel und erfolgreich zu akkumulieren. Ökonomische Eliten verschaffen sich außerökonomische soziale Vorteile durch kriminelles Handeln in einer systemischen Begünstigungskultur als Schattenseite der Demokratie und durch den Bruch des Paradigmas der sozialen Marktwirtschaft. Diskussionen in den demokratischen Gazetten zur Mentalitätskrise der Deutschen lassen bei elitären Demokraten verstärkt den Ruf nach einer nationalen Identitätspolitik aufkommen. Eine politische Führung, die zugleich auf Stärke und Demokratie setzt, gerät in eine neue Spannung. Der strategische Kurs läuft auf eine sanfte imperiale Linie hin: deutsche Präsenz als starke Marke im Weltgeschehen und Sicherung der Anteile an der globalen Ausbeutungsökonomie. Die Steuerbarkeit des Verhältnisses zwischen Staat und Ökonomie zur Sicherung der Verfassungsordnung ist nicht abgeklärt. Daraus resultiert eine elementare Schwäche der Demokratie als System, wenngleich sie im Massenbewusstsein gut ritualisiert ist. Teile der Bevölkerung richten sich mental neben der Demokratie in einer naturalisierten Gesellschaft ein und arbeiten an ihrem Überleben in den Gefilden marktsatter Angebote der Patchworkkultur des deutschen Alltags.

Der völkische Kulturkreis – im Netzsystem der Demokratie formell eingesponnen – spielt dabei eine anwachsende Rolle und ist ein Hoffnungsfeld für die Umsetzung rechtsextremer Strategien, insbesondere der kulturellen Transformation/Subversion. Dieser Kulturkreis zeigt sich homogen und stellt gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als ethisches Ensemble neben eine begrenzte Fiktionalität sozialer Gerechtigkeit für das ‚Rasse- und Kulturvolk'. Der klassische Hakenkreuzsozialismus ist davon nur ein sehr kleiner Teil. Beständig ergeben sich Zuläufe zu dieser völkischen Welt, einer antidemokratischen Kontrastgesellschaft, die, aus den Desintegrationen demokratischer Kultur genährt, einen Antagonismus zwischen regulativer Menschenwürde und Entfremdung von ihr darstellt. Es entspinnt sich ein erweitert reproduktives Ringen zwischen diesen Blöcken, das historisch gesehen den Charakter eines Kulturkampfes besitzt und mit verschiedener Schärfe insgesamt und in den einzelnen Teilen, in den sozialen Räumen, Sphären und Milieus geführt wird. Dieser Kampf reicht von der Auseinandersetzung um einen Bekleidungsstil bis zur

Mordtat, von der Wiege bis zur Bahre, über Arbeit und Freizeit, spielt in Schule, Familie, Gefängnis, Betrieb, in der Freizeit eine Rolle, erscheint in Wissenschaftsfiguren, in Mythen und Riten. Er ist systemisch gesehen allgegenwärtig als Wertsetzungsprozess, der bewusst und unbewusst erfolgt. Er ist somit Ausdruck des Gegensatzes zu demokratischer Kultur, in der die Rechte und die Freiheiten des Einzelnen das Primat besitzen und die Rechte und Freiheiten in demokratischen Verfahren gesellschaftlich im Zusammenhang gesehen werden.

Der Rechtsextremismus besitzt die Funktion eines unfreiheitlichen kollektivistischen Modernisierungsschutzes und der Restteilhaben an gesellschaftlichen Kontexten. Dieser letztlich fiktionale ‚Überlebensschutz' geschieht auch um den Preis von Verbrechen und sozialer Gefährlichkeit aufgrund maximalistischer Ausgrenzungs- und Feindschaftsvorstellungen.

Der heutige Rechtsextremismus zelebriert nur noch selten den Antikommunismus, der ihm abgenommen ist und als Ideologie abhanden kommt. Die ‚schillernde Kommunistenwelt' wird sogar umgekehrt zunehmend theoretisch und propagandistisch adaptiert. Die Abwehr der linken Arbeiterbewegung, eine Funktion die er mit der Hitlerfraktion und ihrer Terror- und Kulturmacht noch hatte, ist weitgehend aufgegeben. Sein Potential liegt in der Möglichkeit der Bestimmung neuer politischer Aneignungsverhältnisse, die mit der Definition des Staatlichen und des Nationalen im Globalisierungszusammenhang stehen. Das ist eine Funktion, die er mit der staatsorientierten Linken gemein hat. Daraus resultieren Schnittfelder politischen Handelns und ideologischer Konstruktion bei außenpolitischen und sozialen Fragen, bei der sogenannten ‚Rassenfrage' allerdings zumeist grundlegende Feindschaften.

Mit der Gründung der Partei *Die Linke* im Juni 2007 entstand eine starke Konkurrenz, die dem Rechtsextremismus wegen ihres volksparteilichen Charakters Gewogenheit entreißt. So gelangen neben völkischen realsozialistischen Versatzstücken an Ideologie, antizionistisch verbrämter Antisemitismus aus Altbeständen der DDR und der SED auch neue Ideologeme in diese Partei, die Unklarheiten und Ambivalenzen in der Rolle der Nation offenbaren. Diese Unklarheiten im Nationenkonzept teilt diese Partei mit den meisten anderen Parteien. Das zeigt die essentielle Bedeutung des Verhältnisses von Nation und universeller Menschenrechtsdemokratie, was sich nicht zuletzt in der Regelung zur Staatsbürgerschaft ausdrückt. Der Rechtsextremismus gibt klare Antworten auf diese Frage. Die ‚Gottheit' der Nation als Imagination besitzt in seinem Verständnis das Primat im sozialen Leben, durchwirkt Recht und Moral. Der völkische Staat ist seine Vollendung. Die Deutschen sind bei sich. Diesem transzendierenden Angebot können viele Menschen nicht widerstehen und geben ihm in ihrem emotionalen Haushalt den Raum eines Ichfaktors.

2 Der neue Rechtsextremismus

Die Prozesse der Globalisierung und Veränderung der sozial-ökonomischen Basen der Demokratien, besonders in Deutschland, treten 1990 noch nicht so hervor. Sie gewinnen aber bald darauf an Fahrt. Die politische Weltordnung ändert sich radikal. Der gesamte Ostblock zerfällt und wird kapitalistisch und nationalistisch neu geordnet, warenwirtschaftlich und merkantil neu sortiert und standardisiert. Neue Nationalstaaten entstehen. Ein neuer Eigentumsadel aus dem cleveren und zynischen Politikadel des Kommunismus (Wandlungen der herrschenden Klasse) erhebt sich über Kriminalität als Methode und politisch zweifelhafte Begünstigungsaktionen. Er beginnt ein neues politisches und ökonomisches Machtleben. Die Millionen Kleinkommunisten werden in ihre Dummheit, geglaubt zu haben, verstoßen. Ein Teil der neuen herrschenden Klasse orientiert sich nach Europa und bindet sich in die Europä-

ische Union ein, ein anderer schärft die eigenen Profile, wie Russland ein neues Großmachtskonstrukt auf im Kern großrussischem Nationalismus und monopolistischem Solidarismus beruhend. Ostdeutschland wird in dieser globaleren Tektonik als Wirtschaftsraum und Sozietät zerrieben, löst sich in Migrationsprozessen teilweise auf und gerontisiert. Das Verhältnis von Stadt und Land wird kulturell verschoben, die Natur holt sich große Teile zurück. Die alte herrschende Klasse ist entsorgt, eine neue kann sich nicht wegen der ‚Gnade der Geburt' in zahlenmäßiger Stärke bilden. Ein Element von ‚demokratisch-kapitalistischer Fremdherrschaft' entsteht, was in der ostdeutschen Bevölkerung trotz ostdeutscher Kanzlerin kritisch vermerkt und im kollektiven Gedächtnis gespeichert wird und im ideologischen Prozess dem Rechtsextremismus zugute kommt.

Die Weltökonomie hastet von Hype zu Hype: IT, Immobilien, Bankencrash. Der Krieg ist allgegenwärtig. Weltweit entzünden sich neue Kampfherde. Verteilungskämpfe im Kern, rassistische an der Oberfläche, ethnisch oder religiös indiziert. Eine geopolitische Neuordnung steht an. Europa bleibt, wie 45 Jahre lang, trotz Europäischer Union, kein äußerer Garant für europäischen Frieden. Eine Welle der Ethnisierung der Politik erfasst auch die demokratischen Verfassungsstaaten. Das Streben nach politischen Burgen und ihrer Macht wächst weltweit an. Jugoslawien ist das Beispiel gewaltsamer nationalistischer Staatsgründung in Krieg und Massenterror, ethnischer Säuberung und Vertreibung.

Der 11. September 2001 verschärft die Melange des globalen Umbaus und überzieht die Welt voller politischer Erregung im Namen eines Krieges gegen den Terror, der die Freiheit in letzter Instanz deformieren und zerstören kann – womit die Prophezeiungen von Ultralinken sachlich nicht mehr ins Leere laufen. Der demokratisch geprägte Mensch beginnt schon jetzt, die Diktatur als Voraussetzung des kleinen Hedonismus zu lieben. Paart sich diese Zuneigung mit dem völkischen Willen, wird es für die Freiheit und die Menschenrechte, im Kleinen beginnend, schwerer werden, wie es sich schon jetzt kommunal angesichts der Zustände, die durch rechtsextreme Gewalt entstehen, oft schlimm anfühlt.

Diese Vorgänge fördern insgesamt den Zugewinn der völkischen Welt, die sich allseits als Hort der Selbstgewissheit und Selbstbehauptung mit funktionierender Utopie des scheinbar Möglichen erweist und soziale Bindungen erzeugt. Die Bezüge auf die Ethnie und den Nationalismus geben die letzte Gewissheit legitimer Behauptung in einer ideologisch gesicherten Schutz- und Kampfgemeinschaft, die über die Familie, den Clan hinausgeht und Staatsgewalt erlangen kann. Die Frage der nationalen Identität mit der in ihr eingefassten sozialen Frage ist auch das Leitwerk für die Hantierung kulturell-er Subversion zur beabsichtigten Zerlegung des Demokratiegebäudes und seiner Wertekultur.

Auf der Seite des politischen Rechtsextremismus sieht es im Zeitkreuz des Jahres 1990 ambivalent aus. Die rechtsextremen Parteien verlieren zunächst an der deutschen Einheit. Die NPD wird vom Verfassungsschutz und Experten schon totgesagt. Die DVU kann sich nur mühsam halten. Die REP verlieren im freien Fall an Einfluss. Alle westdeutschen rechtsextremen Parteien werden zunächst im Osten Deutschlands geschnitten. Dort hat sich schon ein eigener ostdeutscher Nationalsozialismus eingenistet, der bereits in der DDR sein Werk erfolgreich begann und in verschiedenen Regionen nazistische Tradierungen schuf.

Der Zugewinn kommt zuerst aus einer sozial spontan gewachsenen und expandierenden rechtsextremen ‚Jugendkultur', der neue Arm des Sozialismus im neuen Nationalismus. Diese rechtsextreme ‚Jugendkultur' ist seit Mitte der 1980er Jahre zunächst dominant mit der der Skinhead-Szene verbunden. Daneben entwickeln sich immer neue ‚subkulturelle' Variatio-

nen parallel zu jeweiligen modischen Aufwinden. So gab es vor und nach der Wende sogenannte ‚Faschos', die einen eigenen Kreis, Ideologie und Rituale bildeten und mit verschiedenen Skinheadgruppen kooperierten. Diese ‚Jugendkulturen' erweisen sich als Trägerkulturen geeignet, sofern sich Ungleichheitsvorstellungen in ihr versammeln und für sie konstitutiv sind, was bei den Skinheads in extremer Weiser auftrat. Diese Stellen docken rechtsextreme Theoreme quasi in einem Akt der ‚Infektion' an und verbreiten sich über charismatische Wirkungen ihrer Träger in der Gruppen- und Szenedynamik. Die ideologische Gesamtkonstruktion der Gruppen ist polyphoner und permanenter Dynamik unterworfen. Das resultiert zu einem Teil daraus, einen jeweils modernen Impetus zu erzeugen, der Macht und Akzeptanz ermöglicht. Insofern sind diese rechtsextrem orientierten Jugendkulturen ideologische Transformationen von Sequenzen in der Basismatrix der allgemeinen Zeitgeistmoden, die oft zu einer Formierung des ästhetischen Materials in ein weltanschaulich-politisches Wesen werden und damit eine essentielle Metamorphose ausdrücken. So verwundert es nicht, dass am Ende der 1990er Jahre Hip-Pop mit völkischen Entgleisungen aufwartet und im Heavy Metal nazistische Varianten aufkommen.

Ein vernetztes Agentensystem nationalistischer Banden mit kriminellem und auch politischem Potential etabliert sich ab 1990 ohne wesentliche Behinderung durch den vereinigten demokratischen Staat. Es gibt erheblichen Rückhalt in der Bevölkerung, wie die Pogromwelle gegen Ausländer ab 1991 belegt. Sie sind ‚unsere Jungs', ‚irgendwie' Fleisch vom Fleische, Geist vom Geist. Die Gruppen sehen sich

als Vollstrecker der Mütter und Väter und Widerständler gegen den Niedergang auf der ganzen Linie, der Verhinderung von Chancen und der gespürten Zukunftslosigkeit.

Im Bereich der demokratischen Kultur gibt es keine Klarheit über die politische Relevanz dieser Vorgänge. Nur wenige Analysten sehen die Konturen und stellen die richtigen Fragen nach den Erfordernissen einer Bewegung gegen den neuen deutschen Nationalismus/Sozialismus. Diese werden jedoch lange Jahre ausgegrenzt und verleumdet. Wissenschaft dient in der Zeit kaum der Erhellung.

So wird durch die Demokraten das Konzept der kulturellen Subversion kaum wahr-, geschweige ernst genommen. Das strategische Gebinde verabschiedet sich von dem alleinigen Verdikt des militanten Nationalismus und wendet sich dem Alltag als Kategorie zu, was sonst meist nur die Neue Rechte und Linke resp. Marxisten taten, indem die Schwächen der Demokratie aufgespürt werden und den Möglichkeiten der selbsttätigen und offensiven subversiven Überwindung der Demokratie als Werte und Kulturkörper nachgegangen wird. Dabei wird das Ende des Parteienzeitalters angenommen und ausgerufen und ein 3.Weg propagiert. Ein zentrales taktisches Element ist die Konzeption der ‚befreiten Zonen'. Der artifizielle Weg nationalistischen/nationalsozialistischen Handelns ist zugleich Tat, ist Offensive, nicht nörgelnde Kontemplation. Gruppen zunächst außerhalb der NPD übernehmen diese Ansätze in das Arsenal des eigenen Handelns. Vorreiter ist vor allem das nazistische ostdeutsche Netzwerk um Frank Schwerdt, das mit der dezidierten Öffnung der NPD in nazistische Richtung ab 1996 in ihr aufgeht und die Partei personell, strategisch und taktisch belebt.

Der Staat erkennt dies zunächst nicht und geht Überbringer der schlechten Nachrichten an. Die Repression gegen völkische Kriminalität ist lau, Sozialarbeit als Ensemble von Verstehern ontologisch gesetzter Adoleszenz planlos. Strafverfahren sind oft nationalistische Feierstunden. Die Gefängnisse sind Ausbildungsstätten. Ernsthafte politische Schlussfolgerungen werden kaum gezogen. Etatistisches und fraktionelles Denken reicht der politischen Klasse aus. Es stehen in der politischen Fantasie Polizei-Bataillone bereit, im Kampf mit der renitenten Linken erfahren. Pädagogik und Sozialarbeit sollen es richten. Einen Augenblick, in der Rot-Grünen Ära, gibt es ‚antifaschistisch' konnotierte ‚Zivilgesellschaft', um dann während der Großen Koalition in ökonomischer Konkurrenz um staatliche Fördertöpfe zu enden. Nur wenige Politiker warnen indes vor den tieferen Problemen der Entwicklung des Rechtsextremismus und ihre Appelle verhallen immer wieder. Die Ausbreitung der Rechtsextremen stößt jedoch trotzdem eher an ihre eigenen als an staatliche und zivildemokratische Grenzen.

Etwa ab 1996/97, nach einer blutigen völkischen Gewaltwelle gegen Migranten und Andersdenkende, baut der Rechtsextremismus um. Die NPD tritt in den Vordergrund. Sie nimmt die junge Generation der Nazis egal welcher Strömung auf, sofern sie mitmachen. Der Vorstand wird verjüngt und nazistisch weit geöffnet. Ein neuer Vorsitzender kommt mit Udo Voigt. Die Partei arbeitet am Anspruch als Hegemon des deutschen Nationalismus. Die DVU kann Wahlerfolge in Sachsen-Anhalt und später in Brandenburg auf der Landesebene einfahren und wird parlamentarische Partei. Diesen Erfolg wiederholt die NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie in Berlin. Zwei Landtagsfraktionen arbeiten gegen die Demokratie, schöpfen Geld und Vernetzung, die gerne in der demokratischen Elite als besorgniserregender Protestunfall gedeutet werden. Von den rechtsextremistischen Parteien profitierte bis heute vor allem die NPD von diesem spontanen historischen Aufwind, stellt sie doch heute die entscheidende Integrationskraft aller Nationalisten und Fixpunkt Neo-Völkischer aller Farben dar.

Die Partei hat starke Bastionen in Ostdeutschland erringen und sich in westdeutschen Ländern wieder etablieren können. Von vielen Gebrechen und Krämpfen geschüttelt, bemüht sich die NPD, die ihr zugewachsene Rolle des antidemokratischen Eisbrechers zu spielen, was ihr zum Teil wirksam gelingt. Dabei wird gegenwärtig eine Diskrepanz zwischen regionaler Kraft und Gesamtpartei deutlich, die Kritiker zu Orakeln über den Parteitod auflaufen lässt. Umgekehrt führt die regionale Kraft zu fortgesetzten Rufen nach dem Verbot der Partei.

Der Rechtsextremismus hat nicht nur Erfolge, sondern auch gravierende Probleme. Der nationalistische Kraftgewinn im Alltagsleben lässt sich kaum ausreichend politisch formieren, während lokale Ausbildungen polit-kultureller Szenen sowie sozialräumlicher Macht und Gewalt gelingen. Die alten Modelle politischer Gefolgschaftsbildung als politische Truppe oder Parteiorganisation sind jedoch aufwendig, mental sperrig und scheitern schnell, tradierte Loyalitäten verfallen. Noch kommt die NPD als Partei voran, die DVU dümpelt, baut ab und die REP gehen auf den Knien. Der Rechtsextremismus bedarf jedoch nicht unbedingt einer Partei für eine langfristig angelegte Subversionsstrategie. Eine solche ist zweckmäßig, aber nicht überlebenswichtig und nicht der alleinige Erfolgsgarant. Wenn soziale Prozesse stochastisch verlaufen, bedarf es einer flexiblen Bewegung mit der Fähigkeit, politische Gelegenheitsstrukturen zu erkennen und bedarfsgerecht politische Agglomerationen zu schaffen, die über tektonische oder temporäre, generelle und lokale Druckpotentiale am System hebeln.

Der Rechtsextremismus weiß seit jeher, dass der Griff in die Unzufriedenheit angesichts dieser Umstände Sinn macht und Anhang schafft. Nicht nur die politisch-rationale Ebene soll angesprochen werden, sondern der Lebensalltag. Die prägenden Ansichten und Gewohnheiten sollen der ‚nationalen Sache' zugänglich und zuträglich werden, in allen Facetten. Das persönliche Angebot und die Nähe sind das A und O. So setzt die NPD auf die soziale Frage, stellt sie in den Nationalismus und verkauft die Idee, dass nur der Nationalismus und sein Triumph die Lösung aller Fragen ist.

Die soziale Mitte, die als politischer Träger der Demokratie Verschleiß zeigt, wird angesichts der anzutreffenden Alltagsschwäche der Demokratie und ihrem mürben politischen Werteboden interessant. Die NPD gibt sich in dieser Richtung mehr Profil, obgleich die Decke dünn ist.

Das politisch, wirtschaftlich und kulturell abgeschriebene ‚Präkariat' versucht sich mit dem Rechtsextremismus zu arrangieren, weil dieser noch etwas für den emotionalen Haushalt tut, so wie die Partei *Die Linke*. Hier entstehen ernsthafte Konkurrenzen.

3 Aktuelle strategische Aufstellungen des Rechtsextremismus

3.1 Soziale Gerechtigkeitspropaganda und Geborgenheitsangebote

Dem heutigen Rechtsextremismus bleibt historisch ein einziger Weg, die kulturelle Subversion der demokratischen Ordnung und Kultur zu betreiben. Dabei weht er mit der antiglobalistischen Fahne der sozialen Gerechtigkeit und bietet Fiktionen sozialer Behaustheit, völkischer Geborgenheit als Adaption aus der Lebensphilosophie an. Damit beerbt er den Kommunismus, verfolgt die eigene Tradition und konterkariert die Volksparteien, besonders die SPD. Der Kommunismus schöpfte seine Vitalität trotz Diktatur, Unterdrückung und Terror aus dieser Idee, wie die Sozialdemokratie auch. Die christlichen Menschenbilder folgen einer sozialen Gerechtigkeitsethik. Beide ‚sozialistischen' Strömungen haben aus unterschiedlichen Gründen ihre Meinungsführerschaften historisch verloren. Der Platz des Gralshüters der sozialen Gerechtigkeit ist verwaist und wird neu umkämpft.

Der Rechtsextremismus ist in diesem Geschäft nicht ohne Chancen, wenn er sich eine solidaristische Natur gibt. In Russland scheint das gut zu funktionieren. Das nationalistische Kollektiv der Deutschen ist eine psychologische Konstruktion, die auf einen großen Bedarf nach Transzendenz trifft und als kollektives Unterbewusstsein als archetypisch angenommen wird. Das naturalisierte Deutsche garantiere die wahre Teilhabe des Einzelnen als Volksgenosse am Leben des Volkes in Verantwortung als Freiheit in die Einsicht der Notwendigkeit. Eine ähnliche Konstruktion errichtete der Marxismus/Leninismus in Gestalt der sozialistischen Ethik und Moral: Soziale Verantwortung für die Volksgenossen bedinge die soziale Verantwortung des Volksgenossen für die Volksgemeinschaft. So oder ähnlich lauten sozialistisch gedachte Bilder der nationalistischen Utopie des neuen wiedergewonnenen Deutschtums. Nicht alle Bilder bleiben in dieser Weise skeletthaft und gewinnen eine andere konstruktive Komplexität.

3.2 Kritik und mediale Präsenz

Kulturelle Subversion hat mit dem Hauptziel der Unterhöhlung der Stabilität der Demokratie als politisches und kulturelles System verschiedene Teilziele, die an kritische gesellschaftliche Tatbestände anbindet und diese ausweidet. Kritische Zustände sind daher immer für rechtsextreme Argumentationen und Aktionen geeignet. Jede Form der Publikation von Ideologie in allen Zeichensystemen bietet den Rechtsextremisten Präsenz im öffentlichen Bewusstsein. Ohne das Internet etwa kann der Rechtsextremismus sich nicht behaupten und weiter formieren.

3.3 Ästhetische Profile

Kulturelle und direkt ästhetische Profile zu bilden und einen rechtextremen Pluralismus jenseits lupenreiner Theorie und schlicht verfasster Ideologien zu prägen, ist ein aktuelles Erfolgsrezept. Das belegen verschiedene Subkulturen, Moden und Religionskonstrukte. Es muss sich allerdings vom allgemeinen Geschmack des Multikulturellen und des ‚Gutmenschentums' absetzen.

3.4 Führung, Kader, Mannschaft

Die personelle und organisatorische Aufstellung im rechtsextremen Segment spielt eine wesentliche Rolle. Qualität der Führer, gute ‚Mannschaften und Unterführer' in Stadt und Land sind grundlegende Erfolgsfaktoren, wie in jeder erfolgsorientierten Organisation. Ausschau nach Talenten und Kaderentwicklung sind entscheidende Aufgaben rechtsextremer Talentscouts und Mentoren. Wer ist wer und was sind Fragen in einer erfolgreichen geistig-politischen Auseinandersetzung?

Die Kaderdecke ist angewachsen, jedoch derzeit insgesamt dünn. Das ist ein Schicksal aller politischen Richtungen und Parteien.

3.5 Kameradschaften und Netzwerke, Machiavellismus

Lokale Kapazitäten, florierende rechtsextreme Gebilde, Kameradschaften zu entwickeln und ihre Vernetzung zu betreiben, das ist das Kernstück moderner rechtsextremer Aufführung verbunden mit medialer Präsenz und Publikation, eigener Kultur, Traditionspflege, Brauchtum und Mythologien. Es muss nicht immer Hitler sein. Saufgelage und SA-Lieder tun es auch oder die Verschwörungsstory in der Schulklasse, der Handzettel oder der Germanenladen. Wichtig ist die Markanz, das energetische Charisma des sozialen Vortrages im politisch-historischen Kulturkampf in allen gesellschaftlichen Sphären. Intellektuelle Argumente, Wissensvorsprünge, sophistische Rhetorik, affektive Empörung, Schüren von Hass, Ressentiments und Neid, schauspielerisches Nörglertum und zyni-

sche Attitüde der Überlegenheit gehören zum Verhaltensarsenal eines ‚anständigen' Rechtsextremisten. Prügel und Intrige gehören zusammen und können arbeitsteilig ausgeführt werden. Da ist gut von anderen zu lernen, werden doch nur allgegenwärtige Grundmuster sozialen Verhaltens und sozialer Moral zugespitzt reproduziert. Machiavellismus in Braun ist die Parole, es gibt ihn in jeder Farbe. Sinn macht, den Wutstau der bedrängten Seele, die Gruppenmotive der Sozial- und Sittenkritik aufzuspüren und kämpferisch zu nutzen.

3.6 Dynamik kleiner Gruppen nutzen

Kulturelle Subversion ist auch die Nutzung der Dynamik der kleinen Gruppe und themengenerierter Netzwerke. Die Voraussetzungen für die Netzwerk- und Gruppenbildungen liegen ideologisch und personell in den NS-Bewegungen der BRD und der DDR als sozialer Vererbungszusammenhang. Der sichtbare Teil des „modernisierten Rechtsextremismus", wie Rudolf van Hüllen ihn nennt, entspringt daraus, verbunden mit internationalen rassistisch-kulturellen Bewegungen in Westeuropa und Übersee. Der rechtsextreme bürgerliche Konservatismus schrumpfte eher zu einer marginalen Größe. Die Existenz als soziale Primärgruppe ist das Erfolgsgeheimnis. Die Gruppen durchleben eine Metamorphose von der informellen über eine Überformung der informellen Gruppe durch stabile Organisationsmerkmale und die Entwicklung neonazistisch orientierter Aktionsgruppen. Die Art und Weise der Kontaktherstellung hat Einfluss auf das Gruppenleben. Kontakte zwischen Mitgliedern einer Gruppe beruhen immer auf länger währenden persönlichen Bekanntschaften, meist aus gemeinsamer Schulzeit. Bei gleichem Wohngebiet werden sie nach Abschluss der Schule erhalten und weitergeführt. Kontakte aus gemeinsamen Ausbildungsbereichen, insbesondere aus der Berufsschule, bewirken, dass sich Mitglieder einer Gruppe auch in gleichen Arbeitsstätten wiederfinden können. Ihre Wohnsitze liegen oft weit verstreut, und die Gruppe besitzt ein weit gespanntes Einzugsgebiet. Selten sind Kontakte, die erst während gemeinsamer Berufstätigkeit aufgebaut und nicht in der Ausbildungsphase vorbereitet wurden. Kontakte aus gemeinsamen Heim- und Gefängnisaufenthalten führen dazu, dass die später Entlassenen durch früher Entlassene in deren Gruppen eingeführt werden können. Über mehrere Jahre hinweg aufgebaute Kontakte in der Fußball-Anhangszene werden als ausreichende Garantie dafür angesehen, einen Interessenten in die Gruppe aufzunehmen. Andere Arten der Gesellungen sind die des Szene-‚Schwarms' oder des Mobs, deren Merkmale hier nicht weiter ausgeführt werden können. Die Gruppenbildungen führen dazu, dass es nicht leicht ist, sich kurzfristig in eine Gruppe zu integrieren. Das Gruppenleben kann auf einem hohen Maß an Übereinstimmung der Mitglieder in Interessen- und Verhaltensmustern aufbauen. Ein mehrjähriger Selektionsprozess geht der Integration voraus. Wer sich der Gruppe anschließt, hat hinreichend Möglichkeiten abzuwägen, ob er gewillt ist, diesen Schritt zu gehen. Es streben in den ‚höheren' Formationen nur solche Personen zu einer Integration in die Gruppe, die ein stark ausgeprägtes Interesse daran haben. So erklärt sich auch die selbstverständliche Bereitschaft zur Durchführung von Straftaten und anderen Mutproben.

Kontakte zwischen einzelnen Gruppen beruhen auf dem gleichen Prinzip wie die der Kontakte innerhalb der Gruppe. Die lang währende persönliche Bekanntschaft zwischen ausgewählten Personen vermittelt die Beziehung. Ist die Gruppierung an Nachforschungen über bestimmte Sachverhalte interessiert, bewähren sich die Beziehungen. Dieses Kontakt- und Kontrollsystem ermöglicht es, nach Durchlaufen der Aufbauphase auf äußere Merkmale als Erkennungszeichen zu verzichten. Die Kommunikationsinhalte der Gruppen weisen ein cha-

rakteristisches Spektrum problematisierter Themen auf, die den Charakter von Generatorthemen haben. Das Gruppenleben fördert Strukturierungsprozesse als objektive Folge der Aktivitäten und der durch diese Aktivitäten gestalteten sozialen Beziehungen.

Die Gruppen haben zwei Funktionen: Die eine ist die des Lebenskollektivs (Familie) im Alltag, die zweite ist die der Kampfgruppe. Das Leitziel dieser Gruppenfunktion ist systemisch gesehen: Eroberung, Aneignung des sozialen Nahraums; Mittlerziele sind: Grenzen setzen, Hegemoniesegmente sichern, Anhang ziehen, Angriffe ermöglichen, Repression brechen, Feinde stigmatisieren, verunsichern, vertreiben, eigene Substanz sichern, erweitern, qualifizieren. Wie die Gewichte der Funktionen gesetzt sind, hängt von der Geschichte der Gruppe und der Szene im Territorium, der Zusammensetzung und der Präferenzen ab.

Angeblich gibt es solche Absichten und Taten in der Realität nicht (mehr), wissen deutsche Wissenschaftler zu berichten. Das seien Hirngespinste von Medien und selbsternannten Experten, die betrügerisch den staatlichen Förderungsbusen aussaugen. Gab es solche, waren es Kopien der geistigen Vorlagen übereifriger Egomanen und Medien.

Gruppen werden in einigen Theorien über den gegenwärtigen Rechtsextremismus oft entideologisiert, was sicher hinsichtlich stringenter politischer Theorien und politischer Strategie durchaus zutreffen kann. Die Funktion von Ideologie wird dabei doch unter tatsächlichem ‚Wert' veranschlagt. Das führt zu einem Mangel an Analyse der tatsächlich wirksamen Ideologievalenz in der reichhaltigen Typologie, mit fatalen Folgen weitreichender Verharmlosung und Individualisierung von Problemen.

3.7 Rechtsextreme Gewalt

Gegenwärtig gibt es die höchste Zahl rechtsextremer Gewalttaten nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Kriminalität ist nicht direkter Bestandteil des Kampfes rechtsextremer Parteien, denen dieses Mittel bei Strafe ihres Untergangs verboten ist. Stattdessen zeigt sich, dass sich ein diffuses und sich immer wieder restrukturierendes Milieu von potentiellen Tätern herausgebildet hat, die Träger eines verästelten menschenfeindlichen Syndroms und ideologischer Feindbilder sind. Reine rechtsextreme Feindbilder stehen neben völkischer Dumpfheiten, Fremdenhass, allgemeiner Unbildung und Unkultur, Depression und Angst assoziieren sich oft situativ.

Rechtsextreme Gewalt ist ideologisch und emotional komplex und lässt sich kaum eindimensional erklären. Ihr Wesen ist ideologisch als Einheit von Einstellung-Motiv-Tat und Opfer bestimmt und nicht zu verwechseln mit anderen Arten von Gewalt. Nicht jede Gewalttat eines Vertreters der rechtsextremen Szenelandschaft ist ein ideologischer Mord, das Totquälen kann auch ohne Hitler im Kopf sadistischen Spaß bereiten. Gewalttätergruppen sind Kerne auch der kulturellen Subversion im Spiel der Entwicklungsstränge rechtsextremer Macht.

3.8 Sozialer Raum und seine Ordnung

Raumordnung ist dem Rechtsextremismus im Prozess kultureller Subversion wichtig, formiert sich doch in ihr das aktuelle Machtverhältnis, zeigt sich die Reichweite der Macht und ihre gewohnheitsmäßige Tiefe. Es gibt eine spontane rechtsextreme Raumordnungsbewegung, die ihre Grundlage in der sozialen Dynamik der rechtsextremem Gruppen, Netzwerke und Projekte hat. Daneben und damit eng verbunden gibt es strategische Projekte im Sinne von Zonenprojekten, die in soziokulturellen und politischen Räumen induziert werden. Der daraus entstehende Gesamtprozess ist stets eine Herausforderung für die Demokratie auf allen Ebenen, nicht nur der lokalen. Rechtsextreme Organisationen und Bewegungsagenten wenden

sich dabei nicht nur der Gewalt zu, die zur Grundlage der Raumordnungsbewegung gehört, sondern auch den lokalen Problemen und Voraussetzungen, die sie zu nutzen gedenken, sofern ihre Kapazitäten dafür ausreichen.

4 Resümee und Ausblick

Der Rechtsextremismus in der deutschen Gegenwart stellt keine grundlegende Bedrohung für den demokratischen Verfassungsstaat dar. Die Struktur seiner Existenzbedingungen ist dynamisch und komplex. Es besteht eine Wechselwirkung ideologischer sozialpsychologischer Verhältnisse und Zustände, die im Lebensalltag kultiviert sind, als völkische Welt wirken und den sozialökonomischen, politischen und kulturellen Verhältnissen, von denen Identitäten von Gruppen und von Einzelnen im historischen Gang bestimmt werden. Herauszuheben sind historische Erbschaften und Sedimentierungen, die neue Dynamik der Globalisierung und die politische Labilität des demokratischen Systems bei gleichzeitiger relativer Unerschütterlichkeit. Stagnation und Modernisierung sind zeitgleiche antagonistische systemische Verläufe.

Die Aufstellung des Rechtsextremismus in der Auseinandersetzung mit der liberalen Demokratie und ihrem menschenrechtlichen Werteboden ist auf die Realität weitgehend eingestellt, der Hang zur Vergangenheit bindet, bleibt wegen der relativen Unreife der Bewegungselemente erforderlich und ist zugleich für politische Entwicklungen und rechtsextreme Entfaltungen hinderlich. Das ist eine Sicherung für die Demokratie. Der Rechtsextremismus setzt auf die völkische Welt und ihre Befindlichkeiten, nutzt ihre Zugewinne in allen gesellschaftlichen Bereichen, das Aggressionspotential und die Systemaversionen, die permanent aus dem Lebenskreislauf der Demokratie und ihrer Ökonomie entstehen. Aggressive soziale Rollenbilder werden aufgespürt und in den ideologischen Prozess und der Formierung von Raumordnungen zur Einengung der Demokratie eingeführt. Gewalt und Macht führen zu Vorteilen und Präsenz in lokalen und regionalen Zusammenhängen verbunden mit Rückzügen demokratischer Substanz und ihrer personellen Träger. Die Politiken der Demokratie leisten dem massiven Vorschub. Von einem Durchbruch der Freiheit und Menschenrechtlichkeit als universeller Verhältnismaßstab im Alltag eines jeden Menschen ist die Gesellschaft weit entfernt. Die gegenwärtigen Leistungen der Demokratie zu ihrem Selbsterhalt oder ihrer Entwicklung reichen nicht aus. Kritische Zustände, jäher Wandel sind geschichtlich möglich. Die Zukunft bleibt offen. Sicherheit bietet derzeit die Macht der kapitalistischen Ökonomie, der Markt, nicht der Staat, nicht die Zivilgesellschaft. Ihre Macht verfällt im Maße des Verfalls von Kaufkraft und von Aufwinden relativer Verelendung. Unter diesen Bedingungen kann ein günstiger Wirkungsgrad kultureller Subversion der Systemantagonisten und eine hinreichend große ‚kritische Masse' rechtsextremer Strukturen zu politischer Transformation beitragen.

Bernd Wagner ist Diplom-Kriminalist, leitet das Aussteigerprojekt „EXIT-Deutschland" und ist Geschäftsführer der ZDK-Gesellschaft Demokratische Kultur.

Simon Teune

Rechtsradikale Zivilgesellschaft – contradictio in adiecto?[1]

Ein wichtiger NPD-Kader ist Gründungsmitglied einer Bürgerinitiative gegen Braunkohleabbau, ein anderer engagiert sich gegen den Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut, Mitglieder einer Kameradschaft sammeln Unterschriften gegen die Schließung der Schule in ihrem Ort. Rechtsradikale nutzen immer stärker das ganze Repertoire politischer Beteiligung - und sie präsentieren sich in Heimat- und Sportvereinen, in freiwilligen Feuerwehren und Elternräten als engagierte Bürger. Sie tun dies nicht (oder nicht nur) als Privatpersonen, sondern zur Realisierung eines politischen Programms, das die Volksgemeinschaft als Utopie hat. Das Engagement ist aber auch als Teil einer politischen Strategie, die darauf abzielt, Netzwerke über die rechte Szene hinaus zu knüpfen und im kommunalen Raum Vertrauen zu erlangen.

An vielen Orten, gerade im ländlichen Raum, entwickelt sich Widerstand gegen diese Form der Etablierung von Rechten in lokalen Öffentlichkeiten – wenn überhaupt – nur zögerlich. Zum Teil begrüßen Mitbürger das Engagement der Rechtsradikalen sogar; sie finden deren Hintergrund unproblematisch, solange sie nicht selbst in Mitleidenschaft gezogen werden (z.B. weil sie mit Rechtsradikalen identifiziert werden oder zu deren Opfern werden). Bürger und Rechte verbindet zuweilen ein Gleichklang in den Einstellungen und in den politischen Deutungsversuchen. Unwohlsein entsteht vielerorts erst dann, wenn das Agieren der radikalen Rechten von Außen, z.B. durch Medienberichte, skandalisiert wird. Diese Phänomene spielen sich in der Sphäre der Zivilgesellschaft ab. Mit ihrem Wirken prägen Rechtsradikale die lokale Öffentlichkeit und sie sind konstitutiv für den politischen Alltag.

Die angedeutete strategische Neuorientierung und die rechte Hegemonie in einigen Gemeinden stellen den positiven Bezug auf die Zivilgesellschaft in Zweifel, der die Debatte lange beherrscht hat. Zwar wird Zivilgesellschaft im politischen Alltag immer wieder gegen Rechtsradikalismus in Stellung gebracht. Allerdings fehlen die demokratisch-zivilgesellschaftlichen Akteure, die in den Ballungsräumen Interessen artikulieren, Konflikte kanalisieren und demokratisches Lernen ermöglichen, in weiten Teilen des ländlichen (Ost-)Deutschlands zum Teil oder ganz. Angesichts dieser Situation ist es zwar politisch wünschenswert, der rechtsextremen Einflussnahme eine demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. Praktisch ist es aber immer weniger umsetzbar, je länger antidemokratische Akteure in dieser gesellschaftlichen Sphäre wirken. Das ist der Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen.

Was bedeutet das ehrenamtliche Engagement von Rechten für unsere Wahrnehmung des Phänomens Rechtsradikalismus und für das Konzept Zivilgesellschaft? Kann es Sinn machen, mit Bezug auf die bundesrepublikanische Gegenwart von ‚rechtsradikaler Zivilgesellschaft' zu reden, oder handelt es sich bei dieser Kombination um eine contradictio in adiecto?

1 Ein Strategiewechsel

Das zuvor beschriebene Agieren der radikalen Rechten ist nur in einem engen Zeithorizont neu. Schon die NSDAP hatte ihren Erfolg zu großen Teilen der Verbreitung von antidemokratischem und rassistischem Denken in Vereinen und an anderen zivilgesellschaftlichen Orten zu verdanken (Berman 1997). Diesen Weg versuchte auch ihre Nachfolgerpartei in der jungen Bundesre-

publik, die Sozialistische Reichspartei (SRP), zu gehen – wenngleich auch mit geringen Folgen. Nachdem ihr Handeln lange von dem Kampf um Parlamentssitze auf der einen und Gewalttaten auf der anderen Seite geprägt war, hat die radikale Rechte im vereinigten Deutschland die Graswurzelarbeit wiederentdeckt. Seit Mitte der 1990er Jahre haben nicht-konfrontative Protestformen wie Demonstrationen, Mahnwachen und Unterschriftensammlungen im Aktionsrepertoire der radikalen Rechten einen wichtigen Platz eingenommen – ohne dass die alltägliche Gewalt, die nur in Zyklen von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wird, abgerissen wäre. Inhaltlich hat über die klassischen Felder wie Revisionismus oder ethnische Homogenität hinaus eine Suche nach anschlussfähigen Themen eingesetzt. So versuchen Rechtsradikale zu Infrastruktur (etwa Verkehr und Bildung), Wirtschaft und Sozialem (Hartz IV, Globalisierung, Mittelstand und Handwerk), aber auch Umwelt (Gentechnik, Braunkohle) zu mobilisieren. Auch die Deutungsrahmen, die in öffentlichen Auftritten bemüht werden, sind stärker verallgemeinerungsfähig. Die Rede ist von ‚vernachlässigter Jugend', ‚Sozialraub', und einem ‚vaterlandslosen Raubtierkapitalismus' (s. auch Staudt 2005; Stöss 2005). Die inhaltliche Neuorientierung ging einher mit einem verstärkten Engagement jenseits der eindeutig rechtsradikalen Organisationen und Parteien. Seitdem sammeln Kameradschaften und Parteigenossen Müll im Wald, sie trällern Volkslieder in Altersheimen und prüfen die Kasse des Heimatvereins.

2 Zwei Konzepte von Zivilgesellschaft

In der Diskussion über Zivilgesellschaft werden ein bereichslogisches und ein handlungslogisches Verständnis einander gegenübergestellt. Während ersteres Zivilgesellschaft als Sphäre jenseits von Staat, Familie und z.T. Wirtschaft fasst, wird Zivilgesellschaft in letzterem als ein Ensemble von Interaktionen verstanden, die auf das Gemeinwohl zielen, gewaltfrei sind und auf der Anerkennung des Anderen beruhen. Beide Theoriestränge enthalten einen mehr oder weniger stark ausgeprägten normativen Überschuss.[2] Zivilgesellschaft steht hier für den freien Austausch von Citoyens, für demokratisches Lernen und Inklusion, für Kritik und Korrektur staatlichen (und wirtschaftlichen) Handelns.

Die bereichslogische Definition von Zivilgesellschaft läuft empirisch zumeist auf eine Untersuchung von Vereinen und Assoziationen hinaus. Die Stärke von Zivilgesellschaft bemisst sich danach an der Dichte und Menge von freiwilligen Initiativen, in denen sich Bürger selbst organisieren. Nach dieser Lesart kann man rechtsradikale Organisationen, die sich jenseits von Staat, Wirtschaft und Familie bewegen, formal der Zivilgesellschaft zuordnen. Deshalb sind Zweifel an der positiven Bezugnahme auf Zivilgesellschaft und den mit ihr verknüpften Annahmen der Integration und Demokratisierung angemeldet worden. Dass nationalistische und fundamentalistische Akteure selbst in dieser gesellschaftlichen Sphäre agieren, ist in Begriffen wie „bad civil society" (Chambers/Kopstein 2001) oder „uncivil society" (Mudde/Kopecky 2003) zum Ausdruck gebracht worden (s. auch Roth 2004). Die Angemessenheit der Bezeichnung rechtsradikale Zivilgesellschaft würde sich danach daran messen, inwieweit demokratisch-pluralistische oder rechte Initiativen den Sektor beherrschen.

Mit dem Anbiedern der radikalen Rechten in Vereinen und Initiativen und mit dem teilweise zu beobachtenden Aufgehen in lokalen Gemeinschaften stellt sich die Frage nach rechtsradikaler Zivilgesellschaft allerdings neu. Der Blick auf einzelne nationalistische Zusammenschlüsse mag den Vorteil bieten, dass diese abgrenzbar und damit logisch zu isolieren sind. Das rechtsradikale Wirken in der zivilgesellschaftlichen Sphäre ist jedoch mit dieser Perspektive nur unzureichend abgedeckt. Angesichts staat-

licher Repressionen und zivilgesellschaftlicher Gegenwehr wird rechtsradikales Handeln und Argumentieren bemäntelt und aus den einschlägigen Organisationen ausgelagert. Die Strategie der radikalen Rechten zielt darauf ab, lokale Infrastrukturen und Öffentlichkeiten rechtsradikal zu durchsetzen. Beschäftigt man sich nur mit rechtsradikalen Organisationen, geht der Blick auf die Interaktion mit den Bürgern, auf die Vereinnahmung von Traditionen oder die Neuinterpretation von politischen und historischen Zusammenhängen durch Rechtsradikale verloren.

Die Einbeziehung der Sphäre der Öffentlichkeit, für Habermas die Arena, in die zivilgesellschaftliche Diskussionsprozesse einmünden (Habermas 1992: 443), scheint also für ein angemessenes Verständnis von rechtsradikalen Interventionen eher angemessen als ein bloßer Bezug auf Organisationen. In einigen Gemeinden ist das Kräfteverhältnis zwischen Rechtsradikalen und ihren Gegnern bereits eindeutig zuungunsten der Demokraten verschoben. Hier bleiben rechte Positionen im öffentlichen Austausch unwidersprochen und rechte Aktivisten sind als normale Akteure anerkannt.

Scheint also vor dem Hintergrund einer sektoralen Definition die Rede von einer rechtsradikalen Zivilgesellschaft nicht völlig abwegig, so ist dieser Begriff absurd, wenn man zivilgesellschaftliches Handeln im Sinn des handlungslogischen Verständnisses an die Anerkennung universeller Gleichheitspostulate bindet (s. Rucht i.E.). Rechtsradikale gehen in ihrem Denken und Handeln vom Gegenteil aus, dass Menschen nicht gleich sind und dass ihr Heil in der Abschirmung von dem Anderen liegt. Mit der damit verbundenen Frage nach Inklusion und Exklusion werden die Grenzen von Zivilgesellschaft zum Thema. Auf welches Kollektiv bezieht sich zivilgesellschaftliches Handeln und wer ist dabei ausgeschlossen?[3]

In einem urbanen, vom Erbe der neuen sozialen Bewegungen geprägten Verständnis mag Solidarität per definitionem universell verstanden werden, wie die handlungstheoretische Vorstellung von Zivilgesellschaft unterstellt (s. Gosewinkel/Rucht 2003). In einem auf Abgrenzung bedachten ländlichen Milieu, zumal – wie im Osten der Republik – mit dem Erbe einer kollektivistischen und chauvinistischen politischen Kultur,[4] ist diese Annahme keineswegs unmittelbar einleuchtend. Nicht selten verstehen die Akteure selbst ihr Engagement innerhalb bestimmter Grenzen. So mag das Engagement von Rechtsradikalen in einem kleinräumigen Kontext zivil(gesellschaftlich) erscheinen. Doch ziviles Handeln findet hier allenfalls in einer homogenen Gemeinschaft und zu deren Gunsten statt. Solidarität innerhalb ländlicher Gemeinschaften etwa ist ein Anknüpfungspunkt für die Angebote von Rechtsradikalen und ein Medium, das auch in diesen Zusammenhängen Verbindlichkeit und Integration herstellt. Während mit Bezug auf ein abgegrenztes Kollektiv also durchaus zivil gehandelt wird, ist unziviles Handeln zu erwarten, wenn die Homogenität dieser Gemeinschaft als bedroht wahrgenommen wird. Das Ideal, auf das solche Handlungen hinführen, ist nicht eine zivile Gesellschaft von Gleichen sondern eine Volksgemeinschaft, die nach außen abgegrenzt und nach innen solidarisch ist. Dabei ist wichtig festzuhalten, dass dieses Bezugssystem nicht ausschließlich für rechtsradikale Kader oder Cliquen gilt, sondern dass es – wenn auch nur z.T. mit den völkischen Implikationen – ein Teil der Mehrheitskultur ist, besonders im ländlich-kleinstädtischen Sozialraum. Eine Bedrohung der Gemeinschaft wird sanktioniert, entweder durch latente Gewalt wie Alltagsdiskriminierung oder durch manifeste Gewalt gegen Andere. So ist häufig zu beobachten, dass antifaschistische Gegenaktivitäten nicht nur von Seiten der Rechtsradikalen Ungemach zu befürchten haben, sondern auch von denen, die das Problem nicht thematisieren wollen bzw. das Engagement von Rechten nicht problematisch finden.

3 Zivilgesellschaft als Kontext

Auch wenn das Adjektiv ‚rechtsradikal' in Verbindung mit dem Begriff der Zivilgesellschaft im Sinn einer normativen Deutung inakzeptabel sein mag, so bringt es doch einen heuristischen Gewinn. Die Vorstellung einer rechtsradikalen Zivilgesellschaft lenkt den Blick weg von einer Fixierung auf rechtsradikale Organisationen oder eine rechte Szene. Er verweist darauf, dass rechtsradikales Wirken bisweilen durch eine resonante Umgebung ermöglicht wird. Der Blick für den Kontext, in dem sich radikale Rechte engagieren, ist vor allem deshalb wichtig, weil er hilft, deren Erfolg in bestimmten Regionen zu erklären. In Anlehnung an die klassischen Fragestellungen der Theorie politischer Gelegenheitsstrukturen lassen sich folgende Fragen formulieren:

- Inwieweit haben Rechte Zugang zur relevanten Infrastruktur, d.h. Ämter und Mandate in politischen Institutionen, Funktionen in zivilgesellschaftlichen Organisationen?
- Welche offenen und schweigenden Bündnispartner gibt es für sie, bzw. wie sind die Loyalitäten in der lokalen Bevölkerung gegenüber demokratischen Akteuren, Strukturen und Verfahren verteilt?
- Welche Form von Repression haben Rechte zu befürchten, sowohl von Seiten des Staates (Polizeimaßnahmen, Verweigerung von Zusammenarbeit) als auch in der Zivilgesellschaft (Ächtung, Gegenmobilisierungen)?

Die zuvor genannten Punkte sind kaum zu verstehen, ohne die ideellen Voraussetzungen für die Herausbildung einer rechtsradikalen Hegemonie einzubeziehen. Zu klären ist, inwiefern rechtsradikale Angebote auf Resonanz stoßen und welche Identifikationsbedürfnisse damit

befriedigt werden. Hier zeigt der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland, dass die Ausgangsbedingungen sich regional stark unterscheiden und dass mit diesen Unterschieden spezifische Erfolgsaussichten und Lösungsansätze einhergehen.

Verstehen wird man den Erfolg der radikalen Rechten in bestimmten Regionen nicht allein durch die Beobachtung rechter Organisationen oder die Messung von Einstellungen und Wahlverhalten. Rechte sind mobilisierungsfähig, weil sie als aktiver Teil der Bürgerschaft wahrgenommen werden, weil sie Identifikation bieten und reale Probleme artikulationsfähig machen. Das Konzept der Zivilgesellschaft ist wichtig, um dieses Phänomen zu verstehen, weil es einen politischen Raum jenseits von politischen Parteien und Institutionen aufspannt, in dem Probleme öffentlich artikuliert werden und Solidarität erlebbar wird.

4 Schluss

Das Engagement von Rechtsradikalen in Vereinen und Bürgerinitiativen, in Gremien und Ämtern zeigt die Grenzen des Konzeptes Zivilgesellschaft auf. Die tastenden Versuche, die Vorstellung einer rechtsradikalen Zivilgesellschaft auf ihre Sinnhaftigkeit zu prüfen, haben gezeigt, dass eine bereichslogische Vorstellung leichter mit dieser Wortkombination zu vereinbaren ist als eine handlungslogische. In dieser Tradition lässt sich rechtsradikales Engagement nur dann als zivilgesellschaftlich definieren, wenn man die eingeschränkte Bezugsgruppe und die Zielsetzung des Handelns ausklammert. An dieser Stelle geht es aber nicht primär darum, akademische Konzepte gegen unerwünschte Assoziationen zu verteidigen, sondern darum, Bruchstellen in unserer Wahrnehmung von Zivilgesellschaft und Rechtsradikalismus offen zu legen. So erscheint es sinnvoll, beim Gebrauch des Begriffes der Zivilgesellschaft mitzudenken, auf welche soziale Entität sich empirisch beobachtbares Handeln bezieht und was dabei ausgeschlossen bzw. nicht gesagt ist. Zivilgesellschaftliche Akteure verstehen ihr Engagement in der Mehrzahl als Beitrag zu einem Kollektiv, das mehr oder weniger exklusiv definiert wird. Die Idee von Pluralität und Differenz, die gemeinhin in der Vorstellung von Zivilgesellschaft mitschwingt, wird relativiert, wenn man den Blick auf einzelne Regionen lenkt. Hier kann das Ergebnis zivilgesellschaftlichen Handelns – mit oder ohne rechtsradikale Akteure – eine betont homogene Gemeinschaft sein, die sich nach außen abschirmt.

Damit steht aber nicht nur das Konzept Zivilgesellschaft sondern auch die Wahrnehmung wichtiger gesellschaftlicher Entwicklungen auf dem Spiel. In der gegenwärtigen Diskussion wird Rechtsradikalismus häufig auf ein Problem der Devianz verkürzt. In dieser Perspektive sind Rechtsradikale eine abgrenzbare Gruppe, deren Verhalten von dem der Mehrheit abweicht und von dieser sanktioniert wird. Der Blick auf die Graswurzelarbeit von Rechtsradikalen zeigt dagegen ihre Verankerung in sozialen Netzwerken über einschlägige Organisationen hinaus und die Anschlussmöglichkeiten für rechtsradikale Diskurse. Die Sphäre der Zivilgesellschaft ist in einigen Landstrichen bereits rechtsradikal durchsetzt und prägt in dieser Form Denken und Handeln der Menschen. Einen von Rechtsradikalen dominierten Raum als zivilgesellschaftlich defizitär zu bezeichnen, birgt die Gefahr, dass unerkannt bleibt, inwiefern die dortigen Selbstorganisationsprozesse, in denen bestimmte Emotionen und Weltdeutungen aufgenommen werden, funktionsäquivalent mit einer normativ gewünschten demokratischen und pluralistischen Zivilgesellschaft sind. Auch hier werden im Medium der Öffentlichkeit Problemdeutungen verhandelt, auch hier findet ein sozialer und politischer Alltag statt, der gesellschaftliche Integration zum Ergebnis hat (wenn auch nur für einen abgegrenzten Bereich). Die Vorzeichen, unter denen dies geschieht, sind

allerdings für eine demokratische Gesellschaft in höchstem Maße bedenklich.

Simon Teune, Soziologe, hat bis zu einer Babypause im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gearbeitet. Er bereitet eine Dissertation zu Kommunikationsstrategien globalisierungskritischer Gruppen in der Anti-G8-Kampagne vor. Kontakt: teune@gmx.de

Anmerkungen

[1]Für wertvolle Kommentare zu einer früheren Version dieses Textes danke ich Roland Roth und den Mitgliedern und Gästen der Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung.

[2]Gosewinkel und Rucht betonen allerdings, dass das handlungslogische Konzept von Zivilgesellschaft „nicht selbst normativ" sei, „sondern […] die empirische Geltung bestimmter Normen zum Kriterium [erhebt]" (Gosewinkel/Rucht 2004: 49).

[3]Die Diskussion nach den Grenzen zivilgesellschaftlichen Handelns findet man z.T. in Alexander (1998).

[4]Zu den Wurzeln von Fremdenfeindlichkeit in der auf Homogenität zielenden DDR-Gesellschaft siehe Behrends, Lindenberger und Poutrus (2003).

Literatur

Alexander, Jeffrey C. (Hg.) 1998: Real civil societies. Dilemmas of Institutionalization. London: Sage.

Behrends, Jan C./Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.) 2003*:* Fremde und Fremdsein in der DDR: Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Berlin: Metropol.

Berman, Sheri 1997: Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic. In: World Politics, Jg. 49, Heft 3, 401-429.

Chambers, Simone/Jeffrey Kopstein 2001: Bad Civil Society. In: Political Theory, Jg. 29, Heft 6, 837-865.

Gosewinkel, Dieter/Dieter Rucht 2004: ‚History meets sociology': Zivilgesellschaft als Prozess, In: Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter/van den Daele, Wolfgang/Kocka, Jürgen (Hg.), Zivilgesellschaft – national und transnational, WZB-Jahrbuch 2003. Berlin: edition sigma, 29-60.

Habermas, Jürgen 1992*:* Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kopecký, Petr/Cas Mudde (Hg.) 2003: Uncivil Society? Contentious Politics in Post-Communist Europe. London: Routledge.

Roth, Roland 2004: Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: *Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria* (Hg.), Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft, 41-64.

Rucht, Dieter i.E.: Von Zivilgesellschaft zu Zivilität: Konzeptuelle Überlegungen und Möglichkeiten der empirischen Analyse. In: Chrstiane Frantz/Holger Kolb (Hg.), Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse. Münster: Waxmann

Staud, Toralf 2005: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln: Kiepenheuer und Witsch.

Stöss, Richard 2005: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Dierk Borstel

Engagement als Strategie – Was will der nette Nazi von nebenan?

Nachdem Schüler an einer Berliner Schule NPD-CDs verteilt haben, kommt es im Kollegium zu einer Diskussion. Eine Lehrerin reagiert auf einen Hinweis des herbeigeeilten Experten erheitert: „Welcher Nazi liest denn Gramsci? Die Schüler, die wir heute gesehen haben, sind dumm wie Stulle!“ Niemand widerspricht.

Für Aufmerksamkeit sorgt im medialen Diskurs ein neues Bild eines vermeintlich modernen Rechtsextremismus. Neu seien rechtsextreme Frauen, die sich in der Kindertagesstätte ihrer Kinder engagieren und im Ökoladen nebenan für regionale Produkte werben. Da engagieren sich plötzlich NPD-Landtagsabgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern für den Wiederaufbau einer Kirche in Anklam und treten einer Bürgerinitiative gegen Braunkohleabbau bei Lübtheen bei. In Sachsen kursiert das Bild rechtsextremer Kümmerer in Dörfern. Aus Niedersachsen wird ein Fall bekannt, in dem ein NPD-Mitglied sich führend für die örtliche Kirchengemeinde einsetzt. In Brandenburg tingelten schon früher junge Rechtsextremisten durch die Altenheime und sangen den Alten dort bekannte Volkslieder vor.

Dieses Engagement geht oft nicht von der NPD sondern von freien Kameradschaften und losen rechtsextremen Netzwerken vor Ort aus. Es greift regionale Themen auf und engagiert sich scheinbar für das Gemeinwohl. Ist dieses Vorgehen Teil der alltagsweltlichen Realität von Rechtsextremen oder Strategie? Droht damit eine rechtsextreme Zivilgesellschaft? Oder wie ist die aktuelle Situation sonst zu bewerten? Vier Thesen sollen helfen, diese Fragen einzukreisen und zu beantworten. Vorab jedoch gilt es den Begriff der Zivilgesellschaft zu präzisieren.

1 Was ist die Zivilgesellschaft?

In der politischen Theorie gehört der Begriff der Zivilgesellschaft zu den schillerndsten überhaupt. Er verfügt über eine jahrhundertlange Tradition, ist zwischendurch eine Zeitlang im Diskurs verschwunden und erlebt seine Renaissance mit dem Fall der kommunistischen Systeme in Osteuropa. Bis heute gibt es keine Konsensdefinition des Begriffs. Weitgehende Akzeptanz findet jedoch das Verständnis von Habermas. Den institutionellen Kern der Zivilgesellschaft bilden für ihn „jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern. (…) Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert“ (Habermas 1998: 443-444).

Kleinster gemeinsamer Nenner im Diskurs dürfte sein, dass es sich bei der Zivilgesellschaft um eine gesellschaftliche Sphäre handelt,

- die zwischen Staat und Privatsphäre angesiedelt ist,
- von einer Vielzahl staatlich unabhängiger Akteure besiedelt ist,
- vom Staat geschützt den Organisationen Freiheit der Organisation und Meinung gibt. Dabei werden mit der Zivilgesellschaft verschiedene Hoffnungen und Funktionenverbunden (vgl. zur Einteilung Schulz zur Wiesch 2002).
- Subversive Funktion: Zivilgesellschaft soll staatlicher Gewalt widerstehen, Missstände

aufgreifen und Widerstand gegen Unrecht leisten. Dieses Verständnis findet sich vor allem in der politischen Linken.
- Stabilisierende Funktion: Zivilgesellschaft in diesem Verständnis soll den Staat entlasten, indem Bürger Aufgaben des Staates übernehmen. Muster dieses Denkens finden sich z. B. im so genannten Konzept des ‚dritten Weges von Giddens.
- Integrierende Funktion: Bürger sollen durch ihr konkretes Handeln den sozialen Zusammenhalt fördern. Dieser Grundgedanke ist besonders innerhalb des Kommunitarismus ausgeprägt.

Umstritten ist vor allem der normative Gehalt des Begriffs ‚Zivil'. Denn nicht alle Akteure in der Sphäre der Zivilgesellschaft verfügen über einen zivilen Charakter. Rechtsextreme Kameradschaften, Linksextremisten und islamistische Terrornetzwerke bevölkern diese Sphäre, teilen jedoch nicht die Idee einer humanitären und zivilen Gesellschaft. Es ist deshalb die Frage erlaubt: Wie verhält sich der moderne Rechtsextremismus zur Zivilgesellschaft? Vier Thesen sollen eine Annäherung bringen.

2 Vier Thesen

2.1 These 1

Moderne rechtsextreme Strukturen organisieren sich in der Sphäre der Zivilgesellschaft.

Die Organisationsform der Kameradschaften bildet eine strukturelle Grundform des modernen Rechtsextremismus besonders, aber mittlerweile nicht nur, in Ostdeutschland. Nach Wagner handelt es sich dabei um „national-sozialistische Gruppierungen, die nur selten personell offen und direkt politisch in Erscheinung treten. Sie existieren in einem Zwielicht, das sie für die Ausbreitung ihres Einflusses nutzen. Bei gleichzeitiger Verdeckung ihrer tatsächlichen Handlungsbereitschaft und -fähigkeit demonstrieren sie Macht, die in mancher Kommune im demokratischen Raum lähmend wirkt, zumal immer reale Gewalt (oder wenigstens doch ihre Androhung) im Spiel ist" (Wagner 2000: 163-164). Die rechtsextreme Szene beschreibt diese Kameradschaften selber etwas verklärend wie folgt:

„Eine Kameradschaft will mehr. Sie zielt auf den Lebensinhalt. Sie ergreift den ganzen Menschen. Es geht nicht alleine um die Erreichung von Nahzielen, sondern um die sinnvolle Führung eines ganzen Lebens. Der nationale Mensch ist im Denken und Fühlen, im Handeln und Verhalten durchdrungen von seinem Glauben, erfüllt von der Hingabe an eine Idee. Von ihm wird ganzer Einsatz gefordert, und er selbst will diesen leisten; nach besten Kräften. Denn er brennt selbst darauf, in dieser Gemeinschaft soviel zu schaffen, soviel beizutragen wie irgend möglich ist. (…) Er hat inneren Anteil an allem, was zur Verwirklichung seiner nationalen Interessen dient. Er weiß, dass die Kameradschaft als ganzes nur soviel leisten kann, wie jeder einzelne dazu beiträgt, sowohl finanziell als auch durch eigene Leistung, wie durch vorbildliches Leben, durch das noch nicht der Kameradschaft angehörige Menschen angezogen werden" (aus: ‚Unser Wollen' Schrift der Artgemeinschaft).

Bemerkenswert ist neben dem zelebrierten Pathos der angesprochene Idealismus, der jedoch in der Praxis häufig so nicht wieder zu finden ist. Aussteiger berichten wiederholt von den Differenzen zwischen Theorie und Tat, der sie zum Gedanken des Ausstiegs motiviert habe. Gemeint ist damit der Gegensatz zwischen dem Selbstbild als ‚Herrenmensch' und dem konkreten Verhalten besonders von Führungspersonen der Szene, das den versprochenen Idealen widerspreche.

Zu ihren Zielen zählen die Kameradschaften nach dem Vorbild der französischen Neuen Rechten und unter ausdrücklichem Bezug auf Gramsci die Schaffung einer kulturellen Hegemonie, die die Basis für folgende politische Macht darstellen soll. Zu den Mitteln zählen u.a.:

- Das Konzept der ‚nationalen Jugendarbeit': es richtet sich gezielt an die Altersgruppe ab 12 Jahren und soll junge Menschen mittels alltäglicher Freizeitangebote (Fußball, Camping) an die Szene heranführen.
- Kulturelle Animation: Mittels kultureller Ereignisse sollen Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, die gleichzeitig der Wertevermittlung dienen. Besonders gilt dieses für rechtsextreme Musikveranstaltungen.
- Publikationswesen: Zunehmend werden ‚nationale' Pressedienste aufgebaut, die das bisherige rechtsextreme Publikationsnetzwerk erneuern, da sie ihre Produkte kommunal ausrichten, lokale Themen aufgreifen und z. T. breit und kostenlos verbreiten. Höhepunkte sind so genannte öffentliche ‚Pressefesten', in denen diese Produktlinien einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen.
- Nationale Schülergruppen: Eine Neuheit ist der Aufbau gezielt rechtsextrem orientierter Jugendgruppen, deren Aktionsfeld die eigene Schule sein soll.
- Kinderangebote: Noch in der Phase der Erprobung steckt das Projekt der ‚nationalen Kinderfeste'. Mit kostenlosen Spielangeboten und kulinarischen Genüssen (Bratwurst und Cola) sollen Kinder angesprochen werden. Passend dazu werden erste ideologisch aufgeladene Kinderbücher vertrieben.

Besondere Beachtung verdienen dabei verschiedene politische Ritualisierungen. Theoretisch beziehen sich diese auf die Schaffung gemeinsamer Werte durch den Bezug auf eine als positiv definierte Nationalgeschichte und gemeinsame Bräuche und Kulturerlebnisse. Ein Beispiel aus der rechtsextremen Jugendzeitschrift ‚Das Sturmsignal' unter der Überschrift ‚Wille und Weg einer nationalen revolutionären Jugend' von 2003:

„Wir wollen unsere artgemäßen Bräuche nicht der heuchelnden Kirche oder dem System überlassen. Wir singen unsere alten Volkslieder, wir tanzen unsere fast vergessenen Volkstänze, wir feiern Frühlingsfeste, Tag- und Nachtgleichen, Sommer- und Wintersonnenwenden, Erntedankfeste, Heldengedenken, Julfeste und leben so unsere Bräuche. Sie dürfen nicht versiegen, die weisen Quellen des Volks- und Kulturgutes unserer Ahnen! Mit diesem Auferstehen von alten Bräuchen und Riten folgen wir der Stimme unserer Urväter und einem ungeschriebenen Gesetz, welches in unserer Blutslinie verankert ist. Besseres kann kein Volk vererben, als der eigenen Väter Brauch. Wenn des Volkes Bräuche sterben, stirbt des Volkes Seele auch" (Das Sturmsignal 1/2003, S. 52).

Es ist wichtig, diese Bräuche und Ritualisierungen besonders in Form der genannten Feste nicht als Kontrapunkt, sondern als komplementäres Element zu Saufgelagen oder rechtsextremen Skinheadkonzerten zu sehen. Beides ergänzt sich und schließt sich nicht aus.

Die Praxis der Kameradschaften und ihre strategisch-strukturelle Anlage des informellen Netzwerkes, der kommunalen Orientierung und Kleinteiligkeit lässt sich zurückführen auf Erfahrungen rechtsextremer Kleinstgruppen noch in der DDR. Der repressive Staat ließ keinen Freiraum für größere Organisationen. Der strategische Ansatz war daher eine Option, sich der Repression zu entziehen. Die Idee der Kameradschaft formulierte jedoch später erst Christian Worch aus Hamburg. Seine Idee war der Wiederaufbau der NSDAP. Da auch der westdeutsche Staat eine Neugründung der Partei nicht gestattet, zielte er auf die Schaffung von Zellen, die miteinander verbunden perspektivisch ein Ganzes und damit die Partei ergeben sollten. In Ostdeutschland fand diese Idee geringeren Anklang. Weniger die Gründung einer Partei war das mittelfristige Ziel, sondern die Schaffung einer revolutionären Situation zur Überwindung des demokratischen Systems zugunsten eines nationalsozialistischen Staates, in dem auch die NSDAP keine größere Funktion mehr erfüllen müsste.

Diese rechtsextremen Netzwerke breiteten sich besonders nach den Verboten mehrerer rechtsextremer Gruppierungen Mitte der 1990er Jahre massiv aus. Sie stellen in Ostdeutschland die strukturelle Basis des modernen Rechtsextremismus und sind in unterschiedlicher Qualität und Quantität nahezu flächendeckend verbreitet. Auch in Westdeutschland lösen diese informellen Netzwerke mit hoher Kommunikationsqualität zunehmend den alten auf Parteien und Vereinen aufbauenden Rechtsextremismus ab. Damit verbunden ist die Verwendung neuer Kommunikationsmittel – besonders des Internets mit seinen zahlreichen rechtsextremen Chats und Blogs –, die eine hohe Kommunikationsdichte und gleichzeitig eine niedrig schwellige Kommunikationsaufnahme ermöglichen. Zusammen mit den Angeboten der nationalen Jugendarbeit schafft dieser Modernisierungsschritt unmittelbare Verbindungen zur rechtsextrem orientierten Jugendkultur.

Der Trend der rechtsextremen Strukturen ist somit eindeutig: Trotz einiger NPD-Erfolge orientiert sich der strukturelle Kern des modernen Rechtsextremismus an Ideen der sozialen Bewegungen, organisiert sich in der Sphäre der Zivilgesellschaft und wirkt dort im Sinne der Zivilgesellschaftsdefinitionen nicht für, sondern gegen die Demokratie.

Dieses Verhalten ist dabei nicht zufällig, sondern begründet in einem Mix aus Erfahrung und Strategiebildung. Besonders im ostdeutschen Rechtsextremismus leben noch Erfahrungen der DDR-Zeit fort. Dort war subversives Handeln angesichts der staatlichen Repression unumgänglich. Aus rechtsextremer Sicht hat sich mit der Wende am Charakter des Staates nicht viel verändert. Für sie ist auch die Bundesrepublik ein autoritärer und repressiver Staat, der rechtsextremes Handeln unterdrückt. Dagegen wehren sich rechtsextreme Strukturen mit den Mitteln, die sie schon in der DDR gelernt haben.

Hinzu kommt die zweite Erfahrung, dass reine Gewaltanwendung viele Bürger abschreckt, die es zu gewinnen gelte. Offene Unterstützung gibt es hingegen bei vermeintlich gemeinwohlorientierten Handlungen. Besonders die Vordenker der ‚national befreiten Zonen' haben begriffen, dass sich ein zusätzliches Potential für die ‚Volksgemeinschaft' durch Engagement gewinnen lässt. Dieses Konzept prägt die Debatten vieler freier Nationalisten; ist aber in der Szene nicht unumstritten und geht häufig nicht konform mit der nach wie vor präsenten Gewaltverherrlichung.

2.2 These 2

Die rechtsextreme Praxis ist oft dürftiger als das Selbstbild.

Das Eigenlob der rechtsextremen Aktivisten ist hoch. Ein Blick in die rechtsextreme Publikationslandschaft verrät das idealistische Eigenbild. Ein Beispiel: Im ‚Förderturm' (Nr. 6, Seite 15) wird das Bild des ‚Politischen Soldaten' als Leitbild der rechtsextremen Bewegung vorgestellt. Er sei das Gegenbild zur ‚Spaßgesellschaft', kämpfe gegen sie an und orientiere sein Verhalten am politischen Kampf als Priorität seines Lebens. Dazu gehöre die weitgehende Abstinenz von Alkohol und Zigaretten, die Überprüfung des eigenen Medienverhaltens (weniger Fernsehen) sowie die Aufforderung, mehr zu lesen, da Lesen Wissen und Wissen Macht sei und Fernsehen lediglich ‚Hetzpropaganda' der Feinde sei.

Das Bild des ‚politischen Soldaten' ist das Gegenstück zum real-existierenden subkulturell orientierten Rechtsextremisten. Der Eine soll sein Leben und sein Verhalten dem politischen Kampf unterordnen. Der Andere erfreut sich an Spaß, Musik und Gemeinschaft, während Politik für ihn eher beiläufig ist.

In seinen Vorträgen zu seinem Leben in der rechtsextremen Szene erzählt der Aussteiger und heutige Mitarbeiter von EXIT-Deutschland

Mathias Adrian oft eine Episode aus Hessen. Darin sei er zu einer illegalen und geheimen Wehrsportübung in einem Wald eingeladen worden. Mittels abhörsicherer Zelte, Sendepeiler und getrennter Anreisen wurde ein Höchstmaß an Sicherheitsvorkehrungen vor staatlichen Repressionen betrieben. Adrian vermutete, dass nach dem Aufbau dieser schweren Zelte und einem Eröffnungsgrillen der sportliche Teil des Programms beginne. Stattdessen jedoch wurde nicht morgens marschiert, sondern durchgehend zu viel Alkohol getrunken, so dass die Veranstaltung nicht in sportlicher Ertüchtigung, sondern im alkoholbedingten Kater endete. Adrian bekam danach Zweifel über den Widerspruch rechtsextremen Seins und Wollens. Er verstand sich als politischer Kämpfer und verzweifelte am Widerspruch zwischen Schein und Sein seiner ‚Kameraden'.

Ähnlich widersprüchlich verhält es sich mit Ankündigungen einer rechtsextremen geistigen Offensive. Aus dem Kreis der NPD-Fraktion wurde sogar die Ablösung der Frankfurter durch eine Dresdner Schule des nationalistischen Aufbruchs versprochen. Der Ankündigung folgten jedoch keine weiterführenden Initiativen oder gar innovative Ideen. Viele Rechtsextremisten kennzeichnet ein hohes Maß an Arroganz und Selbstüberschätzung. Das betrifft auch ihr zivilgesellschaftliches Handeln. Schon kleine Handlungen werden medial ausgeweitet. Nur an wenigen Orten gelingt jedoch eine kontinuierliche Arbeit. Das ist begründet in den internen Szenewidersprüchen. Die wirklichen Aktivisten verzweifeln dabei an der Trägheit der Mitläufer und die Mitläufer verstehen nicht denn strategischen Sinn des Engagements.

2.3 These 3

Der Rechtsextremismus ist da erfolgreich, wo er sich zivilgesellschaftlich organisiert.

Wie lässt sich rechtsextremer Erfolg messen? Anerkannte Indikatoren sind die Stärke der rechtsextremen Strukturen, Wahlerfolge rechtsextremer Parteien und rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung. Blickt man auf diese drei Aspekte fallen zumindest zwei rechtsextreme Verdichtungsräume auf, für die mindestens zwei Indikatoren (Strukturstärke und Wahlerfolge) vorliegen: die Sächsische Schweiz und Ostvorpommern. In beiden Teilen erringt die NPD weit überdurchschnittliche Wahlerfolge und kann auf gewachsenen Strukturen aufbauen.

Beide Regionen haben dabei zentrale Gemeinsamkeiten. Die rechtsextremen Erfolge bauen auf einer Geschichte der gesellschaftlichen Verankerung und lang anhaltender rechtsextremer Aktivitäten auf. In der Sächsischen Schweiz gehören zum führenden NPD-Personal mittelständisch verankerte Kümmerer in Dorfstrukturen. In Vorpommern handelt es sich hingegen um eine mittlerweile über zehn Jahre dauernde Aktivität der kulturellen Animation besonders für den rechtsextrem-orientierten Jugendanhang. Sowohl die mittelständisch verankerten wie auch die jugendorientierten Kümmerer werden in ihren Handlungsorten nicht ausgegrenzt, sondern können ungehindert und ohne Widerstand offen für ihre politischen Ideen in Wort und Tat werben. Sie übernehmen dort zivilgesellschaftliche Funktionen und eben das ist ihr Erfolgsrezept.

In beiden Regionen fußt das Engagement auf drei Säulen des Handelns:

- Versuche der ökonomischen Lebenssicherung durch Aufbau mittelständischer Betriebe oder auch unmittelbar rechtsextreme Infrastrukturen wie Läden oder Vertriebe;
- Nationale Jugendarbeit: Angebote an Jugendliche in Form von Sport oder Kulturveranstaltungen zur Annäherung an rechtsextreme Strukturen;
- Diskursive Einwürfe: Versuche, kommunale Themen über Veranstaltungen, Publikationen oder face-to-face-Gespräche zur Verbreitung der Etablierung der rechtsextremen

Strukturen als anerkannte Partner in der Gemeinde zu nutzen.

Alternative Versuche der strategischen Konzentration auf parteiliche Organisation oder der Entwicklung von Militanz isolierten die rechtsextremen Aktivisten. Sie sind nur dort stark, wo ihnen eine glaubwürdige Verbindung aus Engagement, Authentizität und Kommunikation in verschiedene gesellschaftliche Milieus hinein gelingt. An diesen Verdichtungsräumen gelingt es ihnen auch, einige der eingangs formulierten ‚klassischen Funktionen' der Zivilgesellschaft zu erfüllen. Sie prägen die politische Sozialisation ihrer Mitglieder, greifen besonders in kommunale Diskurse kritisch ein und bilden alternative Gesellschafts- und Politikentwürfe, auf die der Staat und die Demokraten in der Zivilgesellschaft zu reagieren haben. Dabei wirken sie jedoch weder integrativ noch stabilisierend.

2.4 These 4

Rechtsextreme Strukturen brauchen klare Grenzen.

Rechtsextreme Strukturen sind allerdings nur dort stark, wo ihre Gegner deren Ausbreitung auch zulassen. Fragt man Aussteiger aus der rechtsextremen Szene, welche Maßnahmen sie als besonders störend empfunden haben in ihrer rechtsextremen Karriere, fällt unweigerlich der Blick auf den Bereich der staatlichen Repression. Ein funktionierender Rechtsstaat ist die erste Antwort auf den Rechtsextremismus. Sie alleine genügt jedoch nicht.

Der moderne Rechtsextremismus lebt ein Ideal, den nationalen Sozialismus, und hat eine klare Vision für den Nationalstaat in der globalisierten Welt. Sein gedanklicher Bezugsrahmen ist mittlerweile weniger der historische Nationalsozialismus, sondern die Frage nach Ungerechtigkeiten in der modernen Gesellschaft. Die demokratische Gegenseite tut sich zumindest dann mit den eigenen Werten und Antworten auf die Globalisierung schwerer, wenn sie sich nicht in den platten Populismus retten will. Eine moderne, demokratische Zivilgesellschaft muss sich ihrer eigenen demokratischen Qualität oft erst noch vergewissern, um sie nach innen wie außen darstellen zu können. Gelingt jedoch die Entwicklung eines souveränen, regional angebundenen, demokratischen Gegenentwurfs, der auch offen auf die real existierenden rechtsextremen Strukturen im Sinne der Entwicklung von Dissidenz und Eingrenzung reagiert, fehlt den rechtsextremen Strukturen der nötige gesellschaftliche Entwicklungsraum. Im besten Fall können sie dann gesellschaftlich isoliert werden und mutieren so zur politischen Sekte.

Dierk Borstel ist Diplom-Politologe und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Greifswald, im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld sowie bei der ZDK-Gesellschaftliche Demokratische Kultur Berlin.

Literatur

Habermas, Jürgen 1998: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt: Suhrkamp.

Schulz zur Wiesch, Jochen 2002: Zivilgesellschaft – sozialer Wandel – lokale Lebensräume. In: Stiftung SPI (Hg.) Mobile Beratung für menschenrechtsorientierte Demokratie in Berlin. Berlin, 15-17.

Wagner, Bernd 2000: Rechtsextremismus und Jugend. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske+Budrich, S. 155-166.

Gudrun Heinrich

Die NPD als Bewegungspartei

Das Erscheinungsbild und die Aktivitäten der NPD prägen in erheblichem Maße die Wahrnehmung rechtsextremer Phänomene. So wird auch die Diskussion über Maßnahmen zur Eindämmung des Rechtsextremismus immer wieder an der Frage des NPD-Verbotes festgemacht. Zu wenig Berücksichtigung findet dabei die Vernetzung der NPD mit den Strukturen der rechtsextremen Bewegung insgesamt.

Wenn wir davon ausgehen, dass der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Charakterzüge einer sozialen Bewegung vereint, dann ist die Fragestellung naheliegend, ob und inwieweit die NPD als Bewegungspartei charakterisiert werden kann. Um dies beantworten zu können, soll zunächst kurz begründet werden, warum Rechtsextremismus als soziale Bewegung anzusehen ist, bevor die Typologie der Bewegungspartei vorgestellt wird. Innerhalb der Parteientypologien spielt die Klassifizierung der ‚Bewegungspartei' keine zentrale Rolle. Abgesehen von der historischen Debatte der SPD und KPD als Partei der Arbeiterbewegung oder der NSDAP als Parteien der nationalsozialistischen Bewegung, fand der Begriff der ‚Bewegungspartei' im bundesdeutschen Diskurs vor allem für die Anfangsphase von Bündnis 90/Die Grünen Verwendung. Vor dem Hintergrund dieser Debatte sollen grundlegende Charaktermerkmale einer Bewegungspartei herausgestellt werden.

Ausgehend vom Konzept der ‚Bewegungspartei' sollen anschließend empirische Belege benannt werden, die deutlich machen, in welchem Maße die NPD als Bewegungspartei für die rechtsextreme Szene fungiert.

1 Rechtsextremismus als soziale Bewegung

Das rechtsextreme Spektrum weist eine Vielzahl unterschiedlicher Aktionsformen, Akteursgruppen und Organisationen auf. Um diese Heterogenität der Erscheinungsformen begrifflich fassen zu können, bietet sich das Konzept der sozialen Bewegung an. Mit dem Ansatz der Bewegungsforschung sind wir in der Lage, die einzelnen Phänomene „als einen kollektiven, von gemeinsamen Überzeugungen, Werten und Zielen sowie einer Identität stiftenden Ideologie getragenen Handlungszusammenhang, eben als eine soziale Protestbewegung" (Benthin 2003: 10) zu sehen.

Das rechtsextremistische Spektrum zeigt alle wesentlichen Elemente einer sozialen Bewegung. Die einzelnen Akteure verfügen über das Selbstverständnis, Teil einer Bewegung zu sein, deren gemeinsames Ziel die Überwindung bzw. Abschaffung der parlamentarischen Demokratie und der pluralistischen Gesellschaft zugunsten eines völkischen Staats- und Gemeinwesens ist. Die Heterogenität der Akteure und Aktionsformen sowie der spezifischen ideologischen Ausrichtungen kennzeichnet die rechtsextreme Bewegung und versetzt sie gleichzeitig in die Lage, unterschiedliche Bedürfnisse potentieller Ansprechpartner zu befriedigen. Sie bietet kulturelle Angebote, intellektuelle Diskurse, Aktion und Aktivität, Freizeitmöglichkeiten sowie zivilgesellschaftliche Strukturen des Engagements.

„Mit dem Konzept der sozialen Bewegung trägt die Forschung heute sowohl diesen Modernisierungsprozessen wie auch der relativen Heterogenität des Feldes Rechnung. Rechtsex-

tremismus als soziale Bewegung zu konzeptualisieren bedeutet, von einer Vielzahl relativ autonomer Beobachtungsbereiche auszugehen und innerhalb dieser Beobachtungsbereiche wiederum ein erhöhtes Maß an Unabhängigkeit zwischen den verschiedenen Akteuren anzunehmen" (Klärner/Kohlstruck 2006: 31).

Wichtig für das Verständnis der rechtsextremen sozialen Bewegung sowie der Rolle der NPD ist somit die Berücksichtigung von Heterogenität der Elemente der Bewegung wie ihrer netzwerkartigen Verbindung untereinander.

Die Ausgangsthese der folgenden Überlegungen ist, dass die NPD innerhalb des rechtsextremen Spektrums eine Sonderstellung einnimmt. Sie fungiert zwar nicht als unumstrittene Führerin des bundesdeutschen Rechtsextremismus. Dennoch ist sie in hohem Maße mit den einzelnen Akteuren vernetzt, bietet Dienstleistungsfunktionen für einzelne Gruppierungen an und ruft ihrerseits Unterstützungsleistungen der Szene ab. Ist es daher nachvollziehbar und plausibel, von der NPD als ‚Bewegungspartei' der rechtsextremen sozialen Bewegung zu sprechen?

2 Der Begriff ‚Bewegungspartei'

In der neueren parteientheoretischen Literatur[1] wird dem Typus der Bewegungspartei keine große Aufmerksamkeit gewidmet. Die vorliegenden theoretischen Überlegungen entstanden vor dem Hintergrund der Formierung der Grünen und deren schrittweiser Etablierung. So beschreiben sowohl Dieter Rucht (1987) als auch Joachim Raschke (1987) das Modell der Bewegungspartei mit Blick auf die Beziehungen zwischen den Grünen und ihren Wurzeln in den neuen sozialen Bewegungen der 1970er und frühen 1980er Jahre.[2]

Die Typologie der ‚Bewegungspartei' bezieht sich nach Raschke insbesondere auf den zentralen inhaltlichen und organisatorischen Bezugspunkt der Partei: „Ich verstehe Bewegungspartei als einen bestimmten Typ von Partei. So wie es Klassen- oder Interessenparteien gibt, drückt das Beiwort ‚Bewegung' einen (oder den) zentralen Bezugspunkt dieses Parteityps aus" (Raschke 1987: 499).

Auch für Dieter Rucht ist die Bewegung der zentrale Fokus, auf den die Partei orientiert ist (Rucht 1987). Er klassifiziert die ‚Partei-Bewegungs-Beziehung' in vier Modellen, die sich durch die Orientierung auf Bewegung bzw. Partei und durch die Dauerhaftigkeit der Beziehungsmuster unterscheiden:

Zum einen kann die *Bewegung als Vorstufe für die Partei* angesehen werden. Mit dem Aufbau und der Stärkung der Partei verschwindet die Bewegung bzw. wird durch die Partei ersetzt. Das Modell der *Bewegung als Schöpfquelle* der Partei geht von einer gewissen Dauerhaftigkeit der Beziehungen zwischen beiden Formen aus. Partei und Bewegung befruchten sich gegenseitig. Die Bewegung fungiert als Ideengeber und „innovative und impulsgebende Kraft" für die Partei, die die Bewegung ihrerseits als „Rekrutierungsbasis, Mobilisierungs- und Wählerreservoir" nutzt. Das dritte Modell beschreibt die *Partei als Avantgarde der Bewegung*, die diese vorantreibt und ihr vorsteht. Im vierten Modell fungiert die *Partei als Sprachrohr der Bewegung* und bezieht aus dieser ihre Legitimation. Die Bewegung ist in diesem Modell das ‚Herzstück', die Partei lediglich ihr zu funktionalisierender Arm (Rucht 1987: 301).

Wenn man davon ausgeht, dass die Bewegungspartei die Bewegung nicht überwunden und aufgelöst hat, sondern beide koexistieren, so ist Raschke zu folgen, der Bewegungspartei folgendermaßen definiert: „Eine Bewegungspartei ist personell, möglicherweise auch organisatorisch mit korrespondierenden Bewegungen verflochten und interessenpolitisch wie legitimatorisch und in ihrer Mobilisierung besonders auf diese bezogen" (Raschke 1987: 495).

Eine Bewegungspartei ist gleichzeitig mit zwei Kommunikations- und Aktionssystemen verbunden. Als Partei ist sie der Stimmenmaximierung verpflichtet. Ziel von Parteien ist die Erlangung von parlamentarischer Präsenz, um schließlich an Regierungsmacht teilzuhaben. Die Logik sozialer Bewegungen jedoch ist eine andere. Ihre Funktion ist vorrangig die Artikulation von Protest mit dem Ziel der Herbeiführung von sozialem Wandel. Soziale Bewegungen haben das Bestreben der permanenten Mobilisierung und Aktion. Eine Bewegung, die sich zur Ruhe setzt, ist keine Bewegung mehr.

‚Bewegungsparteien' stehen damit vor der Herausforderung, in zwei Systemen gleichzeitig zu agieren.[3] Dies scheint nur mit einer deutlichen Distanz gegenüber den klassischen partei-typischen Aktions- und Organisationsformen (Bedeutung der Parteiorganisation; Spielregeln parlamentarischen Agierens) möglich zu sein. Muss damit eine Bewegungspartei in ihrer Zielsetzung und innerparteilichen Struktur eine ‚Anti-Parteien-Partei' sein?

3 Die NPD als Bewegungspartei?

Um klären zu können, ob und inwieweit die NPD als ‚Bewegungspartei' zu klassifizieren ist, ist im Folgenden u.a. zu untersuchen, ob NPD und eine rechtsextreme soziale Bewegung eine gemeinsame ideologische und inhaltliche Basis haben, ob sich die NPD als Teil der sozialen Bewegung versteht und welche direkten Beziehungen zwischen NPD und sozialer Bewegung erkennbar sind. Des weiteren soll geprüft werden, welche Funktion die Bewegung und die Partei füreinander übernehmen und ob die NPD als ‚Anti-Parteien-Partei' gelten kann

3.1 Inhaltliche und ideologische Basis

Die NPD ist keine klassische Bewegungspartei in dem Sinne, dass sie aus einer sozialen Bewegung heraus entstanden wäre. Die Partei wurde 1964 gegründet und hatte Ende der 1960er Jahre ihre ersten Erfolge. In der Folgezeit wurde es ruhiger um die Partei. Neben ihr entstanden unterschiedliche Formen rechtsextremistischer Aktivitäten. Revisionistische Themenschwerpunkte, parteiorientierte Aktivitäten und eine deutliche Distanz gegenüber den anderen Kräften des bundesdeutschen Rechtsextremismus prägten die Partei bis in die 1990er Jahre. Damit war sie weder für junge Menschen des rechtsextremen Spektrums attraktiv noch potenzieller Partner für die aktionsorientierten Kräfte der Neonazi-Skinheadszene oder anderer Kräfte des eher subkulturellen Rechtsextremismus.

Eine strategische und inhaltliche Wende vollzog die Partei mit ihrem neuen Parteivorsitzenden Udo Voigt, der 1996 Günter Deckert ablöste. Die programmatische Ausrichtung schwenkte in Richtung einer kapitalismuskritischen und ethnopluralistischen Argumentation. Revisionistische Positionen wurden zugunsten einer national-revolutionären Ausrichtung zurückgedrängt. Die programmatische Ausrichtung der NPD ist eindeutig antiparlamentarisch, antidemokratisch und neorassistisch. Damit ist die Partei nicht automatisch eine Anti-Parteien-Partei aber eindeutig eine Anti-System Partei, deren Ziel, die Abwicklung des bundesdeutschen politischen Systems ist.[4]

Daraus ergaben sich zwischen Teilen der rechtsextremen Bewegung und der NPD neue Anknüpfungspunkte und Verbindungslinien und eine thematisch-inhaltliche Schnittmenge. Weder das rechtsextreme Spektrum als soziale Bewegung noch die NPD sind als inhaltlich homogene Akteure zu verstehen. Die ideologischen Kontroversen innerhalb des Rechtsextremismus finden sich auch innerhalb beider kollektiver Akteure. Die Debatten zwischen Alter und Neuer Rechter, zwischen revisionistischen und modernistischen Positionen, zwischen einer klassisch rassistischen Argumentation und ethno-

pluralistischen Konstrukten sind prägend. Die gemeinsame Schnittmenge besteht aus einer völkischen Argumentationsweise und der gemeinsamen Zielsetzung des Aufbaus eines völkischen Staats- und Gesellschaftswesens.

3.2 Versteht sich die NPD als Teil der Bewegung?

Auch hinsichtlich ihrer strategischen Ausrichtung ist die NPD nicht als homogener Akteur anzusehen. Wesentlich ist, dass sich seit Mitte der 1990er Jahre ein Kurs inhaltlicher Modernisierung und strategischer Öffnung zur Szene der Kameradschaften, Skinheads und freien Kräfte durchzusetzen scheint.

1998 verkündete der Parteivorsitzende Udo Voigt die so genannte ‚3-Säulen-Strategie' der Partei. Ziel sei eine Verbindung des ‚Kampfes um die Straße', des ‚Kampfes um die Köpfe' und des ‚Kampfes um die Parlamente'. In einem Artikel schrieb Voigt: „Es geht der NPD nicht um kurzfristige Wahlerfolge, sondern um langfristige kontinuierliche Aufbauarbeit einer ernst zu nehmenden politischen Kraft. Erst wenn wir den Kampf um die Straße endgültig für uns entschieden haben, kann der Kampf um die Parlamente mit der Aussicht geführt werden, keine schnell verschwindenden Proteststimmen mehr zu kanalisieren, sondern eine dauerhafte nationale Kraft zu etablieren" (Voigt; Deutsche Stimme 11/1998).

Die ‚3-Säulen-Strategie' kann als klassische Strategie einer Bewegungspartei verstanden werden. Es erfolgt eine Kombination der Aktionslogiken einer Bewegung – der Kampf um die Straße – mit der Aktionslogik einer Partei – dem Kampf um die Parlamente. Die aktionistische Orientierung und der ständige Mobilisierungswille (‚Kampf um die Köpfe') steht mindestens gleichberechtigt zur parlamentarischen Orientierung. Ende 2004 wurde durch die erfolgreiche Bündnispolitik mit der DVU das Konzept um eine vierte Säule dem „Kampf um den organisierten Willen" (Stöss 2005: 145) erweitert. Damit orientierte sich Voigt an der Hegemonie innerhalb des rechtsextremen Parteienspektrums und reklamierte für die NPD eine Führungsfunktion im gesamten Rechtsextremismus.

Möglich wurde diese Öffnung der Partei nur durch die Vorarbeiten der NPD-Jugendorganisation, der Jungen Nationaldemokraten (JN). Sie sah sich schon vor dem strategischen Schwenk der Mutterpartei als Bindeglied zur Kameradschafts- und Skinheadszene (Sächsisches Staatsministerium des Inneren et al. 2007: 8), was sie bereits frühzeitig durch gemeinsame Aktivitäten (Musikveranstaltungen etc.) dokumentierte.

‚Papier ist geduldig' und die Verkündung einer Strategie ist noch keine Aussage über das Agieren einer Partei. Die Kooperationen und gemeinsamen Aktivitäten der NPD mit der rechtsextremen Szene zeigen jedoch die teilweise Umsetzung der strategischen Modelle.

3.3 Beziehungen zwischen NPD und Bewegung

3.3.1 Personelle Verstrickung

Die direkte Zusammenarbeit von Akteuren aus der NPD mit Vertretern der Neonazi-, Kameradschafts- und Skinhead-Szene als den wesentlichen aktionsorientierten Kräften der rechtsextremen Bewegung ist die zentrale Basis für die Umsetzung der ‚3-Säulen-Strategie' durch die NPD.

Ein Indiz für den Aufbau engerer Netzwerke zwischen der Szene der freien Kameradschaften und der NPD ist der Eintritt dreier bekannter Neonazis – Thorsten Heise, Ralph Tegethoff und Thomas Wulff – in die NPD im Sommer 2004. Beide Seiten, NPD wie die Akteure der freien Kameradschaften, inszenierten dies als Symbol des gegenseitigen Aufeinanderzugehens und als wesentliche, strategische Öffnung der Partei. In einer Erklärung des Parteipräsidiums

der NPD vom 19.09.2004 hieß es beispielsweise: „Die NPD bekennt sich zur Gesamtbewegung des nationalen Widerstandes! Mit unserer Erklärung wollen wir einen Beitrag leisten, der von allen Multiplikatoren der nationalen Opposition notwendig ist, um zu einer Volksbewegung zu werden – einer Volksfront all jener, die sich noch als Deutsche fühlen“ (NPD Präsidium 2004). Das Präsidium blieb mit dieser Öffnung innerhalb der Partei nicht unumstritten. Dass eine Mehrheit innerhalb der Partei diesen Kurs jedoch unterstützte, zeigt die Wahl von Thorsten Heise in den Bundesvorstand mit 64,7 Prozent der Stimmen. 2008 wurde er erneut bestätigt und ist weiterhin innerhalb des Bundesvorstandes für die „Verbindung zu den freien Kräften“ zuständig.[5]

Die Eingetretenen selbst sahen ihre Funktion ebenfalls hauptsächlich in der Vermittlung zwischen Partei und Bewegung und betonten in ihrer Erklärung vom 17.09.2004 unter dem Motto „Eine Bewegung werden. Erklärung zum Eintritt in die NPD“, die Partei „in das Gesamtgefüge einer Bewegung des Widerstandes“ einfügen zu wollen.

Die Beispiele personeller Kooperationen sind vielfältig. Die Partei bietet Positionen, Ämter und damit finanzielle Absicherung und erwartet im Gegenzug Vernetzung und Unterstützung durch die Kräfte der Bewegung.

Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern ist hierfür ein herausragendes Beispiel. Mit Tino Müller und Birger Lüssow sitzen zwei Vertreter der Kameradschaften und freien Kräfte auf den Abgeordnetensesseln im Schweriner Landtag. Die Abgeordneten- und Bürgerbüros der Fraktion vor Ort wie auch die Mitarbeiterstellen innerhalb der Landtagsfraktion werden häufig mit ‚verdienten Kameraden‘ besetzt.

Die personellen Verflechtungen beziehen sich jedoch nicht nur auf Mecklenburg-Vorpommern und die anderen neuen Bundesländer. Ein Blick auf die Listen der NPD zu den Landtags- und Kommunalwahlen auch in den alten Ländern zeigt ein breites Spektrum von Vertretern aus Kameradschaften und freien Kräften.

Auf der anderen Seite zeigt sich auch die hohe Fragilität des Öffnungskurses gegenüber den Bewegungsakteuren. Gegenüber der radikalen Strömung der *Autonomen Nationalisten* war der Kurs der Partei von zahlreichen Richtungswechseln bestimmt. 2007 erklärte das Parteipräsidium unter der Überschrift „Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht", dass eine Zusammenarbeit mit den autonomen Kräften nicht erwünscht sei.[7] Nach dieser in Teilen als Unvereinbarkeitserklärung zu verstehenden Veröffentlichung, setzten sich einige der neonazistischen Akteure wieder von der NPD ab.[8] In den folgenden Wahlkämpfen 2007 und 2008 kam es dennoch immer wieder zur Zusammenarbeit. Dieses widersprüchliche Verhalten hat wahltaktische Gründe: Die Partei versucht augenscheinlich, sich öffentlich von der rechtsradikalen Szene zu distanzieren und diese gleichzeitig nicht als Wählerschaft zu verlieren. (Sächsisches Staatsministerium des Inneren 2007: 7f).

3.3.2 Gemeinsame Aktivitäten

Neben der personellen Verflechtung sind gemeinsame Aktivitäten von Partei und Bewegung sowie die Orientierung der Partei an einem aktionsorientierten Kurs Indizien für den Charakter einer Bewegungspartei.

Das Aktionsprofil der NPD ist seit Mitte der 1990er Jahre breiter geworden. Mit Kinderfesten, Fußballturnieren, der Verteilung von Schulhof-CDs und der Unterwanderung zivilgesellschaftlicher Strukturen wie Elternvertretungen etc. setzt die Partei den Kurs ‚kultureller Subversion' um (siehe Beitrag von Bernd Wagner in diesem Heft). Dabei dienen diese Aktivitäten, neben der Mobilisierung der eigenen Klientel, der Bindung der Bewegungsakteure an die Partei.

Das Engagement von NPD-Mitgliedern in zivilgesellschaftlichen Strukturen weist auf ihren Mobilisierungswillen hin. Udo Voigt erklärt die Funktion dieser Strategie, wenn er betont: „Ich muss also immer erst durch meine Person und meine Argumente überzeugen und dann als ‚Aha-Erlebnis' die Katze aus dem Sack lassen und mich zur NPD bekennen" (Voigt 2003: 10). Die Präsenz von NPD-Mitgliedern in unterschiedlichen Aktionsformen und Organisationsformen ist nicht nur der Strategie von Seiten der NPD geschuldet, sondern auch ein Zeichen, dass Bewegungsakteure neben der Organisierung in einer Kameradschaft oder ähnlicher Strukturen eben auch Bürgerinitiativen gründen und in die NPD eintreten. So weist die Vielfalt der Aktionsformen auch auf die Vernetzung innerhalb der Bewegung hin.

Gemeinsame Aktivitäten der Partei und der Kameradschaften zeigen sich deutlich in den Wahlkämpfen. Bekannte Vertreter der Kameradschaftsszene treten als Redner auf, Mitglieder der örtlichen Kameradschaften und freien Kräfte verteilen Flugblätter und kleben Plakate. „Mancherorts kann die NPD mit Hilfe sympathisierender Kräfte fehlende Parteistrukturen wettmachen. In Wahlkämpfen wird sie massiv von Neonazis unterstützt, muss diesen im Gegenzug aber auch Listenplätze einräumen" (Bundesamt für Verfassungsschutz 2006: 5). Bleibt das Wahlergebnis der NPD hinter den Erwartungen zurück und können die Unterstützer eben nicht durch Sitze oder Finanzen entschädigt werden, so steigt auch die Skepsis der Bewegungsakteure[9].

3.4 Funktionsübernahmen zwischen NPD und Bewegung

Die skizzierte Zusammenarbeit zwischen Partei- und Bewegungsakteuren ist für beide Seiten von großem Vorteil. Sie sind beide in der Lage, die Kooperation für sich zu nutzen. Dabei übernimmt die Partei eine *Sprachrohrfunktion* auch für die Bewegung, ohne sich legitimatorisch auf die Bewegung zu beziehen. Vielmehr ist der gemeinsame ideologische und themati-

sche Fundus die bestimmende Grundlage. Den parteifernen Bewegungsakteuren ist klar, dass durch die hohe öffentliche Präsenz der NPD und vor allem ihre parlamentarische Präsenz Themen transportiert und Mobilisierungsleistungen erbracht werden können.

Neben der *Sprachrohrfunktion* verbindet vor allem die *Dienstleistungsfunktion* die Partei mit der rechtsextremen Bewegung. Die Partei kann durch ihre Sonderstellung bei Demonstrationen und Aufmärschen wie bei anderen öffentlichen Aktivitäten als Organisator und Unterstützer die Bewegung in mehrfacher Hinsicht entlasten. Die direkte Versorgung von Bewegungsakteuren mit Posten und Stellen (innerhalb der Fraktionen und Wahlkreisbüros etc.) sichert den Bewegungsakteuren ein Einkommen, ohne auf ihr Engagement für die gemeinsame Sache verzichten zu müssen. Auf der anderen Seite stellen die Bewegungsakteure ihre *Mobilisierungsfunktion* zur Verfügung und unterstützen die Partei bei öffentlichen Veranstaltungen und Aktionen. Der aktionsorientierte Kurs der Partei, der sich in der Organisation von Kinderfesten, Fußballturnieren und anderen Aktivitäten zeigt, ist nur durch die Zusammenarbeit mit Kameradschaften und freien Kräften möglich.

3.5 Die NPD als ‚Anti-Parteien-Partei'?

Die Partei ist in ihrer innerparteilichen Strukturierung eine klassische Kaderpartei. Auch wenn sie sich der Bewegung verpflichtet fühlt, existieren keine innerparteilichen Instrumentarien, den inhaltlichen oder personellen Einfluss von Bewegungsakteuren sicherzustellen oder sich in Struktur und Aufbau von den anderen Parteien bewusst abzugrenzen.

Bewegungsparteien, die sich als ‚Anti-Parteien-Partei' verstehen, suchen häufig nach Regularien, Formen der Bewegungsaktivität mit der starren Parteiform zu verbinden. So ist die Debatte über ein imperatives Mandat, die Frage der Rotation oder Amtszeitbegrenzung, die in den Anfangsjahren zum grünen Selbstverständnis gehörten, aus einer Verpflichtung den sozialen Bewegungen gegenüber zu verstehen.

Die NPD hat sich in ihrem Aufbau und ihrer Struktur den Regularien des Parteiengesetzes angepasst. Eine nach außen sichtbare bewegungsorientierte innerparteiliche Diskussionskultur oder ein breiteres Spektrum innerparteilicher Strömungen tritt nur selten zutage.

4 Die NPD als funktionale Bewegungspartei

Die NPD ist keine klassische Bewegungspartei. Sie ist weder aus der Bewegung heraus entstanden noch zeitgleich aus einer gemeinsamen Wurzel. Auch ist ihre Beziehung zu den Akteuren der nicht-parteiförmigen rechtsextremen Szene innerhalb der Partei wie bei den Akteuren selbst nicht unumstritten.

Die Modelle von Rucht zur Beschreibung der ‚Partei-Bewegungs- Beziehung' treffen für die NPD nicht vollständig zu. Weder sieht die NPD die Bewegung als Vorstufe noch wird die Partei als Avantgarde gesehen. Die Beziehungen zur Bewegung sind weder legitimatorischer Art (siehe Raschke) noch identifikatorisch. Das Verhältnis von Bewegung und Partei ist vorrangig ein funktionales und bewegt sich zwischen dem Verständnis der Bewegung als ‚Schöpfquelle' und der Partei als ‚Sprachrohr'.

Die NPD ist in Teilen mit der rechtsextremen Bewegung vernetzt, ohne in sie eingewoben zu sein. Sie nutzt die vorhandenen Strukturen und wird von diesen ihrerseits genutzt. Der inhaltliche Bezugspunkt für die Partei ist nicht die Bewegung, es ist vielmehr das Bewegung und Partei verbindende Band einer gemeinsamen Zielsetzung: „Die Hauptrichtung ist entscheidend, in die die verschiedenen Elemente einstimmen und in der sie nicht durch eine internalisierte konsistente Ideologie oder durch ein bindendes Programm, sondern durch Sym-

bole, durch Idole, durch Slogans - also durch weit ausdeutbare Integrationsmedien verbunden sind. Das Verbindende ist die Richtung, die sie ihrer jeweiligen Praxis zuschreiben und die ihnen von außen zugeschrieben wird“ (Klärner/ Kohlstruck 2006: 31).

Insofern ist die NPD eine *funktionale Bewegungspartei*, die inhaltlich mit der Bewegung durch die gemeinsame Zielsetzung und gemeinsame Praxis verbunden ist. Die Verbindung erfolgt durch personelle Überlappungen und Kooperationen wie gegenseitige Dienstleistungsangebote. Solange die NPD erfolgreich ist und Ressourcen zu verteilen hat, bleibt sie auch für die Bewegungsakteure attraktiv.

Dieses Agieren der NPD als funktionale Bewegungspartei kann als strategisches Moment angesehen werden. Der Erfolg der NPD basiert bisher gerade auf dem fragilen Spagat zwischen Biedermann-Image einerseits und Zusammenarbeit mit den gewaltbereiten und teilweise neonazistisch orientierten Bewegungsakteuren andererseits. Hieraus könnte auf Strategie-Unfähigkeit geschlossen werden. Dieser Doppelcharakter und die schnellen strategischen Schwenks lassen der Partei jedoch Spielraum, um auf aktuelle Situationen zu reagieren und aus der Uneindeutigkeit Nutzen zu ziehen.

Für eine klare strategische Entscheidung bleiben der NPD grosso modo zwei Richtungen: Zum einen ist dies der Schwenk in Richtung Rechts-Populismus. Damit gewinnt sie die Anschlussfähigkeit an rechts-konservative Kräfte, verliert jedoch den Bezug zu den Bewegungsakteuren und damit ein vor allem auch für die praktische Mobilisierungsarbeit wichtiges Personenreservoir. Mit einer rechts-populistischeren Orientierung würde sie vor allem in den alten Bundesländern an Attraktivität gewinnen. Dabei muss offen bleiben, ob die NPD als rechtsextremistisch und radikal auftretende Partei diese Neupositionierung glaubhaft vermitteln könnte. Die andere Chance liegt in der Stärkung der Ausrichtung auf Bewegungsakteure. Damit verbunden sind eine inhaltliche Radikalisierung und eine stärkere Betonung des Aktionismus. Inhaltlich ergibt sich daraus die Möglichkeit einer nach außen vermittelbaren Verbindung der sozialen Frage mit der Anti-Globalisierungsorientierung. Die Gefahr bei der Stärkung dieser Verortung liegt im weiteren Verlust der Unterstützung durch bürgerliche Kreise. Eine Vermittlung zwischen dem ‚Biedermann-Image' und einer klareren Aktionsorientierung würde damit schwieriger. Den berüchtigten ‚Wolf' würde der übergeworfene Schafspelz bald nicht mehr verdecken. Aber angesichts zunehmender Desintegrationsprozesse in der ostdeutschen Provinz wäre der Schafspelz vielleicht auch irgendwann unnötig.

4.1 Ausblick: Folgen für die Präventionsarbeit

Das Erstarken des Rechtsextremismus speist sich aus einer positiven Verbindung von Chancenstrukturen auf Seiten der rechtsextremen Angebote und dem Anwachsen der Nachfrageseite durch Desintegrationsprozesse und mangelnde politische Bildung.

Zur Eindämmung des Rechtsextremismus ist der Blick allein auf die Angebotsseite nicht nur einäugig, sondern fatal. Das Angebot von Seiten des Rechtsextremismus ist in hohem Maße heterogen und als soziale Bewegung in der Lage, vielfältige Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Ein Verbot der NPD würde die mit ihr kooperierenden Bewegungsakteure nur kurzfristig schwächen. Für die Vernetzung innerhalb der Szene übernimmt die NPD keine Scharnierfunktion. Der Wegfall der von der NPD in die Szene getragenen finanziellen Ressourcen wäre sicherlich ein Verlust, würde sie aber nicht in ihrer Existenz bedrohen. Daher ist ein Parteienverbot keine Maßnahme zur nachhaltigen Schwächung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik insgesamt. Vor allem nimmt dies die Nachfrageseite nicht in den Blick, die ange-

sichts vom Verbot unberührter Einstellungen nach anderen Artikulationsformen als der Wahl suchen würde und diese stellt die Bewegung in vielfältiger Form zur Verfügung.

Für die Auseinandersetzung mit der NPD in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen ist es wichtig, sich über ihren Charakter als Bewegungspartei klar zu werden. Das Parlament ist für die Vertreter der NPD lediglich eine Spielwiese bzw. eine Bühne zur Erlangung von öffentlicher Aufmerksamkeit mit dem Ziel, Parlamentarismus und Demokratie zu überwinden. Damit ist sie dann doch - zumindest als *funktionale* Bewegungspartei– ein Teil der rechtsextremen Bewegung.

Gudrun Heinrich ist Diplom-Politologin und als wissenschaftliche Mitarbeiterin zuständig für den Bereich „Politische Didaktik" des Fachbereichs für Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Rostock.

Anmerkungen

[1]Hier soll nur auf die neuere Debatte zur Bewegungspartei eingegangen werden. Die historische Debatte über die NSDAP und deren Charakter und eventuelle Parallelen zur heutigen NPD muss an anderer Stelle geführt werden.

[2]Zur Bewegungspartei liegt darüber hinaus eine Studie über norditalienische Parteien vor, in der u.a. die *Lega Nord* als ‚Bewegungspartei' typologisiert wird (Fix 1995, S.188). Überlegungen zur NPD als Bewegungspartei sind bisher nicht systematisch unternommen worden. Virchow spricht von der NPD als Teil des Bewegungsmilieus (Virchow 2006). Pfeiffer betont die Bedeutung der NPD für die Demonstrationen der Szene (Pfeiffer 2000).

[3]Imhof sieht gerade in dieser doppelten Orientierung eine Stärke von Bewegungsparteien, die sie für die medienwirksame Kommunikation besonders qualifiziere (Imhof 1998: 87).

[4]Der Parteivorsitzende Udo Voigt in der Jungen Freiheit: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volks vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne" (Schwarz 2004: 3).

[5]http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=14&vid=1203.html.

[6]Unter *Autonomen Nationalisten* ist eine Strömung des eher jugendlichen Rechtsextremismus zu verstehen, die in Anknüpfung an Kleidung- und Aktionsformen der Linken Autonomen ein hohes Gewaltpotenzial aufweisen. Sie treten bei Demonstrationen als ‚schwarzer Block' auf und sind als radikaler Teil der Kameradschaftsszene zu verstehen.

[7]Auch wenn in der Erklärung diplomatisch davon gesprochen wurde: „Entgegen allen Unterstellungen richtet sich die Erklärung nicht gegen politische Inhalte, sondern gegen eine Erscheinungs- bzw. Aktionsform!" (NPD Präsidium 2007), handelte es sich doch de facto um eine Unvereinbarkeitserklärung.

[8]„Im Zusammenhang mit einem Abgrenzungsbeschluss des Parteipräsidiums der NPD gegenüber den ‚Autonomen Nationalisten' erklärte sich der größte Teil der deutschen Neonazi-Szene im August 2007 mit den ‚Autonomen Nationalisten' solidarisch. Dies kann als Indiz für die gestiegene Reputation der Strömung innerhalb der Szene gewertet werden." (Bundesministerium des Inneren 2008: 58).

[9]Nach dem schlechten Abschneiden der Partei bei der Landtagswahl in Niedersachsen war die Skepsis über eine weitere Zusammenarbeit deutlich (blick nach rechts 2008: 2).

Literatur

Beier, Katharina et al. 2006: Die NPD in den kommunalen Parlamenten von Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald: Steinbecker Verlag Rose.

Benthin, Rainer 2003: Rechtsradikalismus als soziale Protestbewegung: Umrisse eines erweiterten Analyse- und Erklärungsmodells. In: Werz, Nikolaus/Heinrich, Gudrun (Hg.), Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock: Verlag, 9–21.

Brech, Franziska 2007: Die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag – Eine Analyse zur ersten Hälfte der 4. Legislaturperiode. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden: Nomos, 167-174.

Bundesamt für Verfassungsschutz 2006: Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus. Köln.

Bundesministerium des Inneren 2008: Verfassungsschutzbericht 2007. Vorabfassung. Berlin.

Imhof, Kurt 1998: Gesellschaftsordnungen und öffentliche Kommunikation. Forschungsbericht. In: Swiss Political Science Review 4, 79-89.

Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael 2006: Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. Einleitung. In: Dies. (Hg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Ed., 7-41.

Langer, Kai/Lehmann, Arne 2008: 18 Monate Populismus und Provokation. Eine Zwischenbilanz der Parlamentsarbeit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hg.), Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Rostock: Adebor, 63-96.

NPD-Fraktion im sächsischen Landtag 2007: Klartext. Informationen der NPD Fraktion im sächsischen Landtag.

NPD Präsidium 2004: Volksfront statt Gruppenegoismus. Erklärung des Parteipräsidiums der NPD, online im Internet: www.eine-bewegung-werden.de/volksfront.htm [30.09.2004].

NPD Präsidium 2007: Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht. Erklärung des Präsidiums der NPD vom 10.September 2007, online im Internet: http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=946 [20.05.2008].

Pfeiffer, Thomas 2000: Eine rechte Bewegungspartei macht mobil. Zur NPD-Kundgebung am 1. Mai 1998. In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, Jg. 13, Heft 2, 111-117.

Raschke, Joachim 1987: Die Grünen zwischen Bewegungs- und Parlamentspartei. In: Gegenwartskunde, Jg. 36, Heft 2, 171-184.

Rucht, Dieter 1987: Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien. In: Journal für Sozialforschung, Jg. 27, Heft 3-4, 297-313.

Sächsisches Staatsministerium des Innern/ Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2007: Verfassungsschutzbericht 2007. Freistaat Sachsen, online im Internet: www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/VS-Bericht__2007.pdf [02.11.2008].

Schwarz, Moritz 2004: „Ziel ist, die BRD abzuwickeln". Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den ‚Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems', In: Junge Freiheit, Heft 40, 24. September 2004, 3.

Stöss, Richard 2005: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin Friedrich-Ebert-Stiftung.

Virchow, Fabian 2006: Dimensionen der „Demonstrationspolitik" der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Ed., 68-101.

Voigt, Udo 2003: Mit Wortergreifungsstrategien zum Erfolg. Udo Voigt über das geistig offensive Auftreten im öffentlichen Raum. In: Deutsche Stimme, Heft 8/2003, 10.

Benno Hafeneger/Reiner Becker

Die extreme Rechte als dörfliches Alltagsphänomen
Das Beispiel Hessen

Journalistische Beobachtungen, Erfahrungen aus der pädagogischen Praxis und zahlreiche empirische Studien aus den letzten Jahren zeigen, dass der ländlich-kleinstädtische Raum besonders günstige Bedingungen für die Ausbreitung von Rechtsextremismus bietet. Parteien, Gruppen und Gesellungsformen der rechtsextremen Szene haben in solchen Regionen und Kommunen ihre Zentren; das gilt – wenn auch mit unterschiedlichen Ausmaßen – für die östlichen und westlichen Bundesländer gleichermaßen. Hier sind Rechtsextreme präsent, aktiv und z. T. auch gewalttätig; hier werden sie von der kommunalen Mehrheitsgesellschaft oftmals geduldet und verharmlost. Es gibt Kommunen und Regionen, in denen sie nicht nur eine flüchtige Erscheinung im kommunalen (parlamentarischen) Geschehen, sondern ein stabiler Akteur im Alltagsleben geworden sind.

Auch in einem Bundesland wie Hessen mit einem niedrigen Mitgliederstand von rechtsextremen Parteien und Organisationen – hier liegt das rechtsextreme Personenpotential bei 2.800 Personen, davon etwa 450 Mitglieder der NPD – können einige regionale und lokale Zentren im ländlich-kleinstädtischen Raum identifiziert werden. Erkennbar sind solche rechtsextremen Zentren, um die es im Folgenden geht, an mehreren Merkmalen:

- Wählerpotenzial und Wahlergebnisse,
- lokale Präsenz von Parteien,
- Mitgliedschaft im Parlament,
- Auftreten wenig formalisierter Gruppen (Kameradschaften/Freie Nationalisten) und einer jugendkulturellen Szene (Cliquen, Musik),
- informelle Treffgelegenheiten im öffentlichen Raum und/oder privat, Konzerte und agitierendes, provozierendes und konfrontatives Auftreten (z. B. in Schulen, bei Dorffesten),
- sowie Veranstaltungen und Aktivitäten (Flugblatt- und Aufkleberaktionen, CD-Verteilaktionen, Versammlungen, Aufmärsche) oder auch Gewalt- und Straftaten (vgl. Frölich u. a. 2007, Hafeneger 2008).

Regionale und lokale Zentren sowie Vernetzungsstrukturen – u. a. von NPD, neonazistischen Gruppen, Kameradschaften/Freien Nationalisten und in der jugendkulturellen Szene – fanden bzw. finden sich in Hessen vor allem in den Landkreisen Bergstraße, Odenwald in Südhessen, Wetterau, Vogelsberg, Lahn-Dill in Mittelhessen und Schwalm-Eder in Nordhessen. Unsere Studie zu rechten Jugendcliquen zeigt, dass diese jugendkulturelle Gesellungsform in 22 Kommunen bzw. Landkreisen vor allem im ländlichen Raum (Dörfer, Kleinstädte) zu finden ist (vgl. Hafeneger/Becker 2007). Weiter ist es der ländliche Raum – und hier wiederum bestimmte Orte – in dem in den letzten Jahren private Partys, ‚Führer-Geburtstagsfeiern', Sonnwendfeiern und Kameradschaftsabende, Schmierereien und Schändungen jüdischer Friedhöfe, Demonstrationen und Kundgebungen sowie Musikveranstaltungen (Konzerte, Musikabende) wiederkehrend aufgelistet werden (vgl. Hessischer Landtag 2006).

1 Die rechte Szene in Hessen

In Hessen dominierte die NPD bis zu den Landtagswahlen im Januar 2008 weitgehend das Binnenleben der rechtsextremen Szene. Unter dem Landesvorsitzenden Marcel Wöll (ein ehemaliger Aktivist der Freien Nationalisten Rhein-Main) gelang es der Partei, größere Teile der Szene für die Interessen der Partei zu binden. Insbesondere die Kameradschaften in Südhessen haben formal ihre eigenen Aktivitäten zu-

gunsten der Nationaldemokraten eingestellt (oder sie gingen in dem so genannten ‚Aktionsbüro Rhein-Neckar' auf). Die z. T. dilettantisch organisierten Wahlkampfveranstaltungen der Partei und deren Abgrenzungsstrategie gegenüber den sog. freien Kräften, insbesondere den ‚Autonomen Nationalisten', ließen das gemeinsame Fundament jedoch schnell bröckeln. Das Wahlergebnis der NPD bei der Landtagswahl (0,9 Prozent) lässt vermuten, dass sich in Hessen die rechtsextreme Szene polarisieren und in weiten Teilen radikalisieren wird; insbesondere ist zu erwarten, dass Kameradschaften fortan wieder aktiver werden.

Der ländliche Raum eignet sich besonders für das Bedürfnis der Szene, unbeobachtet Konzerte und Treffen abzuhalten, welche für die emotional-ideologische Integration und das Leben der Szene von zentraler Bedeutung sind.[1]

Die Integration von Einsteigern und besonders die Ansprache von Jugendlichen erfolgt auf unterschiedliche Art und Weise. Während Organisationen wie die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ), die in den zurückliegenden Monaten auch in Hessen an Bedeutung gewonnen hat (Weiss 2007), hohe Zugangshürden auflegen, verfolgen andere Akteure, wie das Aktionsbündnis Mittelhessen, eine andere Strategie. Jugendliche sollen hier niedrigschwellig, mit Unterhaltungs- und Freizeitangeboten, an eine ‚Erlebniswelt Rechtsextremismus' (Glaser/Pfeiffer 2007) herangeführt werden. Die ideologische Schulung ist eher zweitrangig. Hier von einer *neuen* Strategie zu sprechen, wäre allerdings verkürzt. So wussten NPD-Aktivisten schon vor Jahren Jugendliche mit einem ‚netten Gespräch', einem Kasten Bier und der Einladung zu Grillabenden an die Partei heranzuführen (Becker 2008). Dabei gelingt es der Szene in Hessen nicht flächendeckend, das Rekrutierungspotential der Jugendcliquen auszuschöpfen, die sich vor allem im ländlichen Raum finden. Nur bei wenigen Cliquen wurde über Kontakte in die organisierte rechtsextreme Szene berichtet und der Aktionsradius der meisten Jugendcliquen beschränkt sich vor allem auf das eigene Dorf und den regional-sozialen Nahraum der Szene (Hafeneger/Becker 2007).

2 Rechtsextreme Strategien

Die extreme Rechte hat in den letzten Jahren – abhängig von der Organisationsform und den Akteuren – unterschiedliche Strategien und Muster entwickelt, mit denen sie in Kommunen öffentlich agiert. Mit Provokationen und gemeinschaftsorientierten Aktionen wird eine (diffuse) Öffentlichkeit angesprochen, um als ein alternativer Akteur im kommunalen Leben anerkannt zu werden. Dabei haben sich vor allem fünf Muster herausgebildet, die auch mit der programmatischen Ausrichtung der NPD und JN einhergehen: *Erstens* die Parlamentsarbeit im Spannungsfeld von Fleißarbeit (Anträge, Anfragen zu kommunalen Themen) und Provokation (Bühne für rechtsextreme Ideologie); *zweitens* die „Wortergreifungsstrategie", also die Präsenz und das aktive Agieren (Fragen, Stören) bei öffentlichen Veranstaltungen in Kommunen, um rechte Deutungsmuster sichtbar und mehrheitsfähig zu machen; *drittens* die traditionellen Formen der Öffentlichkeitsarbeit: Werbezettel, Plakate und Infostände; *viertens* die große Zahl von Demonstrationen, Aufmärschen und Gewalt-/Straftaten; *fünftens* informelle Treffen, Musikveranstaltungen, Störungen bei Dorffesten.

So gab es im Rahmen unserer Untersuchung in der Gemeinde Kirtorf (Vogelsbergkreis) auf dem Anwesen eines Aktivisten der ortsansässigen Kameradschaft über einen längeren Zeitraum wiederholt Musikveranstaltungen und Treffen der Szene. In Gladenbach (Landkreis Marburg-Biedenkopf) organisierte das „Aktionsbündnis Mittelhessen" mehrere Demonstrationen und in Hochweisel (einem Ortsteil von Butzbach, Wetteraukreis) kam es mit dem Zuzug des ehemaligen Landesvorsitzenden der NPD zu einem regen Besuch aus der Szene.

Kleine Gemeinden und Städte gerieten ins Zentrum öffentlicher Berichterstattung und der extremen Rechten war es punktuell gelungen, den Kommunen ihren Stempel aufzudrücken. Weiter wurden öffentliche Veranstaltungen von Parteien, Bürgerinitiativen oder der Kommunen – so in Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis), Karben (Wetteraukreis), Kirtorf (Vogelsbergkreis), Hoch-Weisel (Wetteraukreis), Gladenbach (Landkreis Marburg-Biedenkopf) oder Hanau (Main-Kinzig-Kreis) – von Aktivisten der NPD und/oder der Kameradschaften besucht. Die Verhaltensstrategien streuten von passiver Anwesenheit, über Zwischenrufe bis hin zu wiederholten Wortmeldungen. Mit der Präsenz sollten Aktionsbedürfnisse befriedigt und ein neues Selbstbewusstsein („man getraut sich“) vermittelt werden.

3 Dörflicher Lebensraum

Der dörfliche Lebensraum ist vor allem geprägt von Überschaubarkeit, Kleinflächigkeit und sozialen Nahbeziehungen. Hier treffen Rechtsextreme auf Orte mit besonderen Bedingungen, die – vor allem in den Ballungsgebieten abgewandten Regionen und Orten – die Etablierung einer rechtsextremen Alltagskultur begünstigen:

- eine lokale politische Kultur und ein gesellschaftlich-kulturelles Klima, die den Resonanzboden für die Abwehr gegen Fremde(s) und für die Entstehung rechtsextremer Ideologeme und Phänomene bieten (u. a. gespiegelt im Wahlverhalten);
- fehlende Konfliktbereitschaft in Sorge um die dörfliche Gemeinschaft, Verunsicherungen und fehlende Erfahrungen in der offenen Auseinandersetzung mit politischen Themen;
- Tendenzen der Personalisierung und Externalisierung (d. h. vor allem Entpolitisierung) rechtsextremer Phänomene;
- sozialräumliche Besonderheiten (u. a. günstige Immobilien, Veranstaltungs- und Treffgelegenheiten).

In ländlich-kleinstädtischen Kommunen gibt es oftmals Blockaden, eine öffentliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Akteuren aufzunehmen; das gilt für kommunale Entscheidungsträger und die Zivilgesellschaft gleichermaßen. Beide zeigen in kleinen Gemeinden vielfach eine geringe bzw. fehlende Konfliktbereitschaft. Anstatt das Problem offensiv anzugehen, vermitteln sie einen Konformitätsdruck, unter dem die Akteure, die Rechtsextremismus entgegentreten, als ‚Nestbeschmutzer‘, ‚Störenfriede‘ und ‚Außenseiter‘ gelten (vgl. Pallocks/Steil 2008). In den von uns untersuchten Kommunen in Hessen waren es zunächst vor allem Bürgerinitiativen, die das Thema über Bürgerversammlungen, Aktionen und Slogans (‚bunt statt braun‘) öffentlich machten – und damit vielfach eine kommunale Dynamik auslösten (vgl. Hessischer Jugendring 2008).

4 ‚Alteingesessener‘ Rechtsextremismus und jüngere Etablierungsversuche

Ob es der rechtsextremen Szene gelingt, in den dörflichen Raum hineinzuwirken, ist abhängig von den lokalen Gelegenheitsstrukturen, also davon, welchen Raum lokale Gesellschaften für die Entfaltung von Rechtsextremismus bieten. Mancherorts kann von einem ‚alteingesessenen‘ Rechtsextremismus gesprochen werden: In einigen Gemeinden Mittelhessens konnte die NPD schon in den 1990er Jahren Ergebnisse jenseits der 20 Prozent erzielen, wobei deren Aktiviste Einheimische waren und sind.[2] Gruppen wie die ‚Berserker Kirtorf‘[3] setzen sich über Jahre im Ort fest. Die ‚Berserker‘ konnten ein Anwesen für ihre Treffen und Konzerte nutzen; auch hier waren die wichtigsten Protagonisten im Ort integriert. In Kommunen ohne solche festgefügten Strukturen ist das Auftreten von Rechtsextremen immer auch eine (störende) Provokation, die – wie der folgende Abschnitt zeigt – zu sehr unterschiedlichen Reaktionen führt.

Trotz zahlreicher Versuche, im dörflichen Raum Fuß zu fassen, kann von einer flächendeckenden Kommunalisierungsstrategie der NPD und anderer Organisationen der rechtsextremen Szene keine Rede sein; hier klaffen die Proklamationen der Aktivisten und die Wirklichkeit weit auseinander, was mit dem zur Zeit geringen Mobilisierungs- und Aktivierungsgrad der rechtsextremen Szene in Hessen zusammenhängen dürfte. Zwar kündigten die hessischen ‚Jungen Nationaldemokraten' vor zwei Jahren ein eigenes ‚Vier-Säulen-Konzept' an.[4] Allerdings wurden Jugendliche in Dörfern nur punktuell angesprochen (‚Kampf um die Dörfer') und nur sehr vereinzelt gelang es der JN, gleichgesinnte Jugendliche als Klassen- oder Schulsprecher oder in leitenden Funktionen in Vereinen und Verbänden zu etablieren. Auch konnten rechtsextreme Aktivisten in Süd- und Mittelhessen nur punktuell Werbematerialien und die ‚Schulhof-CD' der NPD an junge Menschen verteilen (‚Kampf um die Schulen', vgl. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 2008).

Die ersten Beratungsfälle des Beratungsnetzwerks Hessen[5] zeigen, dass Rechtsextreme auch in Sport-, Feuerwehr- oder Schützenvereinen aktiv sind. Oftmals reagieren die Vereine hierauf nur nach einem gewissen ‚Druck von außen' und lediglich mit verbandspolitischen Beschlüssen.

5 Reaktionen in der kommunalen Gesellschaft

Wenn sich in einer Kommune kein Verharmlosungs- und Toleranzraum gegenüber rechtsextremen Phänomenen etabliert hat – wie in vielen Kommunen mit alteingesessenen Aktivisten - dann ist nach der Konfliktfähigkeit, der Bereitschaft der Thematisierung und nach Formen der Auseinandersetzung in Kommunen zu fragen.

Die Präsenz von rechtsextremen Fraktionen in kommunalen Parlamenten, von öffentlich agierenden Gruppen und Akteuren löst in solchen Kommunen Verunsicherung und Deutungsversuche aus. Sie sind herausgefordert, in einer Umgebung, die von einem Netz sozialer und persönlicher Nahbeziehungen, von Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen mit den daraus hervorgehenden Vertrautheiten (‚jeder kennt jeden') gekennzeichnet sind, nach einem adäquaten Umgang mit Rechtsextremismus zu suchen. Konflikte entstehen beispielsweise dann, wenn die Kinder von rechtsextremen Kadern, die ein Immobilie im Dorf erworben haben oder gar aus demselben Ort stammen, zum Kindergarten gehen (wollen), Fußball im Verein spielen und ihre Freunde aus dem Dorf zum Geburtstag einladen möchten; dann stellt sich sehr alltagsnah das Problem, ob und wie Ausgrenzungsforderungen realisiert werden können. Ausgrenzungsforderungen werden auch dann in Frage gestellt, wenn sich die örtliche Zivilgesellschaft gegen eine rechtsextreme Clique wendet, deren Mitglieder man kennt. Abgrenzungsversuchen wird dann entgegengesetzt, dass man (persönlich bekannte) Jugendliche, die in die rechtsextreme Szene abzudriften drohen, so nicht zurückgewinnen könne.

Unsere Untersuchungen zeigen für den Typus ‚Verunsicherter Kommunen', welche Suchbewegungen hier stattfinden und dass die Bewältigungsstrategien von aktiver Gegenwehr über Gleichgültigkeit bis zu stiller Zustimmung reichen. Erstens zeigen Befragungen in mittelhessischen Kommunen, dass die Bürgerinnen und Bürger unterschiedliche Formen des Umgangs mit Aufmärschen der rechten Szene befürworten: ein Teil favorisiert ‚aktiven' und ein anderer ‚passiven' Widerstand, ein dritter Teil ist desinteressiert und gleichgültig, zeigt z. T. Verständnis für die extreme Rechte und will Demonstrationen zulassen.

Eine weitere qualitative Studie zum lokalen Rechtsextremismus (Hessischer Jugendring 2008) rekonstruiert zweitens das Selbstverständnis von ehrenamtlichen Jugendgruppenleitern in lokalen Vereinen und Verbänden gegenüber Rechtsextremismus: Viele haben ein unpoliti-

sches Verständnis ihrer Jugendarbeit, (kommunal)politische Themen haben in den Gruppen keinen Platz; andere nehmen lokale Konflikte eher informell auf und sprechen mit den Jugendlichen vor und nach den Gruppenaktivitäten über kommunale Entwicklungen und Vorfälle; andere wiederum sind als Staatsbürger aktiv, unterschreiben Resolutionen und bringen sich in Bürgerinitiativen ein; eine weitere Gruppe verweist auf vereinspolitische Beschlüsse, nach denen Rechtsextremismus in den Gruppen ‚keinen Platz hat'; und schließlich gibt es vereinzelt auch Sympathie bzw. Verständnis für Facetten des rechtsextremen Denkens. In dieser Studie hat sich weiter gezeigt, wie sich kommunale Kommunikation in der Jugend(verbands)-arbeit entwickelt und wie diese zu einem Akteur in einem vernetzten Feld werden kann.

Drittens fällt die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement gegen Rechts eher leicht, wenn rechtsextreme Aktivitäten von ‚außen' in die örtliche Gemeinschaft kommen. Dies hat die Bürgerinitiative in Gladenbach und ihr Engagement gegen zahlreiche große rechtsextreme Demonstrationen anschaulich gezeigt. Die Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung mit einem lokalen Rechtsextremismus offenbaren sich dann, wenn das für ein Dorfleben so charakteristische Beziehungsgeflecht keine Berücksichtigung in der Formulierung von Interventionsstrategien findet. Ein Indiz hierfür sind auch die ersten Fälle der Mobilen Interventionsteams des neuen Beratungsnetzwerks Hessen. Zahlreiche Vorkommnisse mit rechtsextremem Hintergrund, die zunächst in hessischen Sportvereinen, an Schulen oder im Kontext von Jugendarbeit verortet werden, ziehen ihre Kreise in die kommunale Gemeinschaft und Beratungsziele konfligieren dann mit der lokalen Verankerung rechtsextremer Aktivisten und dem persönlichen Beziehungsgeflecht vor Ort In einzelnen Kommunen in Hessen ist zu beobachten, dass Rechtsextreme in Feuerwehren, Sportvereinen und anderen Organisationen, die gegen Rechtsextremismus aktiviert werden könnten, Mitglieder oder gar Aktivposten sind. Eine Strategie der Unterwanderung, Übernahme und gezielter Indoktrination von zivilgesellschaftlichen Gruppen ist jedoch – schon vor dem Hintergrund der niedrigen Mitgliederzahlen der extremen Rechten – nicht erkennbar; ein Festsetzen oder gar die Übernahme von Leitungsfunktionen kann derzeit (noch) nicht identifiziert werden.

Eine lediglich auf (symbolische) Skandalisierung im Rahmen von konfliktorientierten Lösungsansätzen setzende Strategie wird die örtliche Zivilgesellschaft kaum für eine Auseinandersetzung mit ‚ihrem' lokalen Rechtsextremismus gewinnen (vgl. Lynen von Berg/Palloks/Steil 2007). Die hessischen Erfahrungen zeigen aber auch, dass ‚örtliche Schweigekartelle' sich dann verändern, wenn von ‚außen' öffentlich und druckvoll eine Problemanzeige vorgenommen wird. Dies wurde im mittelhessischen Kirtorf mit der dort ansässigen Kameradschaft der ‚Berserker Kirtorf' deutlich.

6 Schluss

Das Erfolgspotential von kommunalen Bestrebungen der extremen Rechten im ländlich-kleinstädtischen Raum ist letztlich abhängig von der Struktur der lokalen Zivilgesellschaft und dem Vorhandensein demokratischer und pluralistischer Werte in der Kommune selbst. Wenn neben den Parteien die Träger der lokalen Zivilgesellschaft – Vereine, Verbände, Kirchen – und deren Angebote offen und vielfältig sind, werden (wenn auch mit Mühe) die Entfaltungsräume für die extreme Rechte klein bleiben. Problematisch wird es zum Einen jedoch dann, wenn das lokale Beziehungsgeflecht und die damit einhergehende Konfliktvermeidung notwendige Positionierungen und (Gegen-)Mobilisierungen erschweren und zum Anderen dann, wenn tradierte Mentalitäten und eine etablierte Vorurteilskultur das Phänomen Rechtsextremismus im ländlichen Raum verharmlosen oder gar begünstigen.

Benno Hafeneger (geb. 1948), Dr. phil., ist Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt „Außerschulische Jugendbildung“ an der Philipps-Universität Marburg. Kontakt: hafenege@staff.uni-marburg.de.

Reiner Becker (geb. 1971), Dr. phil., ist Politikwissenschaftler und arbeitet am Institut für Erziehungswissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Kontakt: reiner.becker@staff.uni-marburg.de.

Anmerkungen

[1]Die Zahl rechtsextremer Konzerte hat in den vergangenen Jahren abgenommen: von neun im Jahr 2005 auf fünf Konzerte und Liederabende im Jahr 2007 (Hessisches Ministerium des Innern 2008: 95).

[2]Jedoch reduzierte sich auch in diesen Orten der Stimmenanteil bei den letzten Kommunalwahlen 2005 zwischen fünf und sechs Prozent der Wählerstimmen, mit Ausnahme von Wölfersheim: Hier gewann die NPD zehn Prozent.

[3]Jahrelang konnten die Mitglieder der Kameradschaft nahezu ungestört im Ort agieren. Erst durch einen Bericht in der ARD-Sendung ‚Panorama‘ im Jahr 2004 begannen Bürgerinnen und Bürger des Ortes, sich gegen die örtliche Szene zu wenden.

[4],1. Kampf um die Dörfer‘, ‚2. Kampf um die Schulen‘, ‚3. Kampf um die Kameradschaften‘, ‚4. Kampf um die Intellektualisierung der Jugend‘ (jn-hessen.de, 12.03.2007). Zum Vier-Säulen-Modell der NPD vergleiche den Beitrag von Gudrun Heinrich in diesem Heft.

[5]Vgl. http://www.beratungsnetzwerk-hessen.de.

Literatur

Becker, Reiner 2008: Ein normales Familienleben. Interaktion und Kommunikation zwischen „rechten“ Jugendlichen und ihren Eltern. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Frölich, Margit/Hafeneger, Benno/Kaletsch, Christa/Oppenhäuser, Holger (Hg.) 2007: Zivilgesellschaftliche Strategien gegen die extreme Rechte in Hessen. Frankfurt/M.: Brandes u. Apsel.

Hafeneger, Benno/Becker, Reiner 2007: Rechte Jugendcliquen in Hessen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Hafeneger, Benno 2008: Rechtsexterme Parteien und das rechte Lager in Hessen. In: Schröder, Wolfgang (Hg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Wiesbaden: VS Verlag, 209-223.

Hessischer Jugendring (Hg.) 2008: Jugendverbände als Akteur der Zivilgesellschaft. Wiesbaden.

Hessischer Landtag 2006: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage betreffend „Rechtsextremismus in Hessen“, Drucksache 16/6093. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 2008: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2007. Wiesbaden.

Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Steil, Armin 2007: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim, München: Juventa.

Pallocks, Kerstin/Steil, Armin 2008: Von Blockaden und Bündnissen, Weinheim, München: Juventa.

Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.) 2007: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.

Weiss, Michael 2007: Neue Entwicklungen der Neonazi-Szene in Hessen. In: Frölich, Margit/Hafeneger, Benno/Kaletsch, Christa/Oppenhäuser, Holger (Hg.) Zivilgesellschaftliche Strategien gegen die extreme Rechte in Hessen, Frankfurt/M.: Brandes u. Apsel, S. 29-42.

Benjamin Fischer/Tatiana Volkmann

Anerkennung durch kommunales Engagement?
Rechtsextremismus in Ueckermünde

1 Der kleinstädtische Raum Ueckermünde

Ueckermünde, eine Kleinstadt mit etwa 15.000 Einwohnern, ist ein regionaler Konzentrationspunkt in dem ländlich geprägten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern (Hannemann 2002: 258). Die prägnanten Merkmale der kleinstädtischen Entwicklung in Ostdeutschland treffen auch auf Ueckermünde zu: ökonomische Strukturschwäche, Bevölkerungsrückgang, eine Arbeitslosenquote von knapp 30 Prozent und eine durch Kleinunternehmer und den Dienstleistungssektor dominierte Unternehmensstruktur (Beetz 2008: 7). Sozialstrukturell sind Kleinstädte durch einen überschaubaren Wahrnehmungsraum und gruppenspezifische soziale Kontakte geprägt. Die hierdurch und im Unterschied zum anonymen sowie unüberschaubaren metropolitanen Raum mögliche soziale Kontrolle über Individuen erfüllt zugleich eine Integrationsleistung in territoriale Gruppen. Der kleinstädtische Raum und seine Beziehungsgeflechte sind für den Einzelnen erfassbar und bieten ihm damit Gelegenheiten zur Selbstidentifizierung und -darstellung (Lichtenberger 1998: 307ff). In Bezug auf das kommunale Engagement der Rechtsextremen im kleinstädtischen Raum spielen diese Aspekte keine unwesentliche Rolle, wie die Darstellung der rechtsextremen Strukturen vor Ort zeigt.

2 Akteure
2.1 Die NPD

Der Rechtsextremismus in Ueckermünde ist kaum parteigebunden. So gründete die NPD im Landkreis Uecker-Randow erst im März 2006 einen eigenen Kreisverband – mit acht Mitgliedern. Dies ist symptomatisch für ihre relativ schwach entwickelten Strukturen auf kommunaler Ebene in Mecklenburg-Vorpommern. Zwar ist die Partei landesweit in sieben Kommunalparlamenten vertreten, jedoch mangels Kandidaten vor Ort weder in der Stadt noch im Landkreis. Trotzdem bindet die NPD in Ueckermünde bei überregionalen Wahlen ein erhebliches Wählerpotential. Nach den Europawahlen 1994 (0,3 Prozent/119 Stimmen) konnte die Partei ihre Ergebnisse dort im Laufe der nächsten zehn Jahre bei jedem Wahlgang mehr als verdoppeln (1999: 0,8 Prozent/278 Stimmen, 2004: 2,2 Prozent/660 Stimmen). Bei der Bundestagswahl 2005 votierten bereits 9,1 Prozent der Wähler für die rechtsextreme Partei. In dem Wahllokal in Ueckermünde-Ost, dem der damalige Bundestagskandidat Tino Müller zugeordnet war, kam die Partei sogar auf 21 Prozent. Das bislang beste Ergebnis erreichte die NPD jedoch bei den Landtagswahlen 2006, wieder mit Tino Müller als Zugpferd, als in Ueckermünde insgesamt 18,2 Prozent der Zweitstimmen auf sie entfielen. In Ueckermünde-Ost kam Müller gar auf 35,1 Prozent der Zweitstimmen und 35,2 Prozent der Erststimmen.

Das Potenzial der NPD in Ueckermünde steht und fällt mit der Person Tino Müller, einem heute 29-jährigen Maurer, der erst im Dezember 2006, nachdem er bei der Bundestagswahl 2005 bereits als parteiloser Kandidat für die NPD ins Rennen gegangen war, auch Parteimitglied wurde. Bereits zehn Monate nach seinem Eintritt zog Müller als Abgeordneter und stellvertretender Fraktionschef in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein.

Die Wurzeln seiner Szenekarriere liegen in der Kameradschaft ‚National germanische Bruderschaft' (NGB), aus der heraus er später die

‚Bürgerinitiative Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde' gründete, um eine geeignete Plattform für *politische* Inhalte mit basisdemokratischem Gewand zu schaffen. Für die NPD übernimmt er die Funktion eines Brückenkopfes ins Kameradschaftsspektrum und ist damit für die Partei von großem Wert.

Seine Familie ist, obwohl Gesinnung und Tätigkeit des Vaters in der Kleinstadt kein Geheimnis sind, in das alltägliche Kleinstadtleben voll integriert. Die Kinder besuchen die Kindertagesstätte, der ältere Sohn Friedrich ist zudem Mitglied im Sportverein.

Bevor Müller den NPD-Kreisverband Uecker-Randow gründete, war die Partei durch die Verteilung von Flugblättern sowie Aufklebern der NPD-Postille ‚Deutsche Stimme' und durch Plakate ausschließlich medial präsent. Mit ihm bekam die NPD ein vertrautes Gesicht.

2.2 Parteiungebundene Strukturen in Ueckermünde

Das Gros der rechtsextremen Szene ist in verschiedenen freien Strukturen abseits der NPD organisiert. In Ueckermünde existieren zwei hochaktive Kameradschaften, zwei Kulturkreise und eine rechtsextreme Bürgerinitiative.

2.2.1 Die Kameradschaften

Die beiden in Ueckermünde ansässigen Kameradschaften nennen sich ‚Aryan Warriors' und ‚National-Germanische Bruderschaft' (NGB). Sie sind wie alle parteiunabhängigen Organisationen in Vorpommern an das ‚Soziale und Nationale Bündnis Pommern' (SNBP) angeschlossen. Ihr Quartier haben beide Kameradschaften in zwei gegenüber liegenden Garagen am Rande des Neubaugebietes Ueckermünde-Ost aufgeschlagen. Der Treffpunkt zieht Rechtsextremisten aus der Region, aber auch aus größerer Entfernung an. Beide Kameradschaften haben unterschiedliche Handlungskonzepte und Zielgruppen. Während sich die Mitglieder der NGB als politische Soldaten verstehen und der NPD im Rahmen der ‚Drei-Säulen-Strategie' eng verbunden sind, bedienen die ‚Aryan Warriors' stärker die gewaltbereite Klientel. Trotz ihres martialischen Auftrittes – muskulöse Körper, dunkle Sonnenbrillen, schwarze T-Shirts, Keltenkreuz und anderen Anleihen aus dem Skinhead-Milieu – haben Anwohner kaum Berührungsängste: „Seitdem die hier sind, werden keine Autos mehr geklaut", sagt eine von ihnen (taz, 9.11.2004). Auf Demonstrationen treten die ‚Warriors' immer mit einem eigenen Transparent auf und vermitteln den Eindruck eines geschlossenen schwarzen Blocks. Die Mitglieder sind Anfang 30 und älter.

Die Anhänger der NGB erscheinen dagegen zurückhaltend gekleidet, in karierten Hemden und mit ordentlichem Seitenscheitel. Kaum jemand ist älter als Mitte zwanzig. Im Gegensatz zu den ‚Aryan Warriors' geben sie sich eher als die netten Jungs von nebenan, weshalb sie in der Kleinstadt noch weniger mit Vorurteilen konfrontiert werden. Auf Sätze wie „Die halten Ueckermünde sauber" muss man in Gesprächen mit Anwohnern nicht lange warten. Die Mitglieder der NGB sind nicht wie die ‚Warriors' Typen, „denen man nicht im Dunkeln begegnen möchte", wie ein Beobachter sagt, sondern darauf getrimmt, ihre rechtsextreme Ideologie im Schongang unters Volk zu bringen. Lokale Probleme, wie zum Beispiel der Konflikt um ein geplantes Asylbewerberheim in der Innenstadt, dienen ihnen dabei als Transmissionsriemen. So stört sich zumindest in Ueckermünde-Ost niemand daran, als am 10. Juli 2004 etwa 200, unter ihnen einige über größere Entfernungen angereiste, Neonazis das dreijährige Bestehen der ‚Aryan Warriors' gebührend, aber unangemeldet feiern. Für diesen Zweck wird der öffentliche Raum vor den Garagen illegal okkupiert. Von außen ist das Geschehen mit Stellwänden abgeschirmt. Trotzdem hält es die Polizei nicht für nötig einzuschreiten, obwohl der

Rechtsrock einschlägiger, indizierter Bands die ganze Nacht lang durch den verwinkelten Komplex schallt (Ostsee-Zeitung, 9.12.2004).

Bereits zuvor hatten die Garagen einen Bekanntheitsgrad erreicht, der weit über die Region hinausgeht. So kommt es, dass ‚Aryan Warriors' und NGB über gute Kontakte zu militanten Kameradschaften im Raum Berlin/Brandenburg verfügen.

Seit 2003 zeigte sich die NGB bei Demonstrationen und Infotischen oft auch außerhalb von Ueckermünde, erstmals bei einer Protestveranstaltung gegen die Ausstellung ‚Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944' in Peenemünde. Der Slogan auf ihren T-Shirts war eindeutig: „Opa war in Ordnung". Bei anderen Anlässen (z.B. Kranzniederlegungen an der Gedenkstätte Golm) treten sie gemeinsam mit den ‚Aryan Warriors' auf oder unterzeichnen auf denselben Kranzschleifen. Auch auf der ‚Schulhof-CD' der NPD sind beide Kameradschaften als Kontaktadressen in Mecklenburg-Vorpommern angegeben.

Bei der Auswahl ihrer Neumitglieder sind die Kameradschaften einem Aussteiger zufolge sehr wählerisch. Potenzielle Kandidaten müssen sich zunächst mehrere Jahre in der Szene, meistens im ‚Heimatbund Pommern', bewähren und anschließend von einem Kameradschaftsmitglied vorgeschlagen werden. Bis zu ihrer Aufnahme gelten sie als Anwärter. Aufnahmeprüfungen gibt es jedoch keine.

2.2.2 Rechtsextreme Kulturkreise

Neben den beiden Kameradschaften existieren in Ueckermünde der ‚Heimatbund Pommern' sowie der darin eingeschlossene ‚Kulturkreis Pommern' als Vereine zur Pflege volkstümlicher Kultur und traditionellen Brauchtums.

Der ‚Heimatbund Pommern' (HBP) ist seit August 2002 aktiv und kümmert sich in erster Linie darum, über Kultur- wie Sportangebote Nachwuchs für die rechtsextreme Szene zu rekrutieren. Es geht jedoch nicht nur darum, mit Hilfe von niederschwelligen Angeboten neue Mitglieder an die rechte Szene heranzuführen, sondern zugleich eine Auswahl zu treffen. Anwärter, die beispielsweise in die Kameradschaft NGB aufgenommen werden wollen, müssen sich im Vorfeld oft zwei bis drei Jahre im HBP bewährt haben. Durch personelle Überschneidungen – zahlreiche Mitglieder der NGB gehören auch dem HBP an – ist der HBP fest in der rechtsextremistischen Szene verankert. Politische Aktionen haben beim HBP zwar einen untergeordneten Stellenwert, werden aber nicht vernachlässigt, wie das folgende Zitat aus einer Selbstdarstellung belegt: „Die Jugend interessiert sich nur noch für den Konsum und den Spaß, leider häufig auch mit Drogenkonsum verbunden. Das Interesse an der Politik strebt gegen Null! Man sagt zu allem nur noch Ja und Amen oder meckert zuhause vor dem Fernseher. Dass ist das, was sich die heutigen Parteien wünschen. Ein Volk, mundtot und müde, bietet die beste Voraussetzung für die nächsten Wahlen. […] Wir sind die nationale Jugend für Deutschland. Wir stehen für eine bessere Zukunft für unsere Familien, unsere Kinder und unser Volk und dafür hasst man uns?" (zitiert nach Borstel 2007: 200)

Im Zentrum der Arbeit des HBP stehen Singkreise, Trachten- und Trommlergruppen, Sommerlager, Fußballturniere, Volkstanz, Ausflüge ins Schwimmbad, Wettangeln. Die Vereine wirken aber auch nach außen: in Altenheimen, auf Volksfesten in der näheren Umgebung oder bei Geburtstagsfeiern stimmen uniformierte Teenager nationales Liedgut an. Allein in Ueckermünde nehmen zeitweise bis zu 60 Personen an den wöchentlichen Treffen teil, unter anderem, um Veranstaltungen wie Sommer- und Osterlager zu planen. Um Ärger mit Ämtern oder Behörden von vornherein zu vermeiden und sich abschotten zu können, finden die mehrtägigen Veranstaltungen laut einem Aussteiger ausschließlich auf privaten Grundstücken statt. Der

Ablauf der Zeltlager gleicht militärischem Drill. Die Lagerfeuerromantik der Sommerlager leistet dennoch einen guten Beitrag, junge Leute anzulocken und gezielt für eine spätere Kaderlaufbahn zu testen.

Selbst eine eigene Publikation hält der HBP für seine Zielgruppe parat: In der ‚Stimme der Heimat' bekommen Jugendliche Tipps in Sachen Liebeskummer und Kräftemessen oder können sich über soziale Fragen wie drohende Schulschließungen informieren. Sogar an die Allerjüngsten wird gedacht. Spezielle Ausgaben mit altersgerechten Texten, Rätseln und Spielen gibt es bereits für Kinder. Damit ‚Missverständnisse' erst gar nicht aufkommen, lädt der HBP Mütter und Väter zu Elternabenden ein. Die rechtsextreme Ausrichtung des HBP wird häufig weder von den jungen Menschen, noch von Eltern oder Bekannten, noch von denjenigen bemerkt, die den HBP einladen, um bei Festen das kulturelle Rahmenprogramm zu gestalten.

Seit seinem Bestehen können dem HBP in etwa 50 Veranstaltungen zugerechnet werden, an denen er alleine bzw. federführend beteiligt war. Besonderes Aufsehen erregte der HBP mit einem Fußballturnier am 17. Juli 2004, an dem neben der NGB und den ‚Aryan Warriors' noch 15 weitere Mannschaften teilnahmen.

Zusätzlich zu diesen Aktivitäten tritt der HBP bei Demonstrationen auf, sei es mit Trommlergruppe und Transparenten oder mit einem Redner aus den eigenen Reihen.

Als Ableger des HBP hat sich in Ueckermünde im April 2003 der ‚Kulturkreis Pommern' formiert. Die Mitglieder stammen zum Großteil aus dem HBP. Wie beim HBP gibt es auch hier personelle Überschneidungen mit den rechtsextremen Kameradschaften in Ueckermünde. In Abgrenzung zum HBP hat sich der ‚Kulturkreis Pommern' ausschließlich auf Gesang, Tanz, Fahnenschwingen und Trommeln ausgerichtet. Letzteres war seit 2004 des Öfteren auf Kundgebungen in Wolgast und Ueckermünde zu beobachten. Sportliche Angebote oder Sommerlager, wie sie vom HBP durchgeführt werden, gibt es nicht. In der Infobroschüre wird der Spaß am gemeinschaftlichen Musizieren und Tanzen beschworen: „Wo man singt, da lass' dich ruhig nieder, böse Menschen kennen keine Lieder"[1].

Die Verankerung des ‚Kulturkreises' im rechtsextremen Spektrum scheint noch weniger als beim HBP bekannt zu sein. Selbst der Bürgermeister von Liepe auf Usedom hatte kein schlechtes Gewissen, als er die Gruppe zu seiner 650-Jahr-Feier einlud. Jedoch sprach sich während des Auftritts im Festzelt schnell herum, dass dort Neonazis tanzten – der Veranstalter blendete kurzerhand die Musik aus.

2.2.3 Die Bürgerinitiative

Die Hauptstrategie der Rechtsextremisten, mangelndes kommunalpolitisches Gewicht zumindest teilweise zu kompensieren, besteht in der Gründung von Bürgerinitiativen. Mit dieser offen anmutenden Organisationsform soll einerseits der neonazistische Hintergrund ihrer Anliegen verschleiert, andererseits eine kommunalpolitische Verankerung in Form einer ‚nationalen außerparlamentarischen Opposition' (NAPO) erreicht werden. Die Bürgerinitiativen richten sich vorrangig an wahlberechtigte Erwachsene. Damit stellen sie in Regionen, in denen die NPD institutionell ausfällt, den kommunalpolitischen Arm der freien Szene dar (Fischer 2006: 31). In Ueckermünde hat sich die rechtsextreme Szene besonders mit der Bürgerinitiative ‚Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde' (BI), die von Mitgliedern beider Kameradschaften sowie des HBP vor Ort aus der Taufe gehoben wurde, die Akzeptanz größerer Teile der Bevölkerung erarbeitet. Die BI versteht es, Ressentiments gegen den geplanten Umzug eines Asylbewerberheims ins Stadtzentrum gezielt für sich zu nutzen. Mit Flyern, Plakaten und Aufklebern werden die Ängste der Menschen geschürt oder erst hervorgerufen. Auf einem Plakat ist beispielsweise zu lesen: „Heu-

te sind Sie tolerant, morgen fremd im eigenen Land“. Zahlen, die von der BI im Zusammenhang mit dem Thema öffentlich genannt werden, sind schlichtweg falsch. Tausend Ausländer, so behaupteten sie, würden in die Stadt ziehen, wenn das Heim im Zentrum angesiedelt werde (Frankfurter Rundschau, 29.9.2004). Gerade einmal ein Zehntel dieser Zahl hätte der Realität entsprochen.

3 Strategieelemente der kulturellen Subversion

Nachfolgend sollen die Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Ueckermünde anhand einzelner Strategieelemente dargestellt werden.

3.1 Die Bestimmung des kommunalpolitischen Diskurses

Der strukturschwache Landkreis Uecker-Randow stellt insofern eine Ausnahme dar, als dass die NPD es hier vermieden hat, sich bei den Kommunalwahlen 2004 um Mandate zu bemühen. Bis Tino Müller im Dezember 2005 mit Aussicht auf einen Erfolg versprechenden Listenplatz in die Partei eintrat, hatte er als Sprecher der Bürgerinitiative ‚Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde‘ auf außerparlamentarischen Weg versucht, die kommunalpolitische Agenda zu beeinflussen. Bis heute ohne ein kommunales Mandat in Ueckermünde, führt Müller dieses Engagement, wenn auch mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung der NPD, fort. Indem Themen öffentlichkeitswirksam besetzt werden, entsteht der Eindruck, dass die Neonazis allein den Diskurs beherrschen und zugleich die Problemlösungskompetenz für diese Themen beanspruchen können.

Ein Beispiel für den Versuch, sich als außerparlamentarische Kraft zu etablieren, stellt das Vorhaben der Bahngleisertüchtigung zum Stadthafen in Ueckermünde dar. Tino Müller stellte als Landtagsabgeordneter der NPD diesbezüglich mehrere kleine Anfragen an die Landesregierung.[2] Deren Antworten wurden im ‚Uecker-Randow-Boten‘, einer periodisch an alle Haushalte verteilten rechtsextremen Publikation, abgedruckt. In seiner Rolle als Sprecher der ‚Bürgerinitiative Schöner und sicherer Wohnen‘ und noch nicht Landtagsabgeordneter der NPD wirft Tino Müller der Bürgermeisterin und den Stadtvertretern von Ueckermünde in einem Bürgernähe suggerierenden offenen Brief die Verschwendung von Steuergeldern in Millionenhöhe und unnötige, gesundheitsschädigende Belästigungen vor.

3.2 Nationale Jugendarbeit

In Ueckermünde wird eine konzeptionell fundierte, rechtsextreme Jugendarbeit nachweislich vom regional agierenden ‚Heimatbund Pommern‘ und dem darin integrierten ‚Kulturkreis Pommern‘ umgesetzt. Diese wurden ab dem Jahr 2002 in Anlehnung an die ‚Heimattreue Deutsche Jugend‘ u.a. vom NPD-Landtagsabgeordneten Tino Müller systematisch aufgebaut. Mit der Gründung des Heimatbund Pommerns wurde explizit das Ziel einer Nachwuchsschmiede für die Kameradschaften verbunden (Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern 2008: 70).

Der Heimatbund pflegt einen strengen Verhaltenskodex, der Gewalt und Drogen ablehnt, Nachbarschaftshilfe und dem Subbotnik ähnliche Arbeitseinsätze in den Wohngebieten dagegen vorschreibt. Mit seiner selbstvergewissernden Betonung von Heimat und Brauchtum bietet der HBP Jugendlichen angesichts der Forderungen nach Mobilität und Flexibilität ein attraktives Identitätsangebot. Darüber hinaus hat er in der Region aufgrund fehlender kommunaler Angebote das Monopol in der Jugendarbeit. All diese Aspekte dürften die Akzeptanz des Heimatbunds über Ueckermünde heraus erklären.

Wie fruchtbar die Jugendarbeit der rechtsextremen Szene in Ueckermünde ist, wird am Beispiel eines 17-jährigen Schülers der ortsansässi-

gen Regionalschule deutlich. Noch im Jahr 2006 lief dieser ‚Heil-Hitler' brüllend über den Schulhof und musste sich regelmäßig aufgrund solcher rechtsextremen Äußerungen und aggressiver Verhaltensweisen vor der Schulleitung verantworten. Nur zwei Jahre später ist er derjenige, der in seiner Rolle als Klassensprecher rigide für die Einhaltung der Schulordnung sorgt. In den Pausen zieht er randalierende Schüler zur Rechenschaft und tituliert während einer Klassensprecherversammlung widerspruchsfrei Mitschüler als der deutschen Rasse ‚unwürdig', wenn diese sich Nazi-Symbole auf den Arm malen. Die offene Selbstpositionierung dieses Schülers als ‚Rechter' und tonangebende Respektsperson führt bei den Schulangehörigen ebenso wenig zu Irritationen wie seine auswendig gelernten Gesprächsargumente der NPD-Handreichung für öffentliche Auseinandersetzungen. Stattdessen genießt er durch sein vorbildliches Verhalten und als zuverlässiger Ordnungshüter sowie Streitschlichter ein hohes Ansehen, was seine rechtsextremen Einstellungen konnotativ aufwertet.

4 Eroberung der öffentlichen Akzeptanz

Die öffentliche Akzeptanz der rechtsextremen Akteure in Ueckermünde sind an drei aufeinander aufbauenden Dimensionen ablesbar: die NPD-Wahlergebnisse sowie die Akzeptanz der Protagonisten und der Themen der NPD.

Dimension eins: Die Wahlergebnisse der NPD in Ueckermünde. Wie beschrieben konnte die NPD bei den vergangenen Wahlen ihre Anteile systematisch steigern. Wahlergebnisse bilden einen wichtigen Indikator, um die Resonanz des Phänomens Rechtsextremismus in der Bevölkerung zu messen. Einer positiven Resonanz, die in diesem Fall durch die Wahlergebnisse klar belegt ist, muss immer die Akzeptanz rechtsextremer Gruppierungen vorgelagert sein. Auch Protestwähler stellen in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar. Im Kontext ihrer Unzufriedenheit mit dem eigenen sozialen Status oder den gesellschaftlichen Verhältnissen im Allgemeinen verharmlosen sie die rechtsextreme Ideologie und akzeptieren die Aktivitäten von rechtsextremen Organisationen. Im Problem-Stadtteil Ueckermünde-Ost kann somit über einem Drittel der Wähler ein Wohlwollen gegenüber rechten Gruppen attestiert werden. Der Eindruck der Verankerung in dem Neubaugebiet wird dadurch verstärkt, dass sich keine Initiativen oder Einzelpersonen offen gegen die rechtsextremen Umtriebe positionieren. Die Analyse der Wahlergebnisse führt zu der These, dass rechtsextreme Gruppen spätestens seit 2005 fest im Alltagsleben der Kleinstadt verankert sind – besonders in Ueckermünde-Ost.

Dimension zwei: Die Akzeptanz rechtsextremer Akteure. Dass die NPD erst ab 2005 Wahlergebnisse über neun Prozent erzielen kann, hängt vor allem von den Personen vor Ort ab. Für die Verankerung von rechtsextremen Gruppierungen in der Gesellschaft ist das offensive Auftreten von Tino Müller ein wichtiger Faktor, zumal der geborene Ueckermünder als Teil der kleinstädtischen Gemeinschaft anerkannt ist. Die hohen Zustimmungsraten besonders in Ueckermünde-Ost, wo er selbst wohnt, sind ein eindeutiger Beleg dafür. Obwohl Müller für eine rassistische und antidemokratische Ideologie eintritt, stößt er nur auf wenig Widerspruch in der Bevölkerung. Anfängliche Ressentiments gegenüber der Partei werden durch seine Vertrautheit innerhalb des kleinstädtischen Milieus kompensiert. Vereinfacht ausgedrückt: Die Wähler geben ihre Stimme nicht nur der NPD allein, sondern zu einem Gutteil ‚ihrem' Tino Müller.

Dimension drei: Die Akzeptanz rechtsextremer Themen. Dass die Verankerung der radikalen Rechten auch über die Rahmung kommunalpolitischer Themen funktioniert, zeigt die Vereinnahmung der Diskussion um das Asylbewerberheim. Schon die Zahlenverhältnisse bei der Unterschriftensammlung, mit deren Hilfe sich die extreme Rechte um ein Bürgerbegehren

bemühte, sind ein Beleg für die hohe Akzeptanz der rechtsextremen Agenda – immerhin unterschrieben knapp 20 Prozent der Stadtbevölkerung ein Papier mit dezidiert fremdenfeindlichen Inhalten. Auch dieser Verankerungsindikator zeigt also eine fortgeschrittene Verwurzelung des Rechtsextremismus in Ueckermünde an. Da das Gros der Unterschriften in Ueckermünde-Ost gesammelt wurde, wo auch die Wahlergebnisse der NPD mehr als doppelt so hoch waren wie im übrigen Stadtgebiet, ist dort im Vergleich zu den anderen Stadtbezirken von einer höheren Akzeptanz und Verankerung des Rechtsextremismus auszugehen.

5 Ausblick

Alle drei Dimensionen geben Auskunft über die Akzeptanz der extremen Rechten unter den Ueckermündern, die sich selbst nicht als Rechtsextreme verstehen. Die NPD wird von Menschen gewählt, die sie nicht ausgrenzen oder ignorieren, sondern für die Inhalte und Personen der Partei bewusst oder unbewusst empfänglich sind. Allerdings folgt aus der Akzeptanz der rechtsextremen Akteure sowie ihrer Themen nicht zwangsläufig ein Kreuz für die NPD. Der Verankerung rechtsextremer Strukturen leistet aber jede Form von Akzeptanz Vorschub.

Die Wähler der NPD relativieren die verfassungs- und menschenrechtsfeindliche Ideologie des Rechtsextremismus und verbessern so die materielle und diskursive Position der Partei. Das im kleinstädtischen Milieu ohnehin enge Sozialgefüge kommt Rechtsextremen zu Gute, wenn es keine Abgrenzungsversuche gibt und sie als Personen vollkommen akzeptiert werden. Schließlich ist der affirmative Umgang mit von Rechtsextremen aufgebrachten Themen ein weiterer Baustein, um ihnen im Kampf um kommunale Hegemonie Vorteile zu verschaffen.

Benjamin Fischer ist Politologe und arbeitet für die ‚Ostseezeitung' in Rostock. *Tatiana Volkmann* ist Kommunikationspsychologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Greifswald.

Anmerkungen

[1]http://www.kulturkreis-pommern.de/PDF/Vorstellungsbroschuere%20Kulturkreis%20Pommern.pdf [23.08.2005].

[2]Vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen des Abgeordneten Tino Müller vom 1. März 2007 & 23. April 2007, Drucksache 5/211 & 5/383.

Literatur

Beetz, Stephan 2008: Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit. In: Barlösius, Eva/Neu, Claudia (Hg.): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaft, S. 7.

Borstel, Dierk et al. 2007: Gutachten zur Umsetzung der Bundesprogramme und des Landesprogramms für Vielfalt, Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald/Rostock.

Fischer, Benjamin 2006: Die Verankerung des Rechtsextremismus im kommunalen Nahraum – Fallbeispiel Ueckermünde. Magisterarbeit im Fach Politikwissenschaft. Greifswald.

Hannemann, Christine 2002: Miteinander Kegeln: Soziales Kapital in ostdeutschen Kleinstädten. In: Haus, Michael (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Opladen: Leske + Budrich, 255-273.

Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern 2008: Verfassungsschutzbericht 2007. Schwerin.

Lichtenberger, Elisabeth 1998: Stadtgeographie 1 – Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse. Stuttgart: Teubner Studienbücher Geographie.

Carl Chung

Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft in Berlin

1 Rechtsextreme Zivilgesellschaft?

Wenn man mit ‚Zivilgesellschaft' jene Teile der Bürgerschaft meint, die sich freiwillig als Bürger/innen für gemeinsame, auf das politische Gemeinwesen bezogene Ziele engagieren, muss man konstatieren, dass sich auch in Berlin rechtsextreme Organisationen in dieser Sphäre bewegen. Diese (diversen) Organisationen und Strukturen sind zumindest teilweise miteinander vernetzt und entwickeln, prägen und orientieren mehr oder minder wirksam gesellschaftliche Subkulturen und Milieus mit Ansätzen einer eigenen Infrastruktur (Kneipen, Geschäfte, Musiknetzwerke etc.). Darüber hinaus gibt es auch in Berlin Rechtsextreme, die sich in nicht-rechtsextremen Nichtregierungsorganisationen (Vereinen, Fanclubs, Initiativen etc.) engagieren – wohl auch im Bestreben, ‚Brückenköpfe' im gesellschaftlichen Mainstream zu errichten. Öffentlich wahrgenommen werden allerdings vor allem rechtsextrem motivierte Straftaten, insbesondere Gewaltdelikte, und Wahlerfolge rechtsextremer Parteien.

2 Rechte Gewalt und Wahlerfolge in Berlin

Die Zahl der Gewaltstraftaten, bei denen die (mutmaßliche) Nationalität, ethnische und/oder religiöse Identität, politisch-kulturelle Gruppenzugehörigkeit, Abstammung oder Hautfarbe, die sexuelle Orientierung, die Behinderung oder der soziale Status des Opfers für das *Motiv* des Täters (mit-)entscheidend sind, ist nach wie vor erschreckend hoch: Zwar gingen die vom Verfassungsschutz in Berlin erfassten rechtsextremistisch motivierten Gewaltdelikte 2005 gegenüber dem Vorjahr auf 52 zurück. Im Jahr 2006 hat sich die erfasste Anzahl dieser Straftaten jedoch fast verdoppelt. Im Jahr 2007 ging sie wieder auf das Niveau der Jahre 2003/2004 zurück, während sich zur Jahresmitte 2008 wieder eine deutliche Zunahme rassistisch, antisemitisch und rechtsextremistisch motivierter Gewalt abzeichnet.

Die räumlichen Schwerpunkte rechtsextremer Gewalttaten lagen in der letzten Dekade – sowohl hinsichtlich der Tatorte als auch mit Blick auf die Wohnorte der Täter (Senatsverwaltung für Inneres 2004, 2005: 199f) – in den östlichen Stadtbezirken, wo auch die NPD ihre besten Wahlergebnisse erzielte.

Seit 2002 baut die NPD dort ihre Position aus. Bei der Bundestagswahl 2005 konnte sie ihr Ergebnis in Berlin auf 1,6 Prozent steigern und errang dabei nun auch im West-Berliner Bezirk Neukölln ein überdurchschnittliches Wahlergebnis (1,7 Prozent). Hinsichtlich der Zahl der Zweitstimmen konnte die NPD ihre Position auch in ihren Hochburgen – Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Treptow-Köpenick – noch ausbauen. Diese Entwicklung setzte sich bei den Berliner Wahlen 2006 fort: Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus konnte sie ihr Ergebnis von 15.110 (2001) auf 35.229 Zweitstimmen steigern.

Die Berliner NPD setzte dabei das Konzept der Zusammenarbeit mit der DVU und mit Teilen der ‚Freien Kräfte'[1] erfolgreich um. Durch diese Entwicklung kam es schon im Jahr 2005 zu einer Belebung der Parteistrukturen. Bei der Neuwahl des Vorstands wurde die bereits bestehende neonazistische und aktionistische Ausrichtung des Landesverbands verstärkt. Die Radikalisierung und die Vernetzung mit ‚aktionsorientierten' Neonazis haben der NPD bei den Wahlen 2006 eher genützt als geschadet.[2]

Gegen den Trend bei den rechtsextremen (wie bei den demokratischen) Parteien konnte die NPD im Zeitraum von 2005 bis 2007 auch einen stetigen und spürbaren Mitgliederzuwachs verzeichnen.[3]

Der Wahlerfolg der NPD 2006 in Berlin zeigt, vor dem Hintergrund einer latenten Akzeptanz und/oder Indifferenz gegenüber rechtsextremen Haltungen, die Bereitschaft eines wachsenden Wähler/innenpotenzials, die radikalste (‚national-sozialistische') Variante rechtsextremistischer Fundamentalopposition gegen das ‚BRD-System' gegenüber ‚gemäßigteren' Extremisten zu bevorzugen.

3 Rechtsextreme Ballungsräume

Der zugrunde liegenden Problematik des Rechtsextremismus in Berlin kommt man näher, wenn man die genannten, nach außen sichtbaren Erscheinungen des Rechtsextremismus soziogeographisch analysiert. Rechte Gewalttaten und Wahlerfolge sind alarmierend; sie sind aber auch auf die Verhältnisse der Großstadt Berlin zu beziehen. Hier leben über 3,4 Millionen Einwohner/innen und pro Woche werden über 850 Körperverletzungsdelikte amtlich registriert. Ginge es nur um zehn bis 40 Straf- und ein bis drei Gewalttaten mit rechtsextremen Tatmotiv pro Woche, ginge es nur um etwa 500 ‚subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten' (darunter etwa 200 Personen, die dem Berliner Kameradschaftsnetzwerk zugeordnet werden), um 500 bis 1.000 Neonazis oder ein Gesamtpotenzial aktiver Rechtsextremisten von etwa 2.000 bis 3.000 Personen, dann wären kaum relevante Wirkungen dieser ‚rechtsextremen Zivilgesellschaft' auf die pluralistische Bürgerschaft und Gesellschaft einer wehrhaften Demokratie zu erwarten.

Beunruhigender wird das Bild allerdings, wenn man die räumliche Verteilung der NPD-Wahlhochburgen in einer Zusammenschau mit den Täterwohn- und Tatorten rechtsextremer Straf- und Gewalttaten sowie mit den Treffpunkten der rechtsextremen Szene und bevorzugten Wohnorten notorischer Neonazis betrachtet. Die so zu beobachtende geographische Verdichtung verweist auf eine prekäre Normalität in bestimmten Regionen und Quartieren Berlins, in denen ‚fremden'- und minderheitenfeindliche sowie nationalsozialistisch-, antikapitalistische' Parolen seit längerer Zeit und tendenziell zunehmend auf Resonanz stoßen. Sie sind signifikant durch Hasskriminalität belastet, die von den – überwiegend nicht in rechtsextremen Strukturen fest organisierten – Tätern mehrheitlich unvorbereitet, aus Gruppen heraus und in einem Umkreis von fünf Kilometern um ihren Wohnort begangen wird. Die Täter (überwiegend männliche Jugendliche und Heranwachsende) scheinen in öffentlichen Räumen und Verkehrsmitteln (vor allem in S- und U-Bahn sowie der Tram) relativ unbehelligt zu agieren und bei ihren geradezu demonstrativ begangenen Taten, wenn nicht auf die Zustimmung, so zumindest auf die Duldung der meisten Passant/innen zu zählen. Die Präsenz rechtsextremer Subkulturen gehört hier zur alltäglichen Normalität und bestimmt das gesellschaftliche Klima mit. In solchen Orts- und Stadtteilen stimmen in den letzten Jahren deutlich überdurchschnittlich viele Wähler/innen, die sich in ihrer Mehrheit hinsichtlich ihrer Einstellungen und Alltagskultur vom lokalen Mainstream nicht wesentlich unterscheiden, für rechtsextreme Parteien.

Bei den Erfolgsbedingungen für Rechtsextremisten scheint es um einen komplexen Zusammenhang verschiedener Faktoren zu gehen, die zumindest teilweise in Wechselwirkung miteinander stehen und die von rechtsextremen Strategen für ihre räumliche und inhaltliche Schwerpunktsetzung, Agitation und Wahl von Aktionsformen etc. systematisch ins Kalkül gezogen werden.

Mit Blick auf die Wirkungen des Rechtsextremismus im Gemeinwesen und seiner gesell-

schaftlichen Alltagskultur ist nicht nur die ‚rechtsextreme Zivilgesellschaft', ihre interne Vernetzung und ihre personellen und organisatorischen ‚Brückenköpfe' im (lokalen) Mainstream von Bedeutung, sondern vor allem ihre Deutungsmacht in Milieus und informellen (Jugend-)Gruppen ohne ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild oder feste Verbindungen zu rechtsextremen Strukturen, sowie ihre Anschlussfähigkeit an die (bzw. die Verbreitung entsprechender Dispositionen in der) ‚Mitte' des lokalen Mainstreams. So deutet eine vertiefte Betrachtung der Berliner Wahlen vom 17. September 2006 darauf hin, dass die NPD dort besonders erfolgreich ist,

- wo schon seit längerer Zeit Schwerpunkte rechtsextremer Aktivitäten und ggf. auch bevorzugte Treff- und Veranstaltungsorte einer ‚Mischszene' aus Rockern, Neonazis, Hooligans und (neuheidnischen und satanistischen) ‚Black-/Death-Metal'-Gruppen liegen,
- wo rechtsextreme Subkulturen das gesellschaftliche Klima im öffentlichen Raum augenscheinlich mitbestimmen,[4] ohne von der Mehrheitsbevölkerung als offensichtliches Problem und im Zusammenhang des Rechtsextremismus wahrgenommen zu werden (sondern als ‚unsere Jugendlichen'),
- wo bis in den lokal dominanten Mainstream die Wahl einer rechtsextremen Partei wie der NPD nicht per se als unnormal, anstößig oder unanständig betrachtet wird, sondern weite Teile der Bevölkerung die NPD als ‚ganz normale Partei' ansehen und das Bekenntnis zu rassistischen, antisemitischen, fremdenfeindlichen, antiwestlichen, völkisch-nationalistischen und autoritären Haltungen im sozialen Umfeld keine konsequente Ächtung zur Folge hat,
- wo in der lokal vorherrschenden politischen Kultur der Wert einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und den Menschenrechten verpflichteten Demokratie weniger nach der Verwirklichung von Grund- und Bürgerrechten sowie dem Schutz vor Willkür und Gewalt, sondern überwiegend nach dem Output an Wohlstand und (eher diffus definierter bzw. gefühlter) sozialer Gerechtigkeit bewertet wird,
- wo das systemkritische und systemfeindliche Potenzial gemessen am Durchschnitt des Landes Berlin nach den Erkenntnissen sozialwissenschaftlicher Untersuchungen[5] überdurchschnittlich groß und die Integration in das politische System der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise schwach ist (sichtbar auch an einer unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung[6]),
- wo zugleich das Gefühl, durch negative soziale Entwicklungen im sozialen Status bedroht, im Verhältnis zu anderen sozial benachteiligt und von tatsächlichen politischen Gestaltungsprozessen ausgeschlossen zu sein sowie das Gefühl, zu einer Gruppe zu gehören, die an den Rand gedrängt wird, an Verbreitung und Intensität zunimmt,[7] und
- wo dieses Gefühl, von ‚relativer Deprivation' direkt oder indirekt betroffen oder bedroht zu sein, zwar nicht mit einer absolut prekären sozialen Lage, aber mit signifikanten sozialen Negativtrends oder einem spürbaren Wachsen der sozialen und soziokulturellen Kluft zwischen sozial unterprivilegierten oder von Statusverlusten betroffenen (alteingesessenen) Bevölkerungsteilen einerseits und relativ gut situierten, hoch qualifizierten (in Teilen aus dem Westen Berlins oder des Bundesgebietes zugezogenen) ‚Modernisierungsgewinnern' andererseits korreliert.

4 Zonen der Angst

Diese Gemengelage in bestimmten Stadtregionen (v.a. im Osten Berlins) kann auch als faktische Entstehung von ‚Angstzonen' für Angehörige von Gruppen, die exponiert von rechtsorientierter Hasskriminalität betroffen sind, be-

schrieben werden. Zwar ist das Konzept der ‚National befreiten Zonen'[8] insofern Theorie geblieben, als der damit verbundene Anspruch von Rechtsextremen, ‚Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen', nicht verwirklicht werden konnte. Die rechtsextreme Szene „setzt nirgendwo die staatliche Gewalt dauerhaft außer Kraft. Sie übt keine Herrschaft im Sinne einer institutionalisierten Macht aus. Und doch hat sie den öffentlichen Raum entscheidend verändert" (Oswalt 2001: 16). Auch (oder gerade) ohne feste Organisationsstrukturen und geschlossene Ideologien erzeugen gewaltbereite Rechtsextremisten schon durch ihre bloße Präsenz Angst und üben durch die Möglichkeit von Angriffen eine zeitweilige Kontrolle an bestimmten Orten aus. Diese temporäre Dominanz rechtsextremer Subkulturen im öffentlichen Raum stellt „eine nicht hinnehmbare Bedrohung der öffentlichen Sicherheit dar, gestattet sie doch nicht allen Personen, sich gefahrlos an solchen Orten zu bewegen" (Pfahl-Traughber 2000: 11). Diese Realität benennt der Begriff ‚Angstzone', der die von Rechtsextremisten und Sympathisanten dominierten Gebiete beschreibt, aber gleichzeitig die Opferperspektive in den Mittelpunkt rückt. Es sind Orte wie ein Straßenzug, ein öffentlicher Platz, eine Tankstelle oder ein unübersichtlicher S-Bahnhof, die potenzielle Opfer veranlassen, weiträumige Umwege in Kauf zu nehmen.

Für potenzielle Opfer homophober und antisemitischer Gewalt[9] gibt es solche Angstzonen aber nicht nur in den östlichen Bezirken Berlins, sondern auch in der westlichen Innenstadt. Und während bekennende Muslimas mit Kopftuch eher außerhalb von Quartieren, in denen islamische ‚Gastarbeiter'-Milieus dominieren, Gefahr laufen, Opfer islamophober Angriffe zu werden, sehen sich viele Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, die einen westlich-freiheitlichen Lebensstil ausleben wollen, in diesen sozialen Settings durch Rollenzuweisungen traditioneller, patriarchalisch-sexistischer Orientierung und einen aggressiven Machismo in ihrer Handlungsfreiheit und in ihren Grundrechten beeinträchtigt. Je nach Opfergruppe gibt es also durchaus verschiedene bzw. mehr oder minder verbreitete Angstzonen in Berlin.

5 Berliner Besonderheiten

Berlin ist eine Stadt im ständigen Wandel und geprägt durch nationale und internationale Migrationsprozesse. Insgesamt werden über 20 Prozent der Berliner der Kategorie ‚Menschen mit Migrationshintergrund' zugerechnet, die natürlich keine homogene Gruppe darstellt. Bei den unter 18jährigen liegt ihr Bevölkerungsanteil in Berlin bei über 40 Prozent und bei den unter 7-jährigen sind die Berliner mit Migrationshintergrund in der Mehrheit. Anders als in den ostdeutschen Flächenländern lässt sich die Situation in Berlin durchaus als räumliche Verdichtung der gesamtdeutschen Verhältnisse in einer urbanen Gesellschaft beschreiben.

Bezogen auf die Intensität des Veränderungsdrucks und die Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen, auf das Gefühl der Bedrohung durch ‚relative Deprivation' sowie auf die Distanz zum freiheitlich-demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland gibt es hier ein der gesamtdeutschen Situation vergleichbares, aber räumlich konzentriertes Ost-West-Gefälle. Wie etwa in Berlin-Neukölln sichtbar wird, beschränken sich Tendenzen zu sozialer Desintegration und Ängste vor relativer Deprivation jedoch keineswegs auf den Osten Berlins. Ebenso wenig sind Demokratieverdrossenheit sowie antihumanistische und demokratiefeindliche Einstellungen nur im Osten der Bundeshauptstadt und in sozial benachteiligten, bildungsfernen Migrantenmilieus festzustellen. Ethnozentrierte Deutungs- und Diskriminierungsmuster, sozialer und kultureller Chauvinismus, (latenter) Antisemitismus und vor allem (zumindest latente Empfänglichkeiten für)

Islamophobie sind auch in ‚besseren' und ‚besten' Wohnlagen (etwa in Reinickendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf) sowie in westlich geprägten, sozial privilegierten und bildungsorientierten Milieus zu erkennen, die sich selbst als ‚links', ‚linksliberal' oder ‚bürgerlich-demokratisch' beschreiben.

Orte und soziale Settings, in denen rassistische, antisemitische, islamophobe, homophobe und sozialchauvinistische Haltungen und Alltagskulturen dominieren, sind allerdings vergleichsweise begrenzt und ständig durch andere und entgegengesetzte Angebote, Einrichtungen und Lebenswelten in relativer räumlicher Nähe herausgefordert. Auch in den östlichen Außenbezirken Berlins sind plurale demokratische Milieus erkennbar präsent und prägen den lokalen sozio-kulturellen Mainstream mit. Die landesweit, wenn auch nicht überall lokal vorherrschende gesellschaftliche Kultur ist westlich-demokratisch orientiert, was – ebenso wie die vergleichsweise große Pluralität sozio-kultureller Strömungen vor Ort – die lokale Dominanz extremistisch orientierter Alltagskulturen relativ deutlich beschränkt. Dies gilt um so mehr, da es – im Vergleich etwa zu den ostdeutschen Flächenländern – in allen Teilen Berlins relativ weit entwickelte Formen organisierten bürgerschaftlichen Engagements gibt. Auch wenn die Vielfalt und Dichte der Präsenz von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Initiativen zum östlichen Stadtrand hin überschaubarer wird, gibt es in allen Bezirken und Regionen des Stadtstaates auch bürgerschaftliches Engagement, das ausdrücklich gegen Rechtsextremismus gerichtet ist.

Vor diesem Hintergrund wird in Berlin deutlich, dass sich die Auseinandersetzung mit dem, worum es beim Thema ‚Rechtsextremismus' *inhaltlich* geht, weder mit einem ausschließlichen Fokus auf dem deutsch-völkischen Rechtsextremismus noch mit einer defensiv-negativen Zielrichtung (‚gegen Rechtsextremismus') glaubwürdig und nachhaltig wirksam führen lässt. In Berlin lässt sich praktisch kein Einzelthema dieses Komplexes etwa ‚Antisemitismus', ‚Islamophobie' oder ‚Rassismus' nur für sich bearbeiten, ohne die Frage nach allgemeinen Maßstäben und Wechselwirkungen aufzuwerfen.[10]

Carl Chung ist Diplom-Politologe und leitet das ‚Mobile Beratungsteam Ostkreuz. Netzwerk gegen Rechts', ein Projekt der Stiftung SPI für Menschenrechte, in Berlin.

Anmerkungen

[1]Diese mit der NPD (insbesondere mit deren Jugendorganisation JN) vernetzten Strukturen ‚aktionsorientierter' Neonazis setzen nach den Erkenntnissen des Berliner Verfassungsschutzes zunehmend auf Gewalt und Gewaltandrohung als Mittel politischer Agitation (Senatsverwaltung für Inneres 2006: 30f).

[2]Bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen, zu denen sie 2006 nur in fünf Bezirken antrat, verdoppelte die NPD ihr Wahlergebnis von 12.777 (2001) auf 25.577 (2006) Stimmen.

[3]Von 175 Mitgliedern (2005) auf 290 (2007).

[4]Wo z.B. die Verwendung rechtsradikaler Kleidung und Symbole ebenso zur Alltagswirklichkeit gehören wie rassistische Bezeichnungen und Witze, stereotype Fremdwahrnehmungen von ‚Anderen' (die von der dominanten Bevölkerungsmehrheit als von der Norm abweichend wahrgenommen werden) sowie massive Vorurteile, die dem Syndrom der ‚Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit' zuzuordnen sind.

[5]Siehe etwa die Berlin-Brandenburg-Studien von Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Otto-Stammer-Zentrum an der FUB).

[6]Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus sank die Wahlbeteiligung von 68,1 Prozent (2001) auf 58 Prozent (2006). In allen Bezir-

ken, in denen die NPD 2006 über 2,6 Prozent der Stimmen (Landesdurchschnitt) erhielt, lag die Wahlbeteiligung unter 58 Prozent.

[7]Dabei müssen Wähler/innen rechtsextremistischer Parteien von ‚relativer Deprivation' nicht unmittelbar betroffen sein, um sich von der Zunahme prekärer sozialer Verhältnisse in ihrer Gruppe und ihrer sozialen Umwelt mit betroffen zu fühlen (‚fraternale Deprivation').

[8]Anfang der neunziger Jahre riefen Aktivisten des Nationalen Hochschulbundes in einem Strategiepapier zur Schaffung ‚national befreiter Zonen' auf: „Befreite Zonen in unserem Sinne sind Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung zugunsten der Identität aufgelöst wird. Es sind Orte der Geborgenheit, des Dazugehörens, der Wärme, der Solidarität. […] Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands" (Vorderste Front, Zeitschrift des Nationaldemokratischen Hochschulbundes/NHB, 1993). Diese ‚National befreiten Zonen' sollten sich über klare Ausgrenzungen konstituieren: Das ‚Fremde', das die eigene (‚deutsche') Identität Störende, das Widersprüchliche haben in diesem Weltbild keinen Platz.

[9]Diese Gewalt und Diskriminierung geht sowohl von Angehörigen der deutschen Mehrheitsbevölkerung, als auch von Muslimen mit Migrationshintergrund sowie von (christlichen) deutschstämmigen Spätaussiedlern aus.

[10]Allerdings finden sich in Berlin auch bereits angewandte Arbeitsansätze, die die Auseinandersetzung mit Antisemitismus (und eben auch Rassismus, Ethnozentrismus, Islamophobie, kulturellem und sozialem Chauvinismus sowie Homophobie) integriert und unter Bezugnahme auf die neueren Diversity-, Social Justice- und menschenrechtsbezogenen Arbeitsansätze angehen.

Literatur

Oswalt, Philipp 2001: Rechte Gewalt und öffentlicher Raum. In: Anlaufstelle für Opfer Rechter Gewalt (Hg.), Wenn die Glatzen an der Ecke stehen. Cottbus, 16-22.

Pfahl-Traughber, Armin 2000: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39, 3-14.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz 2004: Rechte Gewalt in Berlin. Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz 2005: Verfassungsschutzbericht Berlin 2004. Berlin.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz 2006: Verfassungsschutzbericht Berlin 2005. Berlin.

Claudia Luzar

Strategien gegen Rechtsextremismus – eine Lehrformel?

Nach einem Angriff von Rechtsextremen oder nach dem Wahlerfolg einer rechtsextremen Partei wird der öffentliche Ruf nach Gegenaktivitäten laut. Doch ist dieser Ruf nicht zumeist ein moralischer Aufschrei, der nach einiger Zeit wieder verhallt? Definiert man Zivilgesellschaft im Anschluss an Habermas (1982: 182) als gesellschaftliche Sphäre in der politische Gemeinschaft erst im Diskurs und im Verfahren der Partizipation bestätigt wird, sind rechtsextreme Strukturen Teil der Zivilgesellschaft und können in dieser auch nur demokratisch bezwungen werden. Eine politische Strategie, die allein auf Repression setzt, bleibt in Aktivismus stecken. Es gilt jenseits staatlicher Maßnahmen, einen kommunikativen Raum zu schaffen, in dem ein Austausch unterschiedlicher Wahrnehmungen und Positionen unter der Prämisse der Gleichwertigkeit möglich ist. Deshalb ist neben der Analyse rechtsextremer Handlungsmuster der Blick auf die Beschaffenheit demokratischer Strukturen im kommunalen Raum unverzichtbar.

In der rechtsextremen Szene ist die Vereinnahmung öffentlicher Räume und Diskurse Teil der strategischen Diskussion (Wagner 2002). Wie in den vorangegangenen Texten beschrieben wurde, zielen Rechtsextreme darauf, sich in kommunalen Strukturen zu etablieren. Dort fallen sie zunächst durch soziale Aktivitäten auf, in welche das völkische und rassistische Gedankengut sekundär einfließt. Neben Parteien wie NPD oder DVU spielt dabei vor allem die Kameradschaftsszene eine Rolle. Sie umfasst einen Flügel von ‚Autonomen Nationalisten' und Gruppen, die sich in Hooligan-, Rocker- und verschiedenen Musikszenen bewegen. Kulturelle Subversion setzt in diesen Milieus an. Aber auch in anderen Alltags- und Jugendkulturen sind in den letzten Jahren Botschaften von Ungleichwertigkeit sichtbar geworden. Inwieweit rechtsextreme Bestrebungen in diesen gesellschaftlichen Feldern erfolgreich sind, hängt davon ab, wie demokratische Akteure das rechtsextreme Handeln analysieren und inwiefern ihre Interventionsstrategien auf solchen Analysen aufbauen. Der demokratische Umgang mit subversiven Strategien von Rechtsextremen ist dabei eine besondere Herausforderung, wie das folgende Beispiel aus Berlin zeigt.

1 Rechtsextreme Subversion in einem Berliner Stadtteil

An dem Wochenende sollte die sonst stark befahrene Hauptstraße des Berliner Stadtteiles in einem leuchtenden Gelb erstrahlen und zur Erlebniszone werden. Gewerbetreibende sollten die Chance erhalten, eigene Produkte vorzustellen und anzubieten. Eine Modenschau, Konzerte und ein Kinderprogramm stellten die Höhepunkte der Veranstaltung dar. Das Fest wurde von einer Initiative der Gewerbetreibenden und einem Architekturbüro organisiert, um den Stadtteil aufzuwerten. Die Beteiligung von Geschäftsleuten und Bewohnern war groß. Auch der Besitzer einer Gaststätte nahm an der Organisation des Festes teil. In seiner Kneipe trafen sich hauptsächlich Rocker und Motorradfahrer, sie war aber auch Treffpunkt der städtischen rechtsextremen Szene.

Nach den Beschreibungen der anderen Gewerbetreibenden war der Gastwirt ein ‚Macher–Typ' mit einem ausgesprochenen Geschäftssinn. Er zeigte Eigeninitiative, indem er Stühle und

Tische für das Fest organisierte und zur Sicherheit der Festbesucher einen Ordnerdienst anbot, den die anderen Gewerbetreibenden dankend annahmen. Auf dem Fest selbst trug der Gaststätteninhaber ein gelbes T-Shirt, welches mit dem Slogan „Fresst keine Döner" in schwarzer Frakturschrift bedruckt war. Dieses Kleidungsstück konnte auch am Stand des Gewerbetreibenden käuflich erworben werden. Die Eingänge zum Straßenfest bewachte ein Trupp von schwarz gekleideten jungen Männern aus dem Umkreis der NPD.

Das Fest verlief friedlich, die Mehrzahl der Organisatoren war zufrieden und stolz auf ihr Engagement. Nur Einzelne kritisierten, dass sich die migrantischen Gewerbetreibenden nicht an dem Straßenfest beteiligt hatten.

Den Initiatoren des Stadtfestes fehlte zu diesem Zeitpunkt jedes Bewusstsein für das rechtsextreme Engagement. Der Wirt hatte sich in der Vorbereitungsgruppe freundlich und engagiert gezeigt. Das bürgerschaftliche Engagement der Initiatoren war motiviert durch das Anliegen, eine Aufwertung des Wohnumfelds und der Geschäftsstruktur zu erreichen. Über die inhaltliche Ausrichtung des Straßenfestes wurde auf den Organisationstreffen nicht gesprochen. Auch im Nachhinein lehnten die anderen Mitglieder der Vorbereitungsrunde eine Diskussion zu dem Thema ab und erklärten, „dass diese Partei nicht verboten ist" (Borstel/Luzar/Wagner 2006: 78) und dass sie „schließlich alle Bewohner in dem Stadtteil ansprechen" (Borstel/Luzar/Wagner 2006: 86) wollten. Erst nachdem ein Journalist die Integration der Rechtsextremen in das Stadtteilfest recherchiert und veröffentlicht hatte, wurde der Ruf nach Taten laut.

Von außen versuchten antifaschistische Gruppen, ein Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und die Bezirksverwaltung den Vorfall zu problematisieren und Strategien für eine Veränderung im Stadtteil anzubieten. Es stellte sich die Frage: Was tun?

2 Interventionsmuster gegen rechtsextreme Subversion

Es gibt kein statisches und einheitliches Interventionsschema in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Phänomenen. Bestimmend für die Form der Auseinandersetzung sind die Problemwahrnehmung der Akteure sowie deren Motivation für das Engagement.

Auch in dem oben beschriebenen Beispiel unterscheiden sich die einzelnen Akteure in diesen beiden Punkten. Drei Muster sind zunächst erkennbar:

Während antifaschistische Gruppen zunächst eine Demonstration durch den Stadtteil durchführten, die in Auseinandersetzungen mit der Polizei mündete, versuchte das örtliche Beratungsteam Aufklärungsveranstaltungen über Symboliken und Musik der rechtsextremen Szene durchzuführen. Die Bezirksbürgermeisterin sowie die Abgeordneten des Bezirks verurteilten öffentlich das Verhalten der Rechtsextremen und die mangelnde Sensibilität der Gewerbetreibenden.

Doch diese Interventionen ließen die Situation eskalieren. Die Auseinandersetzungen von antifaschistischen Gruppen mit der rechtsextremen Szene und der Polizei lenkten den Fokus auf die Gewalt zwischen linken und rechten Jugendlichen im Bezirk.

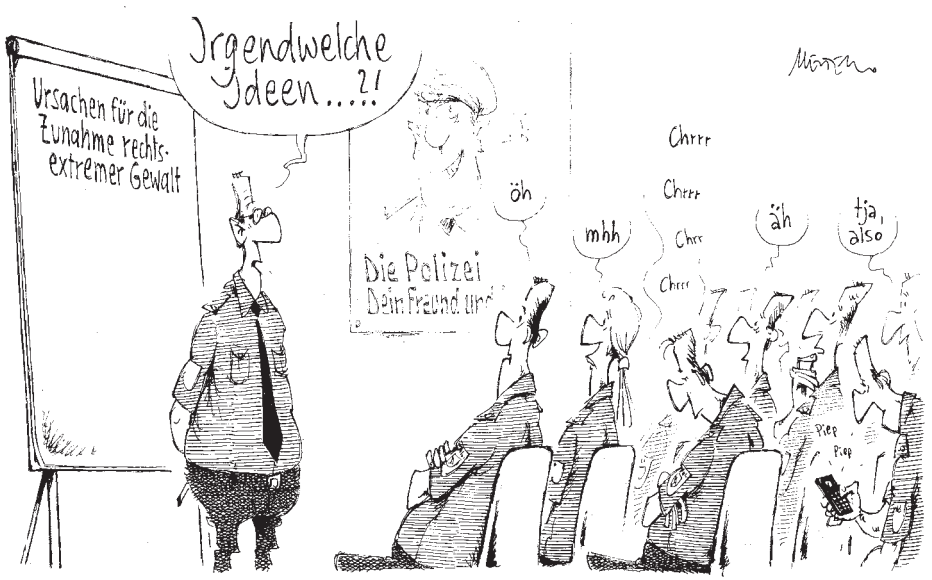
Die Informationsveranstaltungen des Beratungsteams waren schlecht besucht und die Bewohner des Stadtteils fühlten sich durch die mediale Berichterstattung nach den Mahnungen der Bürgermeisterin sowie durch die politischen Belehrungen diffamiert.

Die drei Interventionsmuster lassen sich klassifizieren mit den Begriffen: Antifaschistischer Kampf, Aufklärung über und öffentliche Positionierung gegen Rechtsextremismus. Keines dieser Muster war sonderlich erfolgreich. Statt einer Eröffnung eines Diskurses über gemeinsame Handlungsmöglichkeiten schafften diese Ansätze nur Fronten und wirkten blockierend.

Eine erfolgreiche Intervention sollte jedoch zunächst das gemeinsame Gespräch über die Situation und den Umgang mit ihr suchen. Um einen Handlungsrahmen gegen kulturelle Subversion von rechtsaußen zu entwickeln, ist es notwendig, sich neben der Analyse des Rechtsextremismus die Motivation der potentiellen und tatsächlichen einzelnen Akteure im Gemeinwesen anzuschauen und in einem möglichst breit angelegten Prozess die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Meinungen aller aktiven Gruppen und Institutionen im Gemeinwesen zu analysieren. Es gilt ihre Interessen zu erkennen und diese, wo möglich, mit demokratischen Wertmustern in Verbindung zu setzen, um so zu einem interessengeleiteten Prozess der kommunalen Gemeinwesenentwicklung zu gelangen. Die angewandten Interventionsmuster wirkten diesbezüglich eher kontraproduktiv.

Der Bezugsrahmen von autonomen, antifaschistischen Gruppen ist eine Faschismus-Definition, die das kapitalistische Wirtschaftssystem als Teil des Problems ausmacht. Damit verwoben sei auch die bürgerliche Gesellschaft und ihre Demokratie für Faschismus anfällig. Wie in vielen Jugendkulturen spielen auch hier das Motiv der Rebellion und der Wunsch nach Abgrenzung und Identität eine große Rolle. Die Gefahr im Prozess der politischen Selbstfindung in eine monolithische Identität (Bar On 2006: 14-16) zu verfallen ist jedoch groß. Theoretische oder persönliche Widersprüche werden in der Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgelöst und das ‚Primat der Praxis' bestimmt das Handeln der Akteure.

Als Strategie gegen Rechtsextremismus hat in autonomen antifaschistischen Gruppen der Aufbau einer linken, antifaschistischen Gegenkultur[1] Priorität. Demonstrationen, Konzerte und Informationsveranstaltungen werden organisiert, um vor allem Schüler und Studierende für eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu gewinnen. Aus dieser Gegenkultur heraus sollen „Nazis bekämpft"[2] werden. Gleichzeitig spielen auch die Dokumentation von rechtsextremen Aktionen sowie die Beobachtung und Verfolgung von rechtsextremen Gegnern eine wichtige Rolle. Gewalt gilt dabei



als legitimes Mittel im Kampf gegen Rechts. Dieser Ansatz steht den Interessen der Anwohner diametral entgegen, hat keine örtliche Verankerung und wird vor Ort im schlimmsten Fall als Drohung interpretiert, die Abwehr provoziert und so zu einer Verhärtung der Situation beiträgt.

Die Bezirksbürgermeisterin und viele Bezirksabgeordnete reagierten spontan und zeigten ihr moralisches Entsetzen, fanden darüber hinaus aber nur einen parlamentarischen Umgang mit der im Bezirksparlament vertretenden NPD. Die moralischen Appelle in der Öffentlichkeit wirken hilflos und schrecken die angegriffenen Anwohner ab.

Das mobile Beratungsteam setzte Hoffnung in Aufklärung, Abgrenzung zu dem Gastwirt und moralische Empörung, welche jedoch bei vielen Bewohnern nicht vorhanden war. Die Gewerbetreibenden integrierten den Wirt vielmehr weiterhin und fühlten sich persönlich und als Initiative diffamiert. Auch bei dieser Gruppe verfestigte sich eine monolithische Identität. Eine Aufklärung über rechtsextreme Symbolik und Musik entsprach weder der Situation noch den Interessen und war somit nicht angemessen.

Soll eine Intervention erfolgreich sein, gilt es mindestens drei Voraussetzungen zu schaffen:

1. Lageanalyse Rechtsextremismus
2. Darstellung demokratischer Potentiale und ihrer Handlungsmöglichkeiten
3. Forum, in dem sich die demokratischen Akteure über die Konsequenzen aus den ersten beiden Voraussetzungen verständigen.

Ein von der Bürgermeisterin und dem Jugendamt in Auftrag gegebenes Gutachten hatte dann zunächst auch das Ziel einen Überblick über die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus im Bezirk zu geben. Erst nach einer Analyse der Subversionsbestrebungen und der tatsächlichen Erfolge konnte in diesem Fall eine aufeinander abgestimmte, aber nicht deckungsgleiche, Interventionsstrategie formuliert werden.

Aus der Lageanalyse des Rechtsextremismus vor Ort ergibt sich im besten Fall im Austausch eine Verständigung der demokratischen Akteure über kommunale Problemfelder, in denen die rechtsextremen Subversionsbestrebungen deutlich werden. Aus dieser Definition heraus kann im Abgleich mit den örtlichen demokratischen Potentialen ein Handlungskatalog festgelegt werden, nach dem unterschiedliche Akteure ihre jeweils eigenen Handlungsmöglichkeiten einbringen, um so zu einem verflochtenen Handlungsansatz vor Ort zu gelangen.

Dabei stellt sich u.a. die Frage, welche Zielgruppen mit den Interventionen gegen Rechtsextremismus angesprochen werden sollen. Sind es Opfer von rechter Gewalt, deutungsmächtige Akteure im Gemeinwesen oder sich als links oder rechts definierende Jugendliche? Auch ist es wichtig zwischen Strategien zu unterscheiden, die eher auf eine präventive Auseinandersetzung und solchen, die auf eine Intervention in Krisensituationen zielen.

Abgestimmte Interventionsstrategien können zumeist nur dort entwickelt werden, wo die Interessen der Beteiligten beachtet und integriert werden und wo es gelingt, ein gemeinsames Problembewusstsein zumindest auf der Ebene eines kleinsten gemeinsamen Nenners zu entwickeln. Schädlich sind polarisierende politische Blockbildungen. Als wenig hilfreich erweisen sich oft auch externe Interventionen, die über die Köpfe der Beteiligten hinweg, Maßnahmen ‚aus dem Baukasten' umzusetzen versuchen und sich nicht auf die regionalen Spezifika einlassen.

3 Interventionen und der öffentliche Rechtsextremismus-Diskurs

Generell gilt jedoch: Für Interventionen gegen Rechtsextremismus ist ein Bezugsrahmen notwendig, der je nach Akteur das Grundgesetz, christliche oder humanistische Werte oder poli-

tische Grundeinstellungen als Grundlage nimmt. Das Engagement gegen Rechtsextremismus geht aus einer bestimmten Wertehaltung und einem humanistischen Weltbild hervor, welche sich die Engagierten bewusst werden und formulieren müssen. So unterscheiden sich vermutlich die Wertevorstellungen von einem Jungunternehmer und einem Jugendlichen aus der Punkszene, doch wichtig ist die Offenlegung der Grundhaltungen der Personen und einen Austausch über gemeinsames und getrenntes Vorgehen innerhalb des demokratischen Gemeinwesens. Der Austausch der unterschiedlichen Meinungen und Wahrnehmungen sollte in einem offenen Forum stattfinden, welches möglichst breit Akteure aus Schule, Verwaltung, Parteien, Wirtschaft und Sport- und Jugendarbeit mit einbezieht. Aus dieser Diskussion entsteht im besten Fall ein Mosaikteppich von Maßnahmen, die auf die reale kommunale Situation abgestimmt sind, den Rechtsextremismus erkennen, Potentiale der Demokratieentwicklung integrieren und so zu einer Stärkung des Gemeinwesens beitragen. Der Diskurs über Rechtsextremismus und Formen der Auseinandersetzung mit diesem ist dabei auch als Chance für ein persönliches und professionelles Lernen zu sehen. Dieser Diskurs ist prozesshaft; er soll und kann Raum für Fehler und Misserfolge zulassen.

Claudia Luzar ist Diplom Politologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der internationalen Akademie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie an der Freien Universität Berlin. Sie ist dort tätig in der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation des Bundesprogramms ‚Vielfalt tut gut!'.

Anmerkungen

[1]Siehe http://dezember.neukoelln.antifa.net/index.php/aufruf (1.11.08).

[2]http://www.antifa.de/cms/content/view/927/97/

Literatur

Bar On, Dan 2006: Die „Anderen" in uns. Dialog als Modell der interkulturellen Konfliktbewältigung. Hamburg: Edition Körber Stiftung.

Borstel, Dierk/Monika Luzar/Bernd Wagner 2006: Rechtsextremismus in der Weitlingstraße- Mythos oder Realität? Problemaufriss im Berliner Bezirk Lichtenberg. Erhältlich über das Bezirksamt Lichtenberg. Berlin.

Habermas, Jürgen 1982: Theorie des kommunikativen Handelns, Zweiter Band. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Wagner, Bernd 2002: Kulturelle Subversion von Rechts in Ost- und Westdeutschland. Zu rechtsextremen Entwicklungen und Strategien. In: Grumke, Thomas, Wagner Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Opladen: Leske + Budrich.

Andreas Umland

Rechtsextremes Engagement jenseits von Parteien
Vorkriegsdeutschland und Russland im Vergleich

1 Einleitung

Im Folgenden werden fragmentarisch einige Parallelen zwischen der politischen Entwicklung des späten Kaiserreichs sowie der Weimarer Republik einerseits und des postsowjetischen Russlands andererseits nachgezeichnet.[1] Ohne diesen zivilisations- und epochenübergreifenden Ansatz zu strapazieren, soll kurz illustriert werden, wie das Konzept der ‚schlechten Zivilgesellschaft' (Chambers/Kopstein 2001) oder ‚unzivilen Gesellschaft' (Kopecky/Mudde 2003) auf verschiedene Zeitperioden und historische Kontexte angewendet werden kann. Damit folgt dieser Ansatz in gewisser Hinsicht der Logik der Millschen ‚Methode der Übereinstimmung' bzw. des most different systems design in der vergleichenden Politikwissenschaft. Die Ähnlichkeit bestimmter Entwicklungsmuster, die im Deutschland vor und nach dem Ersten Weltkrieg zutage traten und im heutigen Russland wiederzufinden sind, legt die Vermutung nahe, dass eine gebührende Berücksichtigung von nichtparteiförmigem Rechtsextremismus in der vergleichenden Ultranationalismusforschung universelle Bedeutung hat. Dieser Befund ist auch für die Erforschung des aktuellen deutschen Rechtsradikalismus von Bedeutung, ergeben sich doch hier Kontinuitäten mit historischen Vorläufern aus der Vorkriegszeit sowie bestimmte Ähnlichkeiten zwischen den Transformationsprozessen und deren sozialpsychologischen sowie politischen Folgen im heutigen Ostdeutschland und Russland.

In Russland gibt es eine Vielzahl von Faktoren, die das Entstehen eines postsowjetischen Parteiensystems im Allgemeinen und das Wachstum und den Aufstieg ultranationalistischer Parteien im Besonderen verhindert haben (Orttung 1992). Das verhältnismäßig schlechte Abschneiden vieler rechtsextremer Figuren und Parteien bei den bisherigen Wahlen ist jedoch kein hinreichendes Indiz dafür, dass die Aussichten ultranationalistischer Politik in Russland prinzipiell unerheblich sind.

2 Das deutsche Beispiel

Auch der Aufstieg des modernen deutschen politischen Antisemitismus um die Jahrhundertwende ist durch eine bemerkenswerte Diskontinuität gekennzeichnet, welche für eine adäquate Evaluation der momentanen Marginalität der russischen extremen nationalistischen Parteien von Interesse sein könnte. Am Ende des 19. Jahrhunderts und im frühen 20. Jahrhundert erfuhr das junge deutsche Parteiensystem eine bemerkenswerte Veränderung durch den zunächst rasanten Aufstieg und das anschließend ebenso abrupte Verschwinden einiger explizit antisemitischer Gruppierungen (Levy 1975). In den 1880er Jahren waren eine Reihe neuer ultranationalistischer Parteien gegründet worden, zwei von ihnen waren zeitweise erfolgreich bei Wahlen (Goldhagen 1997: 75). Auch zirkulierte zu diesem Zeitpunkt seit mehr als zwei Jahrzehnten eine Vielzahl antisemitischer Literatur in Deutschland (Katz 1980: 245-272). Nichtsdestoweniger „gingen die Wahlergebnisse der antisemitischen Parteien, ausgenommen der Deutschkonservativen Partei, im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zurück" (Goldhagen 1997: 76). Otto Kulka (1999: 204f.) sieht die abnehmende Wichtigkeit antisemitischer Parteien gegen Ende des 19. Jahrhunderts als

ein Zeichen für die „Durchdringung der Ideologien der meisten großen politischen Parteien mit dieser Kritik am Ende der Kaiserzeit und während der Weimarer Republik".

Bedeutsam für die vorliegende Untersuchung ist, dass letztere Entwicklung „nicht nur für politische Institutionen sondern auch für die toquevillschen Basisstrukturen einer Gesellschaft zutraf – jene Vereinigungen, welche ein Forum für die politische Erziehung und Aktivität des Volkes bieten" (Goldhagen 1997: 72). Werner Jochmann (1993: 52f.) schreibt gar, dass „eine Vielzahl von Beispielen belegen, wie der Antisemitismus in den [18]90ern auf diese Weise selbst den letzten Bürgerverein infiltrierte und Folkloreklubs sowie kulturelle Gesellschaften durchdrang".

Diese Erscheinungen ähneln jüngsten Entwicklungen in Russland. Wie auch im ausgehenden Kaiserreich, kam es im postsowjetischen Russland zu einer Kontamination vieler zivilgesellschaftlicher Institutionen – Kirchen, Gewerkschaften, Intellektuellenzirkel, Massenmedien, Jugendgruppen usw. – mit nationalistischen Ideen. Letztere unterscheiden sich freilich inhaltlich von jenen im Vorkriegsdeutschland. Jedoch stehen die heutigen russischen Ideologien in ihrer Radikalität teilweise den damaligen deutschen kaum nach.

Diese Beispiele stellen eine uneingeschränkt positive, ja enthusiastische Sichtweise auf die Zivilgesellschaft, wie sie häufig in der politikwissenschaftlichen Analyse moderner Gesellschaften zu finden ist, in Frage. So fand der Verlust an demokratischer Substanz in der Weimarer Republik 1930-34 statt, während ein sowohl unter historischen als auch vergleichenden Gesichtspunkten vielseitiger und aktiver freiwilliger Sektor florierte (Fritzsche 1990). Sheri Berman (1997: 411, 413) erklärt den Erfolg der Nationalsozialisten wie folgt: „Weimars reiches Verbandsleben bot einen entscheidenden Übungsplatz für künftige Nazi-Kader sowie jene Basis, von der aus die NSDAP ihre Machtergreifung begann. Wäre die Zivilgesellschaft schwächer gewesen, hätten die Nazis es niemals geschafft, so viele Bürger an ihre Sache zu binden oder ihre Gegner so schnell zu verdrängen. (...) Die NSDAP stieg auf nicht indem sie entfremdete, unpolitische Deutsche anzog, sondern eher indem sie hochaktive Personen rekrutierte und dann deren Fähigkeiten und Vereinszugehörigkeit benutzte, um die Anziehungskraft der Partei zu erhöhen und ihre Position als die größte politische Macht in Deutschland zu festigen."

Dem Paradox einer zugleich demokratisierungsfördernden und -hemmenden Rolle von Zivilgesellschaft, begegneten Analytiker mit der Unterscheidung zwischen eher demokratischen Organisationen und solchen, die eher anti-demokratische Neigungen haben. Die bekanntesten Organisationen im Dritten Sektor der Weimarer Republik, die nach dem Ersten Weltkrieg schnell anwuchsen, waren beispielsweise nationalistische Vereinigungen. Diese nationalistischen Vereinigungen stellten nicht nur dahingehend Sonderfälle dar, dass sie einen Ersatz für politische Parteien bildeten – ein Muster, das seit dem 2. Weltkrieg in Deutschland, wie auch in anderen Ländern, wieder relevant geworden ist (Lawson/Merkl 1988). Sie sollten auch nicht als Manifestationen von Zivilgesellschaft im engeren Sinne betrachtet werden, sondern als ‚unzivile Gruppen' (Encarión 2001: 67f.).

3 Bezugnahmen auf das heutige Russland

Im postsowjetischen Russland lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten, wie sie oben für Deutschland im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert angedeutet wurde. Meinungsumfragen belegen, dass die russische Bevölkerung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre weitgehend einen Wechsel von einer pro- zu einer antiwestlichen, insbesondere antiamerikanischen Einstellung durchlaufen hat. In Verbindung mit

der Osterweiterung der NATO und deren Bombardement Jugoslawiens sind zum Ende des letzten Jahrzehnts viele russische Wähler, die ansonsten als eher liberal bezeichnet werden können, gegenüber dem Westen kritisch wenn nicht gar ablehnend geworden (Zimmerman 2002). Zur gleichen Zeit haben jene antiliberalen russischen Parteien, die Mitte der 1990er Jahre noch relativ erfolgreich bei Wahlen auftraten (etwa die Kommunistische Partei oder die Liberal-Demokratische Partei), trotz dieser Tendenzen ihre Anziehungskraft für Wähler nicht verbessern können.

Dies ist für sich genommen eine gute Nachricht. Entwicklungen außerhalb der Parteipolitik, etwa das rapide Anwachsen der Mitgliedschaft und Aggressivität der Skinhead-Bewegung (Pilkington 1996; Tarasov 2001), geben jedoch Anlass zu Sorge. Derartige Entwicklungen im zivilgesellschaftlichen Bereich zeigen, dass der organisierte russische Ultranationalismus nach einem Hoch Mitte der 1990er Jahre derzeit womöglich weniger eine Krise als ein Interregnum durchläuft, eine Phase der Neudefinition und -formierung seines Images, seiner Strategie und Struktur. Damit nimmt der russische Ultranationalismus eine Entwicklung, wie sie in ähnlicher Form zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland stattfand.

Zudem kann angemerkt werden, dass ultranationalistische Parteien in der Vergangenheit häufig schlagartig von relativer Unbekanntheit zu beträchtlicher Popularität gelangten. In einigen solchen Fällen hatte eine unzivile Gesellschaft im Vorfeld den Boden dafür bereit. Die deutsche ‚konservative Revolution' der 1920er Jahre (Breuer 1993) und die französische nach-68er ‚Neue Rechte' (Griffin 2000) sind lediglich die bekanntesten Beispiele für eine intellektuell-diskursive Vorbereitung des Aufstiegs einer ultranationalistischen Partei – der NSDAP und des Front National respektive (Holmes 2000: 78). Unschwer lassen sich auch im heutigen Russland Äquivalente der ‚Konservativen Revolution' bzw. der ‚Neuen Rechten' ausmachen – allen voran die so genannte ‚neoeurasische' Bewegung mit ihrer schillernden Führerfigur, Alexander Dugin. Ähnlich seinen Lehrern aus dem Deutschland der Zwischenkriegszeit oder Frankreich nach 1968 ist Dugin weniger auf partei- als auf diskurspolitischen Erfolg aus. Das heißt, er versucht durch gezielte Beeinflussung bestimmter Elitegruppen (Politiker, Journalisten, Intellektuelle, Studenten, Beamte, Akademiker usw.) die Koordinaten des öffentlichen Diskurses nach rechts zu verschieben – eine Strategie, die auf das bekannte Kulturhegemoniekonzept des italienischen Neomarxisten Antonio Gramsci zurückgeht. Im Gegensatz zur weitgehend erfolglos gebliebenen ‚Nouvelle Droite' in Frankreich zeitigen die Versuche von Dugin & Co. Erfolg: Russische öffentliche Debatten sind heute weit stärker von Nationalismus und Antiamerikanismus durchsetzt als noch vor zehn Jahren.

4 Schlussfolgerungen

Die angeführten Beobachtungen haben folgende Implikationen für die Erforschung des derzeitigen russischen Rechtsextremismus: Obwohl die russische ultranationalistische Parteipolitik wahrscheinlich nicht auf Dauer derart unbedeutend bleiben wird wie sie es heute ist, werden die momentan prominenten Parteien dieses Spektrums in näherer Zukunft schwerlich diverse, an anderer Stelle erläuterte Handicaps in ihrem öffentlichen Image überwinden können (Umland 2002). Auch setzt Putins ‚elektoraler Autoritarismus' jeglicher unabhängiger politischer Tätigkeit, auch solcher anderer Antidemokraten, zur Zeit enge Grenzen (Schedler 2006). Es ist daher unklar, wer zukünftig als möglicher politischer Führer der russischen Rechtsextremisten auftreten und welche Partei in der Lage sein könnte, aus der inzwischen beträchtlichen und womöglich weiter wachsenden antiwestlichen Wählerschaft Russlands Vorteile zu zie-

hen. Unter diesen Umständen scheint größere Aufmerksamkeit gegenüber Russlands unziviler Gesellschaft nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer offensichtlich zunehmenden Bedeutung dieses Themas angebracht. Sie könnte derzeit ebenso eine pragmatische Forschungsstrategie darstellen. Solang wir nicht wissen, ob, wie und wann die russische ultranationalistische politische Gesellschaft aus ihren vielfältigen Sackgassen herausfinden und die russische Politik allgemein sich redemokratisieren wird, könnten bestimmte Forschungsergebnisse über die unzivile Gesellschaft Russlands von größerer Wichtigkeit sein als weitere Befunde zu ihrem unbeständigen Parteiensystem.

Andreas Umland ist Politikwissenschaftler und seit 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.
Kontakt: umland@stanfordalumni.org.

Anmerkung

[1]Die folgenden Beobachtungen beruhen auf Umland 2002.

Literatur

Berman, Sheri 1997: Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic. In: World Politics, Jg. 49, Heft 3, 401-429.

Breuer, Stefan 1993: Anatomie der Konservativen Revolution. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Chambers, Simone/Kopstein, Jeffrey 2001: Bad Civil Society. In: Political Theory, Jg. 29, Heft 6, 837-865.

Encarión, Omar G. 2001: Civil Society and the Consolidation of Democracy in Spain. In: *Political Science Quarterly,* Jg. 111, Heft 1, 53-79.

Fritzsche, Peter 1990: Rehearsals of Fascism: Populism and Political Mobilization in Weimar Germany. New York: Oxford University Press.

Goldhagen, Daniel J. 1997: Hitler's Willing Executioners: Ordinary Germans and the Holocaust. New York: Vintage Books.

Griffin, Roger 2000: Between Metapolitics and Apoliteia: The New Right's Strategy for Conserving the Fascist Vision in the „Interregnum". In: Modern and Contemporary France, Jg. 8, Heft 2, 35-53.

Holmes, Douglas R. 2000: Integral Europe: Fast-Capitalism, Multiculturalism, Neofascism. Princeton: Princeton University Press.

Jochmann, Werner 1993: Structure and Functions of German Anti-Semitism, 1878-1914. In: Strauss, Herbert A. (Hg.), Hostages of Modernization: Studies on Modern Antisemitism, 1870-1933/39. Berlin: de Gruyter, 41-61.

Katz, Jacob 1980: From Prejudice to Destruction: Antisemitism, 1700-1933. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Kopecky, Petr/Mudde, Cas (Hg.) 2003: Uncivil society? Contentious politics in post-communist Europe. London: Routledge.

Kulka, Otto D. 1999: The Critique of Judaism in Modern European Thought. Genuine Factors and Demonic Perceptions. In: Robert S. Wistrich (Hg.), Demonizing the Other: Antisemitism, Racism and Xenophobia. Amsterdam: Harwood Academic Publishers, 197-209.

Lawson, Kay/Merkl, Peter H. 1988 (Hg.): When Parties Fail: Emerging Alternative Organizations. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Levy, Richard S. 1975: The Downfall of the Anti-Semitic Political Parties in Imperial Germany. New Haven, CT: Yale University Press.

Orttung, Robert W. 1992: The Russian Right and the Dilemmas of Party Organisation. In: Soviet Studies, Jg. 44, Heft 3, 445-478.

Pilkington, Hilary 1996: Farewell to the Tusovka: Masculinities and Feminities on the Moscow Youth Scene. In: dies. (Hg.), Gender, Generation and Identity in Contemporary Russia. London: Routledge, 236-263.

Schedler, Andreas 2006 (Hg.): Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition. Boulder, CO: Lynne Rienner.

Tarasov, Aleksandr 2001: Offspring of Reforms – Shaven Heads Are Skinheads: The New Fascist Youth Subculture in Russia. In: Russian Politics and Law, Jg. 39, Heft 1, 43-89.

Umland, Andreas 2002: Toward an Uncivil Society? Contextualizing the Recent Decline of Extremely Right-Wing Parties in Russia. In: Weatherhead Center for International Affairs Working Paper Series, Heft 3, http://www.wcfia.harvard.edu/rsrchpapsum.asp?ID=555

Zimmerman, William 2002: The Russian People and Foreign Policy: Russian Elite and Mass Perspectives, 1993-2000. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Sonderschwerpunkt Demokratietheorie: Iris Marion Young 1949-2006

Peter Niesen

Gerechtigkeit, Inklusion, Demokratie: Motive aus dem Werk von Iris Young

Als Iris Marion Young im Sommer 2006 starb, wussten viele europäische Kolleginnen von ihrer schweren Krankheit. Dennoch kam die Nachricht von ihrem Tod als ein unerwarteter Schock. Einige hatten Iris im Frühsommer bei der jährlichen Tagung ‚Philosophy and Social Science' in Prag erlebt. Sie hatte einen neuen, inspirierenden Vortrag zur internationalen Gerechtigkeit gehalten und war in der Diskussion kämpferisch wie stets gewesen. Ihr Tod hat in der politischen Theorie weltweit eine Erschütterung ausgelöst, für die es kaum einen Präzedenzfall gibt, wie sich an den zahlreichen Nachrufen, Erinnerungen, Würdigungen und Symposien ablesen lässt, die in ihrer Anzahl, Empathie und im Tenor des persönlichen und wissenschaftlichen Verlusts ganz ohne Beispiel sind (Dean 2007; Bellon 2008). Für den deutschsprachigen Kontext hat eine Tagung an der Technischen Universität Darmstadt, gemeinsam veranstaltet von der Heinrich Böll-Stiftung Hessen und der Sektion für Politische Theorie in der DVPW, es unternommen, die Impulse, die von Iris Youngs Werk ausgegangen sind und immer noch ausgehen, einer Prüfung zu unterziehen (Eckes 2007). Die Tagung versammelte eine jüngere Generation von politischen Theoretikerinnen, die zu Iris Young zunächst einmal in einem Verhältnis der Schülerinnen und Schüler steht, die inzwischen zu Kolleginnen und Kollegen geworden sind. Einige sind ehemalige Studenten von Iris Young und haben an ihren Seminaren in Frankfurt, Pittsburgh und Chicago teilgenommen. Vier Beiträge sind im Folgenden dokumentiert. Eine umfassende Sammlung soll 2009 im Nomos-Verlag Baden-Baden erscheinen.

Die deutschsprachige politische Theorie ist stark beeinflusst worden von Iris Young, auch wenn es kaum Übersetzungen ihrer Arbeiten gibt. Von Youngs fünf Büchern liegt keines auf Deutsch vor. Einige Aufsätze sind in einflussreichen Sammlungen vertreten, die feministischen Fragestellungen verpflichtet sind (Young 1993; 1994). AEs existieren nur etwas mehr als eine Handvoll deutschsprachiger Artikel. Dabei lässt sich sagen, dass der Aufsatz, weniger die Monographie, die bevorzugte Ausdrucksform von Young war und ihrem charakteristischen Zugriff auf ein Thema entgegenkommt, einem Zugriff, der oft von einer unabweisbaren sozialen Wahrnehmung ausgeht und erst im Anschluss daran die Begriffe entwickelt, um mit den Phänomenen umzugehen. Die Beiträge dieses Sonderschwerpunkts machen sich Youngs Technik zunutze, von einem oftmals neuen, jedenfalls schlagenden Alltagsbeispiel aus einen Bereich der politischen Theorie zu erschließen und setzen ihre Beobachtungen jeweils nicht bloß illustrativ, sondern erkenntnisleitend ein. Eine von Young eingeführte Beobachtung besagt, dass Mädchen und Jungen ihre Körper völlig verschieden einsetzen, beispielsweise wenn sie einen Ball werfen. *Throwing like a Girl* ist auch Youngs erste Sammlung von Aufsätzen betitelt, die die Körpererfahrungen von Frauen zum Thema haben und die Frage aufwerfen, was eine grundsätzlich defensive Körperhaltung von Frauen, im Gegensatz zur offensiveren Körpersprache von Männern, für ihre Möglichkeiten, soziale und politische Gleichberechtigung zu erlangen, bedeutet. Ina Kerner knüpft in ihrem Beitrag an den Sinn solcher körperphänomenologischer Exerzitien an, die

eine Beziehung ‚zwischen somatischen Erfahrungen und gesellschaftlichen Umständen' aufzeigen sollen. Kerner zeigt, wie Young die Grenzen zwischen ‚essentialistischen' und artifiziellen Geschlechtervorstellungen bewusst unterläuft, um die Realitäten der Körpersprache und Körpererfahrung nicht nur kritisch beschreiben, sondern auch als Ressource der Kritik einsetzen zu können.

Deutlicher als an der Anzahl der Übersetzungen ins Deutsche wird der Einfluss Youngs an ihrer Aufnahme in den Kanon. Die Kanon-Formierung ist, wie man weiß, eine der hochpolitischen Tätigkeiten, die im Zentrum eines Fachs vorgenommen werden, und unter den jüngeren Gesamtdarstellungen und Anthologien der politischen Theorie ist kaum eine, die die Arbeiten von Young nicht berücksichtigt (vgl. Riescher 2004). Ihr *Justice and the Politics of Difference* gehört zu den politischen Klassikern der 1990er Jahre (Brocker 2007). *Philosophie der Gerechtigkeit* lässt sich ohne Youngs berühmte ‚fünf Gesichter der Unterdrückung' nicht betreiben (Horn/Scarano 2002). Insofern holt die deutschsprachige politische Theorie aber nur nach, was in der englischsprachigen Diskussion längst etabliert war, nämlich die Aufnahme von Young als moderne Klassikerin zwischen Rawls und Habermas (Dryzek/Honig/Phillips 2005). Einen Beleg für Youngs zentrale Bedeutung für die politische Theorie liefert das verbreitete *New Handbook of Political Science* (Goodin/Klingemann 1998). Young definiert hier das Feld in einem Überblicksartikel und macht ein gemeinsames Motiv der Arbeiten der letzten Jahrzehnte aus: das übergreifende Thema einer Politisierung des Sozialen, ein Thema, das auch in ihrem eigenen Werk zentrale Bedeutung hat. Wie Elisabeth Conradi in ihrem Beitrag zu diesem Sonderschwerpunkt betont, ist Young aber nicht einfach daran gelegen, beliebige gesellschaftliche Bereiche einer politischen Kontrolle zu unterwerfen. Sie will vielmehr soziale Verbindungen und Praktiken produktiv machen, um neue Perspektiven auf politische Zusammenhänge zu gewinnen. Diesem Gedanken ist ein zweiter an die Seite zu stellen: Young will den falschen Eindruck einer Naturwüchsigkeit sozialer Beziehungen zerstören, indem sie ihre politischen Bedingtheiten aufzeigt, und will die Unterdrückungsrelationen thematisieren, die am Boden sozialer Ungleichheit liegen. Die Politisierung sozialer Differenzen soll nicht zu ihrer Aufhebung führen, wohl aber zu ihrer Läuterung und wohlverstandenen Bewertung.

1 Gerechtigkeit und Inklusion

Diese Vorgehensweise lässt sich an ihrer Kritik der vorherrschenden Gerechtigkeitstheorie verdeutlichen. Young ist berühmt geworden durch ihre Kritik am ‚Verteilungsparadigma' in Konzeptionen der Gerechtigkeit. Ob links oder rechts, ob egalitär oder verdienstorientiert, die moderne Gerechtigkeitstheorie geht von Robert Nozick bis Thomas Pogge davon aus, dass es darum geht, staatliche (oder, inzwischen, auch internationale) Umverteilung zu legitimieren. Dabei übersieht sie – und hierin aktualisiert Young einen zentralen Marxschen Gedanken – dass Veränderungen allein in der Distributionssphäre keine nachhaltig gerechten Verhältnisse hervorbringen können, weil schiere Umverteilung die von ihr Begünstigten zu passiven, stigmatisierten oder machtlosen Empfängern stempelt, ohne dass sich die gesellschaftlichen Funktionsprinzipien, die Produktion von Waren, aber auch die Generierung von sozialem Status und Respekt, ändern würden (Pauer-Studer 2007; Forst 2007). Benachteiligung und ökonomische Ungleichheit, so ließe sich ihre Position zuspitzen, sind Oberflächenphänomene, hinter denen Strukturen der Unterdrückung und Beherrschung als Hauptbestandteile der Ungerechtigkeit stehen. Dies führt dazu, dass anstelle von ungleicher Verfügung über Ressourcen oder Chancenungleichheit, die auch heute noch im Zentrum der Gerechtigkeitstheorie stehen, fünf

andere Phänomene in den Blick geraten, die berühmten fünf Gesichter der Unterdrückung (Young 2002). Diese fünf Formen sind Ausbeutung, Marginalisierung, Machtlosigkeit, Kulturimperialismus und Gewalt. Bei bestimmten Formen von Erwerbsarbeit etwa handle es sich um Ausbeutung, ganz unabhängig von den Verdienstmöglichkeiten, wenn sie etwa mit bestimmten rassistischen Stereotypen einhergehen, zum Beispiel wenn Tätigkeiten in Hotels und Restaurants in der Regel von Migranten übernommen werden. In extremen Fällen tragen solche Stereotype zur Marginalisierung, mit Luhmann ließe sich auch sagen: zur Exklusion von Gruppen bei. Marginalisierung bedeutet die Abkopplung von den gesellschaftlichen Teilbereichen der Bildung, Gesundheit, Politik, das heißt das genaue Gegenteil von Inklusion: Ein Rückschritt hinter die Errungenschaften der Moderne, die ihr beträchtliches Potential an Homogenisierung und Disziplinierung immer noch mit der Erfolgsmeldung rechtfertigen konnte, dass eine Vollinklusion der Bevölkerung in die gesellschaftlichen Funktionssysteme Recht, Wirtschaft, Erziehung und Politik sichergestellt werde. Das Versagen wohlfahrtsstaatlicher Demokratien, benachteiligte oder, in Youngs Sprachgebrauch, unterdrückte Personen – sei es wegen ihrer ethnischen, ihrer Klassen- oder Geschlechtszugehörigkeit – zu inkludieren und ihre Teilhabe zu ermöglichen, kann als zentrales Motiv von Youngs Kritik des Wohlfahrtsstaates, aber auch an seinem philosophischen Unterbau in Gestalt einer Theorie der Verteilungsgerechtigkeit gelten.

Auch Abhängigkeit handelt Young unter dem Stichwort der Ungerechtigkeit ab. Damit nimmt sie eine Pointe vorweg, die die Theoretiker eines ‚dritten Freiheitsbegriffes' erst in jüngerer Zeit als vergessene Bedeutung von Unfreiheit identifiziert haben, und es ist charakteristisch für ihre späten Arbeiten, dass sie ihre Kritik vor allem an Phänomenen der *domination*, also des Beherrschtwerdens ausrichtet. Wie Quentin Skinner und Philip Pettit kritisiert Young nicht nur tatsächliche Eingriffe, die Personen im Berufs-, Privat- und politischen Leben widerfahren, sondern bereits die Möglichkeit solcher Eingriffe, insbesondere dort, wo weder Privilegien noch Reichtum oder Autorität ein widerständiges Potential ermöglichen. Kulturimperialismus, die vierte Form von Ungerechtigkeit, etikettiert die eigene soziale Gruppe auf eine stereotype Weise und verhindert, dass die Interessen dieser Gruppe Gehör finden können. ‚Gruppe' ist ein Zentralbegriff bei Young. Sie versteht darunter eine Menge von Leuten, die eine Vorstellung von einer gemeinsamen Identität haben. Im Gegensatz zur Mitgliedschaft in Organisationen sind Gruppenzugehörigkeiten nicht freiwillig zu verstehen. Gruppen werden nicht gegründet, Gruppen gibt es immer schon. Gruppen sind konstitutiv für Individuen, sie bestimmen nicht nur ihre kognitive und evaluative Identität, sondern auch ihre soziale Position, indem sie Beziehungen innerhalb der Gesellschaft festlegen.

Entscheidend ist nun für Youngs Verständnis von Differenz, dass sich Verschiedenheit und Fremdheit nicht in einer bunten Nebenordnung von Lebensformen niederschlagen, sondern typischerweise in einer vertikalen Ordnung, in der Privilegien und Nachteile gruppenspezifisch verteilt sind. Gesellschaftlicher Pluralismus geht für Young nicht auf im Nebeneinander verschiedener Weltanschauungen oder in der jeweiligen Selbstbestimmung der unterschiedlichen Gruppen. Ihr vorrangiges Verständnis von Differenz ist eines ‚vertikaler' Verschiedenheit oder ‚positionaler' Differenz, wie sie es in einem neueren Aufsatz nennt (Young 2007b). Erst die Assimilierung von gesellschaftlich relevanten Differenzen an kulturelle Unterschiede legt verschiedene Verkürzungen nahe, etwa die Annahme, dass die Politik mit der bloßen Duldung von Minderheiten und mit staatlicher Nichtintervention bereits hinreichend differenzsensibel vorgehe. Wenn Young in ihren jüngs-

ten Publikationen die Gerechtigkeitsfrage auf die globale Ebene ausweitet, so kann sie auf ihre früheren Arbeiten zurückgreifen und ein expansives Modell sozialer Verhältnisse zwischen differenten und verschieden positionierten Gruppen entwerfen, die unfreiwillig, aber dauerhaft miteinander in Beziehungen verstrickt sind (Young 2007a).

Am Beispiel der Frage: Gibt es überhaupt so etwas wie ein ‚gerecht produziertes' T-Shirt? Und wenn nein, wer ist verantwortlich? greift Regina Kreide in ihrem Beitrag zu diesem Sonderschwerpunkt das Thema globaler Verantwortung auf. Sie erörtert und modifiziert den Gedanken, dass eine aus sozialer Verbundenheit resultierende Zuständigkeit füreinander sich nicht in individueller juristischer Haftung erschöpft, sondern kollektiv ist und in die Zukunft projiziert werden soll. Eine Frage, die sich daran anschließt, ist die nach den Institutionen, die eine so etablierte Verantwortung einlösen können. Young gehört nicht zu den Befürworterinnen eines Weltstaates und hat eher einen lockeren internationalen Föderalismus, der jedoch rechtsstaatliche Elemente aufweisen soll, propagiert (Young 2007a: 105). Dies hat auch mit ihrer Sicht auf Gewalt, die fünfte Form der Ungerechtigkeit als Unterdrückung, zu tun. Gewalt manifestiert sich in strukturellen Gefahren, etwa von Nötigung, Vergewaltigung und Körperverletzung. In Youngs zentralen Arbeiten nimmt das Thema der Gewalt keinen großen Raum ein. Erst vor dem Hintergrund der Rückkehr des Bürgerkriegs auf dem europäischen Kontinent greift sie in einer Reflexion zu Hannah Arendts Kategorien von Macht und Gewalt systematisch den Gewaltbegriff wieder auf (Young 2007a). Mit Arendt ist sie der Ansicht, Staatshandeln jeder Form hafte etwas Gewaltsames an. Es sei deshalb grundsätzlich rechtfertigungsbedürftig, aber – und dies scheint eine wesentliche, in der heutigen Debatte vernachlässigte Pointe zu sein – damit nicht auch schon vollständig rechtfertigungsfähig, wenn gute Gründe für es vorliegen. In einer erstaunlichen Parallelisierung zwischen Aktionen von Polizeibrutalität und den neuen Praktiken humanitärer Intervention versucht sie zu zeigen, dass gewaltförmigem politischen Handeln eine letzte und umfassende Rechtfertigung versagt bleiben muss. Dasselbe Verdikt spricht sie über die ‚maskulinistische' neue Sicherheitsarchitektur aus, die uns der ‚Krieg gegen den Terror' beschert hat.

2 Inklusion und Demokratie

Neben der Gerechtigkeitstheorie ist die Demokratietheorie Youngs zweites zentrales Betätigungsgebiet. Sie stellt uns vor interpretatorische Schwierigkeiten, da die Grenzen zwischen Gerechtigkeit und Demokratie auf vielfältige Weise verschwimmen. Sie verschwimmen nicht aus dem Grunde, dass Young in ihren Arbeiten Demokratie zu einer notwendigen Bedingung von Gerechtigkeit erklärt; das ist heute wenig umstritten, auch wenn es für die Ebene transnationaler Gerechtigkeit eine Reihe von Schwierigkeiten aufwirft. Die Grenzen zwischen Gerechtigkeit und Demokratie verschwimmen erstens, weil Young eine gerechte Gesellschaft als eine solche auffasst, die die Teilhabe und Teilnahme aller als Gleiche vorsieht – eine Bestimmung, die ihrem Bild einer Gesellschaft gleicher Bürgerinnen, und damit dem Bild einer demokratischen Gesellschaft, sehr nahe kommt. Die Grenzen verschwimmen zweitens auch in normativer Hinsicht. Zwar ist Demokratie eine notwendige Bedingung für Gerechtigkeit, aber sie ist zugleich deren funktionales Vehikel. Das Kapitel über das Verhältnis zwischen Gerechtigkeit und Demokratie, mit dem *Inclusion and Democracy,* Youngs Buch zur Demokratietheorie aus dem Jahre 2000, beginnt, klärt das Verhältnis zwischen beiden nicht vollständig auf. Es bleibt offen, ob die Attraktivität der Demokratie wesentlich in dem Beitrag liegt, den sie zu gerechteren Verhältnissen erbringen kann,

oder ob es nicht vielmehr so ist, dass ein Bild einer demokratischen politischen Gesellschaft Youngs Vorstellung von Gerechtigkeit prägt.

Youngs konstruktive Beiträge zur Demokratietheorie liegen einerseits in ihrer Konzeption von Gruppen und deren Repräsentation, andererseits in ihrer Kritik der ‚deliberativen', auf dem Austausch von vernünftigen Gründen beruhenden Demokratie. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass Youngs Konzeption der Demokratie trotz ihrer Sympathien für basisdemokratische Bewegungen sich nicht auf eine unmittelbare, sondern auf eine wesentlich repräsentative Praxis bezieht. Zwar ist Youngs unermüdlicher Aktivismus für verschiedene Gerechtigkeitsthemen legendär, doch hat sie nie zivilgesellschaftliche Aktivität mit demokratischer Repräsentation gleichgesetzt. Wenn man ihre Schriften auf so etwas wie ein Ideal des anstrebenswerten gemeinschaftlichen Lebens durchsieht, wird man nicht bei der Demokratie fündig werden, sondern vielmehr bei einem ganz anderen ethischen Konzept: dem der modernen Urbanität als des Zusammenlebens einander fremder, völlig verschiedener Gemeinschaften. Das tolerant-heterogene Amsterdam der 1990er Jahre, eine Stadt, zu der Young eine besondere Affinität hatte, drängt sich als dessen Konkretion auf.

Der vielleicht bekannteste Einzelvorschlag von Young bezieht sich auf demokratische Repräsentation. Ihr Projekt einer besonderen Absicherung der Repräsentation von Gruppen beruht auf der Unterscheidung zwischen Interessen, Weltanschauungen, und Perspektiven. Weder die Gruppeninteressen noch die Wertauffassungen allein, wie sie nun einmal in einer Gruppe verbreitet sind, verdienen das Vorrecht einer demokratischen Repräsentation (Young 2000: 147). Es sind die unverwechselbaren und schwer veränderlichen Perspektiven, die Verwurzelung in bestimmten gesellschaftlichen Positionen und Relationen, die ihrem Vorschlag eine besondere Überzeugungskraft verleihen, denn mit der Einbeziehung bislang ausgeblendeter Perspektiven schließt sich nicht nur eine Gerechtigkeitslücke, sondern es ergibt sich auch augenscheinlich eine Verbesserung der epistemischen Situation der Demokratie: Neue Beschreibungen können für mehr wechselseitiges Verständnis sorgen, neue Lösungsansätze können formulierbar werden. Ob zur Berücksichtigung von Perspektiven auch ein Vetorecht von Repräsentanten in Fragen gehören soll, die gesellschaftliche Minderheiten direkt und vital betreffen, etwa im Fall von Frauen die Regelung der Reproduktion, im Falle von indigenen Minderheiten die Regelung des territorialen Eigentums, ist heftig umstritten (Phillips 1995: 127). In *Inclusion and Democracy* greift Young daher nicht auf den Vorschlag zurück. Daneben ergeben sich weitere Probleme aus der demokratischen Schutzwürdigkeit irreduzibler Gruppenperspektiven. Sandra Seubert, mit deren Beitrag dieser Themenschwerpunkt beginnt, widmet sich Youngs Konzeption einer Zivilgesellschaft, die durch die Zugehörigkeit zu Gruppen und ihren Auseinandersetzungen geprägt ist. Sie kritisiert, dass Young von marginalisierten und unterprivilegierten, aber letztlich demokratieorientierten Gruppen ausgehe und darüber die zerstörerischen Potentiale ‚unziviler' Gruppen von Modernisierungsverlierern ignoriere.

Es ist zweifellos zutreffend, wenn Cass Sunstein (2007) behauptet, Young habe ein ‚ambivalentes' Verhältnis zur deliberativen Demokratietheorie gepflegt. Bereits in frühen Aufsätzen macht sie deutlich, dass ein Konzept, das Demokratie letztlich als argumentativen Wettstreit um die Vorherrschaft des besseren Arguments versteht, offensichtlich nicht neutral gegenüber gesellschaftlichen Milieus sei. Gebildete Männer der Mittelschicht, so eine weitere Alltagsbeobachtung Youngs, verhalten sich in Diskussionen oft kühl, sachlich, ergebnisorientiert. Sie scheinen an der Kraft des besseren Arguments orientiert und tendieren dazu, Redebeiträge, die emotional, ungeordnet oder zu persönlich er-

scheinen, zu ignorieren. Eine deliberative Konzeption könnte daher Standards generieren, die den Zugang zu Debatten einschränken würden; ihr eingeschränktes Repertoire von Sprechakten wirkte sich jedenfalls nicht inkludierend aus. Elisabeth Conradi widmet sich in ihrem Beitrag am Beispiel des Grüßens alternativen Ausdrucksmöglichkeiten der Einbeziehung und Berücksichtigung, die ihren Ursprung in alltäglichen Interaktionen haben, aber auch für demokratische Prozesse von Bedeutung sein können. Für Young steht fest, dass „engagierte und verantwortungsbewusste demokratische Kommunikation genauso Demonstrationen und sit-ins, musikalische Aufführungen und Cartoons einschließt wie parlamentarische Reden und Leserbriefe“ (Young 2001: 688).

Ein zweiter Kritikpunkt betrifft die von ‚deliberativen' Theorien vorausgesetzte kognitive Orientierung der Demokratietheorie, das heißt, dass trotz manifester Differenz sozialer Gruppen sich letztlich eine gemeinsame Lösung von Koordinationsproblemen herausstellen soll, die für alle Beteiligten völlig akzeptabel sein kann. Dies hält Young für eine allzu optimistische und damit potentiell gewaltsame Einschätzung der Heterogenität gegenwärtiger Gesellschaften. Wenn alles gut geht, sei nicht Konsens in demokratischen Debatten zu erwarten, sondern ein vertieftes Verständnis und damit eine vertiefte Berücksichtigung der Perspektive der jeweils anderen, mit denen aber dennoch keine gemeinsam überzeugende Lösung zu finden sein wird. Von manchen Autorinnen wird Young daher als Kritikerin eines rationalistischen Vorurteils, das in heutigen deliberativen Demokratietheorien verbreitet sei, gefeiert (Buchstein/Jörke 2003). Ihre unter Bedingungen von tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten bescheidenere Einschätzung der Leistungsfähigkeit von Demokratien hat Young allerdings nicht davon abgehalten, sich für eine *erweiterte* Konzeption deliberativer Demokratie einzusetzen. Daher wäre zu überlegen, ob nicht die bereits erwähnten demokratischen Züge von Youngs Gerechtigkeitstheorie gar nicht anders vorstellbar sind denn als Manifestationen eines Kommunikationsprozesses, der jedenfalls wesentliche Vorzüge deliberativer Konzeptionen – vom Verständnis anderer Positionen bis zur Verbesserung der Ergebnisqualität – oftmals aufweist. Demokratische Inklusion lässt sich dann nicht allein als Beteiligung an einem kognitiv ausgelegten Entscheidungsverfahren verstehen, sondern als Inbegriff von Interaktionen und Konfrontationen, die Bürgerinnen verschiedener Gruppenzugehörigkeit füreinander immer weniger opak erscheinen lassen. Demokratie wäre dann eine Chiffre für eine maximal inklusive Praxis, deren Fortschritt sich nicht zuletzt in hermeneutischer Dimension, an der Vermittlung der Perspektivendifferenzen ablesen ließe.

Peter Niesen lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Darmstadt. Kontakt: Niesen@pg.tu-darmstadt.de.

Literatur

Bellon, Christina M. (Hg.) 2008: In Honor of Iris Marion Young: Theorist and Practitioner of Justice, In: Hypatia 23, 2, vii-181.

Brocker, Manfred (Hg.) 2007: Geschichte des politischen Denkens. Frankfurt/M.

Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie. In: Leviathan 31, 4, 470-496.

Dean, Jodi (Hg.) 2007: Iris Marion Young. In: Constellations 14, 2, 260-291.

Dryzek, John/Honig, Bonnie/Phillips, Anne (Hg.) 2006: Oxford Handbook of Political Theory. Oxford: OUP.

Eckes, Tim 2007: Gerechtigkeit und Inklusion. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 20, 4.

Forst, Rainer 2007: Radical Justice, Constellations 14, 2, 260-265.

Goodin, Robert/Klingemann, Hans-Dieter (Hg.) 1998: A New Handbook of Political Science. Oxford: OUP.

Horn, Christoph/Scarano, Nico (Hg.) 2002: Philosophie der Gerechtigkeit. Texte von der Antike bis zur Gegenwart. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Pauer-Studer, Herlinde 2007: Iris Marion Young: Justice and the Politics of Difference. In: Brocker, Manfred (Hg.) 2007, Geschichte des politischen Denkens. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 743-756.

Phillips, Anne 1995: Geschlecht und Demokratie. Berlin: Rotbuch.

Riescher, Gisela (Hg.) 2004: Politische Theorie der Gegenwart in Einzeldarstellungen von Adorno bis Young. Stuttgart: Kröner.

Sunstein, Cass 2007: Ideological Amplification. In: Constellations 14, 2, 273-279.

Young, Iris M. 1993: Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. In: Nagl-Docekal, H./ Pauer-Studer, H. (Hg.), Jenseits der Geschlechtermoral. Frankfurt/M.: Fischer, 267-304.

Young, Iris M. 1994: Geschlecht als serielle Kollektivität. In: Institut für Sozialforschung (Hg.), Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 221-261.

Young, Iris M. 2000: Inclusion and Democracy. Oxford: OUP.

Young, Iris M. 2001: Activist Challenges to Deliberative Democracy. In: Political Theory 29, 5, 670-690.

Young, Iris M. 2002: Fünf Formen der Unterdrückung. In: Horn, C./Scarano, N. 2002, 428-445.

Young, Iris M. 2007a: Global Challenges. Cambridge: Polity.

Young, Iris M. 2007b: Structural Injustice and the Politics of Difference, In: Laden, A.S./ Owen, D. (Hg.), Multiculturalism and Political Theory. Cambridge: CUP, 60-88.

Sandra Seubert

Kampf um Verschiedenheit
Unzivile Potentiale einer Politik der Differenz

Dieser Themenschwerpunkt nimmt ein Leitmotiv von Iris Youngs politischem Denken auf: Gerechtigkeit *als* Inklusion – so würde ich es charakterisieren – bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Teilhabe an Prozessen der Entscheidungsfindung auf der Basis von Gleichberechtigung und Nicht-Beherrschung. Sie verlangt – das hat Young immer wieder an Beispielen verweigerter Inklusion deutlich gemacht – Respekt für Unterschiedlichkeit ohne Unterdrückung von Differenz. Hinter dem Ideal des universellen Staatsbürgerstatus, hinter rationalistischen Engführungen diskurstheoretischer Rechtfertigungspraxis wittert Young die repressive Maske *falscher* Einheitlichkeit, *falscher* Homogenität. Zurecht. Ich will mich in meinem Beitrag gleichwohl der komplementären Frage widmen, wie man vom Respekt für Unterschiedlichkeit zur Erfahrung von Gemeinsamkeit kommt. Angesichts eines verbreiteten Strebens nach Differenzversicherung scheint mir das heute eine vordringliche und schwierig zu beantwortende Frage. Die Wahrnehmung von Gemeinsamkeit scheint jene Basis für Solidarität abzugeben, die letztlich die Voraussetzung bildet, um Inklusion auf den verschiedenen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zu verwirklichen. Sie bleibt, bei aller Kritik an faktisch misslungenen Formen, eine zentrale politische Aufgabe, deren Scheitern Desintegration und Eruptionen des Unzivilen provoziert.

Um klar zu machen, welche Probleme einer *Politik der Differenz* ich genauer im Auge habe, will ich in einem ersten Schritt noch einmal darauf eingehen, was sich institutionell und kulturell bei Iris Young damit verbindet. Eine kritische Betrachtung der Dynamik von Gruppenbildungsprozessen wird sodann zu der Frage führen, wie viel Verständnis Youngs *Politik der Differenz* für Phänomene ‚unziviler Zivilgesellschaft' hat. Gewisse Implikationen einer *Politik der Differenz* werde ich letztlich dafür kritisieren, dass sie die Dynamik unziviler Gruppenbildung unterschätzt.

1 Was heißt *Politik der Differenz*?

Gegen die liberale Vorstellung, dass sich Individuen als Freie und Gleiche zusammentun, um auf der Basis universeller Gleichheit die Normen ihres Zusammenlebens zu bestimmen, führt Iris Young ins Feld, dass Individuen sich immer schon als gruppenzugehörig wahrnehmen und als solche wahrgenommen werden. Dabei verfolgt sie einen relationalen Ansatz: Soziale Gruppen existieren in Beziehung zu anderen sozialen Gruppen. Sie sind insofern keine bloß quantitativen, durch messbare Merkmale ermittelbaren Aggregate, sondern Ausdruck einer sozialen Konstellation. „Die sozialen Prozesse erzeugen Gruppen, indem sie relationale Differenzierungen, Situationen der Gruppierung und affektive Bindungen schaffen, in denen die Menschen eine Affinität mit anderen Menschen empfinden", so schreibt sie (Young 1993: 281). Gruppenidentität erwächst aus der Begegnung und Interaktion zwischen sozialen Kollektiven und lässt sich mit dem Heidegger'schen Terminus der ‚Geworfenheit' charakterisieren: Man findet sich als zugehörig zu einer Gruppe vor, die als immer schon da gewesen erfahren wird. Dabei vollzieht sich ein Wechselspiel von Außen- und Selbstzuschreibung. Eine Gruppe wird einerseits durch das Identitätsempfinden der Zugehörigen definiert: Sie müssen sich selbst als schwarz/weiß, Frau/Mann, hetero/homose-

xuell, *working class/upper class* etc. identifizieren. Aber diese Identität einer Person als Gruppenangehörige wird zugleich dadurch geprägt, wie andere die Person definieren. Sie tun dies durch Gruppenzuordnungen, mit denen sie immer schon bestimmte Attribute und Stereotype verbinden. Solche sozialen Zuordnungen privilegieren einige Gruppen und benachteiligen andere. In den Prozess der Konstitutierung von Gruppenidentität fließen Ungleichheiten sozialer und politischer Macht unweigerlich ein. Weil soziale Beziehungen und Prozesse einige Personen mit besseren Möglichkeiten der Selbstentwicklung, mehr Macht, Ressourcen und Status versehen, muss die Dynamik von Gruppenbildung im Rahmen von gesellschaftlichen Kämpfen um soziale Positionierung und Anerkennung verstanden werden (vgl. Young 2007: 81ff).

Vor dem Hintergrund struktureller Machtungleichheiten ergibt sich das Problem, dass formal-demokratische Prozeduren dazu beitragen, eben diese Machtungleichheiten zu reproduzieren: Privilegierte sind in der Lage, die Stimmen und Anliegen unterprivilegierter Mitglieder zu marginalisieren. Das Ergebnis sind hegemonial geführte Diskurse und eine Unterrepräsentation in politischen und gesellschaftlichen Institutionen. Eine *Politik der Differenz* ist nötig, um aus dem Zirkel von Dominanz und Unterordnung herauszukommen. Sie muss sowohl auf staatlicher als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene ansetzen. Für die Ebene staatlicher Institutionen hat Iris Young mit ihrem Konzept der Gruppenrepräsentation einen Vorschlag gemacht, der weithin rezipiert und kontrovers diskutiert wurde. Ich will die Einwände hier nur kurz andeuten und im Wesentlichen bei den Überlegungen Youngs ansetzen, in die Auseinandersetzungen mit der Kritik bereits eingeflossen sind. Gleichwohl möchte ich argumentieren, dass es Young trotz deutlicher Verfeinerungen des Konzepts nicht gelingt, alle Einwände gegen eine *Politik der Differenz* auszuräumen.

Zu den zentralen Streitpunkten in der Diskussion um Gruppenrepräsentation gehört die Frage, was durch Gruppenrepräsentation eigentlich repräsentiert werden soll? *Personen* im Sinne physischer Attribute oder *Positionen* im Sinne sozialer Perspektiven? Die Vorstellung, dass Personen nur für ihre eigene Gruppe sprechen können, ist eine unattraktive Implikation, gerade vor dem Hintergrund deliberativer Politik. Gegen die Idee der Gruppenrepräsentation wurde der Vorbehalt geäußert, dass sie letztlich Undurchsichtigkeit sozialer Lagen fördere, zu einer Verhärtung von Interessengegensätzen führe, ja letztlich zu klassischer Interessenspolitik mutiere. Außerdem liege ihr eine Vorstellung von *mirror representation* als Abbildhaftigkeit zugrunde, die theoretisch betrachtet die Idee der Repräsentation an sich ad absurdum führe, und auf der praktischen Ebene zu einer unendlichen Eskalation von Ansprüchen auf politische Repräsentation beitrage. Young hat in dieser Hinsicht klar gestellt, dass es ihr um eine Repräsentation *sozialer Perspektiven* geht. Soziale Perspektiven sind nicht völlig undurchdringlich für einander, sie können geteilt werden, wenn auch mit einigem Aufwand an Empathie und hermeneutischer Vorstellungskraft. Die Inklusion sozialer Perspektiven kann zwar durch verschiedene Formen von Gruppenrepräsentation gefördert werden, aber es ergeben sich viel offenere, fluidere institutionelle Implikationen, die kontextabhängig variieren.

Dennoch fließen auch in die Bestimmung dessen, was soziale Perspektive ausmacht, objektivistische Implikationen ein, die dazu beitragen, die Solidaritätspotentiale und emanzipatorischen Möglichkeiten einer *Politik der Differenz* zu überschätzen. Gruppenmitglieder teilen eine soziale Perspektive, weil sie im sozialen Feld ähnlich situiert sind. *Perspektive* charakterisiert Young als eine Art des ‚looking at social events', die bedingt, aber nicht determiniert, was man sieht. Ein bestimmtes Ensemble von Akteuren ist ähnlichen Bedingungen und Bedingt-

heiten unterworfen, sie machen daher ähnliche Erfahrungen, unter anderem auch ähnliche Erfahrungen der strukturellen Diskriminierung. So weit so gut. Das ‚looking at social events' im Sinne eines Standpunkts, von dem aus man schaut, bezieht sich auf die durch Kräfteverhältnisse im sozialen Raum strukturell vorgegebene Position. Das ist das eine. Das Entscheidende scheint mir aber die *Interpretation* sozialer Ereignisse und Erfahrungen, die von diesem Standpunkt aus wahrgenommen werden, und die kann sehr unterschiedlich sein. Sie hängt immer schon von gesellschaftlich kursierenden Deutungsangeboten ab. Schlecht ausgebildete ostdeutsche Männer mögen Erfahrungen der Unterdrückung machen (auf sie treffen mindestens zwei der von Young formulierten fünf Kriterien zu: Kulturimperialismus und Marginalisierung). Je nach dem, ob sie die Ursache ihrer Unterdrückung aber in strukturellen Entwicklungstendenzen eines globalisierten Kapitalismus oder in ethnischer Überfremdung sehen, werden sie sich entweder einem Ortsverein der PDS und den dort vermittelten Deutungsangeboten oder aber nationalen Kameradschaften verbunden fühlen.

Youngs Konzept der sozialen Gruppe ist (ähnlich wie das Konzept der neuen sozialen Bewegungen) stark am Beispiel solcher Gruppen orientiert, mit deren Forderungen sich von vorneherein eine emanzipatorische Perspektive verbinden lässt. Der Vorstellung von einer *Politik der Differenz* könnte so gesehen ein zu einfacher Mechanismus der Identitätsbildung zugrunde liegen: Bestimmte Gruppen in der Gesellschaft werden aufgrund negativer Fremdzuschreibungen und Unterbewertungen diskriminiert. Auf formellem Weg können sie sich kein Gehör und keine Anerkennung verschaffen. Der Einbezug ihrer Positionen durch spezielle differenzsensible Formen der Repräsentation und demokratischen Kommunikation führt letztlich zu einem Fortschritt in Richtung mehr Demokratie und Gerechtigkeit. Immer sind verachtete Gruppen im Blick, denen es durch kollektive Praxis gelingt, Missachtung positiv zu wenden und zu einer positiven Quelle der Identitätsbildung werden zu lassen.

Nimmt man Youngs relationalen Ansatz ernst, verkompliziert sich aber das Bild: Dieser Ansatz macht ja deutlich, dass Differenzen kein objektivistisches Faktum sind, sondern Konstruktionen: Selbst- und Fremdzuschreibungen in einer sozialen Konstellation der Machtungleichheit. Erfahrungen der Differenz sind Erfahrungen des Andersseins, die als Entwertung, als Missachtung interpretiert werden. Das negative Fremdbild wird ins Selbstbild aufgenommen und die damit verbundenen Attribute sind zunächst alles andere als eine Quelle des Stolzes. Ich will nicht ausschließen, dass es gelingen kann, abgewertete Identität positiv zu wenden und einen Kampf um Anerkennung zu führen, der Lernprozesse in der politischen Öffentlichkeit auslöst und diese inklusiver macht. Aber die Tatsache, dass Individuen unfähig sein können, die durch gesellschaftliche Prozesse auferlegte Negatividentität zu durchbrechen, muss gleichermaßen Teil der Analyse sein – ebenso wie die Folgen die dies für Prozesse der Gruppenbildung haben kann.[1]

Das Problem, das ich sehe, kommt bei Young in einem Nebensatz zur Sprache. „Manchmal definieren Gruppen sich selbst, indem sie andere verachten oder ausschließen, die sie als andersartig definieren und die sie beherrschen und unterdrücken" (1993: 281). Das müssen aber keineswegs selbst die Herrschenden sein, wie es das bipolare Bild suggeriert. Vielmehr können solche Mechanismen der Gruppenbildung gerade eine Reaktion (allerdings eine unzivile Reaktion) auf Erfahrungen der Exklusion sein. Welche Kriterien gibt es, um unzivile Formen der Differenzbehauptung zu diagnostizieren? Unzivilität bezieht sich hier auf das Verfehlen des normativen Ziels demokratischer Kommunikation: „to make claims on others in a shared public forum" (Young 2000:

209). Es verlangt, dass der Kampf um Anerkennung in irgendeiner Weise auf eine gemeinsame Öffentlichkeit und die Mitgestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse bezogen ist. Es verlangt mehr, als nur zu sagen: Wir sind anders und wir haben das Recht dazu. Was passiert, wenn die Pflege von Verschiedenheit v.a. darauf ausgerichtet ist, die Gruppenangehörigen von der umgebenden Gesellschaft abzugrenzen, weil die Aussicht auf Integration ohnehin nicht mehr besteht oder bewusst aufkündigt wird? Was passiert, wenn die Akkumulation von Ressourcen vor allem zur Selbstprivilegierung eingesetzt wird?

Ob die Behauptung von Gruppendifferenz zivile oder unzivile Formen annimmt, wird von vielfältigen Faktoren abhängen. Es wird sicher eine Rolle spielen, ob die um Anerkennung kämpfende soziale Gruppe auf eine politische Kultur und auf institutionelle Arrangements trifft, die für Impulse und Forderungen empfänglich sind. Aber eine *Politik der Differenz*, die jedwede Form der Behauptung von Differenz gleichermaßen anerkennen würde, liefe Gefahr, gerade das emanzipatorische Ziel aufzugeben, das sie zu realisieren bestrebt ist.

2 Probleme unziviler Zivilgesellschaft

Zu den Eckpunkten einer normativen Theorie der Zivilgesellschaft gehört die Annahme, dass sich Zivilgesellschaft und liberale Demokratie wechselseitig verstärken. Zivilgesellschaftliche Assoziationen gelten als ‚Schule der Demokratie' insofern sie zur Herausbildung der Handlungsnormen beitragen, die auch das öffentliche Leben tragen. Diesem normativen Bild stehen empirische Untersuchungen gegenüber, die auf das Problem ‚schlechter Zivilgesellschaft' aufmerksam machen. ‚Schlecht' wird eine Zivilgesellschaft dann genannt, wenn die wesentlichen Normen der Demokratie nicht produziert werden, *obwohl* freiwillige Vereinigungen bestehen (Chambers/Kopstein 2001). Mit der Existenz freiwilliger Vereinigungen ist zwar die strukturelle Basis gesellschaftlicher Selbstorganisation vorhanden, auf der kulturellen Ebene der Genese von demokratieförderlichen Normen aber versagen diese Vereinigungen. Als ‚schlechte' Assoziationen gelten solche, die die liberale Demokratie schwächen, indem sie Hass und Ressentiment schüren und den Grundwert allgemeiner Reziprozität missachten. Sie beschränken sich auf eine partikularistische Gegenseitigkeit, die Verantwortlichkeit und Solidarität auf Gruppenmitglieder beschränkt.

Auch bei Young spielt die Zivilgesellschaft als Sphäre der Realisierung einer *Politik der Differenz* eine wichtige Rolle. Sie erwähnt zwar die Möglichkeit autoritär und hierarchisch strukturierter Assoziationen (2000: 164). Aber das findet in ihre Überlegungen nur insofern Eingang, als der Staat einen regulativen Rahmen setzen und auch Machtungleichgewichte innerhalb der Zivilgesellschaft ausgleichen helfen muss (186). Sie konzentriert sich im wesentlichen auf die positiven Potentiale zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. Zivilgesellschaftliche Assoziationen ermöglichen ‚*affinity grouping*': die Selbstorganisation marginalisierter Teile der Gesellschaft, die Möglichkeit, eine Sprache zu entwickeln, Erfahrungen zum Ausdruck zu bringen, die in hegemonistischen öffentlichen Diskursen unterrepräsentiert oder ausgeschlossen sind. Sie tragen zur Herausbildung einer *öffentlichen Sphäre* bei, in der verschiedene gesellschaftliche Perspektiven zu Wort kommen und ihre Meinung formulieren können. Das erhöht die Chancen, *Ungerechtigkeiten* offenbar zu machen und die Ausübung politischer Macht stärker der Verantwortlichkeit zu unterziehen. Außerdem stellen zivilgesellschaftliche Assoziationen einen Handlungsraum jenseits des Staates dar und schaffen damit eine Basis für *soziale Innovation*.

Die durch zivilgesellschaftliche Selbstorganisation ermöglichten Formen des ‚*affinity grouping*' sind solche, die selbstgesteuerte, emanzi-

patorische Bewusstwerdungsprozesse in Gang setzen können. Young sieht wohl, dass dies vielfach erst das Ergebnis, nicht aber den Beginn der Kämpfe um Anerkennung von Differenz darstellt. Es ist eine offene Frage, ob Identitätsbildungsprozesse sozialer Gruppen eine Form annehmen, die die Inklusion befördert oder die Exklusion perpetuiert. Das wird deutlich an der Ambivalenz des örtlichen Niederschlags von Gruppendifferenz, den Young unter dem Gesichtspunkt ‚Enklave oder Ghetto?' diskutiert. Zivilgesellschaftliche Assoziationen entwickeln sich vorwiegend in lokalen Kontexten. Lokale Kontexte sind aber solche, in denen die Affinität sozialer Gruppen bereits einen räumlichen Ausdruck gefunden hat – und das nicht immer freiwillig. In den USA und auch in großen europäischen Städten sind Wohnorte nach ethnischer und Klassenzugehörigkeit segregiert. ‚Residential segregation' ist im Unterschied zu bloßem ‚residential clustering' auf Prozesse struktureller Benachteiligung zurückführbar. Daraus schließt Young gleichwohl nicht, dass der räumliche Niederschlag von Gruppendifferenz per se schlecht ist. Aus örtlicher Nähe können im positiven Falle Enklaven entstehen: Unterprivilegierte Gruppen beschreiben ihr Umfeld vielfach als persönlich unterstützend. Es bildet eine ‚empowering social structure', auf deren Basis Widerstand und politisches Bewusstsein sich herausbilden können. Im negativen Fall aber stellen die räumlich segregierten Wohnorte Ghettos dar, die die Betreffenden isolieren, eher Kommunikationslosigkeit und Konfrontation fördern und so die Benachteiligung marginalisierter Gruppen perpetuieren.

Young verfolgt, wie sich an diesem Beispiel zeigt, zwei Fragen: Wie kann es gelingen, durch Segregation reproduzierte Ungerechtigkeit zu bekämpfen? Und: Wie schafft man Respekt für unter diesen Bedingungen gewachsene Unterschiedlichkeit von Lebensformen? Beide Ziele

lassen sich im Grunde erst verwirklichen, wenn die materielle und kulturelle Gleichheit bereits besteht, die die Enklaven als Bedingungen von ‚empowerment' allererst schaffen müssten. Eine Überwindung von Privilegierung und Unterordnung wäre erst dann gegeben, wenn *clustering* auf einer selbstgewählten Basis stattfinden kann, aufgrund von sozialen und kulturellen Affinitäten, und nicht mehr das Ergebnis negativer Außenzuschreibung ist.

3 Differenz und Exklusion

Davon scheinen wir gegenwärtig allerdings weit entfernt. Ich will mit drei Szenarien enden, die die Herausforderungen gesellschaftlicher Integration unter Bedingungen ökonomischer Ungleichheit und kultureller Differenz auf unterschiedliche Weise beleuchten.

Im *ersten* Szenario erscheint die Zivilgesellschaft als ein Nebeneinander verschiedener sozialer Gruppen, die füreinander relativ undurchdringlich bleiben. Der Soziologe Hans Joas spricht von einer ‚Versäulung' der Gesellschaft und meint damit eine Abgrenzung sozialer Milieus, die zwar intern eine Art von Gemeinsinn vermitteln, der sich aber eben wegen der Abgeschlossenheit nicht für das ganze Gemeinwesen auswirken kann.

Ein *zweites* Szenario geht weniger von einer ‚Versäulung' als von einer ‚Spaltung' der Gesellschaft mit Blick auf soziales Eingebundensein aus. Der *Politik der Differenz* brechen die sozialen Widerlager weg. Soziale Exklusion bezeichnet in der soziologischen Ungleichheitsforschung eine Form der Benachteiligung, die sich auch auf das Fehlen sozialer Netzwerke persönlicher und zivilgesellschaftlicher Art bezieht (vgl. Böhnke 2006: 97ff). Personen unterscheiden sich demnach nicht allein danach, welche unterschiedliche soziale Wertschätzung die Gruppen genießen, denen sie sich zugehörig fühlen, sondern darin, ob sie sich überhaupt noch irgendwelchen sozialen Gruppen zuordnen und ob sie von dem in diesen Kontexten gebildeten Sozialkapital profitieren können.

Im *dritten* Szenario tritt das Anwachsen unziviler Formen der Gruppenbildung im eigentlichen Sinne in den Vordergrund. Hier haben wir es nicht nur mit einer ‚Versäulung' der Gesellschaft wie im ersten Szenario zu tun, sondern mit expliziter, mitunter militanter Abgrenzung. Unter Bedingungen, in denen sich die Kreise sozialer Bezüge beständig ausdehnen und Grenzen fluide werden, geraten Prozesse kollektiver Identitätsbildung in eine Krise. Es entsteht ein virulenter Bedarf an ‚Differenzversicherung' (Offe 1996), das Bedürfnis, Grenzen und Nicht-Zugehörigkeiten zu definieren und mitunter auch aggressiv zu verteidigen. Unzivile Formen der Differenzbehauptung entstehen, wenn sich das kollektive Handeln von Gruppen nicht mehr an der Mitgestaltung der gesamtgesellschaftlichen Lebensverhältnisse orientiert und auf eine gemeinsame Öffentlichkeit Bezug nimmt, sondern im wesentlichen ‚Selbst-Segregations-' und ‚Fremd-Distanzierungszielen' dient (Fijalkowski 2004: 201). Derart segmentierte zivilgesellschaftliche Strukturen bringen die Gefahr der Konfliktintensivierung durch ein Aufkündigen von Grundsolidarität mit sich. Exklusive Formen der Gruppenbildung sind zwar unter den von Young analysierten Bedingungen struktureller Ungerechtigkeit nicht Ursache, sondern meist Reaktion auf verweigerte Anerkennung. Aber sie sind gerade deshalb auch noch nicht selbstverständlich die Lösung.

Sandra Seubert, Politikwissenschaftlerin, zur Zeit Lehrstuhlvertretung an der Goethe Universität Frankfurt a.M.

Anmerkung

[1]Darauf verweisen etwa neuere soziologische Studien, die Islamisierung als Medium der Identitätskonstruktion untersuchen: Der gesellschaftlichen Abwertung als Ausländer wird die

religiöse Identifikation als Muslim entgegengesetzt, ohne dass es dabei aber gelingen würde, das gesellschaftliche *Drinnen im Draußen* umzukehren (vgl. Tietze 2006, Bude 2008: 84ff). Vgl. auch die kontroverse Diskussion um die neueren Forschungen von Robert Putnam, in denen die Auswirkungen von ethnischer Diversität auf Prozesse der Sozialkapitalbildung thematisiert werden (Putnam 2007).

Literatur

Bude, Heinz 2008: Die Ausgeschlossenen, München: Hanser.

Böhnke, Petra 2006: Marginalisierung und Verunsicherung. Ein empirischer Beitrag zur Exklusionsdebatte. In: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hg.), Das Problem der Exklusion, Hamburg: Hamburger Edition, 97-120.

Chambers, Simone/Kopstein, Jeffrey 2001: Bad Civil Society. In: Political Theory 29, 6, 838-866.

Fijalkowski, Jürgen 2004: Zur Funktion ethnischer Vereinigungen. Die Resonanz ethnischer Vereinigungen mit Integrations- und Segregationszielen: Reflexionen zur Hypothesenbildung. In: Klein, Ansgar et al. (Hg.), Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden: VS, 193-210.

Offe, Claus 1996: Moderne „Barbarei": Naturzustand im Kleinformat?. In: Miller, Max / Soeffner, Hans-Georg (Hg.), Modernität und Barbarei. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 258-289

Putnam, Robert 2007: E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-first Century. In: Scandinavian Political Studies 30, 2, 137-174.

Tietze, Nikola 2006: Ausgrenzung als Erfahrung. Islamisierung des Selbst als Sinnkonstruktion in der Prekarität. In: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hg.), Das Problem der Exklusion, Hamburg: Hamburger Edition, 147-173.

Young, Iris M. 1993: Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Gerlind (Hg.), Jenseits der Geschlechtermoral. Frankfurt a.M.: Fischer, 267-304.

Young, Iris M. 2000: Inclusion and Democracy, Oxford University Press.

Young, Iris M. 2007: Structural injustice and the politics of diffrence. In: Anthony Laden, A./ Owen, D. (Hg.), Multiculturalism and political theory, Cambridge University Press, 60-88.

Elisabeth Conradi

Inklusion in demokratische Debatten – von der sozialen zur politischen Praxis

Als Studentin habe ich mehrere Jahre lang dasselbe Gebäude der Frankfurter Universität betreten – mindestens einmal wöchentlich, meist öfter. Aber erst, als ich das Institut gemeinsam mit einer Mitstudentin betrat, fiel mir Folgendes auf: Sie unterbrach das Gespräch mit mir, um sich ausdrücklich der Reinigungskraft zuzuwenden, die sich im Eingangsbereich aufhielt. Die Studentin nickte dem Mann nicht nur zur Begrüßung zu, sondern ging zu ihm, drückte ihm die Hand, und sie sprachen miteinander ein paar Worte auf Spanisch. Anschließend kam sie zurück und setzte das Gespräch mit mir fort.

Den Mann mit dem großen Putzwagen hatte ich zwar schon öfter aus dem Augenwinkel wahrgenommen, gerade dann, wenn sowohl er als auch ich den Aufzug benutzen wollten. Aber ich konnte mich nicht erinnern, ihn je begrüßt zu haben. Das war besonders auffällig, da es sich um ein verhältnismäßig kleines Institut handelte, wo die meisten Menschen sich im Vorübergehen grüßten, viele sich auch namentlich kannten. War es möglich, dass ich diesen Mann, der seit mehreren Jahren das Gebäude reinigte, schlicht ignoriert, ihn nicht wie einen Menschen, sondern wie Inventar behandelt hatte?

Die Schilderung dieser kleinen Episode stellt kein Plädoyer für die Höflichkeit dar. Zwar ist eine höfliche Umgangsweise von Bedeutung, aber hier geht es um mehr, nämlich um eine Frage der Anerkennung, die den Bereich der Höflichkeit überschreitet. Als Mangel an Anerkennung ist das von mir skizzierte Problem innerhalb der politischen Theorie durchaus bekannt. Zu nennen sind der von Hegel beschriebene ‚Kampf um Anerkennung' und dessen aktualisierte Lesart bei Axel Honneth und Charles Taylor (Honneth 1992, 2005; Taylor 1993). Erwähnenswert ist auch die Studie ‚Bound by Recognition' von Patchen Markell sowie das jüngst erschienene Buch ‚Wege der Anerkennung' von Paul Ricœur (Markell 2003; Ricœur 2006). Auch Iris Young schließt, darin Axel Honneth und Nancy Fraser nicht unähnlich, in ihren Überlegungen an die Kämpfe sozialer Bewegungen an (Fraser/Honneth 2003). Sehr viel dezidierter jedoch als die Genannten schlägt Young vor, von verschiedenen Formen gelungener sozialer Praxis zu lernen und sie ins Politische zu übertragen.

Iris Marion Young geht es nicht um eine Politisierung des Sozialen. Young greift vielmehr Praxisformen auf, die im Sozialen entstanden sind und sich dort bewährt haben, um sie auch im Politischen zu erproben. Sie fragt danach, wo sich im Alltag Formen der Anerkennung finden lassen und schlägt einen *Transfer* dieser Praxis in den Bereich politischer Debatten vor.

In meinem Beitrag werde ich Youngs in vielerlei Hinsicht anschlussfähigen Ansatz zunächst nachzeichnen. Dabei gehe ich zuerst auf Exklusion als ein Problem innerhalb der deliberativen Demokratietheorie und in der politischen Praxis ein, bevor ich über Inklusion als eine normative Forderung spreche. Sodann widme ich mich der These Iris Youngs, die anerkennende Einbindung (*inclusion*) zuvor ausgeschlossener Gruppen ermögliche die politische Partizipation. Die offizielle Begrüßung (*greeting*, *public address*) stelle ich als Form einer anerkennenden Einbindung zuvor ausgeschlossener Gruppen in politische Debatten dar.

Abschließend frage ich danach, wie innerhalb der politischen Theorie gesellschaftliche und politische Transformation konzipiert wird.

Indem ich darstelle, wie eine Transformation durch Praxis gedacht werden kann, greife ich die Thesen Youngs zustimmend auf, werde aber auch weiterreichende Vorschläge unterbreiten.

1 Exklusion und Inklusion in der deliberativen Demokratietheorie

Young möchte ein normatives Ideal der Demokratie entfalten, das einen öffentlich zugänglichen Kommunikationsprozess zwischen ‚citizens' und ‚public officials', also zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits und den Politikerinnen und Regierungsbeamten andererseits darstellt. Beide Gruppen unterbreiten sich Vorschläge und kritisieren einander mit dem Ziel, die anderen von der besten Lösung für ein gemeinsames Problem zu überzeugen.

Eine solche institutionalisierte öffentliche Kommunikation ist für die amerikanische Kommunalpolitik naheliegender als für demokratische Debatten in der Bundesrepublik Deutschland. Dennoch wird in der ‚deliberativen Theorie der Demokratie' parlamentarische Politik als eingerahmt von und mindestens teilweise basierend auf öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen der Bürgerinnen und Bürger verstanden. Wenigstens konzeptuell sollen sich alle Mitglieder eines politischen Gemeinwesens an öffentliche Debatten beteiligen können.

Entfaltet wird die ‚deliberative Demokratietheorie' in dem Buch ‚Faktizität und Geltung' von Jürgen Habermas, wobei er an Überlegungen seiner früheren Werke anschließt. Mit ihrer Auffassung von demokratischer Politik greift Young die Vorschläge von Habermas auf, um sie zugleich auch zu modifizieren und zu erweitern. Für Young wie für Habermas stellt die Exklusion von der Möglichkeit, sich an beratschlagenden Debatten über politische Fragen zu beteiligen, ein zentrales Thema deliberativer Theorie und Politik dar. Denn für die deliberative Politik genießt das Ziel, Ausgrenzungen zu vermeiden oder wenigstens zu verringern, eine hohe Priorität. Die normative Forderung der Inklusion bildet einen Dreh- und Angelpunkt der deliberativen Demokratietheorie (Habermas 1992: 367-372), mindestens insofern sie sich mit den Begriffen der Öffentlichkeit und Gleichberechtigung fassen lässt (Habermas 1983: 98f).

Einerseits ist es wichtig, dass die Beratungen „inklusiv und öffentlich" sind und niemand ausgeschlossen wird: Gleiche Chancen des Zugangs und der Teilnahme sollen vorhanden sein (Habermas 1992: 370). Andererseits wird eine „Gleichstellung der Teilnehmer" angestrebt, so dass neben der Zugangschancengleichheit auch „gleiche Chancen, gehört zu werden" bestehen (Habermas 1992: 370).

Zwar kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Postulate in jeder Debatte auch tatsächlich erfüllt sind. Aber zumindest eine annähernde Erfüllung sollte erreicht werden (Habermas 1983: 53-125, 102; Habermas 1991: 134). Idealerweise spiegeln sich die normativen Forderungen einer ‚idealen Prozedur' Jürgen Habermas zufolge auch in den gesellschaftlichen Institutionen (Habermas 1992: 368). Zugleich können die Postulate als *Kriterien der Güte* verstanden werden und bleiben eine Herausforderung.

Dieser Herausforderung hat sich Iris Marion Young gestellt. Sie fragt zunächst danach, was Exklusion erzeugt, auf welche Weise also Chancengleichheit und Gleichberechtigung verhindert werden. Anschließend zeigt sie Wege auf, wie Inklusion, wie eine chancengleiche und gleichberechtigte Beteiligung möglicher werden könnte. Ihre zentrale Frage lautet: Wie können Hindernisse beseitigt werden, so dass demokratische Beratschlagung (*deliberation*) tatsächlich mehr als bisher dem von Habermas formulierten Anspruch der Gleichberechtigung genügt?

In ihrem Buch ‚Inclusion and Democracy' schildert Young das Problem mangelnder Einbindung (*inclusion*) bestimmter gesellschaftli-

cher Gruppen in politische Debatten (Young 2000). Vielen marginalisierten Mitgliedern der Gesellschaft werde die Partizipation an politischen Meinungsbildungs- und Willensbildungsprozessen sowie an entsprechenden Entscheidungen selbst dann verwehrt, wenn das Ergebnis der politischen Entscheidungen sie direkt betreffe. Für Iris Young sind politische Entscheidungen in einer Demokratie jedoch nur dann legitim, wenn diejenigen Menschen, die von ihnen unmittelbar oder auch nur mittelbar betroffen sind, am Entscheidungsprozess beteiligt waren (Young 2000: 53; siehe dazu auch Habermas 1983: 98-102; Habermas 1991: 134).

Explizit untersucht Iris Young verschiedene Aspekte demokratischer Praxis unter den Bedingungen struktureller Ungleichheit zwischen sozialen Gruppen, die sie als Ungerechtigkeit begreift (Young 2000: 4). Für Young ist die Forderung der Inklusion mehr als ein normatives Ideal. Sie möchte tatsächlich mehr Gerechtigkeit erreichen und strukturelle Ungleichheit mindern. Den demokratischen Prozess hält Young für einen angemessenen Weg, um langfristig einen entsprechenden – rechtlichen, bürokratisch-administrativen und gesellschaftlichen – Wandel zu bewirken (Young 2000: 5).

2 Exklusion und Ignoranz

Young unterscheidet zwei Formen des Ausschlusses: Während sie mit „external exclusion" beschreibt, dass Menschen faktisch ‚vor der Tür bleiben' müssen, meint ‚internal exclusion', etwa im Sinne von ‚Ignoranz', einen Ausschluss auf der Grundlage von Auftreten und Verhalten, Ausdrucksform und Darstellungsweise. Als ein politisches Beispiel der (*external*) Exklusion führt Iris Young die US-amerikanische Sozialstaatsreform in den Jahren 1992 bis 1996 an. Alleinerziehende Mütter mit geringem Einkommen wurden im Zuge der Debatten um diese Reform nicht wie gleichberechtigte Bürgerinnen behandelt (Young 2000: 62). Stattdessen betrachtete man sie als Objekte der Diskussion oder als ein zu lösendes Problem (Young 2000: 62).

Die Ignoranz (*internal exclusion*) dagegen charakterisiert Iris Young, indem sie beschreibt, wie marginalisierten Menschen Anerkennung vorenthalten werde. Einigen Repräsentanten bestimmter Gruppen wird dabei zwar ein Raum für die Artikulation ihrer Interessen zugestanden. Dies geschehe aber nur pro forma, tatsächlich würden die Angelegenheiten dieser Menschen nicht ernst genommen, sondern als belanglos und nebensächlich abgetan. Young kritisiert in diesem Zusammenhang insbesondere eine zu enge Auffassung davon, wie die Beteiligung an einer Debatte gestaltet sein soll. Die Vorherrschaft bestimmter Standards der Rede und des sprachlichen Ausdrucks könne leicht dazu führen, dass Menschen, die ihnen nicht entsprechen, keine Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ein Anliegen, das ohne Fachbegriffe, in fehlerhafter Sprache, gefühlsbetont oder unter Verweis auf die eigene Biographie vorgetragen werde, gelte leicht als unwichtig, denn gerade der Eindruck einer einleuchtenden Argumentation spiele eine wesentliche Rolle bei der Akzeptanz von Beiträgen in Debatten (Young 2000: 55f).

3 Inklusion: Anerkennende Einbindung durch eine offizielle Begrüßung

Ganz praktisch erwächst die Forderung der Inklusion, so betont Iris Young, aus Erfahrungen der Exklusion, aus Erlebnissen des Ausschlusses von grundlegenden politischen Rechten, von der Möglichkeit der Partizipation sowie von bestimmten Formen der habituell und sprachlich standardisierten Kommunikation (Young 2000: 6). Young beklagt, dass in öffentlichen Debatten gelegentlich über Menschen gesprochen werde, die anwesend sind, statt *mit* ihnen

zu sprechen. Auch geschehe es, dass bestimmte Menschen einfach ignoriert würden (Young 2000: 57).

Durch freiere und zugänglichere Arten der Debatten, so überlegt Young, könnten Ausgrenzungen vermindert werden. Dadurch möchte sie eine vermehrte Einbindung (*inclusion*) verwirklichen. Dies betrifft Individuen und Gruppen, die sich zuvor nicht beteiligen konnten, und zwar sowohl zu Beginn als auch während einer politischen Beratung. Damit reflektiert Iris Young auf zwei verschiedene Phänomenbereiche: Einerseits analysiert sie verschiedene Arten der Exklusion. Andererseits erörtert sie theoretische Konzepte und Erscheinungsformen *gelingender Praxis* (siehe dazu auch Conradi 2008). Im Idealfall sind sie geeignet, gesellschaftlicher Diskriminierung und Exklusion entgegenzuwirken, Menschen an Debatten zu beteiligen, sie einzubinden und zugleich Formen der Anerkennung zu etablieren.

Iris Young weist auf Formen der Kommunikation hin, die im Sozialen erprobt sind und die im Politischen eine stärkere Einbindung und Anerkennung marginalisierter Gruppen bewirken könnten (Young 2000: 57ff, siehe auch 53). Als Beispiel eines solchen Transfers vom Sozialen ins Politische, von der alltäglichen Interaktion in die politische Debatte, schlägt Iris Young das Grüßen vor: „My method begins by reflecting on and making explicit the normative implications of the most everyday non-political communication gestures. At the most basic level, ‚greeting' refers to those moments in everyday communication where people acknowledge one another in their particularity" (Young 2000: 57f). Durch die Begrüßung (*greeting*) oder auch die offizielle Anrede (*public address*, *public acknowledgement*) bestimmter Personen oder Gruppen werde deren Subjektivität angesprochen und dadurch beispielsweise Vertrauen gebildet (Young 2000: 7, 53, 57). Als Geste ermögliche das Grüßen eine anerkennende Einbindung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Debatte.

Allerdings, so betont Young, könne das Grüßen nur dann in der beschriebenen Weise wirken, wenn es tatsächlich zu einem Teil des Entscheidungsfindungsprozesses werde. Eine lediglich diplomatisch aufgesagte Formel trage nicht zur Verständigung bei, wenn die tatsächlichen Entscheidungen hinter verschlossenen Türen stattfänden (Young 2000: 60). Entsprechend benennt Young auch die Gefahr, dass im Zuge des Grüßens Oberflächlichkeit und Unehrlichkeit Raum greifen könnten. Überzeugend sei eine Begrüßung jedoch insbesondere dann, wenn Menschen ausdrücklich benannt, sie einzeln, konkret und in ihrer Besonderheit angesprochen würden. Dies könne zu einer Auflockerung starrer Kommunikationsstrukturen beitragen. Das Grüßen ersetzt die Argumente nicht, aber es begleitet sie (Young 2000: 79).

Als Beispiel für das gelungene Grüßen führt Young nicht nur übliche Begrüßungs- und Verabschiedungsformeln wie ‚Guten Tag' an, sondern auch andere Formen der Kommunikation, die Debatten einbeziehender gestalten. Schließlich zählt dazu für sie auch das Anbieten von Speis und Trank (Young 2000: 58). Grußworte können, darauf weist Young in diesem Zusammenhang hin, auch ein formeller Teil politischer Prozesse sein. Als Beispiel führt sie die Maori an. Die unter den Maori übliche Begrüßung sei inzwischen zu einem Bestandteil allgemeiner Politik in Neuseeland geworden (Young 2000: 59).

Iris Marion Young geht es um die einbeziehende und Verschiedenheit berücksichtigende Theorie und Praxis einer auf Debatten basierenden Demokratie (Young 2000: 80). Ihr ist daran gelegen, dass in der deliberativen Demokratie nicht eine bestimmte Art und Weise privilegiert wird, Argumente vorzubringen und Forderungen zu formulieren. Jeder Ausdrucksweise, die auf Kooperation zielt und auf eine Lösung kollektiver Probleme, sollte Aufmerksamkeit geschenkt werden (Young 2000: 80).

Verschiedene Kriterien werden diesbezüglich von ihr angeführt: Gute und weniger gute Argumente sind voneinander zu unterscheiden, überzeugende und zielführende Argumente von solchen, die ins Nichts führen. Klares Sprechen ist dem konfusen vorzuziehen; auf den Punkt kommen, statt Zeit zu verschwenden; Komplexität berücksichtigen statt Einfachheit. Aber Young betont, dass diese Kriterien eher als Tugenden verstanden werden sollten, die sich mit einer zunehmenden Streitkultur ausbilden. Im Rahmen einer solchen Streitkultur können entsprechende Fähigkeiten entdeckt, vertieft und ausgebaut werden. Keinesfalls sollten sie aber als Eintrittskarte zur Debatte missverstanden werden (Young 2000: 80). Wenn Menschen also durch die Teilnahme an Debatten lernen, verständlich und überzeugend zu argumentieren, so ist dies ein Gewinn. Falls aber der Zutritt zur Debatte selbst an das Kriterium verständlicher und überzeugender Argumentation geknüpft wird, dann ist dies eine Form der Exklusion, die es zu vermeiden gilt.

4 Inklusion und die Transformation durch Praxis

Iris Young untersucht nicht nur Erscheinungsformen der Exklusion, sondern erörtert insbesondere auch Formen gelungener Praxis, die dem gesellschaftlichen Ausschluss entgegenzuwirken vermögen. Damit ist auch die Frage berührt, wie eigentlich politischer und gesellschaftlicher Wandel zu verstehen sei.

In den Sozialwissenschaften werden üblicherweise zwei Wege der Transformation diskutiert: Die Steuerung durch Gesetzgebung und Implementierung oder gestaltende, begleitende und erzieherische Maßnahmen beispielsweise im Rahmen der politischen Bildung, Erwachsenenbildung oder Sozialpolitik. Iris Young unterbreitet weitergehend einen dritten Vorschlag: Sie setzt bei den demokratischen Debatten selbst an und schlägt vor, in deren Rahmen Neuerungen einzuführen.

Jürgen Habermas konzipiert das Verfahren öffentlicher Diskussionen um Normen vor allem als Kriterium der Legitimität. Damit spricht er eher dem Ergebnis der Debatten verändernde Kraft zu als anerkennenden Gesten, die im Laufe der Diskussion vollzogen werden. Indem Iris Young Formen der Praxis, die uns aus dem sozialen Bereich vertraut sind, in die politische Kommunikation einführt, schlägt sie dagegen vor, auch öffentliche Debatten selbst als einen Ort der Veränderung zu begreifen. Für Young spielt dabei die in zivilgesellschaftlichen Gruppen erprobte Praxis eine wichtige Rolle (Young 2000: 155).

Da Iris Young aus dem sozialen Bereich geläufige Praxisformen in die politische Kommunikation übernimmt, berücksichtigt sie deren normativ intrinsischen Wert, ohne sie allzuschnell in eine Opposition zu argumentativen Debatten über Normen zu stellen. Sie selbst spricht von „changing society through society“ (Young 2000: 178).

Darüber hinaus möchte ich betonen, dass beides von Bedeutung ist und einander auch sinnvoll ergänzen kann: die Veränderung der Praxis durch Praxis (Conradi 2008) und die Veränderung der Praxis durch öffentliche Debatten über Normen (Conradi 2001: 196ff; Benhabib 1995: 18).

5 Fazit

Von Iris Marion Young lässt sich lernen, dass strukturelle Ungleichheit demokratietheoretisch relevant ist. Eine Verringerung gesellschaftlicher Diskriminierung ist für den Erhalt und die Vertiefung einer demokratischen Streit- und Debattenkultur von großem Belang. Zur Verringerung gesellschaftlicher Diskriminierung wiederum kann es hilfreich sein, Formen der Praxis, die sich im Sozialen bewährt haben, in das Politische zu integrieren.

Ferner lässt sich von Young lernen, Politik und Demokratie von marginalisierten Menschen her zu denken und dies als eine Art Lackmustest zu begreifen. Allerdings sollte dabei berücksichtigt werden, dass eine Perspektive der Anerkennung danach fragt, wie dominante Kräfte in der Gesellschaft sich jenen gegenüber verhalten können, die am Rande stehen. Das ist wichtig und gut und der Ansatz von Iris Young ist dafür beinahe unumgänglich. Weitergehend muss aber auch danach gefragt werden, wie die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft verändert werden können, so dass bestimmte Menschen nicht mehr darum buhlen müssen, von anderen Menschen anerkannt zu werden – entlang von Maßstäben, die nicht von ihnen mitbestimmt wurden. Dann geht es darum, die Entstehung und Aufrechterhaltung von Andersheit zu untersuchen. Das bedeutet auch, die damit verbundenen Privilegien zu ermitteln und in Frage zu stellen. Zu thematisieren ist insbesondere, wie Menschen die Maßstäbe, an denen sie gemessen werden, mitbestimmen können.

Elisabeth Conradi ist Politikwissenschaftlerin, z. Zt. an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, und habilitiert an der Georg-August Universität Göttingen. Kontakt: www.econradi.de

Literatur

Benhabib, Seyla 1995: Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Conradi, Elisabeth 2001: Take Care. Grundlagen einer Ethik der Achtsamkeit. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Conradi, Elisabeth 2008: Kosmopolitische Zivilgesellschaft. Wandel zur Weltgesellschaft durch gelingendes Handeln. Habilitationsschrift Universität Göttingen.

Fraser, Nancy/Honneth, Axel 2003: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen 1983: Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen 1991: Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen 2003: Faktizität und Geltung. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992.

Honneth, Axel 1992: Kampf um Anerkennung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Honneth, Axel 2005: Verdinglichung. Eine anerkennungstheoretische Studie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Markell, Patchen 2003: Bound by Recognition. Princeton University Press.

Ricœur, Paul 2006: Wege der Anerkennung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Taylor, Charles/Gutmann, Amy (Hg.) 1993: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt am Main: Fischer.

Young, Iris Marion 2000: Inclusion and Democracy. Oxford University Press.

Regina Kreide

Gibt es eine gerechte Weise, ein T-Shirt zu produzieren?
Verantwortung und globale Gerechtigkeit bei Iris Marion Young

Man hat ja schon mal was von *Sweatshops* in China und im East End Londons gehört, und so frage ich die Verkäuferin in dem Uni-Shop, wo denn das T-Shirt, mit dem ich liebäugele und das seine Besitzerin im wahrsten Sinne des Wortes zur Trägerin der Marke *Goethe-Universität* werden lässt, produziert wurde. Die Verkäuferin zuckt fragend mit den Schultern, ich zögere und kaufe es dann doch. War das jetzt falsch?

Gehen wir der Frage, ob es eine gerechte Weise gibt, ein T-Shirt zu produzieren, ernsthaft nach, dann erfahren wir, dass dieses Shirt unter enormem Arbeitsdruck, erzwungenen Überstunden, einer zum Teil brutalen Verhinderung von Gewerkschaftsarbeit und einem extrem niedrigen Stundenlohn hergestellt wurde. Eine Näherin in China erhält durchschnittlich 10-13 US-Cent in der Stunde, eine Hilfsarbeiterin in El Salvador 75 US-Cent. Davon kann man auch in diesen Ländern nicht leben. Während aber die Näherin in El Salvador für ein *Nike*-Hemdchen pro Stück 21 Cent erhält – das sind 0,4% der Produktionskosten –, wird es für 55 Dollar in den USA verkauft. 10% dieses Verkaufspreises geht dabei in die Werbung. Die brasilianische National-Elf erhält 350 Millionen Dollar dafür, dass sie 10 Jahre lang mit dem *Nike*-Swoosh kickt und die Konkurrenz *Adidas* bezahlt dem Fußballstar David Beckham eine lebenslange Rente in Höhe von 161 Millionen Dollar, um den Absatz des Drei-Streifen Konzerns weiterhin auf der Zielgeraden zu halten.[1]

Was manchmal bei der gegenwärtig Diskussion um Armut vergessen wird: Die Armut in der Welt ist größtenteils Armut trotz Arbeit. Eine große Studie aus dem Jahre 2003 zeigt, dass annähernd 1,4 Milliarden Menschen in der Welt hart arbeiten und dennoch nicht über ein Einkommen verfügen, das ihnen erlauben würde, ein einigermaßen würdiges Leben zu führen. Sie schaffen es nicht, über die durch die Weltbank definierte Armutsgrenze von 2 Dollar am Tag zu kommen. 550 Millionen Menschen, die zu den weltweiten *working poor* gehören, verdienen nicht einmal 1 Dollar am Tag – die Einkommensgrenze, die für die Weltbank als Indikator für extreme Armut gilt.[2]

Doch was hat dies mit uns zu tun und dem Kauf eines T-Shirts? ‚Sehr viel', ist die Antwort von Iris Marion Young. Und doch auch wiederum viel zu wenig, denn die meisten von uns könnten gar nicht klar bestimmen, ob und welche Verantwortlichkeiten sich aus der Armut anderer ergeben. Das Problem aber ist so gravierend, dass Young die Frage, ob es eine gerechte Weise *gibt*, ein T-Shirt zu produzieren, klar verneint. Wenn es sie gibt, dann nur in Ausnahmefällen. So haben, nach langanhaltenden Protesten, einige amerikanische Universitäten ihre Werbeartikel auf fair produzierte und gehandelte Produkte umgestellt. Die Realität weltweit aber ist eine andere und führt uns am Beispiel der T-Shirt-Produktion eine ungerechte politische Weltordnung vor Augen. Die von Young schon früh diagnostizierten fünf Gesichter der Unterdrückung – Ausbeutung, Marginalisierung, Machtlosigkeit, Kulturimperialismus und Gewalt – lassen sich ohne weiteres auf die internationalen Verhältnisse übertragen (Kreide 2006).

Auf eine andere Frage, nämlich die, ob es eine gerechte Weise *gäbe*, ein T-Shirt zu produzieren, antwortet Young mit dem ausgeklügelten Vorschlag *politischer Verantwortung*, deren

Realisierung ihrer Ansicht nach eine wichtige Bedingung für eine gerechte politische Ordnung darstellt. Damit schlägt sie die für sie typische Brücke zwischen empirisch gespeister phänomenologischer Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse und der Begründung von Kriterien, die der Beurteilung dieser Verhältnisse dienen. Wer welche Verantwortung gegenüber wem für weltweit ungerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen hat und haben sollte, ist eine Frage, die bereits in ihren früheren Schriften immer wieder eine Rolle spielt (Young 1990: 150ff) und die sie mit Blick auf die Verantwortung gegenüber Arbeiterinnen in fernen Teilen der Welt in ihren jüngeren Arbeiten, unter anderen in den Artikeln ‚Responsibility, Social Connection, Global Labor Justice' (2007) und ‚Responsibility and Global Labor Justice' (2004) konkretisiert: Sind, mit Blick auf die Verantwortungsträger, in erster Linie die *Shareholder* und die Manager/innen, die viel Geld für Werbung und fast nichts für Löhne ausgeben, verantwortlich für die Armut trotz Arbeit? Sind es Länder wie El Salvador, das weltweit damit wirbt, die ‚besten' Produktionsbedingungen anzubieten? Oder sind die Konsument/innen dieser Ware in der Pflicht? Kurz: Ist die Verantwortung individueller oder kollektiver Natur und haben wir eine Verantwortung auch denen gegenüber, die in großer räumlicher und sozialer Distanz von uns leben?

1 Verantwortung als Haftung

Youngs Antwort auf diese Fragen findet sich in ihrer Konzeption politischer Verantwortung. Die lässt sich am besten vor dem Hintergrund ihrer Kritik an der in der Moralphilosophie und im Recht verbreiteten Vorstellung von Verantwortung als Haftung verdeutlichen. Der Haftungsansatz zeichnet sich durch drei Charakteristika aus, die allesamt ihre problematischen Seiten haben. Und doch schüttet Young das Kind mit dem Bade aus, wenn sie den Haftungsansatz in Bausch und Bogen zurückweist. Aber zuerst zu den drei Merkmalen der Haftungskonzeption.

Erstens steht bei den meisten Haftungsansätzen die *individuelle Verantwortungszuschreibung* im Mittelpunkt. Demnach wird Verantwortung jenen zugeschrieben, deren Handlungen kausal mit einem Ereignis in Zusammenhang gebracht werden können. Handlungsfolgen müssen eindeutig zuschreibbar sein. Das klingt intuitiv überzeugend und doch greift diese Vorstellung von Verantwortung zu kurz. Problematisch ist daran, dass nur die unmittelbar identifizierbaren Verursacher in den Blick gelangen, in unserem Fall die Manager und *Shareholder*. In vielen Fällen ist es aber nicht so einfach. Bei einem komplexen Problem wie dem der weltweiten Armut trotz Arbeit, kann meist gar nicht die eine Verursacherin oder die Gruppe von Verursacherinnen ausgemacht werden. Verschiedene Faktoren greifen Hand in Hand: Die schlechte Ausbildung der Arbeiterinnen, eine stark wettbewerbsorientierte Unternehmenspolitik, eine an den Vorgaben der internationalen Finanzorganisationen orientierte Wirtschaftspolitik, die mangelhafte Sozialpolitik eines Landes oder ein lückenhaftes internationales Arbeitsrecht tragen zur Verstetigung des Problems bei. Jeder einzelne dieser Faktoren ist zwar nicht harmlos, aber eine Gemengelage aller Aspekte kann im Effekt katastrophale Wirkungen besitzen, die der Haftungsbegriff der Verantwortung nach Ansicht von Young nicht einfangen kann.[3]

Ein *zweites* Charakteristikum des Haftungsansatzes liegt im bewussten *Wissen um die Wirkung von Handlungen.* Eine Handelnde muss sich darüber im klaren sein, was sie tut und sie muss um die Wirkung und die moralische Bedeutung der betreffenden Handlung wissen – ein Vermögen, das zwar durch Drogen oder Krankheit eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt sein kann, das aber ansonsten Ausdruck intendierten Handelns ist. Nicht in jeder Situation ist es jedoch sinnvoll, intendiertes Handeln

als Grundlage für Verantwortungszuschreibung zu sehen. Young verweist auf die Konzeption ‚strenger Haftung': Demnach kann jemand auch dann zur Verantwortung für eine schädigende Handlung gezogen werden, wenn diese Handlung nicht intendiert war (May 1993, Kapitel 2; Young 2004: 380). Das kennen wir im Alltagshandeln und im Strafrecht: Wenn ich jemandem aufs Auto fahre, hafte ich dafür, obwohl ich nicht absichtlich auf den Wagen aufgefahren bin. Intentionales Handeln ist, nach Young, nicht zwangsläufig eine Bedingung für die Übernahme von Verantwortung.[4]

Drittens bezieht sich das Haftungsmodell auf vergangene Handlungen sowie auf deren Bewertung und die dem Schaden entsprechende Kompensation. Verantwortung wird fast ausschließlich *retrospektiv,* aus einer ex post-Perspektive vorgenommen, die hauptsächlich auf Anklage und Tadel des Täters und auf Kompensationsforderung basiert. Young bezweifelt nicht, dass die retrospektive Verantwortung unter Umständen auch zukunftsorientiert sein, kritisiert aber – wie ich finde zu Recht – die Vernachlässigung alternativer Organisationsformen, vor allem die, die eine Art 'präventive´ Verantwortung propagieren.

Vor dem Hintergrund dieser nachdrücklichen Kritik entfaltet Young ihre Position der politischen Verantwortung, die, wie ich zeigen möchte, einige der genannten Probleme überwindet, sich aber neue Schwierigkeiten einhandelt.

2 Politische Verantwortung

Politische Verantwortung ist Verantwortung *durch* Mitgliedschaft. Das klingt nach ‚Sippenhaft' und dem Spruch ‚mitgefangen, mit gehangen', ist aber weit von einer undifferenzierten Verantwortungszuschreibung entfernt. Auch wenn man zunächst einmal stutzig wird, da sich Youngs Konzeption politischer Verantwortung dadurch auszeichnet, dass Verantwortungszuschreibung nicht *notwendigerweise* auf identifizierbare Täter zurückführbar sein muss – was nach Willkür klingt. Young aber geht mit Hannah Arendt, die die Verbrechen während der Nazi-Zeit vor Augen hatte, davon aus, dass man für das Verbrechen und Vergehen einer politischen Gemeinschaft verantwortlich sein kann (Arendt denkt an den Nationalstaat), *weil* man als Mitglied unentrinnbar mit den sozialen Strukturen verstrickt ist und die Schandtaten der einen durch die eigenen Handlungen direkt oder indirekt stützt (Arendt 1968/1987). Young nennt dies das ‚Social Connection Model' (Young 2006: 175ff) oder, in Übersetzung, das ‚Soziale Netzwerk-Modell'. Dabei ist unerheblich, dass man unfreiwillig durch die Geburt Mitglied einer Gemeinschaft geworden ist. Entscheidend ist allein, inwieweit man tatsächlich in Handlungs- und Strukturzusammenhänge involviert ist und welche Effekte dies auf andere hat. Wenn ich, als Angehörige einer reichen Industrienation, wie viele meiner Landsleute, von den grauenhaften Arbeitsbedingungen in Sonderwirtschaftszonen profitiere, da ich für wenig Geld Konsumgüter erstehen kann, ist die Tatsache, dass ich meinen Geburtsort nicht gewählt habe, für die Einschätzung dieses Zustandes nur insofern von Bedeutung, als dass sich daran ablesen lässt, inwieweit ich an Ungerechtigkeiten beteiligt bin und dies ändern könnte. Das ist, so könnte man sagen, die Kehrseite von Arendts Recht, ein Recht auf Mitgliedschaft zu besitzen. Mitgliedschaft im Sinne Youngs birgt Verantwortung.

Young erweitert diese Vorstellung partizipatorischer Verantwortung für die internationale Ebene. Da wir inzwischen nicht nur Mitglieder einer politisch abgegrenzten Gemeinschaft, sondern einer Weltgesellschaft sind, unterliegen wir damit weltweit unterdrückerischen politischen Institutionen, partizipieren und profitieren von ihnen (Young 2004: 376; Holland-Cunz 2003: 242). Drei Merkmale der transnationalen politischen Verantwortung sind besonders interessant.

Politische Verantwortung ist erstens *geteilte* Verantwortung, die aber nicht mit dem üblichen Verständnis von kollektiver Verantwortung verwechselt werden sollte (s.a. May 1992: 36ff). Während sich bei ersterer alle Mitglieder einer Gemeinschaft die Verantwortung für schädigende Handlungs- bzw. Strukturfolgen teilen und damit zunächst einmal alle verantwortlich sind, unabhängig von der tatsächlichen, individuellen Beteiligung, bedeutet kollektive Verantwortung die stellvertretende Übernahme von Verantwortung Einzelner für andere Mitglieder einer Gruppe. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn eine Organisation für ihre Mitglieder haftet oder wenn einem Gruppenmitglied völlig unzumutbar wäre, sich gegen eine Bedrohung aufzulehnen, unter der die ganze Gruppe zu leiden hätte. Wenn ein Bankräuber mit vorgehaltener Pistole viele Menschen in seiner Gewalt hält, könnten ihn alle zusammen überwältigen, aber niemandem ist dieses Opfer zuzumuten, da es vielleicht zwei bis drei Tote geben würde (Joel Feinberg 1991: 72ff). Noch deutlicher wird die Bedeutung kollektiver Verantwortung im Recht. In vielen Ländern hat sich inzwischen die Regelung eingespielt, dass es eine pauschale Verantwortung für bestimmte Lebensbereiche ohne Rücksicht auf ein konkret nachweisbares Verhalten besteht: Eine Ministerin muss für sämtliche Vorgänge in ihrem Ressort gerade stehen und von der Eigentümerin einer Sache wird erwartet, dass sie alles unternimmt, um mögliche Gefahren für andere abzuwenden, die durch ihr Eigentum verursacht werden könnten.

Youngs Konzeption geteilter Verantwortung hingegen geht davon aus, dass sich bei einer Reihe von Ungerechtigkeiten, die auf komplexe Probleme zurückgehen (wie die Armut trotz Arbeit), keine distributive Schuld ausmachen lässt, es also nicht möglich ist, den individuellen Anteil an der kollektiven Verursachung und dem Gefährdungspotential exakt zu messen und zu einer verlässlichen Zuschreibung von Verantwortung zu gelangen. Daher wählt Young einen anderen Weg. Sie interpretiert Verantwortung als zu leistende Maßnahme, die gegen zukünftige Ungerechtigkeiten schützen soll. Dem nachzukommen, ist Aufgabe aller Mitglieder des Kollektivs, die ihre Aktivitäten zur Beseitigung gravierender Missstände koordinieren müssen. Wer zu der Gruppe von Personen gehört, die Verantwortung tragen und für die Beseitigung von Übeln zuständig sind, sollte Gegenstand des politischen Prozesses sein. Damit wird auch deutlich, warum Young von *politischer* Verantwortung spricht: Verantwortung ist politisch in dem Sinne, dass es zum verantwortlichen Handeln gehört, einander im öffentlichen Diskurs von kollektiven Aktionen zu überzeugen, die ein zu behandelndes Problem lindern könnten. An diesem Punkt der Diskussion angelangt, lässt sich festhalten, dass wir *alle* verantwortlich sind, da und insofern wir eine ungerechte internationale Ordnung mit aufrechterhalten (Young 2004: 380).

Das führt uns zum *zweiten* Merkmal politischer Verantwortung, der bereits angeklungenen *Zukunftsorientiertheit*. Politische Verantwortung ist nicht rückwärtsgewandt, auf die Verursachung gerichtet, sondern zielt zukunftsorientiert auf die Veränderung bestehender Verhältnisse. Die Kompetenzen der Akteure entscheiden darüber, wer am besten zielgerichtet Verantwortung übernimmt, abhängig von der gesellschaftlichen Position und den jeweiligen politischen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen und Fähigkeiten (Young 2004:378).

Konkretisiert wird diese Annahme durch einen *dritten* Aspekt. Gegenstand der politischen Verantwortung sind nicht nur Handlungen und Interaktionen zwischen Menschen und deren negative (oder positive) Auswirkungen auf andere. Vielmehr werden Handlungen und Interaktionen im Rahmen struktureller Bedingungen gesehen, d.h. unter Einbeziehung der internationalen Institutionen, die den ‚Hintergrund' der Einzelhandlungen darstellen, sie beschränken

oder Anreize für sie bieten – was etwa durch das internationale Arbeitsrecht oder die internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen geschieht. Der Einzelne wird keineswegs aus der Verantwortung entlassen, aber der Blick führt weg von der Einzelhandlung und hin zu konzertierten Aktionen, die auf die Reform des Institutionensystems zielen. Eines nämlich ist für Young ziemlich klar: Wenn ich das Uni-T-Shirt, das wahrscheinlich unter unwürdigen Bedingungen hergestellt wurde, letztlich liegen lasse, richte ich mit diesem kleinen Widerstandsakt so gut wie gar nichts aus – es sei denn, er wird von einer größeren politischen Kampagne gegen *Sweatshops* oder ungerechte Arbeitsbedingungen effektvoll in Szene gesetzt.

3 Von der Haftung zur Kompetenz

Young vollzieht damit einen entscheidenden, geradezu paradigmatischen Schritt: Indem sie das Leistungsvermögen von individuellen Akteuren betont, überschreitet sie eine theoretische Scheidelinie. Von dem *Schadensverursachungsprinzip*, dem die Pflichten korrespondieren, für einen Schaden zu haften, ihn im Nachhinein zu kompensieren und zukünftige Schädigungen zu vermeiden, geht sie zum *Kompetenzprinzip* über: Auch wenn eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an der Aufrechterhaltung oder der Etablierung ungerechter Institutionen nicht deutlich ist oder gar nicht nachgewiesen werden kann, besteht nicht nur eine Verpflichtung, anderen keine ungerechten Institutionen aufzuzwingen (etwa durch transnationale Verträge, die ‚man nicht ablehnen kann'), sondern darüber hinaus sich für die Reform des bestehenden Regelsystems einzusetzen (auch O'Neill 2002). Das bedeutet nicht, dass alle die gleiche Verantwortung haben. Der Grad der Verantwortlichkeit ist abhängig von Art und Dichte der Vernetzung, des Eingebundenseins in politische und ökonomische Machtstrukturen (Calvin Klein kann mehr ausrichten als Xiau Hong, die Näherin), von den Interessen der Akteure (Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen-Konflikt), aber auch von den Konsumbedingungen (einkaufen nach dem ‚Geiz ist geil'-Motto in den Industriestaaten). Auch die letzten in der Kette werden nicht entlastet: Young legt Wert darauf, dass sich Verantwortung auch und gerade im lokalen Kontext manifestiert, am Arbeitsplatz, in der Stadt und der Kirche. Auch die Opfer von Ungerechtigkeit sind verantwortlich dafür, von ihrer spezifischen Position heraus für die Veränderung ihrer Situation einzutreten (Young 2004: 387).

So sehr ich mit Youngs Kompetenzkonzeption von Verantwortung sympathisiere, so wenig überzeugen mich drei Aspekte ihres Ansatzes.

Ein *erster* Punkt betrifft das Verhältnis von *Verantwortung und Pflichten*. Der Haftungsansatz, dem Young berechtigterweise Schwächen attestiert, hat einen entscheidenden Vorteil: Er betont die Wichtigkeit der sogenannten *prospektiven Verantwortungszuschreibung*. Die Zuschreibung von Verantwortung ist bei nichtintendierten Handlungen nur dann nicht willkürlich, wenn die Verantwortlichkeit bereits im Voraus erfolgte (Feinberg 1991: 54; Gosepath 2006: 390). Die Verantwortungszuschreibung orientiert sich an zuvor verfassten Verträgen oder an moralischen Normen und korrespondierenden Pflichten. Verantwortung geht nicht den Normen und Pflichten voraus, sondern basiert auf ihnen. Young aber scheint hier anderer Meinung zu sein. Mit Bezug auf Feinberg argumentiert sie dafür, dass Verantwortung der gegenüber Pflichten weiter gefasste Begriff und diesem vorgelagert sei: „Unlike duties, responsibility carries considerable discretion; one *must* carry out one's responsibilities, but *how* one does so is a matter for judgement according to what the responsibilities are for, the capabilities of agents, and the content of action". (Young 2004: 379) Wenn jedoch die Pflichten, die ich habe, nicht im Vorfeld geklärt wurden, kann ich

auch nicht ex post verantwortlich gemacht werden. Ein Unternehmen, das ein Gebäude sprengt, wodurch trotz ausreichender Sicherheitsvorkehrungen ein vom Geschehen weit entfernt laufender Passant durch einen umherirrenden Brocken verletzt wird, ist für die Verletzung verantwortlich, wenn zuvor (etwa durch ein Gesetz) eine generelle Haftung für diese und vergleichbare Fälle festgelegt wurde. Entsprechend müsste bestimmt werden, auf welche moralischen Pflichten oder zuvor festgelegten Verpflichtungen sich die politische Verantwortung bezieht. Wenn wir alle, ob intendiert oder nicht, die gegenwärtige ungerechte politische Ordnung stützen und dafür zur Verantwortung gezogen werden, dann nur, weil wir damit Gerechtigkeitspflichten verletzen, die wir als bereits geltend ansehen. Im Übrigen teile ich nicht die weitverbreitete Auffassung, solche Pflichten seien nur negativer Natur und zielten darauf, andere nicht zu schädigen. Einem Institutionensystem unterworfen zu sein, schließt positive Pflichten der Veränderung dieser Strukturen und der Etablierung gerechter Institutionen mit ein. Diese können, mit Blick auf Textilhandel und Textilproduktion, den wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten korrespondieren.

Zweitens überzeugt mich nicht, dass zwar Ungerechtigkeiten als Ergebnis der Partizipation von Millionen von Menschen in internationalen Institutionen diagnostiziert wird, aber die Verantwortung vom Grad der Verstrickung in diesen Institutionen und damit restlos *von der Verursachung abgekoppelt* ist – was natürlich mit der Zurückweisung des Haftungsmodells zusammenhängt. Ungerecht sind, nach Young, Verhältnisse der ungerechtfertigten Herrschaft, d.h. der Unterdrückung, der Ausbeutung, Erniedrigung, Diskriminierung, Marginalisierung (Young 1990: 150). Allein schon deshalb sind diejenigen, die solche Zustände *erwirken*, und in abgeschwächter Form, aufrechterhalten, in dem sie davon profitieren (Forst 2006: 412; Pogge 2002), in erster Linie verantwortlich; nicht zuletzt sind sie es auch, die am ehesten dafür sorgen könnten, dass sich diese Zustände ändern. Denn sie können beschreiben, was es heißt, unter schwierigsten Bedingungen arbeiten zu müssen und dennoch kein ‚würdiges Leben' (Margalit) führen zu können. Die, die unter diesem Regime leiden, die Näherinnen beispielsweise, haben zwar auch eine Pflicht, Normen wie die sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte zu respektieren und zu fördern. Sie aber sind vorrangig *berechtigt*, eine Änderung der ungerechten Verhältnisse im Sinne globaler Gerechtigkeit zu fordern. Es ist nicht ihre Pflicht, dies zu tun, sondern es ist ihr Recht, andere an ihre Verantwortung zu erinnern, diese Zustände auf politischem Wege zu ändern.

Schließlich spricht inzwischen viel dafür, eine Konzeption individueller Verantwortung durch eine Konzeption kollektiver Verantwortung zu ergänzen. Staaten sind ohnehin völkerrechtlich verpflichtet, die internationalen Menschenrechte zu respektieren. Aber kollektive private Akteure wie transnationale Unternehmen haben im letzten Jahrzehnt so erheblich an Macht gewonnen (der Tauschwert von *Merrill Lynch* übertrifft täglich das Bruttosozialprodukt aller afrikanischer Staaten zusammen – zumindest stimmte das vor dem Finanz-Crash im September 2008), dass sie als juridische Personen ungerechte Arbeitsverhältnisse herbeiführen und über ernormen Einfluss auf die Gestaltung des internationalen Wirtschaftssystems verfügen.

4 Präventive Haftung

Was bedeuten diese Einwände für Youngs Konzeption politischer Verantwortung? Ich denke, dass beide Formen der Verantwortung, die Haftungsverantwortung (prospektiv und retrospektiv) wie auch die Kompetenzverantwortung, einander ergänzen. Stärker noch, einen Begriff der Verantwortung zu verteidigen, der sich vom Haftungsbegriff loslöst, verkennt ein wichtiges Element der Verantwortung: Die Verantwortung

für Schäden (aber auch für Erfolg) ist ein stärkerer Grund für die Zuweisung einer Verpflichtung (‚Du hast dies verursacht') als der Bezug auf die de facto herrschende Bringschuld, anerkannte Pflichten zu erfüllen, weil man dazu in der Lage dazu (‚Du kannst helfen'). Letzteres Argument ist schwächer, weil diejenigen, die über die nötige Zeit, Fähigkeit und das Geld verfügen, wirkungsvoll Hilfe anzubieten, fragen könnten, warum gerade sie sich dafür einsetzen sollen und nicht andere, die womöglich schuld an der Misere sind und außerdem eher in der Lage sind, etwas zu tun.

Auf der anderen Seite hat auch der Kompetenzansatz einen entscheidenden Vorteil. Er greift genau dann, wenn es brenzlig wird: wenn nicht zwingend eine kausale Beziehung identifiziert werden kann oder wenn eine klare Zuschreibung des Verschuldens umstritten ist, obwohl die Lage für viele Menschen katastrophal ist. Unter diesen Umständen erscheint es müßig, lange und zermürbend darüber zu beraten, wer in welchem Ausmaß die Situation mitverschuldet hat. Was zählt ist, wer kompetent Hilfe leisten, effizient zur Änderung der schlechten Situation beitragen kann und Leben retten kann. Und das sind, wie bereits erwähnt, meistens die, die am besten vernetzt sind und über weitreichenden politischen oder ökonomischen Einfluss verfügen. An dieser Stelle wird ein erster Zusammenhang zwischen Kompetenz und Haftung deutlich: Die Akteure, die es vermögen, Ungerechtigkeiten aufzuheben, sind potentiell auch jene, die Ungerechtigkeiten in großem Stil verursachen können. Sie haften jedoch für beides: für das, was sie verübt haben und für das,

wenn auch in abgeschwächter Form, was sie unterlassen haben zu tun, damit Unrecht nicht geschieht.

Die Überwindung globaler ökonomischer Ungerechtigkeit lässt sich somit am besten als zweigleisiges Projekt verstehen: Es basiert zum einen darauf, dass bei *Schädigungen* (und auch bei *Erfolg*) Verantwortlichkeit im Rahmen der zuvor festgestellten Zuständigkeit den Handelnden zugeschrieben wird. Gemessen wird die Verantwortlichkeit sowie Höhe und Art der Kompensation anhand des Schadensausmaßes (oder des Erfolgs). Auf Basis dessen kann dann zweitens bestimmt werden, wer politisch verantwortlich ist, *zukünftig* zu erwartende Schäden präventiv abzuwenden (oder zukünftig Erfolge herbeizuführen). Das setzt die von Young geforderte Analyse des Potentials der Einzelnen und der international operierenden Kollektive zur Reform des Institutionensystems voraus und bleibt doch auf die Verursachung von Zuständen bezogen. Der Kompetenzansatz, so könnte man sagen, sitzt nämlich dem Haftungsansatz parasitär auf: Letztlich bestimmt man das, was vorbeugend getan werden sollte, um institutionelle und andere Ungerechtigkeiten zu vermeiden, im Lichte der möglichen Schäden oder Verbesserungen – für die man dann, wie gehabt, haftet. Damit wird zugleich deutlich, wie man Youngs Verantwortungsansatz vielleicht am besten verstehen kann: als Modell *präventiver Haftung*, in dem die Mitglieder einer politischen Gemeinschaft sich nicht nur verpflichten, für die Beseitigung bestehenden Übels einzutreten. Sie tragen auch dafür Sorge, dass zukünftige Gefährdungen unterbleiben. Das erfordert, Institutionen zu schaffen, die die Organisation politischer Verantwortung in einer Weise übernehmen, dass es zu gerechteren Verhältnisse kommt.

Nichtsdestotrotz beginnt die politische Veränderung ungerechter Strukturen immer vor Ort: Dann, wenn man ein T-Shirt kauft und nutzt, und dabei weiß, dass in einer vernetzten Welt das Lokale globale politische Effekte besitzen kann. *Just buy – go public* könnte Youngs Motto sein, mit ‚just' in der doppelten Bedeutung von ‚einfach mal' und ‚gerecht'. Bewusst kaufen oder Konsumverweigerung nützen wenig, wenn diese Aktivität (oder deren Unterlassung) nicht in politische, öffentliche Aktionen einmünden. Die können umso wirkungsvoller sein, je gezielter sie sich auf die Veränderung ungerechter struktureller Bedingungen richten. Dafür sind wir alle verantwortlich.

Regina Kreide ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet z.Zt. an der Justus Liebig Universität Gießen. Kontakt: Regina.Kreide@sowi.uni-giessen.de

Anmerkungen

[1]Siehe dazu Material der NGO ‚Erklärung von Bern'.

[2]Siehe World Employment Report 2004/2005: 24. http://www.ilo.org/public/english/employment/strat/wer2004.htm. Es ist entscheidend, dass bei dieser Einkommensarmutsdefinition davon ausgegangen wird, dass jedes Familienmitglied über 1 bzw. 2 Dollar kaufkraftbereinigt am Tag verfügen können muss. Verdient ein Familienmitglied 50 Cent am Tag, aber ein anderes so viel, dass alle übrigen Familienmitglieder mehr als 1 bzw. 2 Dollar am Tag zur Verfügung haben, gilt auch ersteres Familienmitglied nicht als arm. Auf der anderen Seite gilt eine Familie als arm, wenn ein Mitglied 5 Dollar am Tag verdient, aber davon 10 Mitglieder ernähren muss, die alle keine Arbeit haben (World Employment Report 2004/2005: 26). Siehe auch Global Employment Trends Brief, Januar.

[3]Viele harmlose Einzelhandlungen können in einer Weise akkumulieren, die katastrophale Auswirkungen besitzen kann: Wenn ich jeden Morgen mit dem Auto zur Arbeit fahre und jeden Tag Strom verbrauche, kann das doch nicht

Ursache der globalen Erwärmung sein. Je weiter verbreitet eine Aktivität und die damit verbundenen Risiken und Gefahren (Emission), desto schwieriger ist es, den Ursprung dieser Effekte einem einzelnen Verursacher zuzuordnen, zumal, wenn es viele Verursacher gibt (Beck 2007). Dazu auch Derek Parfit 1984: 80ff.

[4]Interessant ist dies für die internationale Ebene, da häufiger behauptet wird, die Ergebnisse des Warentausches auf dem Markt seien die Folge nichtintendierter Handlungen, die sich deshalb einer normativen Bewertung entzögen (Hayek 1976).

Literatur

Arendt, Hannah 1987 [1968]: Collective Responsibility. In: Bernauer, J. W. (Hg.). Amor Mundi: Explorations in the Faith and Thought of Hannah Arendt, Boston: Martinus Nijhoff, 41-62.

Beck, Ulrich 2007: Weltrisikogesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Erklärung von Bern 2006: Saubere Sprüche, dreckige Hände. Zürich, http://www.evb.ch/p5399.html (letzter Zugriff 5.10. 2008).

Feinberg, Joel 1991 [1970]: Collective Responsibility. In: May, L./Hoffman, St. (Hg.), Collective Responsibility. Maryland: Maryland University Press, 53-67.

Forst, Rainer 2006: Verantwortung und (Un-)Gerechtigkeit: Kommentar zu Stefan Gosepath „Verantwortung für die Beseitigung von Übeln". In: Heidbrink, L./Hirsch, A. (Hg.), Verantwortung in der Zivilgesellschaft, Frankfurt am Main: Campus, 409-417.

Gosepath, Stefan 2006: Verantwortung für die Beseitigung von Übeln. In: Heidbrink, L./Hirsch, A.(Hg.), Verantwortung in der Zivilgesellschaft, Frankfurt am Main: Campus, 387-409.

Hayek, Friedrich A. von 1976: Law, Legislation and Liberty. Vol 2: The Mirage of Social Justice, London, Chicago: Chicago University Press.

Holland-Cunz, Barbara 2003: Die alte neue Frauenfrage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kreide, Regina 2006: Was heißt globale Gerechtigkeit aus feministischer Perspektive? In: Rosenzweig, B./Degener, U. (Hg.), Soziale Gerechtigkeit im Zeichen gesellschaftlichen und politischen Strukturwandels, Wiesbaden: VS, 131-150.

May, Larry 1992: Sharing Responsibility. Chicago/London.

O'Neill, Onora 2002: Agents of Justice. In: Pogge, Th. (Hg.), Global Justice. Cambridge: Polity, 188-203.

Parfit, Derek 1984: Reasons and Persons. Oxford: Clarendon.

Pogge, Thomas 2002: World Poverty and Human Rights, Cambridge: Polity.

World Employment Report 2004/2005, http://www.ilo.org/public/english/employment/strat/wer2004.htm (letzter Zugriff 19.02.2007).

Young, Iris M. 1990: Justice and the Politics of Difference. Princeton/New Jersey: Princeton University.

Young, Iris M. 2004: Responsibility and Global Labor Justice. In: The Journal of Political Philosophy, Vol. 12, No. 4, 365-388.

Young, *Iris M.* 2007: Responsibility, Social Connection, and Global Labor Justice. In: dies. Global Challenges. War, Self-Determination and Responsibility for Justice, Cambridge: Polity, 157-186.

Ina Kerner

Der Körper als Provokation
Iris Marion Youngs Texte über somatische Erfahrungen, Theorie und Politik

Im Sommer 2004, als ich Iris Marion Young das letzte Mal traf – sie hatte gerade an der Berliner Humboldt-Universität einen Vortrag über strukturelle Ungerechtigkeit und Differenzpolitik gehalten und stand nun bei Wein und Brezeln plaudernd im Foyer – erzählte sie, sie schreibe gerade einen Aufsatz über das Thema der Menstruation. Wir unterhielten uns über Simone de Beauvoir und ich hatte berichtet, dass und wie wir ein paar Tage vorher in einem Seminar über *Das andere Geschlecht* Youngs Beauvoir-Aufsatz *Humanismus, Gynozentrismus und feministische Politik* diskutiert hatten. In diesem Aufsatz aus der Mitte der 1980er Jahre stellt Young humanistische bzw. gleichheitstheoretische und gynozentrische bzw. differenzfeministische Positionen zunächst gegenüber, schlägt sich nach einer Abwägung der jeweiligen Potentiale und Risiken jedoch eher auf die Seite des Humanismus. Als dessen prominenteste Gewährsfrau wiederum weist sie in diesem Text Beauvoir aus.

Beauvoir selbst, wir wissen es, war die Menstruation ein Grauen – wie diverse andere Aspekte der weiblichen Körperlichkeit. Dennoch zog Young die feministische Klassikerin – von der sie sich in den vorangegangenen Jahrzehnten eher distanziert hatte – erneut zu Rate, als sie ihren Aufsatz über die Monatsblutung schrieb. Der Text ist 2005 erschienen, und zwar als Originalbeitrag in ihrem Band *On Female Body Experience. „Throwing like a Girl" and other Essays*. Dieses Buch vereint Aufsätze aus dem bereits 1990 herausgekommenen Band *Throwing like a Girl and Other Essays in Feminist Philosophy and Social Theory* mit neueren Arbeiten über weibliche somatische Erfahrungen und deren theoretische und politische Implikationen. Die Ersterscheinung dieser Texte zieht sich durch 25 Jahre, Youngs gesamte Schaffensperiode, von 1980 – da kam der Titelaufsatz *Throwing like a Girl* heraus – bis eben 2005. ‚Menstrual Meditations' heißt der letzte Körpertext. Dass ein solcher Titel nicht nur unter den Kolleginnen und Kollegen aus der politischen Theorie, sondern selbst in weiten Teilen der Geschlechterforschung Irritationen und peinlich-betretenes Kopfschütteln auslösen würde, muss Young dabei klar gewesen sein. Wahrscheinlich ist der Titel daher eine bewusste Provokation, das Unwohlsein damit ein intendierter Effekt. Womit wir schon mitten im Thema wären.

Young präsentierte sich Zeit ihres Lebens als feministische Theoretikerin. Als Aufgabe des Feminismus beschrieb sie einmal, „auf geschlechtsbedingte Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen und diese zu beseitigen" (Young 1989: 56). An anderer Stelle erläuterte sie ihr Feminismusverständnis als Arbeitsmodus oder Orientierung mit zwei zentralen Aspekten: erstens einem besonderen Augenmerk für die Effekte von Institutionen, Policies und Ideen auf Chancen und Wohlergehen von Frauen, und zwar besonders, wenn diese Effekte viele oder sogar alle Frauen negativ beeinträchtigen, verletzen oder benachteiligen; und zweitens einer Bezugnahme auf weibliche Erfahrungen, oder präziser – denn diese gleichen sich ja keinesfalls in allen Fällen – auf die Erfahrungen von Frauen (vgl. Young 1997: 3). Dieser politische bzw. methodologische Hintergrund legt eigentlich schon nahe, dass sich Young, wenn sie über Aspekte weiblicher Körperlichkeit schrieb, nicht

darauf beschränken konnte, deren Bedeutung für Einzelpersonen, deren Subjektivität oder Identität zu ergründen. Vielmehr dienen ihr körperliche Erfahrungen von Frauen als Ausgangspunkt, um über gesellschaftliche Normen und Institutionengefüge nachzudenken. Dabei geht es erstens um die Frage, welche Effekte diese für Erfahrungen weiblicher Körperlichkeit haben können bzw. empirisch oftmals haben. Zweitens geht es um die Frage, inwieweit institutionelle und organisatorische Arrangements wie z.B. diejenigen von Schulen oder von Arbeitsplätzen weiblicher Körperlichkeit gerecht werden. In beiden Fällen – soviel sollte klar sein – zeigt Young einen Zusammenhang auf zwischen somatischen Erfahrungen und gesellschaftlichen Umständen, also gewissermaßen zwischen Körpern und Politik. Damit führt sie die urfeministische Tradition fort, zugleich Geschlechtlichkeit zu entnaturalisieren und Gesellschaftskritik zu üben. Aber wird hier nicht im ersten Fall weibliche Körperlichkeit als sozial ausgewiesen und im zweiten eher nahe gelegt, die Spezifika weiblicher Körper zum Ausgangspunkt weitergehender kritischer Analysen zu machen? Geht es im ersten Fall um somatische Effekte von Gender und im zweiten um das Ableiten politischer Forderungen aus der sexuellen Differenz? Und sind das nicht zwei gänzlich unterschiedliche Projekte, bei denen im einen Fall unterstellt wird, politisch bzw. politiktheoretisch relevant seien weibliche Körpererfahrungen, weil sie stets sozial erzeugt werden, und im anderen, weil sie in diversen sozialen Kontexten und Arrangements keine zur Gewährleistung von Geschlechtergerechtigkeit hinreichende Berücksichtigung finden?

1 Jenseits von Sex und Gender

Schaut man sich das Themenspektrum der Aufsätze an, die in dem bereits erwähnten Band von 2005 *On Female Body Experience* versammelt sind, so fällt auf, dass es Young hier in der Tat um ganz unterschiedliche Aspekte der Körpererfahrungen von Mädchen und Frauen geht. In *Throwing like a Girl* etwa thematisiert sie empirisch feststellbare Geschlechterdifferenzen im Zusammenhang der Körperhaltung und von Bewegungsgewohnheiten im Raum, und fragt insbesondere nach den Spezifika des Raumbezugs von Mädchen und Frauen. In ihrem Aufsatz *Women Recovering Our Clothes* geht es um Mode, um die weiblichen Images, die an den Oberflächen der Textilbranche aufscheinen – man denke nur an Modemagazine und an Werbung – sowie um einen weiblichen Umgang mit Bekleidung und Mode-Industrie, der Freiheitspotentiale und Wohlergehen verspricht. Geschlechts- oder Reproduktionsorgane, also jene Körperteile, die traditionellerweise als Ausweis der Geschlechterdifferenz dienen, spielen hier keine Rolle – obwohl es ausdrücklich um *weibliche* Körpererfahrungen geht.

Anders ist das in Youngs Aufsatz über *Pregnant Embodiment*, in dem sie Erfahrungen der Schwangerschaft thematisiert, in ihrem Essay *Breasted Experience: The Look and the Feeling*, der von weiblichen Brüsten handelt, sowie in den der Regelblutung gewidmeten *Menstrual Meditations.* Doch auch hier besteht Youngs Anliegen keinesfalls darin, individuelle Wahrnehmungen vorsozial gedachter Geschlechtskörper zu erfassen. Vielmehr thematisiert sie hier die Effekte gesellschaftlicher Normen und Institutionengefüge auf Erfahrungen des weiblichen Geschlechtskörpers und seiner Funktionen. Da sie zudem – angelehnt an die Tradition der existentialistischen Phänomenologie, die insbesondere in den Essays über Raumbezug und über Schwangerschaft deutlich wird – davon ausgeht, dass Körpererfahrungen die Subjektivität und Identität einer Person beeinflussen (vgl. Young 1990: 16), unterläuft bzw. verwischt sie mit diesem theoretischen Programm deutlich die Sex/Gender-Unterscheidung, die Unterscheidung zwischen natürlich gegebenem Geschlechtskörper und sozial geprägter Ge-

schlechtsidentität, welche die feministische Theorie lang prägte und die Geschlechterpolitik noch heute oft bestimmt – nicht zuletzt im Gender Mainstreaming. Denn einerseits weist Young auch solche Körpererfahrungen als explizit weiblich aus, die mit Sex bzw. reproduktionsbezogenen Aspekten von Körperlichkeit nichts zu tun haben. Andererseits legt sie nahe, dass die Herausbildung von Geschlechtsidentitäten, dass Prozesse der geschlechtlichen Normierung oder des *Engenderings* zumindest teilweise über den Körper verlaufen – und dass insbesondere Erfahrungen mit der Reproduktion und mit Organen und Körperfunktionen, die mit der Reproduktion zumindest potentiell in engem Zusammenhang stehen, dabei eine nicht unerhebliche Rolle spielen können.

Dieses Unterlaufen der Sex/Gender-Unterscheidung zeigt sich nicht zuletzt daran, dass zumindest einige der zentralen analytischen Momente, die Youngs Analysen leiten, in Texten aus beiden Gruppen funktionieren, d.h. sowohl in jenen, die Aspekte von Gendernormen thematisieren, die unabhängig von anatomischen Unterschieden wirken – ob eine Person wie ein Mädchen oder wie ein Junge wirft, hat mit ihrem Körperbau und ihren Sexualorganen nichts zu tun –, als auch in jenen, die Erfahrungen mit genuin weiblichen Körperteilen oder -funktionen in den Mittelpunkt stellen. Das möchte ich anhand der Aufsätze über Schwangerschaft, Kleidung und Brüste kurz illustrieren.

2 Normen, Körper, Erfahrungen

Diese drei Texte – erschienen 1984, 1988 und 1990 – folgen letztlich einem ähnlichen Konstruktion- und Argumentationsmuster, einem Muster, das dem französischen Differenzfeminismus, namentlich Luce Irigaray und Julia Kristeva, viel verdankt. Dabei werden zunächst die Effekte androzentrischer Normensysteme auf weibliche Körpererfahrungen aufgezeigt. Davon ausgehend, dass Frauen nicht lediglich Opfer unterdrückender Geschlechterverhältnisse sind, sondern dass typisch weibliche Körpererfahrungen gleichzeitig Potentiale für positive Erlebnisse bergen und damit durchaus als Ideenreservoir für gesellschaftlichen Wandel angesehen werden können, folgt dann eine alternative, sozusagen weibliche Interpretation.

Was heißt das bezogen auf das Thema Schwangerschaft? Young geht hier zunächst von der These aus, in der Schwangerschaft manifestiere sich bilderbuchartig eine dezentrierte, gespaltene Subjektivität. Die Schwangere erlebe sich in einem Modus, nicht – oder man sollte vielleicht sagen – nicht nur sie selbst zu sein; zudem verflössen die Körpergrenzen. Young geht dabei durchaus davon aus, dass dieser Modus Quelle narzisstischen Genießens sein kann, Quelle von – um mit Kristeva zu sprechen – *Jouissance*. Die Medikalisierung der Schwangerschaft im androzentrisch geprägten, auf körperliche Konstanz gepolten Gesundheitssystem verhindere allerdings häufig, dass werdende Mütter ihre Schwangerschaft und die Entbindung positiv erleben können – denn sie entfremde Schwangere von ihrer Schwangerschafts- und Geburtserfahrung. Abhilfe versprechen Young zufolge Praktiken der Geburtshilfe, die eher auf Fürsorge denn auf Medikalisierung ausgerichtet sind (vgl. Young 2005: 49ff); als Beispiele lassen sich hier Hebammengeburten und Geburtshäuser anführen.

Ähnlich argumentiert Young hinsichtlich des Themas Kleidung. Ausgangspunkt ihrer Analyse ist hier die These, besonders die Werbung für Damenbekleidung sei von einem männlichen Blick geprägt, der Frauen objektiviere. Mit Irigaray geht sie dabei von einem an Visualität orientierten patriarchal-männlichen Begehren nach klar identifizierbaren Objekten aus – und setzt dem ein plurales, fluides, weibliches Begehren entgegen, das stärker taktil ausgerichtet sei. Angewandt auf Erfahrungen mit Kleidung ist Young der Auffassung, dass Frauen – der phallozentrischen Blick-Logik

zum Trotz – in drei verschiedenen Hinsichten einen lustvollen Umgang mit Mode pflegten: erstens durch den Genuss der Berührung des Stoffes, zweitens dadurch, dass Kleidung ein Medium des weiblichen Bonding sei – Stichwort Shopping-Touren unter Freundinnen –, sowie drittens durch eine von Fantasie geleitete Rezeption der medialen Inszenierungen der Bekleidungsindustrie. Young verweist jedoch auch auf die Schattenseiten der Lust an der Mode: Längst nicht jedes T-Shirt ist gerecht produziert (vgl. ebd. 63ff).

Und hinsichtlich weiblicher ‚Brusterfahrungen' spielt Young abermals das Fluide, Bewegliche gegen das Feste und Starre und eine Logik der Berührung oder des Körpergefühls gegen eine Logik des Blicks aus. Als dominante, phallozentrischen kulturellen Mustern folgende Körpernorm hinsichtlich weiblicher Brüste identifiziert Young eine Vorstellung, die anatomisch gesehen ohne Hilfsmittel – den BH – oder chirurgische Eingriffe für die meisten Frauen kaum oder gar nicht erreichbar ist: Der Normbusen ist groß, fest und steht ab. Dass sie sich in diesem Zusammenhang kritisch und besorgt über die plastische Chirurgie äußert und ausführlich die verschiedenen Komplikationen thematisiert, die Frauen durch operative Brustvergrößerungen drohen, liegt nahe. Mit einem Tonfall, den man wahrscheinlich der Freude an der Subversion zuschreiben kann, beschreibt sie außerdem, welchen Skandal für die androzentrische Blick-Ordnung das Ablegen des Büstenhalters darstellen würde. Da die patriarchal-heteronormative Geschlechterordnung außerdem darauf beruhe, Mutterschaft und Sexualität klar zu trennen, die weibliche Brust diese Unterscheidung allerdings unterlaufe, weist Young als weitere radikal-subversive Gegenmaßnahme die Affirmation dieser Unentscheidbarkeit aus – konkret solle das dadurch geschehen, die Praxis des Stillens als genussvolle, quasi-sexuelle Interaktion zwischen Mutter und Säugling zu reformulieren (vgl. ebd. 75).

Provokationen und Politik

Youngs Texte über Schwangerschaft, Mode und Brüste sind um die 20 Jahre alt, und weder ist hinsichtlich ihrer empirischen Aktualität das letzte Wort gesprochen, noch ist ausdiskutiert, ob der lacanianisch geprägte Differenzfeminismus tatsächlich das bestgeeignete Analysevokabular für diese Themenkomplexe bietet, oder ob nicht etwa Habituskonzepte (Bourdieu) oder Performativitätstheorien (Butler) weiter führen. Bemerkenswert sind Youngs Texte jedoch allemal – und zwar mindestens in drei Hinsichten. Die erste ist die bereits angeführte Verwischung der aus verschiedenen Gründen theoretisch und politisch nicht befriedigenden Sex/Gender-Unterscheidung.

Die zweite ist das hohe Provokationspotential, das die Texte prägt, ein Potential, dessen Durchschlagkraft sonst eher in der Gattung der Belletristik genutzt wird – Charlotte Roches Roman ‚Feuchtgebiete' ist eines der jüngsten Beispiele. Derart körperlich, derart im Privat-Intimen, aber auch derart radikal weiblich grundiert ist die politische Theorie selten – und das gilt selbst für ihre feministischen Varianten. Und Young setzt dafür einiges aufs Spiel. Denn nicht nur, wer sich dominanten Geschlechternormen widersetzt – und zum Beispiel in der Öffentlichkeit den BH weglässt –, läuft Gefahr, die Respektabilität, die eigene Anerkennung als normal zu gefährden anstatt die Normen zu verschieben. Judith Butler spricht in diesem Zusammenhang von der Gefahr des Verlusts kultureller Intelligibilität. Dasselbe lässt sich wahrscheinlich auch für die Provokation akademischer Gepflogenheiten und disziplinärer Mainstreams sagen. Für die politische Theorie ging Iris Marion Young hier in jedem Falle ausgesprochen weit.

Als Fallnetz hat sie in ihre körperbezogenen Erfahrungstexte jedoch immer wieder gesellschaftstheoretische Rahmen und konkrete politische Überlegungen eingebaut, und das ist der

dritte bemerkenswerte Aspekt an Youngs Zugriff auf weibliche somatische Erfahrungen. Im Zusammenhang der Schwangerschaft sind es Forderungen alternativer Begleitungs- und Entbindungspraktiken, mit Bezug auf die Mode vergisst sie die globale Dimension ihrer Produktionsbedingungen nicht, und hinsichtlich des Themas der Brüste kritisiert sie die kosmetische Chirurgie. Außerdem empfiehlt sie die Subversion androzentrisch geprägter Normen weiblicher Körperlichkeit – und zwar nicht ‚nur' aus Lust an der Provokation, sondern vor allem auch darum, weil sie ihr befreiende Wirkungen zuschreibt – und sie damit als Strategie feministischer Politik ausweist.

Und auch was die Menstruation angeht, um hierauf noch einmal zurückzukommen, kritisiert Young nicht nur den gesellschaftlichen Umgang mit diesem normalen menschlichen Vorgang, einen Umgang, der mit der Regelblutung höchstens als Hygieneproblem rechnet und daher vor allem bei Mädchen, doch auch bei erwachsenen Frauen Scham erzeuge; sondern sie prangert auch institutionelle Arrangements an, die blutenden Frauen das Leben schwer machen, wie zum Beispiel Firmen, die ihren Fließbandarbeiterinnen nur eine festgelegte und geringe Anzahl täglicher Toilettenpausen gestatten.

Folgt man Young, so hat die Umsetzung von Gerechtigkeit also durchaus viel mit der menschlichen Körperlichkeit zu tun, und zwar auch mit deren organischen Funktionen. Diese in den Blick zu nehmen – und damit das Überwinden intellektueller Körperscheu und Reserviertheit – wird damit gewissermaßen zur Pflicht für Theorie und Politik. Das mag einigen viel abverlangen. Young selbst jedenfalls war sich alles andere als zu schade, hier mit ihren eigenen riskanten Provokationen den Weg zu weisen.

Ina Kerner ist Politologin und arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin (PostDoc) am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der Technischen Universität Berlin. Kontakt: ina.kerner@tu-berlin.de

Literatur

Young, Iris Marion 1989: Humanismus, Gynozentrismus und feministische Politik. In: List, Elisabeth/ Studer, Herlinde (Hg.), Denkverhältnisse. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 37-65.

Young, Iris Marion 1990: Throwing Like a Girl and Other Essays in Feminist Philosophy and Social Theory. Bloomington – Indianapolis: Indiana UP.

Young, Iris Marion 1997: Intersecting Voices. Dilemmas of Gender, Political Philosophy, and Policy. Princeton: Princeton UP.

Young, Iris Marion 2005: On Female Body Experience. „Throwing Like a Girl" and Other Essays. Oxford – New York: Oxford UP.

Analyse

‚Embedded Racism' – Strategien der sozialen Verankerung bei NPD und BNP

Bereits Anfang der 1990er Jahre erschien in einem kleinen schweizerischen Verlag eine Schrift mit dem Titel „Zivilgesellschaft von rechts" (Hartmann/Horvath 1995), in der die Autoren am Beispiel der Zürcher Sektion der Schweizerischen Volkspartei (SVP) der Frage nachgingen, ob und gegebenenfalls wie diese Partei mit ihrer autoritären Orientierung und ihrem „ausgeprägt konservative[n] Gesellschafts- und Menschenbild" (Hartmann/Horvath 1995: 162) als zivilgesellschaftlicher Akteur auftrete und wahrnehmbar werde. Ob der dabei verwendete Begriff der Zivilgesellschaft als „Raum zwischen Wirtschaft und Staat", der sich aus „der Privatsphäre, den Vereinen und den sozialen Bewegungen sowie aus verschiedenen Formen öffentlicher Kommunikation" (Hartmann/Horvath 1995: 10) zusammensetze und von den Autoren vom Bereich der politischen Parteien geschieden wird, für eine Analyse rechtspopulistischer oder extrem rechter Bewegungen, Akteure und Aktivitäten produktiv verwendbar ist, soll hier nicht endgültig entschieden werden. Gleichwohl ist daran zu erinnern, dass die Wirkmächtigkeit von Begriff und Konzept Zivilgesellschaft in verschiedenen historischen und sozialen Kontexten nur unter Berücksichtigung der implizit enthaltenen Antithesen verstehbar wird (Heins 2004) und – will man den Begriff angesichts der häufig anzutreffenden Unschärfe nicht ganz verwerfen (Honneth 1998) – Begriff und Konzept der Zivilgesellschaft häufig als Platzhalter für ein Demokratisierungsprojekt stehen, das „die Möglichkeiten der politischen Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an politischer Meinungs-, Willens- und Entscheidungsfindung zu erweitern sucht, mit einer demokratischen Selbstbegrenzung der Akteure auf den – für weitere Demokratisierung offenstehenden – institutionellen Rahmen liberaler Demokratie" (Klein 2000: 1). Will man nicht bürgerschaftliche Formen des Auftretens von Teilen der extremen Rechten bereits als Ausweis zivilgesellschaftlichen Handelns nehmen, so ist an deren Verachtung der liberalen Demokratie und des Typus des Bürgers zu erinnern, dem der Typus des (politischen) Soldaten vorgezogen wird. Insofern ist wenig verwunderlich, dass der politische Alltagsdiskurs der Bundesrepublik Deutschland den Begriff der Zivilgesellschaft – wie sich an zahlreichen Aufrufen zu Aktionen ‚gegen rechts' nachvollziehen lässt – geradezu als Gegenthese zur extremen Rechten verwendet.

Dieser Beitrag fokussiert auf Strategien sozialer Verankerung bei der British National Party (BNP) und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und stellt einige Ergebnisse aus einer Forschungskooperation mit Historikern der Teesside-University in Middlesbrough (UK) vor. Das Projekt ist noch nicht abgeschlossen.

Die Auswahl der beiden Parteien rechtfertigt sich durch die herausgehobene Stellung, die beide Organisationen jeweils für die deutsche bzw. englische extreme Rechte haben. Hinsichtlich der Analyse von (Strategien) sozialer Verankerung sind insbesondere Aktivitäten zur Schwächung oder gar Aufhebung des Pariah-Status, Kriterien der Personalauswahl und dessen Verhalten im Falle eines Mandatsgewinns sowie Auswahl und Umsetzung der politischen Kampagnenthemen betrachtet worden. Unter ‚sozialer Verankerung' soll hier im Sinne einer Arbeitsdefinition eine Situation verstanden werden, in der Akteure der extremen Rechten, die auch als solche politisch offen auftreten, gesellschaftlich nicht in starkem Maße marginalisiert sind, sondern erkennbar – etwa anhand von Wahlergebnissen oder alltäglichen Interaktionsprozessen – anerkannt, gegebenenfalls sogar geschätzt werden. Für die Möglichkeit sozialer

Verankerung sind sowohl politische Gelegenheitsstrukturen, das politische und personelle Angebot der extremen Rechten sowie staatliche und gesellschaftliche Reaktionen auf das Auftreten der extremen Rechten relevant. Für eine solche soziale Verankerung gibt es – im Falle der NPD – in Teilen der Bundesländer Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern entsprechende Indizien; im Falle der BNP deutet sich eine soziale Verankerung derzeit vor allem in Teilen von West Yorkshire, East Lancashire, Barking and Dagenham sowie in Stoke-on-Trent an. Beide Parteien stehen seit einigen Jahren in regelmäßigem Kontakt, entsenden Delegationen zu Parteiveranstaltungen und präsentieren die jeweils andere in ihren Publikationen als wichtigsten Akteur der extremen Rechten im jeweiligen Land. Beide Parteien zielen – anders als etwa extrem rechte Intellektuellenzirkel – auf die Gewinnung von politischer Macht und die Bildung großer Gefolgschaft.

Die NPD

Für die NPD hat deren seit 1996 amtierender Parteivorsitzender Udo Voigt 1999 in einem Interview mit dem Parteiorgan ‚Deutsche Stimme' bezüglich der Beteiligung an Wahlen betont, dass dies nicht nur wegen der Erstattung der Wahlkampfauslagen für die Partei wichtig sei, sondern auch zum Verlassen der Hinterzimmer und damit zur Konfrontation mit dem politischen Gegner, die zur Schulung der eigenen Argumentation im Dialog mit dem ‚einfachen Mann von der Straße' zwinge. Diese Äußerung steht exemplarisch für zahlreiche andere, in denen Voigt und weitere Funktionsträger der Partei die Notwendigkeit (und die Möglichkeit) von Basisaktivitäten betont haben, die als zentrale Voraussetzung angesehen werden, um im Wahlkreis, am Wohnort und im Berufsleben bekannt zu werden. Ebenfalls im Jahr 1999 hatte Voigt in einer Publikation, die aus Anlass des 35-jährigen Bestehens der Partei erschienen war, gefordert, die Anstrengungen um die Gunst der WählerInnen auf der kommunalen Ebene zu intensivieren, da Erfolge auf dieser Ebene die Grundlage der weiteren politischen Arbeit seien. Auf der kommunalen Ebene sei die Möglichkeit gegeben, deutlich zu machen, dass es sich bei der Partei nicht lediglich um eine Postfachadresse handele, sondern dass sich hier reale Personen mit Verve für ‚deutsche Interessen' einsetzten.

Die strategische Option, an der sich die NPD orientiert, ist die Erwartung einer Vertiefung der sozialen Verwerfungen, in deren Folge – so die Kalkulation – große Teile der Bevölkerung jener Partei die Unterstützung zukommen lassen, die sich deutlich vom ‚System' und seinen Repräsentanten abgegrenzt habe und von diesen entsprechend bekämpft worden sei. Unter den aktuellen Bedingungen setzt die NPD – nach dem Scheitern der Westausdehnung bei den Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen und Bayern – auf die Stabilisierung ihres Einflusses in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern und im Jahr 2009 auf weitere (Wahl-)Erfolge in Thüringen und Sachsen. Der Fokussierung auf ostdeutsche Bundesländer liegt die Einschätzung zugrunde, dass die DDR nachkriegsgeschichtlich ‚deutscher' geblieben sei als die alte Bundesrepublik, da es keine der ‚Amerikanisierung' vergleichbare ‚Sowjetisierung' gegeben habe. Zudem hätten in der DDR gewisse Elemente eines preußischen Staatsverständnisses (z.B. Arbeitsethos) einen anerkannten Platz im Normensystem gehabt. Schließlich wird auf die besonders nachhaltigen ökonomischen und sozialen Krisenerfahrungen in den ostdeutschen Bundesländern verwiesen, aus der sich besonders gute Bedingungen ergäben, an die damit verbundenen Enttäuschungen und die Parteienverdrossenheit anzuknüpfen und die NPD zunächst als Protest-, dann auch als Programmpartei wählbar zu machen. Die Stabilisierung der NPD bei den sächsischen Kreistagswahlen im Juni 2008 zeigt, dass die NPD dabei gewisse Fortschritte macht.

Zu den zentralen Zielgruppen der facettenreichen NPD-Propaganda gehören jene konformistischen, konservierenden und rebellischen Varianten rechtspopulistischer Orientierungen (Dörre 2008: 247 ff)[1], die für die NPD-Strategie einer ‚Nationalisierung der sozialen Frage' besonders ansprechbar erscheinen (vgl. Virchow 2007).[2]

Hinsichtlich des Abschneidens bei Wahlen gilt u.a. die Respektabilität der KandidatInnen als ein wichtiger Faktor für den Wahlerfolg. Allerdings lässt sich im Fall der beiden Erfolge der NPD bei Landtagswahlen – Sachsen (2004) und Mecklenburg-Vorpommern (2006) – konstatieren, dass die auch massenmedial breit kommunizierte Verstrickung von führenden NPD-Aktivisten in Gewalttaten nicht dazu geführt hat, dass die NPD an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Ob die Zahl der für die NPD abgegebenen Stimmen noch höher gewesen wäre, hätte es die entsprechenden Vorkommnisse bzw. die Berichterstattung nicht gegeben, muss nach derzeitigem Kenntnisstand Spekulation bleiben.

Aus der Vielzahl der KandidatInnen, die die NPD in den vergangenen Jahren für die Wahl in Kommunal- und Landesparlamente nominiert hat, lassen sich vier verschiedene Typen bilden:

1) NPD-AktivistInnen im sechsten oder siebten Lebensjahrzehnt, die der Partei bereits mehr als zwanzig Jahre angehören, so dass sie auch durch die Phasen tiefster Parteikrisen geprägt wurden, der Partei jedoch treu geblieben sind. Diese Akteure sind häufig beruflich selbständig oder als Angestellte tätig bzw. gehören zur unteren Mittelschicht. Sie haben der Partei viele Ressourcen zur Verfügung gestellt, aber der Ertrag – etwa bei Wahlen – war stets gering. Sie sind in ihren Gemeinden als NPD-Mitglieder oder -Aktivisten bekannt, spielen jedoch darüber hinaus für die öffentliche Darstellung der Partei keine signifikante Rolle. Dieser Typ findet sich vor allem in den westlichen Bundesländern.

2) Junge Aktivisten, häufig Funktionsträger der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) mit einer – beispielsweise bei Demonstrationen erworbenen – ‚street credibility' stellen den zweiten Typus dar. Sie sind häufig aktionistisch orientiert, werden dadurch in ihrem Wohnumfeld und/oder durch Medienberichterstattung rasch bekannt und beteiligen sich häufig an überregionalen Aktivitäten der NPD bzw. anderer neonazistischer Akteure. Die Nominierung entsprechender Personen dient auch dem Zweck, die Partei als ‚junge Bewegung' zu inszenieren. Dieser Typus ist in Ost- und Westdeutschland anzutreffen.

3) Mit den Wahlerfolgen der Partei ist die NPD auch für Akteure interessant geworden, die bei vergleichsweise hoher formaler Qualifikation (Universitätsabschluss) über einen längeren Zeitraum (zwischen zehn und dreißig Jahren) und zum Teil in prekären finanziellen Verhältnissen längere Phasen als Funktionäre extrem rechter Organisationen oder als Verfasser von einschlägigen Schriften tätig waren und sich nun nicht zuletzt enger an der NPD orientieren, weil diese relativen Erfolg hat und damit auch Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Häufig eloquent und im Habitus dem Parlamentsbetrieb durchaus nicht fremd, bilden sie für die NPD ein wichtiges Gegengewicht zum vierten Typus.

4) Dieser Kandidatentyp wird insbesondere durch Angehörige der arbeitslosen bzw. arbeitenden Unterschicht gestellt, gelegentlich auch mit lumpenproletarischem Akzent. Für die Partei sind diese KandidatInnen der Nachweis, die Partei der ‚kleinen Leute' zu sein. Allerdings spielen diese KandidatInnen weder in der Partei eine wichtige Rolle noch treten sie nach außen – etwa als Redner – für sie auf.

Im Falle des Einzugs in Kommunal- und Landesparlamente ist der letztgenannte Typus häufig ‚unsichtbar', da Habitus und Abläufe des parlamentarischen Feldes ihm fremd sind. Während der dritte Typus, dessen berufliche und

politische Zukunft an Erfolg und Misserfolg der Partei gekoppelt ist, im Parlament sehr aktiv ist und sich häufig rhetorisch auf gleicher Augenhöhe mit anderen Parlamentariern zu bewegen vermag, lässt sich für die ersten beiden Typen kein eindeutiges Muster erkennen. Ihr Erscheinen und Auftreten im parlamentarischen Kontext hängt von weiteren Faktoren ab, so z.B. die Anzahl weiterer NPD-ParlamentarierInnen.

Das von NPD-Parteichef Voigt geforderte öffentliche Auftreten mit dem Ziel der sozialen Verankerung kann nicht ohne zeitliche Dimension und ohne die Verschränkung lokaler und überregionaler Wirkfaktoren analysiert werden. Insbesondere ist daran zu erinnern, dass einerseits die Wahlerfolge der NPD den Kreis der potentiell erfolgreichen KandidatInnen erweitert haben, in manchen Bundesländern jedoch nach wie vor bereits die flächendeckende Aufstellung von KandidatInnen als Erfolg vermeldet wird. Hinsichtlich der Strategie der sozialen Verankerung auf der kommunalen Ebene sind die Ressourcen, über die die Partei aufgrund ihrer Erfolge bei Landtagswahlen verfügen kann, von erheblicher Bedeutung. So produzieren die NPD-Fraktionen beispielsweise Informationsmaterial, welches auf lokaler Ebene eingesetzt wird, und sie betreiben ‚Bürgerbüros', über die die Bevölkerung vor Ort angesprochen werden kann.

Die BNP

Ähnlich wie die NPD versucht auch die BNP den Spannungsbogen ‚boots vs suits' bzw. ‚street vs ballot box' aufrecht zu erhalten. Dem eigenen Verständnis nach ist die BNP eine Partei, die die britische Gesellschaft entlang rassistischer Kriterien grundlegend neu ausrichten möchte; gegenüber der (‚weißen') Öffentlichkeit tritt sie insbesondere als Anklägerin einer angeblichen Islamisierung Großbritanniens auf und verknüpft das Thema Arbeits- und Fluchtmigration mit dem Diskurs über den ‚islamistischen Terror'. Als Vertreterin der als marginalisierte Minderheit bezeichneten ‚Weißen' inszeniert sie sich unter Verwendung der Semantik der Bürgerrechtsbewegung und beklagt die ‚Unfairness' gegenüber der ‚weißen' Bevölkerungsgruppe.

Angesichts der Krise (der Repräsentation) der Tories und der Labour Party verbuchte die BNP zwischen 2001 und 2003 einen stetigen Stimmenzuwachs (Yonwin 2004), der sich schließlich bei den lokalen Wahlen im Jahr 2003 in einem bis dahin unerreichten Zuwachs an Gemeinderatssitzen niederschlug: Statt lediglich drei verfügte sie nun über 16 Mandate, darunter alleine in Burnley acht.

Um lokale Verankerung zu erreichen, nimmt die BNP einerseits vergleichsweise unbedeutende, örtlich begrenzte Ereignisse bzw. Probleme auf und versucht mit einer provokativen Aktion die überregionale Aufmerksamkeit der Medien zu erregen, um diese wiederum im örtlichen Kontext als Beweis anzuführen, dass ohne ihr Zutun auch dieses Problem unbeachtet geblieben wäre (Renton 2005: 28). Zugleich stellt sie in ihrem Bemühen, bei den ‚Weißen' ein Minderheitenbewusstsein hervorzurufen, je spezifische Anrufungen fremdenfeindlicher Einstellungen her: Obwohl etwa Oldham und Burnley ökonomisch und sozio-kulturell ähnliche Bedingungen aufweisen, wurde in einem Fall die Furcht vor der Zunahme rassistisch motivierter Gewalt angesprochen, im anderen die Befürchtung einer privilegierten Verteilung von Ressourcen an die überwiegend ‚asiatischen Gegenden' der Stadt (Rhodes 2003; Copsey 2004).[3] In von der ökonomischen Entwicklung abgehängten und ‚sozial benachteiligten' Orten wie Oldham und Burnley konnte die BNP ihren Stimmenanteil im Verlaufe mehrerer Jahre bei über 10 Prozent stabilisieren, sie hatte gelernt „to present itself as an ordinary party, one that gained seats on the basis of its local activism" (Renton 2005: 27).[4]

Insbesondere die Bezugnahme der BNP auf lokale Belange trug dazu bei, dass die Partei –

trotz eines Pariah-Status im nationalen Rahmen – als ehrenhafter Akteur in der örtlichen politischen Arena angesehen wurde (Copsey 2004: 55). Mit der Behandlung und Zuspitzung lokaler Problemlagen – in mehreren Fällen auch durch gezielte Falschinformationen über eine angebliche Privilegierung von MigrantInnen – konnte die BNP sich Legitimität verschaffen. Mit ‚Ethnizität' bzw. ‚race' als Ordnungssemantik zur Erklärung ganz unterschiedlicher sozialer Missstände und mit der Vielfalt der angesprochenen Themen konnten verschiedene Wählergruppen erreicht werden. Zugleich wurde in den Stellungnahmen zu Zebrastreifen, Fahrbahnschwellen und Straßenlaternen immer wieder darauf verwiesen, dass solche Fragen von den anderen Parteien, insbesondere Labour, ignoriert würden. Im September 2004 gewann die BNP eine kommunale Nachwahl im traditionellen Londoner Labour-Wahlkreis Goresbrook mit 52 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Zwar hat die BNP bei den Kommunalwahlen vom Mai 2008 insgesamt über 100 lokale Mandate gewinnen können, allerdings ist in manchen Regionen, die bisher als Hochburgen galten, die Zahl der Sitze zurückgegangen, während an anderen Orten – etwa Stoke-on-Trent – mehrere Mandate hinzugekommen sind (Barkham 2008). Diese Veränderungen bei der Stimmabgabe – und möglicherweise auch im Ausmaß sozialer Verankerung – haben zahlreiche Gründe: Streit innerhalb der BNP, der zum Austritt oder Ausschluss mehrerer wichtiger WahlkampfakteurInnen und kommunaler Abgeordneter geführt hat; Fehlverhalten von BNP-Mandatsträgern mit der Folge des Verlusts des Mandats; Rückgang der plakativen Berichterstattung der Boulevardmedien über Flüchtlinge; sowie die umfangreiche antifaschistische Kampagne ‚Hope, not hate'. Während in manchen Regionen Ansätze einer BNP-Stammwählerschaft, insbesondere unter jungen Männern (Kundnani 2004), erkennbar werden und vor allem in London das Wählerpotential überdurchschnittlich hoch ist (The Joseph Rowntree Reform Trust Ltd. 2005), wurde die Anerkennung der BNP als respektabler politischer Akteur andernorts (rasch) wieder verspielt.

Teil der Strategie der BNP, ein ‚all-white'-Großbritannien zu schaffen, sind auch verschiedene Ansätze, ihren politischen Einfluss und die soziale Verankerung durch die Gründung von Vorfeldorganisationen zu verstärken. Hierzu zählen insbesondere die im Herbst 2005 gegründete Organisation ‚Civil Liberty', die im Dezember 2005 gegründete BNP-Gewerkschaft ‚Solidarity' sowie der Januar 2006 gegründete ‚Christian Council of Britain'.

Soziale Verankerung

NPD und BNP sind hinsichtlich ihrer Möglichkeiten der Mobilisierung von Zustimmung bzw. des Grades ihrer sozialen Verankerung nicht nur von politischen Gelegenheitsstrukturen abhängig, sondern auch vom Grad der gesellschaftlichen Ausgrenzung und Tabuisierung extrem rechter Positionen und Akteure. Diese kann im sozialen Nahfeld zum Teil durch ein Auftreten unterlaufen werden, das der Partei das Image des ‚Kümmerers' gibt. In diesem Sinne inszenieren sich NPD und BNP auf lokaler Ebene als politische Akteure, die die Interessen einer ‚white minority' in alltäglichen Problemkonstellationen zu vertreten vorgibt und dabei auf je kontext-spezifische Weise mit dem Thema Ethnizität und Migration verknüpft. Unterschiede in der Strategie bestehen u.a. hinsichtlich der Verwendung des Instruments ‚Demonstration', das die BNP weitaus sparsamer einsetzt als die NPD. Auch wenn die NPD bisher – mit Ausnahme rassistischer Tarnlisten – keine Vorfeldorganisationen unterhält, so haben sich ihre AktivistInnen in den letzten Jahren doch vermehrt in Sportvereinen, Elternvertretungen oder Bürgerinitiativen engagiert – ebenfalls ein Versuch, in der persönlichen Begegnung das Image des ‚Extremisten' abzubauen.

Ob dies dauerhaft gelingt und ein offenes Bekenntnis zu NPD (bzw. BNP) ohne negative Sanktionierung im beruflichen Umfeld oder in der Nachbarschaft bleibt, bzw. im Falle von Sanktionierung mit entsprechender Solidarisierung gerechnet werden kann, hängt von verschiedenen Faktoren ab, von denen nur einige von den beiden Parteien beeinflusst werden können. Andere Faktoren – wie die Entwicklung der ökonomischen Situation, Politik und Profil anderer Parteien, das Verhalten der ‚Zivilgesellschaft' – liegen außerhalb ihres unmittelbaren Einflussbereichs; für die Perspektive der sozialen Verankerung der extremen Rechten sind sie jedoch von besonderer Bedeutung.

Fabian Virchow ist Soziologe und promovierter Politikwissenschaftler. Er vertritt derzeit eine Professur für Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg. Kontakt: Virchow@staff.uni-marburg.de.

Anmerkungen

[1]Dörre versteht hierunter drei Ausprägungen rechtspopulistischer Axiomatik. Die rebellische Variante zeugt insbesondere von einem Zerfall kohärenter rationaler politischer Orientierungen, der sich auf der Handlungsebene als Schwanken zwischen Resignation und imaginärer Revolte manifestiert und neben dem ‚Fremden' insbesondere die politische Klasse für die eigene Lage verantwortlich macht. Mit der konservierenden Variante versuchen subjektiv vom sozialen Abstieg bedrohte Akteure die Mobilisierung von Ressentiments zur Sicherung ihres Status und dem damit verbundenen Zugang zu Ressourcen einzusetzen. Beim konformistischen Rechtspopulismus findet eine Überanpassung an hegemoniale Normen, die als Verhaltensmuster auch von allen anderen Gruppen erwartet wird.

[2]Entsprechend dieser Strategie plakatierte die NPD insbesondere in den grenznahen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen Plakate mit der Parole „Grenze dicht für Lohndrücker". Aber auch zu anderen Fragen nahm die Partei Stellung, so Anfang 2008 im niedersächsischen Landtagswahlkampf zur Leiharbeit oder mit einer Flugblattaktion vor den Toren von VW-Betriebsstätten zum Konflikt zwischen VW und Porsche.

[3]Hierzu gehört die Taktik, bereits bestehende interethnische Spannungen durch den Einsatz von Gewalt zu eskalieren, um diese danach nicht nur als legitime Form des Protestes gegen Immigration und Multikulturalismus zu rechtfertigen, sondern auch um sich selbst bei Wahlen als ‚Sprecherin' des Anliegens ‚der Weißen' ins Spiel zu bringen.

[4]Im Sommer 2003 war die BNP mit acht Ratsmitgliedern zweitstärkste politische Kraft in Burnley. Landesweit konnte die BNP 2005 bei den Wahlen mit 192.850 Stimmen für ihre 119 KandidatInnen ihren Stimmenanteil gegenüber 2001 verdreifachen. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2006 steigerte sie die Zahl ihrer Mandate von 20 auf 52. In Barking und Dagenham erzielte die BNP 11 Sitze.

Literatur

Barkham, Patrick 2008: Labour's lost ground. In: The Guardian vom 28. Mai 2008.

Copsey, Nigel 2004: Contemporary British Fascism. The British National Party and the Quest For Legitimacy. Basingstoke: Palgrave.

Dörre, Klaus 2008: Prekarisierung der Arbeit: Fördert sie einen neuen Autoritarismus? In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Hartmann, Hans/Horvath, Franz 1995[2]: Zivilgesellschaft von rechts. Die Erfolgsstory der Zürcher SVP. Zürich: Realotopia Verlagsgenossenschaft.

Heins, Volker 2004: Civil Society's Barbarisms. In: European Journal of Social Theory, Jg. 7, Heft 4, 499-517.

Honneth, Axel 1998: Democracy as Reflexive Cooperation: John Dewey and the Theory of Democracy Today. In: Political Theory, Jg. 26, Heft 6, 763-783.

Klein, Ansgar 2000: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Münster: WWU.

Kundnani, Arun 2004: Who votes BNP? In: IRR News, 27. April 2004.

Renton, David 2003: Examining the success of the British National Party, 1999-2003. In: Race & Class, Jg. 45, Heft 2, 75-85.

Renton, David 2005: ‚A day to make history'? The 2004 elections and the British National Party. In: Patterns of Prejudice, Jg. 39, Heft 1, 25-45.

Rhodes, James 2003: The ‚Local' Politics of the British National Party. In: SAGE Race Relations Abstract Jg. 31, Heft 4, 5-20.

The Joseph Rowntree Reform Trust Ltd. 2005: The Far Right in London: a challenge for local democracy? London.

Virchow, Fabian 2007: Volks- statt Klassenbewegung. Weltanschauung und Praxeologie der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland seit 1990 am Beispiel der ‚sozialen Frage'. In: Hofmann, Jürgen/Schneider, Michael (Hg.): ArbeiterInnenbewegung und Rechtsextremismus. Wien: Akademische Verlagsanstalt, 165-185.

Yonwin, Jessica 2004: Electoral performance of far-right parties in the UK. Library of House of Commons SN/SG/1982.

Analyse

Antiislamischer Populismus – ein rechter Erfolgsschlager?

War die Parole ‚Ausländer raus!' einst Ausdruck des klassischen, biologistisch argumentierenden Rassismus der extremen Rechten, so versucht man den eigenen Rassismus bereits seit geraumer Zeit in Form eines so genannten Ethnopluralismus zu vermitteln. Durch das neue Feindbild des Islam vollzieht sich aktuell jedoch im europäischen Rahmen ein weiterer propagandistischer Modernisierungsversuch: Zunehmend dient das Angstthema Islamismus als Projektionsfolie zur Popularisierung von Rassismus. Im Kontext der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem politischen Islamismus sieht die extreme Rechte insbesondere in populistischen und rassistischen Kampagnen gegen den Islam ein propagandistisches Erfolgsrezept.

Neues Kampagnenthema

In der Propaganda der extremen Rechten kommt gegenwärtig grenzüberschreitend der Verknüpfung der Religionszugehörigkeit mit der Zuwanderungsfrage größte Bedeutung zu: Identitätsstiftendes Merkmal dieses propagandistischen Modernisierungsversuches ist die inhaltliche Vermengung von antiislamischem Populismus mit einem völkischem Rassismus: ‚Deutsche wehrt euch – Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität' heißt es etwa in einer Kampagne des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Herbst des Jahres 2008. Im Aufruf der rechtsextremen Partei zu einer Demonstration unter diesem Motto wird die beschriebene Themenverknüpfung deutlich: „In allen Teilen Deutschlands erwehren sich standhaft Deutsche der Islamisierung ihrer Heimatstädte. Sie handeln für die schweigende Mehrheit. Nationale Politik ist die einzige Alternative zu diesem Multikulti-Wahn." (NPD NRW 2008) Die österreichische FPÖ-Funktionärin Susanne Winter erhielt für vergleichbare Äußerungen internationale Aufmerksamkeit: In der österreichischen Rechtsaußen-Zeitschrift ‚Zur Zeit' verknüpft die Politikerin in rassistischer Manier Fremdenfeindlichkeit mit Islamfeindlichkeit: „Die Anzahl der integrationsunwilligen ‚islamischen Landbesetzer' hat in Europa mittlerweile eine unerträgliche Größe erreicht", heißt es dort. Die „Islamisierung" betrifft nach Ansicht der FPÖ-Funktionärin alle

Städte Europas, der „muslimische Einwanderungs-Tsunami, der in den letzten Jahrzehnten unseren europäischen Kontinent mit Ausländern islamischen Glaubens überflutet“ habe, müsse „unbedingt und unverzüglich gestoppt werden“. Der Islam, so Winter, müsse „wieder dorthin ‚zurückgeworfen‘ werden, wo er herkommt. Nämlich jenseits des Mittelmeeres“. Um diese Ziel zu erreichen, bedürfe es aber „einer europäischen Vernetzung“ (Winter 2007). Tatsächlich instrumentalisiert die extreme Rechte aktuell länderübergreifend das Angstthema Islam zur Kulturalisierung ihres Rassismus.

Propagandistisches Ticket

Die FPÖ hat sich einen antiislamisch ausgerichteten Kulturkampf auch programmatisch auf die Fahne geschrieben – ‚Wir und der Islam. Freiheitliche Positionen zur Religionsfreiheit, zur islamischen Welt und zur Problematik des Zuwanderungs-Islam in Europa‘ lautet der Titel eines Anfang 2008 veröffentlichten Grundsatzpapiers der rechtspopulistischen Partei. Darin wird festgehalten, dass „der Islam kein Teil österreichischer oder europäischer Leitkultur war und ist“ und gefordert: „Die Islamisierung Europas und der Vormarsch des radikalen Islamismus in Europa sind zu stoppen“ (FPÖ 2008: 3).

Neben der FPÖ versucht auch die separatistische Lega Nord in Italien mit dem Thema zu punkten. In der neurechten deutschen Wochenzeitung Junge Freiheit antwortet der Lega-Nord-Politiker Giancarlo Giorgetti auf die Frage nach dem Grund für ihre antiislamischen Kampagnen: „Weil wir unsere Tradition und Kultur verteidigen“ (Giorgetti 2008). Giorgetti bemüht gar die Historie zur Verkündung eines Kulturkampfes von Rechts: „Wir erinnern uns an die Seeschlacht von Lepanto, als 1571 eine christliche, vor allem auch venetianische Flotte siegreich das Vordringen des osmanischen Reiches stoppte.“ Auch der belgische Vlaams Belang kleidet den parteieigenen Rassismus in Islamfeindlichkeit. Der Fraktionsvorsitzende des Vlaams Belang, Filip Dewinter, bekundete in populistischer Manier: „Xenophobia is not the word I would use. If it absolutely must be a ‚phobia‘, let it be ‚Islamophobia‘“ (Ain 2008). Die beschworene Gefahr einer Islamisierung Europas dient zunehmend nicht nur als Wahlkampfthema im nationalen Rahmen. Der Antiislamismus fungiert zusätzlich als ideologisches Bindeglied zwischen der extremen Rechten in Europa, das sich auch in der Praxis niederschlägt.

Europäische Vernetzung

Nach dem Scheitern der Europaparlaments-Fraktion ‚Identität, Tradition, Souveränität‘ wird jetzt eine Vereinigung der europäischen Rechtsaußen-Parteien unter dem Banner des gemeinsamen Feindbild Islam angestrebt. Spitzenvertreter der FPÖ, des FN, des VB und der bulgarischen Partei Ataka trafen sich Anfang 2008 zu ersten Sondierungsgesprächen in Antwerpen. Ziel ist es, bei den nächsten Wahlen zum Europaparlament mit einer gemeinsamen Liste anzutreten, nicht zuletzt auch um eine finanzielle Förderung durch die Europäische Union zu erhalten. Bis Ende dieses Jahres soll daher bereits eine europäische Parteistruktur geschaffen werden. Für diese müsste der Zusammenschluss aber Parteien aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten umfassen. Daher bekundete der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache, zur weiteren Konsolidierung einer antiislamischen Achse von Rechtsaußen Kontakte zu Parteien aus den Niederlanden, Dänemark, Griechenland und der Slowakei zu knüpfen. Für die deutsche Seite treten bei diesen Planungen bisher Die Republikaner (REP) und die rechtspopulistische Bürgerbewegung Pro Köln / Pro NRW als neue Partei der extremen Rechten in Erscheinung.

‚Pro-Bewegung‘

Die so genannte Pro-Bewegung ist eine noch recht junge Wählervereinigung der extremen Rechten, die nach lokalen Erfolgen in Köln inzwischen größere Ambitionen besitzt. Der

Bürgerbewegung Pro Köln, entstanden aus den Resten der Republikaner-Abspaltung Deutsche Liga für Volk und Heimat, gelang bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2004 mit 4,7 Prozent der Einzug in den Stadtrat der Domstadt. Seitdem ist Pro Köln zugleich in allen Bezirksvertretungen der Stadt vertreten. In der Wochenzeitung ‚Junge Freiheit' erläuterte der Vorsitzende von Pro Köln und Pro NRW, der Rechtsanwalt Markus Beisicht, den Hintergrund der Parteigründung: „In den neunziger Jahren waren alle herkömmlichen rechtsbürgerlichen Parteien an einen toten Punkt gelangt. Es war klar, wir mussten etwas Neues erfinden: Statt einer bundesweiten Partei haben wir mit Pro Köln den entgegengesetzten Ansatz gewählt: den einer kommunalen Bürgerbewegung" (Beisicht 2008). Ermutigt durch den kommunalen Erfolg in Köln, versuchen sich die Funktionäre dieser Rechtsaußen-Partei an einem landes- und bundesweiten Export des Kölner Modells – eines antiislamischen Rechtspopulismus in Gestalt einer angeblichen Bürgerbewegung. So wurden in zahlreichen Städten lokale Pro-Gruppen gebildet und im Februar 2007 schließlich mit Pro NRW ein landesweites Pendant zunächst als Verein gegründet und im September gleichen Jahres auf einem Gründungsparteitag in Bonn die Umwandlung in eine landesweite Regionalpartei beschlossen. Zudem wurde bereits Anfang des Jahres 2005 mit der Gründung von Pro Deutschland eine Struktur für bundesweite Ambitionen geschaffen (Peters/Sager/Häusler 2008). Angesichts der Mobilisierungsschwäche extrem rechter Parteien gerade in Westdeutschland erscheint ein solches Projekt interessant für jene, die sich um die Formierung einer neuen Kraft rechts von der Union bemühen. So fragt ein Redakteur der neurechten ‚Jungen Freiheit' nach dem Zweck dieses Pro-Modells: „Pro Köln ist also keine Anti-Moscheebau-Bürgerinitiative, sondern ein rechtes Parteiprojekt, das nur in diesem Gewand daherkommt?" Die Antwort des Pro-NRW-Vorsitzenden bestätigt dies: „ So könnte man sagen. (…) Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten" (Beisicht 2008). Die Agitation gegen den Islam und insbesondere den Bau von Moscheen wird von dieser neuen Rechtsaußenpartei sowohl programmatisch wie in der politischen Praxis in den Mittelpunkt gerückt. Durch eine solche populistische Besetzung des Angstthemas Islamismus versprechen sich die Funktionäre Erfolge bei den Kommunalwahlen 2009 sowie den Landtagswahlen 2010 in Nordrhein-Westfalen.

Deutsche Partner?

Nicht nur die Pro-Bewegung hat die Perspektiven des Themas erkannt. In Deutschland ringt die extreme Rechte inzwischen untereinander um die Vorherrschaft bei dem Kampagnenthema einer vermeintlichen Islamisierung sowie insbesondere dessen Konkretisierung in der Agitation gegen den Bau von Moscheen. Sowohl die REPs wie auch die NPD führen bereits Kampagnen gegen Moscheebauprojekte durch und versuchen, an lokale Moscheebaukonflikte wie etwa in Frankfurt-Hausen oder Berlin-Heinersdorf anzuknüpfen. Allerdings haben die FPÖ, der VB, die Lega Nord und auch der FN (Wahl-) Erfolge vorzuweisen, die auf deutscher Seite bislang keine vorzeigbare Entsprechung gefunden haben. Denn wenngleich die offen rechtsextrem auftretende NPD zwar bereits in Landesparlamente Einzug gehalten hat, erscheint sie aufgrund ihrer mehr oder weniger offenen propagandistischen Bezugnahme auf den Nationalsozialismus als wenig Erfolg versprechender Partner für europäische Modernisierungsbestrebungen von Rechtsaußen. Die REPs hingegen befinden sich seit Jahren auf dem Weg in die politische Bedeutungslosigkeit. Daraus ergibt sich für die in ihren Ländern erfolgreichen Rechtsaußenparteien ein Dilemma: ohne deutsche Partner keine vorzeigbare antiislamische

Achse von Rechts und mit solchen Partnern auch nicht. In diese Lücke versucht die bundesweit bislang noch unbedeutende Pro-Bewegung zu stoßen. Denn mit ihrer propagandistischen Fokussierung auf das Feindbild Islam macht sich diese neue Kraft von Rechtsaußen attraktiv für die europäischen Partner. Das Interesse an einem solchen Populismus zeigt sich beispielsweise in einem Beitrag in der österreichischen Zeitschrift ‚Die Aula', die der FPÖ nahe steht. Unter dem Titel ‚Die deutsche Rechte vor neuen Herausforderungen' wird der antiislamische Populismus der Pro-Bewegung zu einem neuen und erfolgreichen Politikansatz der deutschen Rechten hochstilisiert: „Die Pro-Gruppen verfolgen einen anderen Ansatz als die herkömmlichen Rechtsparteien, indem sie sich fast ausschließlich auf das Thema Islamisierung und den Widerstand gegen regionale Moscheebaupläne konzentrieren", womit angeblich „in Nordrhein-Westfalen mit Pro NRW (…) eine politische Kraft heran(wächst), die für NPD und DVU im Westen zu einer ernsthaften Konkurrenz werden könnte" (Thomsen 2008).

Von Beginn an unterstützte die FPÖ denn auch die junge Partei, FPÖ-Generalsekretär Vilimsky ließ es sich nicht nehmen, dem Gründungsparteitag von Pro NRW beizuwohnen. „Wir werden Euch in jeder erdenklichen organisatorischen und personellen Weise unterstützen! Denn gerade in Deutschland bedarf es einer seriösen Opposition von rechts", erklärte er dort (Pro Köln 2007) und bezeichnete die Parteigründung in einer Pressemeldung als „Signal für die Partnerschaft der Heimatparteien in Europa"(FPÖ 2007).

Antiislamisches Städtebündnis

Auch auf kommunaler Ebene versucht man sich in einer europäischen Vernetzung mit Antiislamismus als ideologischer Klammer. Ebenfalls im Januar 2008 gründeten Vertreter von VB, FPÖ, REP und Pro Köln auf Initiative des Vlaams Belang ein antiislamisches Städtebündnis, das bislang jedoch kaum Aktivitäten entfaltet hat. ‚Städte gegen Islamisierung' vereint VB-Fraktionschef Dewinter zufolge bereits Kommunalvertreter aus den Städten Brüssel, Gent, Antwerpen, Mechelen, Wien, Graz, Rotterdam, Utrecht, München, Berlin, Köln, Rom, Bologna, Venedig, Lille, Straßburg, Paris und Marseille. Zum propagandistischen Auftakt in Deutschland wurde im September des Jahres 2008 ein internationaler ‚Anti-Islamisierungskongress' in Köln angekündigt. ‚Nein zur Islamisierung Deutschlands, Nein zur Kölner Großmoschee!', hieß es in dem Mobilisierungsflugblatt für die Veranstaltung mit dem Untertitel „Nein zu Moscheebau, Nein zu Minaretten, Nein zu Muezzinruf" (Pro Köln 2008). Als Beispiel für die rechtspopulistische Verknüpfung der Islamfeindlichkeit mit dumpfem Nationalismus kann die Rede des Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche aufgeführt werden. Der nach seinem Austritt aus der CDU fraktionslose Abgeordnete verkündete im Kontext dieser rechtspopulistischen Veranstaltung: „Wir leisten Widerstand! Wir wollen keine Islamisierung Deutschlands! Wir sind Deutsche und Gott denkt in Nationen und deshalb: Für Gott, für Deutschland, für unser Vaterland!" (Nitzsche 2008). Das als Großveranstaltung beworbene Zusammentreffen in Köln sollte vor allem dem Wahlkampf von Pro NRW dienen, wurde jedoch von der Polizei mit Hinweis auf unkontrollierbare Ausschreitungen von Gegendemonstranten verboten. Die geringe Beteiligung seitens der beteiligten Parteien zeigte zudem, dass sich das Streben nach Zusammenarbeit bislang vor allem in publikumsträchtigen gemeinsamen Auftritten einzelner Führungspersönlichkeiten erschöpft. Im Vordergrund stand die Agitation gegen eine geplante Moschee. Bereits im Juni 2007 unterstützten Delegationen von VB und FPÖ medienwirksam eine Pro Köln-Demonstration gegen den Bau, versucht man doch grenzübergreifend, Auseinandersetzungen um den Bau

von Moscheen zu instrumentalisieren: „Moscheen wirken als Katalysatoren für die Islamisierung der Stadtviertel", heißt es in der Charta des Onlineportals ‚cities against islamisation' (cities against islamisation 2007).

Kampagnenthema Moscheebau

Um mit dem politischen Antiislamismus an die Lebenswelt der Bürger anzuknüpfen, stellt man mit dem Bau repräsentativer Moscheen öffentlichkeitswirksam ein Thema in den Mittelpunkt der Propaganda. Hier bietet sich eine ideale Projektionsfolie zur Schürung von Ängsten vor angeblicher ‚Überfremdung'. In zahlreichen Ländern Europas haben rechtspopulistische Parteien daher in letzter Zeit Kampagnen gegen den Bau von Moscheen gestartet, werden verbreitete Ressentiments mit gezielten Provokationen zur Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte benutzt. In Italien war es im September 2007 die rassistische Lega Nord, welche in Bologna einen ‚Schweinetag' gegen Moscheebaupläne ankündigte. Roberto Calderoli, Spitzenpolitiker der Lega, verkündete, man wolle ein für einen Moscheebau vorgesehenes Gelände durch eine Begehung mit Schweinen „infizieren" (Mumelter 2007). Der französische Front National hetzte mit der Parole „Eine kathedralenhafte Moschee in Marseille? Nein, die Antwort ist nein!", gegen den Bau einer Moschee in Marseille (Front National 2007). In der Schweiz engagierte sich die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP) 2007 für eine ‚Eidgenössische Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten'. In Österreich forderte der kürzlich verstorbene damalige BZÖ-Vorsitzende Jörg Haider eine Kampagne für ein Minarettverbot in Kärnten, um eine angebliche schleichende Islamisierung Europas zu verhindern. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache sprach sich dafür aus, ein Bauverbot für Minarette in die österreichische Bundesverfassung aufzunehmen. In Belgien bedient sich der VB ebenfalls der öffentlichen Auseinandersetzungen um Moscheebauten: „Der Islam gehört nicht nach Europa, denn Europa ist ein Kontinent von Schlössern und Kathedralen und nicht von Moscheen und Minaretten", so Filip Dewinter bei einer Veranstaltung der deutschen REP (Die Republikaner 2008a). In den Niederlanden forderte der Rechtspopulist Geert Wilders bereits mehrfach, den Bau von Moscheen gesetzlich zu verbieten.

Zwar versuchten beispielsweise die REP 2007, sich im hessischen Landtagswahlkampf mit Parolen wie „Ali mach mich nicht an! – Nein zur Großmoschee!" (Die Republikaner-LV Hessen 2007a) und Forderungen nach einem Minarettverbot als „*einzige islam-kritische und Anti-Islamisten-Partei (zu) positionieren und den Kampf gegen die Feinde unserer Demokratie auf(zu)nehmen*" (Die Republikaner-LV Hessen 2007b), doch in Deutschland dominiert zumeist weiterhin die Besetzung der sozialen Frage von ganz Rechtsaußen. Bei den Pro-Gruppen hingegen steht das Thema Islam und insbesondere die Agitation gegen Moscheebauten im Mittelpunkt der politischen Arbeit: „So wie in Köln werden wir in ganz Nordrhein-Westfalen gegen Moscheebauten, Minarette und Muezzin-Ruf mobil machen. Pro NRW wird die Anti-Islam-Partei werden!", erklärte der Pro NRW-Vorsitzende Beisicht (Pro Köln 2007).

Angstthema Islam

Dass die antiislamische Propaganda auf fruchtbaren Boden fällt, zeigen verschiedene Studien. Zwischen 20 und 35 Prozent der deutschen Bevölkerung weisen Ressentiments gegenüber Muslimen auf, noch weiter verbreitet sind Vorbehalte gegenüber der islamischen Kultur, welche zudem noch von Jahr zu Jahr zunehmen (Kühnel/Leibhold 2007: 141). Einer aktuellen Studie aus dem Jahr 2008 zu Folge hegt sogar jeder zweite Deutsche Vorbehalte gegenüber Muslimen, auch europaweit nimmt der Anteil offenbar zu (Pew Research Center 2008: 16).

In der pauschalen Ablehnung vom Islam als Religion wie den Muslimen als Gläubigen konkretisieren sich zugleich fremdenfeindliche Vorurteile auf eine spezifische gesellschaftliche Gruppe (Leibhold/Kühnel 2007: 144). Dabei erscheint der Islam im öffentlichen Bild wie in öffentlichen Debatten oftmals als ‚Fremd-' oder ‚Ausländerreligion' und wird zunehmend als Religion mit politischem Extremismus gleichgesetzt. So vertraten in einer Untersuchung etwa drei Viertel aller Befragten in Deutschland die Ansicht, die islamische Kultur passe nicht in „unsere westliche Kultur" (Leibhold/Kühnel 2007: 142f.).

Besonders an Moscheebauvorhaben in den Kommunen konkretisiert sich hierzulande eine Auseinandersetzung mit dem Islam, die zunehmend islamfeindliche und rassistische Untertöne hat – eine ideale propagandistische Basis für populistische Kampagnen von Rechtsaußen. Untersuchungen weisend darauf hin, dass in Auseinandersetzungen um Moscheebauten die Perspektive jener, welche den Islam weniger als Religion, sondern mehr als Kultur begreifen, gekoppelt ist an eine „thematische Ausweitung und zugleich inhaltliche Zuspitzung (...), die sich in der Rede von abgegrenzten Kulturkreisen und – übersteigert – in der Idee eines ‚Kampfs der Kulturen' äußert" (Sammet 2007: 197).

Unter der apodiktischen Überschrift ‚Wie viel Moschee verträgt das Land?' erschien beispielsweise in der Tageszeitung ‚Die Welt' ein Beitrag zum Moscheebau in Deutschland, in dem auf die Zunahme von öffentlichen Auseinandersetzungen hierzu hingewiesen wurde: „Vielerorts steckt hinter solchen Fragen um Meter und Quadratmeter sehr viel mehr: Angst vor Fundamentalismus, der anhaltende Streit darüber, wie viel Islam Deutschland aushalten kann und ob Integration erleichtert oder letztlich erschwert wird" (Frigelj/Feldrapp 2008). Eine kritische Auseinandersetzung mit emanzipationsfeindlichen Tendenzen, beispielsweise muslimischer Verbandspolitik, ist sicherlich notwendig. Von kulturalisierenden Pauschalurteilen ist jedoch abzuraten.

Stattdessen ist hierzulande ein populistischer Ton gegenüber dem Islam weit über die extreme Rechte hinaus verbreitet, wie das Beispiel des Schriftstellers Ralph Giordano zeigt, der im Kontext der Kölner Moscheebaudebatte von der „Furcht vor einer schleichenden Islamisierung unseres Landes" sprach. Nach Ansicht Giordanos ist die Integration muslimischer Zuwanderer gescheitert: Das „instabile Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimischer Minderheit, vorwiegend türkischen Ursprungs" rühre an den „Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft". „Nicht die Moschee, der Islam ist das Problem", so Giordano, für den von den meisten Muslimen „nichts als Verschleierung" zu erwarten ist (Giordano 2007). Nach Ansicht des Erziehungswissenschaftlers Micha Brumlik vollzieht sich an solchen Positionierungen Giordanos dessen Wandlung vom „Aufklärer von Einst zum Propheten von Rechts, zum selbststilisierten und selbstgerechten Siegelbewahrer westlicher Freiheit" (Brumlik 2008: 232).

Angesichts der Popularisierung eines ressentimentgeladenen ‚Islam-Bashing' ist die offensive Auseinandersetzung mit einer sich offen antiislamisch positionierenden Propaganda von Rechtsaußen nur ein Bestandteil der notwendig zu führenden Debatte. Dazu gehört zugleich eine Auseinandersetzung mit deren Eindringen in die politische Mitte der Gesellschaft.

Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus / Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus der Fachhochschule Düsseldorf.

Jan Schedler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät

für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.

Literatur

Ain, Stewart 2005*:* The season of Dewinter? In: Jewish Week. Unter: http://www.filipdewinter.be/page.php?linkID=238. Zugriff: 27.10.2008.

Beisicht, Markus 2008: „Wir sind die Stimme der Bürger", Interview mit Moritz Schwarz. In: Junge Freiheit Nr. 39/08.

Brumlik, Micha 2008: Das halbierte Humanum – Wie Ralph Giordano zum Ausländerfeind wurde. In: Häusler/ Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: VS Verlag, 232-238.

cities against islamisation 2007. Unter: http://www.citiesagainstislamisation.com/De/. Zugriff: 04.07.08.

Die Republikaner 2008: Republikaner, Vlaams Belang und FPÖ: gemeinsam für „Europa der Vaterländer". Pressemitteilung Nr. 37/08, 21.06.2008.

Die Republikaner/LV Hessen 2007a: Mach mich nicht an, Ali! Unter: http://www.rep-hessen.de/upload/CMS/Die_Republikaner/www.rep-hessen.de/071008_rep_flyer_jugend-HES_V2.pdf. Zugriff: 20.02.2008.

Die Republikaner/LV Hessen 2007b: Ja zum Minarettverbot! Unter: http://www.rep-hessen.de/content.aspx?ArticleID=9f5191e1-aaf7-4aed-876f-84f7d8549c3a Zugriff: 20.02.2008.

FPÖ 2007: Gründung der Partei „pro-NRW" mit Unterstützung der FPÖ! In: FPÖ-Pressemitteilung. Unter: http://www.fpoe.at/index.php?id=477&backPID=1741&tt_news=15305. Zugriff: 16.09.2008.

FPÖ 2008: Wir und der Islam. Unter: http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wir_und_der_Islam_-_Freiheitliche_Positionen.pdf. Zugriff: 26.10.2008.

Frigelj, Kristian/Feldrapp, Margita 2008: Wie viel Moschee verträgt das Land? In: Welt Online. Unter: http://www.welt.de/welt_print/article2607729/Wie-viel-Moschee-vertraegt-das-Land.html. Zugriff: 24.10.2008.

Front National 2007: Flugblatt gegen den Bau einer Moschee, im Besitz der Autoren.

Giordano, Ralph 2007: „Nicht die Moschee, der Islam ist das Problem". In: Cicero 10/2007. Unter: http://www.cicero.de/97.php?ress_id=4&item=2125. Zugriff: 16.09.2007

Giorgetti, Giancarlo 2008: „Unsere Tradition und Kultur verteidigen". Interview mit Jörg Fischer und Moriz Schwarz. In: Junge Freiheit Nr. 39/08.

Kühnel, Steffen/Leibhold, Jürgen 2007: Islamophobie in der deutschen Bevölkerung: Ein neues Phänomen oder nur ein neuer Name? In: Wohlrab-Sahr, Monika/Tezcan, Levent (Hg.): Konfliktfeld Islam in Europa. Baden-Baden: Nomos S. 135-154

Nitzsche, Henry 2008: „Wir sind das Volk". Rede Henry Nitzsches bei der Abschlußkundgebung des Anti-Islamisierungskongresses auf dem Kölner Flughafen. Unter: http://www.henry-nitzsche.de/search.php?action=search&id=49. Zugriff: 26.10.2008.

NPD NRW 2008: Ausländerstopp. Unter: http://www.ausländerstopp-nrw.de/. Zugriff: 20.10.2008

Mumelter, Gerhard 2007: Italien: Moscheenstreit – Drohung mit Schwein. In: derStandard.at, 19. Sept. 2007. Unter: http://www.kurier.at/nachrichten/ausland/108973.php?from/nachrichten/oesterreich/108969, Zugriff: 04.07.08.

Peters, Jürgen /Sager, Tomas/ Häusler, Alexander 2008: Pro NRW und Pro D – Entwicklung, Struktur und Methodik. In: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Mo-

scheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: VS Verlag

Pew Research Center 2008: Unfavorable views of jews and muslims on the increase in europe. Unter: http://pewglobal.org/reports/pdf/262.pdf. Zugriff: 27.09.08.

Pro Köln 2008: „Nein zur Islamisierung Deutschlands, Nein zur Kölner Großmoschee!" In: Pro-Köln-Flugschrift. V.i.S.d.P.: Markus Beisicht.

Pro Köln 2007: Neue Rechtspartei gegründet: Bürgerbewegung pro NRW nimmt Kurs auf den Landtagseinzug 2010! Unter: http://www.pro-koeln-online.de/artikel5/pro-nrw.htm. Zugriff: 04.07.08.

Sammet, Kornelia 2007: Religion oder Kultur? Positionierungen zum Islam in Gruppendiskussionen. In: Wohlrab-Sahr, Monika/Tezcan, Levent (Hg.): Konfliktfeld Islam in Europa, Baden-Baden: Nomos, 179-198.

Thomsen, Thorsten 2008: Die deutsche Rechte vor neuen Herausforderungen. In: Die Aula 04/2008, 14-15.

Winter, Susanne 2007: Schluß mit Asylmißbrauch! Graz wieder den Grazern! In: „Zur Zeit. Wochenzeitung für Österreich", Nr. 48/2007. Unter: http://www.zurzeit.at/index.php?id=272. Zugriff: 27.10.2008.

Analyse

Ideen für eine Bundesstiftung zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention

Nach der Bundestagswahl 2009 wird die Frage anstehen, ob und wie das aktuelle Bundesprogramm ‚Vielfalt tut gut' fortgeführt werden soll. An der Notwendigkeit eines langfristigen Engagements des Bundes gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit dürften dabei – unabhängig vom Abschneiden der NPD – kaum Zweifel bestehen. Kritisch wird jedoch seit langem die Verwaltung der Programme gegen Rechtsextremismus in einem Bundesministerium gesehen. Projekte z.B. klagen über einen schier erdrückenden bürokratischen Überbau, gelegentliche Maulkörbe und eine allzu stille ‚Abwicklung' des Themas. Dass oft PR, der törichte Zwang zu guten Nachrichten und bunte Logos ausgerechnet ein Feld beherrschen, das besonders der Nachdenklichkeit und der Selbstreflexion bedarf, ist vielen Engagierten schon lange ein Ärgernis. Alternative, unabhängige und näher an der Zivilgesellschaft angesiedelte Lösungen werden diskutiert. Eine Stiftung, eine Bürgerstiftung bzw. ein Verbund bereits engagierter Stiftungen stehen u.a. zur Debatte. Diese dürfte nach dem Sanierungspaket für notleidende Banken nicht mehr durch einen Finanzierungsvorbehalt abzuwürgen sein. Ohne ein spezifisches Modell zu bevorzugen, werden nachfolgend die Aufgaben und Umrisse einer möglichen Stiftung skizziert, die durch eine Enquetekommission des nächsten Bundestags zur Demokratieentwicklung zusätzlich unterstützt werden könnte.

Da Form und Inhalt nicht unabhängig voneinander zu diskutieren sind, sei zunächst an einige programmatische und strukturelle Merkmale und Defizite der bisherigen Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 2001 erinnert. Sie sollen hier vor allem als Kontrastfolie dienen, um die erweiterten Möglichkeiten einer Bundesstiftung klarer zu konturieren. Diese Alternative wird vermutlich nur eine Chance haben, wenn ihr zusätzlicher Nutzen gegenüber den bisherigen Regelungen deutlich hervor tritt.

Verdienste und Mängel der bisherigen Modellprogramme des Bundes

Den seit 2001 aufgelegten Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus kommen zweifellos einige Verdienste zu, die gewürdigt werden sollten. Dazu gehört zunächst der breite *Anerken-*

nungseffekt, d.h. dass Rechtsextremismus ein aktuelles politisches und soziales Problem darstellt, das politische Gegenmaßnahmen erfordert. Verdienstvoll war auch die *zivilgesellschaftliche Orientierung*, d.h. die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus wurde nicht nur als staatliche Aufgabe angesehen, sondern ebenso als Angelegenheit der Zivilgesellschaft. Ihre Akteure galt es mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen, um entsprechendes Engagement zu ermöglichen. Mobile Beratungsteams (MBTs), Opferberatung und regionale Netzwerkstellen wurden zwar schon vor den Modellprogrammen entwickelt, aber sie erhielten durch die Bundesförderung weitere Verbreitung und konnten sich als *Strukturprojekte* bewähren, die eine wichtige Daueraufgabe wahrnehmen. Durch die Bundesförderung konnten und können zahlreiche Praxisansätze entwickelt und erprobt werden (man spricht von 18-20 Formaten). Dieses *experimentelle, auf Innovation setzende Förderprofil* hat die Praxislandschaft deutlich bereichert. Schließlich signalisiert das jährliche *Finanzvolumen* der neuen Bundesprogramme ‚Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie' und ‚kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus' von insgesamt 24 Mio. Euro eine politische Gewichtung des Problems, die zumindest nicht geringer werden sollte.

Diesen Verdiensten stehen strukturelle und konzeptionelle Mängel gegenüber, die zu einer Suche nach alternativen Trägern und Förderformen Anlass geben. Folgende, immer wieder von verschiedener Seite vorgebrachte Kritikpunkte sind m. E. von besonderem Gewicht:

Halbherzige Umsetzung und schließlich Abkehr von der zivilgesellschaftlichen Orientierung: Nach bewegten Aufbrüchen (‚Aufstand der Anständigen' etc.) sind die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in das administrative Fahrwasser eines ‚normalen', wenn auch entfristeten Modellprogramms des Bundes gebracht worden. Im Rahmen zeitlich begrenzter Modellförderung kann eine Verstetigung und Nachhaltigkeit auch für anerkannt erfolgreiche Projekte jedoch nicht garantiert werden, es sei denn, sie können alternative Förderwege auftun. Für Kleinstprojekte sind die Antragshürden und der administrative Aufwand in der Regel zu hoch. In der laufenden Förderrunde dominiert zudem eine ‚Verstaatlichung' bzw. ‚Kommunalisierung' des Programms (bei den Strukturprojekten bzw. den Lokalen Aktionsplänen). Zivilgesellschaftliche Akteure sind nur noch handverlesen und per Einladung dabei. Friktionen und Fehlsteuerungen sind zu erwarten.

Politik der ‚ruhigen Hand': Von den Modellprogrammen selbst gingen kaum öffentliche Impulse oder gar Mobilisierungen aus. Ihre Verlängerung war deshalb vor allem spektakulären Ereignissen und beunruhigenden Wahlergebnissen geschuldet und nicht Ergebnis der eigenen Öffentlichkeitsarbeit. Die Förderung der Strukturprojekte und die Entfristung des Programms konnte nur durch öffentliche Interventionen aus Politik, Projekten und Wissenschaft durchgesetzt werden.

Politische (Selbst-)Blockaden: Über die Notwendigkeit und die Ansätze einer Politik gegen Rechtsextremismus herrscht kein politischer Konsens, einflussreiche Gruppierungen – vor allem in den Unionsparteien – haben immer wieder versucht, den Kampf gegen Rechtsextremismus als Ablenkungsstrategie des Gegners (stattdessen habe es gegen ‚Extremismus' zu gehen), als unangemessene moralische Aufregung von ‚Gutmenschen' oder gar als verdeckte Förderung von ‚Linksradikalen' zu desavouieren (so zuletzt Markus Wehner in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 17.02.2008).

Modelle ohne Konsequenzen – unangetastete Regelpolitik, fehlende Transferperspektiven: Zu einem großen Ärgernis wächst sich allmählich der Umstand aus, dass auch nach sieben Jahren Modellprogramme kaum Versuche ge-

startet werden, systematische Konsequenzen für die Regelpolitik – von den Kindergärten über die Schulen und Ausbildungsstätten bis zur Seniorenpolitik – zu diskutieren und zu ziehen (solche Transfers wurden bei Xenos zumindest ernsthaft versucht). Modelle sind eben gerade in präventiver Perspektive nicht genug.

Jugendpolitische Engführung: Dieser Mangel bestand von Anbeginn. Das federführende Ministerium hat sich noch nicht einmal bemüht, mögliche Beiträge gegen Rechtsextremismus aus den anderen Schwerpunkten des eigenen Hauses (Familien, Frauen, SeniorInnen etc.) in Betracht zu ziehen. Angesichts der altersspezifischen Verbreitung von rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen, die bei älteren Menschen deutlich ausgeprägter sind, erscheint diese Praxis ebenso ärgerlich wie mit Blick auf die Verfassung von Politik und Zivilgesellschaft, für die Kinder und Jugendliche die geringste Verantwortung tragen.

Randständige Evaluation und fehlender wissenschaftlicher Austausch: Von den Modellprogrammen gingen kaum Impulse aus, Lernprozesse zu organisieren und die Praxiserfahrungen mit wissenschaftlichen Debatten zu verknüpfen. Der breite Protest des wissenschaftlichen Sachverstands gegen die Neuorientierung der Programme 2006/2007 ist dafür ein beredtes Symptom, das auch in der einschlägigen Anhörung des Bundestags bekräftigt wurde.

Fehlende Nachhaltigkeitsperspektiven: So lassen sich diese kritischen Anmerkungen zusammenfassen – ein Umstand, der angesichts der eingesetzten öffentlichen Mittel, der bereits vorliegenden vielfältigen Erfahrungen und der erwartbaren Kontinuität des politischen und sozialen Problems nur zu bedauern ist.

Konturen eines Stiftungsprogramms

Die positiven wie kritischen Anmerkungen zur bisherigen Praxis lassen bereits in Umrissen wünschbare künftige Arbeitsfelder erkennen. Sie werden nachfolgend in Kurzfassung, aber in größerer Zahl aufgelistet, auch wenn nicht zu erwarten ist, dass eine alternative Förderinstitution alle Probleme lösen und keine eigenen hervorbringen wird.

Strukturförderung – Elemente einer zivilen Infrastruktur (Opferberatung, Mobile Beratungsteams, Netzwerkstellen): Ohne in Alarmismus zu verfallen und die positiven Ansätze gering zu schätzen, die in einigen Bundesländern ermöglicht werden, sollte die längerfristige Sicherung einer unabhängigen und angemessen ausgestatteten regionalen Infrastruktur in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus eine zentrale Aufgabe darstellen. Die degressive Förderung, ihre landespolitische Einbindung und die konzeptionelle Ausrichtung an kurzfristigen Interventionen stellen Herausforderungen dar, auf die eine Bundesstiftung bessere Antworten finden sollte. Weitgehende Unabhängigkeit stellt eine zentrale Arbeitsbedingung der Strukturprojekte dar, weil in der konkreten Projektarbeit immer wieder auch staatliche Instanzen – von der Polizei bis zu den Ausländerbehörden, von der Kommunalpolitik bis zu den Staatsanwaltschaften und Gerichten – kritischen Nachfragen ausgesetzt sind.

Organisations- und Trägerberatung (Umgang mit Rechtsextremismus in den Medien, in Parlamenten, in Betrieben, überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Schulen, Jugendverbänden, Vereinen, in der Polizei, vor Gericht etc.): Der sozialräumliche Fokus der MBTs sollte durch weitere, bereichsspezifische Beratungskompetenzen erweitert werden, die Konzepte für Standardsituationen bereit halten und sie bedarfsorientiert vermitteln können. Zu all diesen Alltagsbereichen gibt es eine Fülle von Handreichungen, Vorschlägen und Praxiskonzepten. Es fehlt jedoch eine übergreifende Stelle, an der sie zusammenkommen, vorgehalten und regelmäßig überprüft werden. Neben der Einzelberatung könnten bereichsspezifische Weiterbildungsangebote zur Verbreitung guter und bewährter Handlungsansätze beitragen.

Clearing- und Beratungsstelle zu Fördermöglichkeiten und Organisationsentwicklung: Neben den bereits benannten Beratungsbereichen braucht eine dezentrale und vielfältige Projektelandschaft eine professionelle soziale Unternehmensberatung, die zudem verlässlich über Förderwege und Fördermöglichkeiten informiert. Diese Funktion kann innerhalb der MBTs gestärkt werden, ist aber auch als eigenständiges Angebot denkbar.

Interventionsfonds für besonders betroffene und bedrohte Regionen: Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der gegenwärtigen Situation, dass es rechtsextremen Gruppierungen (allen voran der NPD und den ‚freien Kameradschaften' aber auch der rechtsextremen Kulturszene) immer wieder gelingt, in gezielt ausgewählten Räumen beachtliche Terraingewinne zu erzielen und sich als einflussreicher zivilgesellschaftlicher Akteur zu platzieren. Die Ressourcen der rechtsextremen Szene sind nicht groß genug, um in der Fläche erfolgreich zu sein. Schon um der Signal- und Vorbildwirkung solcher Landnahmeversuche etwas entgegen zu stellen, bedarf es kurzfristiger Gegenreaktionen, für die von der Stiftung Ressourcen (Beratung, Personal und Finanzmittel) bereit gehalten werden sollten.

Empowerment. Ein wichtiger Tätigkeitsschwerpunkt sollte die Unterstützung der Selbstorganisation von Betroffenen- und potentiellen Opfergruppen sein. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Stiftung nicht nur in ihrem Namen spricht, sondern ihnen selbst mehr Gehör verschafft. Aus den USA, aber auch Dänemark liegen praktische Erfahrungen vor, wie solche Formen der Unterstützung (organizing etc.) dazu beitragen können, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einzudämmen.

Maßnahmeförderung. In der Modellförderung des Bundes, aber auch von Stiftungen und freien Trägern sind eine Reihe von Maßnahmen und Formaten erprobt worden (z.B. Projektschultage, Betzavta etc.), die sich hinreichend bewährt haben, um in der Fläche angewendet zu werden. In diesem Förderbereich geht es nicht so sehr um innovative oder neue Ansätze, sondern um die Verbreitung und Qualitätssicherung eingespielter Formate.

Innovationstopf. Unabhängig von der Regelförderung sollte ein Innovationstopf eingerichtet werden, der neue Wege und Experimente unterstützt, deren Evaluation und – bei Erfolg – Weiterempfehlung im Sinne guter Praxis fördert. Ein solcher Innovations- und Experimentierfonds ist schon angesichts der schnellen Veränderungsgeschwindigkeit in der rechtsextremen Szene angesagt. Zudem lassen sich noch zahlreiche Verknüpfungen mit Handlungsfeldern denken, die bislang nur wenig in die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einbezogen sind (kommunale Integrationspolitik, Demokratielernen, Familien- und Erziehungsberatung, Freiwilligenagenturen etc.)

Wissenschaftspool und Förderprogramm. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist – gemessen an der politischen Brisanz des Themas – in der Bundesrepublik nur schwach institutionalisiert und zumeist ein Nebenthema akademischer Beschäftigung. Die neue Einrichtung kann und soll dies nicht kompensieren. Aber sie sollte – in bescheidenem Umfang, denn das operative Geschäft sollte im Vordergrund stehen – Mittel zur Verfügung haben, um praxisnah die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit drängenden Problemen des Themenfelds zu befördern. Evaluationen der eigenen Maßnahmen und ihre gezielte wissenschaftliche Nutzung könnten eine neue Qualität im Theorie/Praxis-Transfer bedeuten. Hilfreich wären auch regelmäßige Ergebniskonferenzen zum Forschungsstand in Sachen zeitgenössischer Rechtsextremismus, den aufgelaufenen Kontroversen und offenen Fragen. Erträge der historischen Faschismusforschung, die in jüngerer Zeit erheblichen Aufschwung genommen hat, verdienen es sicher-

lich, in die aktuelle Debatte aufgenommen zu werden. Wenn dies im Rahmen der Stiftung gefördert werden kann, ist dem europäischen und internationalen Austausch zum Thema eine Chance einzuräumen, auch wenn der wechselseitige Nutzen jeweils zu überprüfen wäre.

Lageberichte: Mit den ‚Deutschen Zuständen', den Verfassungsschutzberichten oder der polizeilichen Kriminalstatistik verfügen wir zwar über regelmäßige Informationen zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland. Dennoch fehlt es an einer umfassenden Zusammenschau der vorliegenden Datenbestände, wie sie z.B. in den Opferberatungsstellen, in wissenschaftlichen Studien oder beim EUMC (European Monitoring Center on Racism and Xenophobia) und anderen Einrichtungen gesammelt werden. Eine solche, nach Möglichkeit regional differenzierte Datenbasis könnte zur Versachlichung der Debatten erheblich beitragen.

Policy-Empfehlungen und Praxishandreichungen: Ein zentraler Mangel der bisherigen Modellförderpraxis ist der weitgehende Verzicht, aus den gemachten Erfahrungen Vorschläge für eine präventive Politik in zentralen Handlungsfeldern zu entwickeln. Dies mag an der spezifischen Ressortanbindung und an föderalen Denk- und Handlungsgrenzen liegen. Eine Stiftung müsste weder auf die horizontale noch die vertikale Aufgabenzersplitterung Rücksicht nehmen, sondern könnte Policy-Papers vorlegen, die sich um Zuständigkeiten zunächst nicht scheren müssen. Solche Politikempfehlungen sind bereits heute in zahlreichen Feldern mit dem Fokus Rechtsextremismus und Demokratieförderung denkbar und möglich (und in Ansätzen vorhanden), so z.B.

- in der Eltern- und Erziehungsberatung bezogen auf soziale Kompetenzen und Erziehungsstile;
- Demokratie- und Toleranzlernen in vorschulischen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen;
- Eckpunkte einer demokratie- und toleranzfördernden Schulkultur (Menschenrechtsbildung, interkulturelle Kompetenzen etc.);
- Berufliche Bildung und diversity im betrieblichen Alltag;
- Kommunale Integrationspolitik als präventive Praxis;
- Demokratie- und Toleranzförderungen in Vereinen (Feuerwehr, Kultur- und Sportvereine etc.);
- Leitlinien einer Medienberichterstattung, die sich als Beitrag zu einer demokratischen Alltagskultur versteht;
- Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtsextremen in Parlamenten (kommunal und auf Landesebene);
- Erinnern, Aufarbeiten und nicht Vergessen im Seniorenbereich als Beitrag zur Rechtsextremismusprävention;
- Coaching von Polizei, Ermittlungsbehörden und Gerichten im Umgang mit rechtsextrem motivierten Straftaten.

Internationale Kooperation mit Schwerpunkt Nachbarländer und EU: Die hiesige Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus ist sehr stark von nationalen Erfahrungen und Perspektiven geprägt. Dies hat mit Blick auf das historische Erbe durchaus seine Berechtigung, aber verbaut auch Lernchancen, die sich durch einen Perspektivenwechsel ergeben könnten. Auch wenn das rechtsextreme und rechtspopulistische Feld stark von nationalen Traditionen geformt ist, gibt es längst einen teilweise intensiven internationalen Austausch zwischen zentralen Akteuren. Damit haben die deutsche Debatte über Rechtsextremismus und mögliche Gegenmaßnahmen nicht Schritt gehalten. Schweizer Evaluationen der dortigen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus (vgl. Widmer u.a.) werden z.B. kaum wahrgenommen. Gerade weil Austausch über die (sprachlichen und kulturellen) Grenzen sehr aufwändig ist, wäre es eine wichtige Aufgabe für eine Bundesstiftung, Initiativen in diese Richtung zu unterstützen.

Newsletter und Web-Seite (Links zu Ländernetzwerken, Akteuren, politikfeldspezifischen Ansätzen, guten Beispielen, wissenschaftlichen Studien, Nachrichten- und Pressediensten etc.): Es herrscht zwar insgesamt kein Mangel an themenspezifischen Netzseiten, Nachrichtendiensten und Fachportalen. So verfügt z.B. Sachsen-Anhalt seit einem Jahr über ein Länderportal, das auch zivilgesellschaftlichen Akteuren offen steht. Umso dringlicher und hilfreicher wäre eine Netzseite, die verlässlich über aktuelle Entwicklungen im gesamten Themenfeld informiert und entsprechende Verknüpfungen herstellt. Das dazu notwendige professionelle Wissen könnte die angedachte Stiftung an sich binden und die nötige Kontinuität sichern.

Profil und Trägerschaft einer neuen Bundesstiftung

Zu diesem wichtigen Aspekt einer Neugründung bzw. Erweiterung eines bestehenden Stiftungsauftrags sollen nachfolgend einige Hinweise genügen, die sich aus dem vorgeschlagenen inhaltlichen Zuschnitt der Aufgabenfelder ergeben:

Zielsetzungen (Namensgebung): Namen und Zielsetzungen sollten – wie bislang vielfach erprobt – positive wie negative Aspekte kombinieren, wie z.B. Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention/-bekämpfung. Auf den klaren Fokus Rechtsextremismus sollte auf keinen Fall verzichtet werden, denn eine allgemeine Extremismus-Stiftung verlöre sich im Beliebigen (was nicht ausschließt, dass z.B. Gewaltspiralen zwischen Rechtsextremen und Antifa-Gruppen oder Antisemitismus bei arabisch-stämmigen Jugendlichen in den Blick genommen werden). Mit der Menschenrechts- und Demokratieförderung werden zugleich positive Ziele benannt, die eine präventive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus stärken, ohne auf kurz- und mittelfristige Handlungsstrategien und Mobilisierungen bzw. Gegenmobilisierungen zu verzichten.

Stiftung als kontinuitätssichernde Institution: Der Gründungsakt der Stiftung sollte von den Beteiligten wie vom Volumen her so angelegt sein, dass der dauerhafte Charakter der neuen Einrichtung ins Auge sticht.

Stiftung mit gesamtgesellschaftlicher Ausrichtung: In der Debatte finden sich zumindest zwei unterschiedliche Denkmodelle: einerseits eine Bundesstiftung, die der gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht wird und wesentlich von öffentlichen Mitteln getragen wird, und andererseits eine breiter angelegte trisektorale Stiftung, die das Thema als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreift. Es ist sehr zu begrüßen, wenn die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als eine vergleichsweise dauerhafte, gesamtstaatliche Aufgabe anerkannt und entsprechend staatlich gefördert wird. Vorschläge, durch eine Bundesstiftung zumindest jene Aufgaben zusätzlich aufzugreifen, die im Rahmen der Modellprogramme des Bundes nicht oder nur unzureichend gewährleistet werden (vor allem Daueraufgaben bzw. langfristig angelegte Projekte gegen Rechtsextremismus und die flexible Förderung von Kleinstprojekten), ermöglichen sicherlich einen Schritt nach vorne. Gleichwohl wäre es hilfreicher, eine solche Stiftung von Anbeginn durch eine starke zivilgesellschaftliche Komponente zu ergänzen (ohne dass die staatliche Verantwortlichkeit zurückgenommen wird). Eine breite, trisektorale Finanzierungs- und Trägerstruktur (private Stiftungen und Bürgerstiftungen, private Zustiftungen, öffentliche und private Zuwendungen und Spenden etc.) wird dem Charakter der Herausforderung eher gerecht, von der nicht nur staatliche Institutionen, sondern die gesamte Zivilgesellschaft betroffen ist. Auch wenn Bundesmittel eine zentrale Rolle für die Möglichkeit einer Stiftung spielen werden, wäre es daher hilfreich, von vornherein Zivilgesellschaft und Wirtschaft mit ins Boot zu holen (Modell Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement). Diese breite Aufstellung steigert

zudem die Legitimation und erhöht die Transferchancen.

Eine engagierte Spitze: An der – möglichst breiten – Spitze der Stiftung sollten Persönlichkeiten aus allen Lebensbereichen stehen, die sich durch ihr öffentliches Engagement in der Sache profiliert haben. Dies können engagierte Persönlichkeiten aus allen Ebenen der Staatsorganisation, aus Parteien, aus der Wirtschaft, den Kirchen, den Medien, der Wissenschaft, aus Initiativen und Projekten sein, wobei Proporz- und Vertretungsstrukturen zu vermeiden sind.

Personal: Als MitarbeiterInnen sollten vor allem Personen gewonnen werden, die sich bereits durch ihr praktisches oder wissenschaftliches Engagement im Themenfeld ausgewiesen haben. Der Personenpool, der durch die Modellprogramme entstanden ist, dürfte beachtlich sein. Bei Besetzungen ist besonders darauf zu achten, dass Aktive aus Opfergruppen hinreichend beteiligt sind. Die Arbeitsverträge sollten die sehr kurzen Anstellungsmuster der Modellförderung vermeiden, um Qualifizierungs- und Lernprozesse zu fördern. Auf jeden Fall sollte der Eindruck vermieden werden, dass die neue Stiftung lediglich der unbürokratischen Verwaltung von Projektmitteln dient. Vielmehr sollte sie in ihren Arbeitsfeldern ein eigenständiges Profil anstreben.

Unabhängiger und rotierender Stiftungsbeirat: Um die Aufgabenwahrnehmung und Qualitätsentwicklung der Stiftungsarbeit zu fördern, sollte ein von unabhängigen Personen (VertreterInnen von Betroffenengruppen, aus Praxis und Wissenschaft) getragener Stiftungsbeirat gebildet werden, der Empfehlungen aussprechen kann. Sein innovatives Potential sollte durch regelmäßige Rotationen gesichert werden.

Kontinuierliche und unabhängige Öffentlichkeitsarbeit im Themenfeld: Neben den bereits benannten Arbeitsfeldern können hierzu Veranstaltungsreihen und öffentliche Debatten beitragen.

Verhältnis zu anderen Akteuren im Feld

Kooperation: Wichtig ist es, von Anbeginn ein kooperatives Verhältnis zu den vielen Vereinen, Stiftungen, Initiativen und Trägern zu entwickeln, die in diesem Feld tätig sind. Dies bedeutet u.a. unnötige Konkurrenz bei jenen Formaten und Ansätzen zu vermeiden, die bislang erfolgreich von anderen Stiftungen und Akteuren entwickelt und umgesetzt werden (z.B. die Schulprojekttage des Netzwerkes für Demokratie und Courage, die Ausstellungsarbeit des Anne Frank Zentrums, das Exit-Aussteigerprogramm der Amadeu-Antonio-Stiftung). Bevor Aktionsfelder und Beratungsangebote von der Bundesstiftung übernommen werden, ist stets zu prüfen, ob diese Bereiche bereits ausreichend durch andere Akteure abgedeckt werden (z.B. Hilfen für Aussteiger und betroffene Familien). Wenn eine Weiterentwicklung und Verbreitung bestehender Formate angesagt ist, sollten die bisherigen Träger eingebunden werden.

Vernetzung: Eine Bundesstiftung sollte der Ausgangsort für regelmäßige themen-, format- und bereichsspezifische Vernetzungen sein, an denen es bislang erheblich mangelt. Eine zu entwickelnde Netzseite könnte dazu ebenso beitragen wie ein gemeinsamer Newsletter. Auch in allen anderen Tätigkeitsfeldern – von der Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Ausstellungen, über regelmäßige Lageberichte, gemeinsame Policy-Empfehlungen und Handreichungen für die Praxis – sollte stets versucht werden, bereits vorhandene Ansätze und Projekte einzubinden und kooperativ aufzutreten.

Roland Roth lehrt Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) und hat sich mehrfach – auch in dieser Zeitschrift – in die Debatte über Programme und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus eingemischt. Kontakt: roland.roth@hs-magdeburg.de

Selbstdarstellung

Ermutigen. Beraten. Fördern. 10 Jahre Amadeu Antonio Stiftung

Vor fast genau zehn Jahren im Herbst 1998 wurde die Amadeu Antonio Stiftung in Berlin gegründet. Seitdem konnten 350 Projekte mit über 2,7 Millionen Euro durch die Hilfe von vielen engagierten Menschen unterstützt werden. Projekte und Initiativen nicht nur zu fördern, sondern auch zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen, sieht die Stiftung als ihre wichtigste Aufgabe an. So hat die Stiftung die Projekte immer vor Ort besucht und Rat, Hilfe sowie Geld organisiert. Mal wurde der Schirmherr der Stiftung, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, zur Diskussion mit Presse und Bürgermeistern Vor Ort eingeladen, oder es wurden in Kooperation mit Musiklabeln und Künstlern wie Udo Lindenberg und Xavier Naidoo größere Konzerte zur Unterstützung organisiert. Das Ziel ist bundesweite Öffentlichkeit und Solidarität für die Initiativen zu organisieren. Gemeinsam mit dem Wochenmagazin *stern* ist es gelungen, eine starke Aktion zu gründen, die ‚Mut gegen rechte Gewalt'-Kampagne, die nicht nur vielen Leuten die Augen geöffnet hat, sondern auch für viele Initiativen, wie dem Aussteigerprojekt EXIT, Öffentlichkeit und finanzielle Unterstützung ermöglicht.

141 rechtsextreme Morde

Die von engagierten Einzelpersonen gegründete Stiftung ist nach Amadeu Antonio Kiowa benannt. Der angolanische Vertragsarbeiter wurde 1990 in seinem langjährigen Wohnort Eberswalde von einer Gruppe Jugendlicher zu Tode geprügelt. Zwei Zivilpolizisten schauten aus nächster Nähe zu, griffen aber nicht ein. Entgegen späterer Darstellung handelte es sich bei den Tätern nicht um Neonazis, sondern um einen jugendlichen Mob. In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 zog eine Gruppe von etwa 50 Jugendlichen mit Baseballschlägern durch die Stadt, um ‚Jagd auf Schwarze' zu machen – wie sie später zu Protokoll gaben. In einer Gaststätte trafen sie auf drei Afrikaner, die sie verprügelten. Während zwei Mosambikaner teils schwer verletzt flüchten konnten, erwachte der 28-jährige Amadeu Antonio Kiowa nicht mehr aus dem Koma. Er starb zwei Wochen nach der Hetzjagd am 6. Dezember 1990 an seinen Verletzungen. Fünf der jugendlichen Täter wurden im September 1992 vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder zu Bewährungs- und maximal vierjährigen Haftstrafen verurteilt. Wer die tödlichen Schläge ausführte, war nicht nachzuweisen. Amadeu Antonio Kiowa war wohl das erste Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt nach der Wiedervereinigung. Aktuell zählt die Stiftung 141 Todesopfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Stand 20.Oktober 2008), davon alleine vier Morde in 2008.

Aus dem Mord an Amadeu Antonio Kiowa erklären sich auch die Aufgaben, mit denen sich die Stiftung seit der Gründung beschäftigt. Sie positioniert sich auf der Seite der Opfer rechter Gewalt und legt in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einen Schwerpunkt auf die Alltagskultur. Diese wird gerade in vielen ländlichen Regionen in Ost- und Westdeutschland von Rechtsextremen und Neonazis dominiert und getragen durch alltägliche Fremdenfeindlichkeit und tradierte menschenfeindliche Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft. Die Stiftung hat es sich zudem zur Aufgabe gemacht, den Minderheitenschutz und die Menschenrechtsorientierung voranzubringen, für eine Stärkung der Zivilgesellschaft einzutreten und den Aufbau einer demokratischen Kultur zu fördern. In diesem Sinne ist auch der Untertitel ‚Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur' der Stiftung zu verstehen, der sich auf ein Verständ-

nis von Zivilgesellschaft bezieht, das der Demokratie ein Werte tragendes Potential zur Verfügung stellt. Die Zivil- und Bürgergesellschaft ist danach eine ‚Schule der Demokratie', in der über die tägliche Praxis der solidarische Umgang miteinander, demokratische Grundwerte und Möglichkeiten der zivilen Konfliktaustragung eingeübt und Minderheiten geschützt werden.

Förderung von ‚grassroots'

Den Kern der Stiftungsarbeit bildet die Unterstützung lokaler, meist kleinerer Initiativen und Projekte in den Bereichen Aufklärungs- und Vernetzungsarbeit, alternativer Jugendkultur sowie Opferschutz und Opferhilfe. Es geht den Initiativen darum, demokratisches Handeln zu stärken und die Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Partnern zu suchen. Dieser ‚grassroot approach' zielt vor allem auch darauf lokale Netzwerke zu aktivieren, diese als beispielgebend in der lokalen Öffentlichkeit darzustellen und schließlich lokale Veränderungen durchzusetzen. Der finanzielle Aspekt spielt dabei nicht immer die Hauptrolle: Der Stiftung ist es wichtig, Unterstützung über die finanzielle Förderung hinaus zu bieten. Sie berät und ermutigt Initiativen in partnerschaftlicher Art und Weise in ihrem Engagement gegen demokratiefeindliche Ideologien, die oftmals nicht die nötige Hilfe der zuständigen öffentlichen Stellen in ihren Kommunen erhalten. Praktisch bedeutet dies: die Partner vor Ort zu treffen, um zu ermitteln, wie die Stiftung helfen kann, die Partner mit anderen Projekten vernetzen oder Kontakte zu Medien herstellen, um die Initiative und ihre Vorhaben publik zu machen und eine gemeinsame Strategie entwickeln, mit der sie ihre Vorhaben möglichst erfolgreich umsetzen können.

Viele der geförderten Projekte hatten auf anderem Wege nur geringe Chancen auf finanzielle Unterstützung. Bei der Förderung hat sich gezeigt, dass die Höhe der Fördersumme nicht immer der entscheidende Faktor ist, der einem Projekt zum Erfolg verhilft. Voraussetzung für das Gelingen eines Projekts ist vielmehr eine gute Idee und die Fähigkeit, lokale Veränderungen und Sensibilisierungen zu ermöglichen. Gefördert werden vor allem: die Arbeit mit Betroffenen rechtsextremer Gewalt und Stärkung von Minderheiten, lokale und überregionale Netzwerke und Projekte im Gemeinwesen, gelungene Beispiele demokratischer Jugendarbeit und als Reaktion auf die Versuche, rechtsextreme Jugendkultur mittels Konzerten hoffähig zu machen, dient auch ‚Musik als Mittel zur Stärkung der nicht rechtsextremen Jugendkultur'. Zudem wird auch der Bereich ‚Informationen, Recherche und Dokumentation' gefördert, der auch eine Unterstützung von alternativen Jugendgruppen ermöglicht, die oftmals Ziel rechtsextremer Übergriffe sind und deren Arbeit von staatlicher Seite häufig nicht anerkannt wird. Besondere Unterstützung durch die Amadeu Antonio Stiftung erhält aus den Spendenmitteln der *stern*-Kampagne ‚Mut gegen rechte Gewalt' das bundesweit einzigartige Programm ‚EXIT', das bislang über 350 Rechtsextremisten beim Ausstieg aus der Szene begleiten konnte. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Tätigkeit von ‚EXIT' ist die Beratung von Angehörigen rechtsextremer Jugendlicher, um durch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus eine argumentative Stärkung der Eltern und Angehörigen zu erreichen. Eine weitere Förderung erhält zudem das Zentrum Demokratische Kultur, das rechtsextremistische Erscheinungsformen analysiert und Gegenstrategien entwickelt.

Erfolgsmodelle in Sachsen

Aber auch die Amadeu Antonio Stiftung ist auf finanzielle Unterstützung angewiesen, um die Ziele ihrer Bemühungen erfolgreich umsetzen zu können. Da Menschen, die Opfer rechtsextremer Gewalt werden, keine wirkliche Lobby haben, gestaltet sich das Sammeln von ausrei-

chenden Mitteln und anderen Formen zu ihrer Unterstützung nicht unproblematisch. Neben den Zinserträgen des Stiftungskapitals sind es vor allem Spendengelder, durch die das Wirken der Stiftung gewährleistet wird. Von Anfang an wurde die Amadeu Antonio Stiftung von der Wochenzeitung ‚DIE ZEIT' unterstützt. Sie begleitete die Amadeu Antonio Stiftung beim Aufbau des Netzwerks für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen, Sachsen, gegründet von nur wenigen, vor allem jungen Menschen im Dezember 1999. Über viele Jahre hinweg gab es Versuche, eine demokratische Kultur in Wurzen zu schaffen, die allesamt jedoch aus unterschiedlichen Gründen scheiterten. Also galt es, neue Ansätze zu suchen. 2002 initiierten ‚DIE ZEIT' und die Amadeu Antonio Stiftung, nach einem ZEIT-Artikel über das rechtsextreme Klima in der Kleinstadt Wurzen, eine Spendenaktion. Mit dem Geld konnte das Netzwerk ein Haus im Stadtzentrum kaufen und teilweise sanieren. Dieses Haus dient nun als unabhängiges soziokulturelles Zentrum, welches einen Schutz- und Entfaltungsraum für demokratisch orientierte Jugendliche bietet. In dem soziokulturellen Zentrum werden Veranstaltungen wie beispielsweise Seminare, Workshops, Lesungen, Konzerte und Filmabende abgehalten. Betroffenen rechtsextremer Gewalt wird hier Hilfe und Beratung angeboten. Zudem fungiert das Zentrum als Koordinationsstelle: Es will die Vernetzung mit anderen Initiativen und Projekten verbessern, um mehr demokratische Alternativen zu schaffen. Den Menschen in Wurzen kann durch das Zentrum die Möglichkeit und der Zugang zu einer Kultur der Vielfalt und des Respekts eröffnet werden. Aus der Handvoll junger Menschen wurden in den letzten Jahre 40 ehrenamtlich Aktive aus allen Altersgruppen.

Mit der Etablierung des Netzwerks für demokratische Kultur endete die Arbeit der Stiftung in Sachsen nicht. Sie versucht ähnliche Initiativen und Projekte untereinander zu vernetzen. Ein weiteres Beispiel ist die Aktion Zivilcourage in Pirna, die es ähnlich wie die Bürgerinnen und Bürger in Wurzen geschafft haben, klare demokratische Alternativen zur rechtsextremen Alltagskultur aufzuzeigen. Aus dieser Vernetzung ist mittlerweile das aktivste Initiativnetzwerk auf Landesebene gegen Rechtextremismus in einem Bundesland entstanden: das Netzwerk ‚Tolerantes Sachsen' mit über 100 institutionellen Mitglieder. Um die Initiativen jedoch nicht alleine zu lassen, hat die Stiftung unmittelbar nach dem Einzug der rechtsextremen NPD in den sächsischen Landtag weitere Partner gebeten, die sächsischen Initiativen zu stärken. Symbolträchtig haben die Kulturstiftung Dresden der Dresdner Bank, die Stiftung Frauenkirche Dresden, die Freudenberg Stiftung und die Amadeu Antonio Stiftung einen sächsischen Demokratiepreis ausgeschrieben, der sogar die Unterstützung des damaligen Ministerpräsidenten Milbrad und auch des aktuellen Ministerpräsidenten Tillich gefunden hat, die jeweils die Schirmherrschaft des ‚Sächsischen Förderpreises für Demokratie' übernommen haben. Der Preis hat nicht nur allein symbolische Ausrichtung. Er ist vor allem ein Förderpreis, der drei Initiativen zusammen 40.000 Euro für ihre Projekte zur Verfügung stellt.

Bundesweite Strukturen schaffen

Von Anfang an war klar, dass die Arbeit von Initiativen und Projekten auch längerfristig und fachlich vor Ort begleitet werden muss und Hilfe suchende Bürgerinnen und Bürger überall in Deutschland Ansprechpartner brauchen. Zwei besonders erfolgreiche Modelle standen dabei als Vorbild zur Verfügung. Beide kamen aus Brandenburg: das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus der Regionalen Arbeitsstelle für Demokratie, Jugendarbeit und Schule (RAA e.V.) und das durch die Stiftung von Anfang an geförderte Modell der Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt, die Opferperspektive Brandenburg e.V. Die Stif-

tung bemüht sich seit der Gründung ähnliche Strukturen in allen Bundesländern zu etablieren.

Die neue rot-grüne Bundesregierung nahm sich 2001 des Vorschlages an und verankerte im Bundesjugendministerium das Programm ‚CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern'. Ziel des CIVITAS-Programms war es, eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur in den neuen Bundesländern zu fördern. Diese sollte sich den Ursachen und Auswirkungen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus offensiv entgegenstellen. CIVITAS förderte modellhafte Projekte in drei Bereichen: Mobile Beratungsteams, Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalttaten sowie die Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Bei der Entwicklung der Leitlinien und Förderkriterien für CIVITAS bekam das Bundesministerium inhaltliche Unterstützung durch die Amadeu Antonio Stiftung. Zusammen mit der Stiftung Demokratische Jugend wurde die Amadeu Antonio Stiftung mit der Umsetzung des Förderprogramms beauftragt. Dafür richteten die beiden Stiftungen gemeinsam die ‚Servicestelle CIVITAS' ein, die mit jährlich 5 Mio. Euro von 2001 bis 2006 über 1.500 Projekte förderte. Mittlerweile sind die Beratungsstrukturen unter der großen Koalition von CDU/CSU und SPD in ein neues Bundesprogramm mit dem Namen ‚kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus' überführt worden, das nun in enger Zusammenarbeit mit den Bundesländern versucht, auch in Westdeutschland professionelle Beratungsstrukturen aufzubauen. Im Rahmen eines weiteren Bundesprogramms ‚Vielfalt tut gut' werden Lokale Aktionspläne und themenspezifische Modellprojekte gefördert. Einerseits ist der Aufbau und die Übernahme von wichtigen Strukturprojekten, wie der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und der Opferberatungsstellen, in eine Bundesförderung für die Stiftung ein großer Erfolg. Anderseits sind bald auch die negativen Seiten deutlich geworden: Die zivilgesellschaftlichen Akteure werden zu ‚Antragstellern' und müssen ihre Agenda, thematischen Schwerpunkte und Problembeschreibung an die Richtlinien der Bundesprogramme anpassen, die der Problemwahrnehmung der jeweiligen Regierungskoalition und der umsetzenden Bundesministerien folgen. Teilweise haben die Akteure dadurch ihre Initiativfunktion verloren. Zudem sind gerade im ländlichen Raum viele zivilgesellschaftliche Akteure es leid, sich ständig um ‚Zuwendungen' und den ‚Segen' der lokalen Verwaltungen zu bemühen. Einige haben daher ihren Kampf gegen die Nazis aufgegeben.

Zivilgesellschaftliches Agenda Setting

Die Stiftung hat darauf reagiert, indem sie nach der erfolgreichen Anfangsphase des Bundesprogramms CIVITAS aus der aktiven Umsetzung zurückgetreten ist und sich wieder stärker auf ein unabhängiges zivilgesellschaftliches Profil konzentriert hat. Dies führte zum einen zu einer aktiveren Förderpolitik, die auch weiter lokal unbequeme Projekte und Initiativen fördert, und zum anderen zum Ausbau der eigenen operativen Stiftungsarbeit, wodurch wieder stärker eigene Akzente gesetzt werden konnten. Ein Ansatz der Stiftung war beispielsweise, im Rahmen des Programms ‚Fundraising für demokratische Kultur' ausgewählte Initiativen und Organisationen in der Mittelakquise weiterzubilden und sie bei der langfristigen Entwicklung durch Organisationsentwicklungsworkshops zu unterstützen.

Um die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus zu stärken, hat die Stiftung – jenseits von Toleranzfesten und Schulprojekttagen – Modellprojekte im Bereich Menschenrechtsbildung initiiert: ‚Unser Haus der Kinderrechte' und ‚Kinderrechte in der Kommune'. Zwar werden Kinder- und Menschenrechte internati-

onal anerkannt und Konventionen vom deutschen Staat ratifiziert, doch muss das Bewusstsein weiter geschärft und institutionell verankert werden, dass Menschenrechte und der Schutz schwacher Gruppen das Kernelement einer demokratischen Gesellschaft sind.

Als kommunales Entwicklungslabor und Netzwerkstelle für demokratische Kultur setzt die Amadeu Antonio Stiftung auf das US-amerikanische Modell der ‚Community Foundation', die mittlerweile als Bürgerstiftungen in Deutschland gegründet werden. Im Rahmen eines Projektes ‚Bürgerstiftungen für demokratische Kultur' berät, unterstützt und vernetzt die Amadeu Antonio Stiftung die rund 200 bestehenden Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen in Deutschland. Bürgerstiftungen organisieren und vernetzen Demokratie fördernde Projekte in unterschiedlichen Lebensbereichen, besonders in Regionen, wo bürgerschaftliches Engagement nur schwach ausgeprägt ist. Initiativen erhalten konkrete Hilfestellung beim Aufbau einer Bürgerstiftung, beim Fundraising oder der Ausarbeitung von Projektideen.

Im Internet versucht die Stiftung zusammen mit der *stern*-Aktion ‚Mut gegen rechte Gewalt' eine Plattform gegen Rechtsextremismus zu schaffen. Mit dem Projekt ‚Medien mit Mut' werden Nachwuchsjournalisten ermutigt, gemeinsam Strategien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus für Medien zu erarbeiten. Alle diese Projekte wurden natürlich nur möglich durch die enge Zusammenarbeit mit lokalen und überregionalen Partnern und durch die finanzielle Unterstützung von Institutionen wie der Freudenberg Stiftung, die die Amadeu Antonio Stiftung von Anfang an fördert oder durch das Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus ‚Vielfalt tut gut!'.

Antisemitismus als Einfallstor

Nicht erst seit 2001 ist Antisemitismus wieder zu einem virulenten Problem geworden. Auf dem Schulhof ist ‚Du Jude' ein geläufiges Schimpfwort, öffentliche Gebäude werden mit antisemitischen Losungen beschmiert, Schändungen jüdischer Friedhöfe nehmen signifikant zu und auch im öffentlichen Diskurs werden antisemitische Stereotype und Gewaltfantasien wieder unverblümter geäußert. In der Arbeit gegen Rechtsextremismus ist die Auseinandersetzung mit Antisemitismus dagegen bisher nur sehr marginal verbreitet. Diese Auseinandersetzung wird umso nötiger, da die rechtsextreme Szene seit geraumer Zeit entdeckt, dass Antisemitismus und die Verherrlichung des Dritten Reiches gute Anknüpfungsmöglichkeiten zu bestehenden Ressentiments der Mehrheitsbevölkerung ermöglichen und eine Brücken- und Scharnierfunktion zu rechtsextremem Gedankengut bilden. Nicht nur deswegen hat die Amadeu Antonio Stiftung die Bekämpfung des Antisemitismus zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht. Vor allem stellt Antisemitismus als die zentrale historische Ungleichwertigkeitsideologie in Deutschland die Gleichwertigkeit aller Menschen in Frage und dient auch als Einfalltor für andere demokratiefeindliche Einstellungen.

In ihrer Arbeit gegen Antisemitismus beschäftigt sich die Amadeu Antonio Stiftung damit, wie es möglich ist, auf zivilgesellschaftlicher Ebene präventiv zu arbeiten, öffentliche Diskussionen über das Thema selbst und über geeignete Maßnahmen dagegen zu initiieren, Partner und Projekte in der Auseinandersetzung zu ermutigen und zu unterstützen. Weitere inhaltliche Arbeitsschwerpunkte sind zudem Antisemitismus in aktuellen Jugendkulturen, Antisemitismus im Kontext der Einwanderungsgesellschaft und Antisemitismus im kommunalen Kontext, wie Friedhofsschändungen und die Auseinandersetzung um die Verlegung von Stolpersteinen. Eng damit verknüpft sind auch andere Formen der Erinnerung an den Nationalsozialismus in Ost- und Westdeutschland, wie die Verleugnung der zeitgenössischen Formen des Antisemitismus in beiden deutschen Staaten zwischen 1945 und 1990, Philosemitismus,

Antizionismus und die Relativierung des Nationalsozialismus.

Ein besonderer Fall ist dabei die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in der DDR. Mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung haben 75 Schülerinnen und Schüler aus allen ostdeutschen Bundesländern zum Thema recherchiert und eine Ausstellung ‚Das hat es bei uns nicht gegeben – Antisemitismus in der DDR' erstellt. Der Titel wurde bewusst gewählt, weil die Jugendlichen bei ihren Recherchen immer wieder darauf hingewiesen wurden, dass in einem antifaschistischen Staat Antisemitismus nicht existierte. Doch was eigentlich nicht sein durfte, existierte jenseits aller staatlichen Selbstvergewisserungen. Die Themen der Ausstellung ‚Das hat's bei uns nicht gegeben! – Antisemitismus in der DDR' spannen einen weiten Bogen von Antizionismus in Politik und Medien und dem Umgang mit jüdischen Friedhöfen in der DDR über das Gedenken und Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus bis hin zu dem sich verstärkenden Rechtsextremismus und Antisemitismus in den achtziger Jahren. Das breite öffentliche und teilweise sehr heftige Echo auf die in bereits über 50 Städten gezeigte Wanderausstellung zeigt, dass hier ein wichtiges und bisher kaum beachtetes Thema aufgegriffen wird.

Auch bei aktuellen antisemitischen Vorfällen ist eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Mit der öffentlichen Dokumentation antisemitischer Vorfälle versucht die Stiftung, die Dokumentation mit der Ermutigung für eigene Aktivitäten zu verbinden. Der innovative Bestandteil des so genannten ‚Active Monitoring' besteht darin, Aktionen und Projekte als unmittelbare Reaktion auf den jeweiligen Vorfall zu entwickeln. Gleichzeitig sollen präventive Maßnahmen beispielsweise in der Jugendbildungsarbeit entwickelt und angewendet werden. Hierbei geht es darum, Initiativen zu ermutigen und zu unterstützen, die sich ausgehend von dem konkreten Vorfall darum bemühen, die Öffentlichkeit zu informieren und die Opfer zu unterstützen.

Zudem versucht die Stiftung, mit den Aktionswochen gegen Antisemitismus Öffentlichkeit für die zu schaffen, die sich gegen Antisemitismus engagieren, in Form von Filmvorführungen, Lesungen, Vorträge, Ausstellungen, Stadtrundgänge, Gedenk- und Diskussionsveranstaltungen. Bereits seit 2004 organisiert die Stiftung mit lokalen Partnern die Aktionswochen um den 9. November, dem Jahrestag der Pogromnacht. Am Anfang ging es darum, Leute zu ermutigen, sich mit dem Thema zu beschäftigen und engagierte Personen miteinander zu vernetzen. Inzwischen finden die Aktionswochen jedes Jahr bundesweit statt: Über 150 Veranstaltungen in mehr als 80 Städten und Gemeinden. Mit den Aktionswochen versucht die Stiftung, die Aufmerksamkeit nicht nur auf historische Erscheinungsformen des Antisemitismus zu lenken, sondern auch Diskussionen über aktuellen Antisemitismus zu fördern. Einer der wichtigsten Erfolge der Aktionswochen ist die Gründung regionaler Arbeitskreise, deren Mitglieder nun gemeinsam gegen Antisemitismus in ihren Städten vorgehen.

Interventionen gegen Menschenfeindlichkeit

Die Arbeit gegen Antisemitismus ist seit 2007 auch Teil eines Programms der Stiftung gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF): ‚Living Equality – Gleichwertigkeit leben'. Von GMF wird nach dem Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer gesprochen, wenn sich Ablehnung oder Ausgrenzung nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen bestimmte Gruppen richtet. Sie äußert sich auf ganz unterschiedliche Weise: verbale und körperliche Gewalt gegenüber Türken oder Afrodeutschen (Rassismus), Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Grabsteinen (Antisemitismus), frauenfeindliche Äußerungen (Sexismus), Gewalt gegenüber Schwulen und Lesben

(Homophobie) – um nur wenige Beispiele zu nennen. Mit dem Programm- und Projektverbund ‚Living Equality' entwickelt die Stiftung in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Regionalen Arbeitsstellen für Demokratie, Jugendarbeit und Schulen, Landeskoordinationen von ‚Schule ohne Rassismus', dem Zentrum demokratische Kultur, dem Landesverband der Sinti und Roma in Baden-Württemberg und 15 weiteren Partnern Methoden und Audits, um diesem menschenfeindlichen Einstellungen entgegenzutreten. Im Zentrum des Interventionsansatzes stehen die Orientierung auf Gleichwertigkeit, Anerkennung und Selbstwirksamkeit. Er zielt dabei auf universelle Normen, wie die Menschenrechte, unter Einbeziehung der jeweiligen historischen und kulturellen Spezifik der einzelnen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Timo Reinfrank ist Diplom-Politologe und Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung. Von 1999 bis 2001 war Timo Reinfrank Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin, seit 2005 ist er Vorsitzender des Vereins für demokratische Kultur in Berlin e.V. Kontakt: timo.reinfrank@amadeu-antonio-stiftung.de

Analyse

Bürgerstiftungsbewegung in Deutschland: Etablierung und Potential

Seit im Jahr 1996 die Bürgerstiftung als ‚Stiftung von Bürgern für Bürger' erstmals nach Deutschland kam, verbreitet sich das ursprünglich US-amerikanische Modell mit großer Dynamik. Zwölf Jahre nach Gründung der ersten beiden Bürgerstiftungen in Gütersloh (1996) und Hannover (1997) ist eine bundesweite Bewegung entstanden. Zum 31.08.2008 existierten bundesweit 237 Bürgerstiftungen mit einem Gesamtvermögen von 110 Millionen Euro. Die Daten des ‚Länderspiegel Bürgerstiftungen 2008' (Aktive Bürgerschaft 2008) lassen darauf schließen, dass die Bekanntheit von und das Vertrauen der Bevölkerung in Bürgerstiftungen wachsen.

Als der US-amerikanische Bankier und Anwalt Frederick Goff 1914 in Cleveland, Ohio, die erste Community Foundation ins Leben rief, erweiterte er die klassische Stiftung um partizipative Elemente einer Gemeinschaft von Stiftern, die bis heute auch in Deutschland das Konzept einer ‚Stiftung von Bürgern für Bürger' sowie die Organisationsstruktur der Bürgerstiftungen prägen. Seit Gründung der Cleveland Foundation hat sich die Zahl der Bürgerstiftungen in den USA auf mehr als 700 erhöht, sie verwalten ein Vermögen von rund 44,5 Milliarden US-Dollar. Spätestens seit den 1990er Jahren haben sich Bürgerstiftungen auch zu einer globalen Bewegung entwickelt. Weltweit existieren aktuell mehr als 1.441 Bürgerstiftungen in 51 Ländern.

Das Modell Bürgerstiftung in Deutschland

In Deutschland hat sich die Bürgerstiftung als Stiftungsform etabliert, die typische Merkmale einer zivilgesellschaftlichen Organisation aufweist: Selbstorganisation, Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und Verpflichtung zu gemeinnützigen Zielen (Nährlich et al 2005). Sowohl als Stifterinnen oder Stifter als auch als Gremienmitgliedes oder Ehrenamtliche in den Projekten können sich Bürgerinnen und Bürger für ihr Gemeinwesen einbringen. Die lokal oder regional agierende Organisation fokussiert gesellschaftliche Herausforderungen vor Ort und konzentriert sich in ihrer Arbeit auf einen regional begrenzten Engagementraum. Ihr Gemeinnützigkeitsstatus ist anerkannt, sie be-

rücksichtigt jedoch – anders als bei traditionellen Stiftungen – einen breiten Stiftungszweck, um auf die Bedürfnisse vor Ort eingehen zu können. Zwecke einer Bürgerstiftung umfassen den Kinder- und Jugendbereich, Soziales, Umweltschutz, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Kunst und Kultur, Sport etc.

Stärker als bei konventionellen Stiftungen liegt ein Schwerpunkt der Stiftungsarbeit auf dem Aufbau zivilgesellschaftlichen Eigenkapitals, um von staatlichen Zuwendungen zunehmend unabhängig zu werden. In Deutschland ist dies dringend erforderlich, denn der Bürgergesellschaft mangelt es vor allem an einem: an Eigenkapital. Laut der international vergleichenden Johns Hopkins-Studie finanzieren Bund, Länder und Kommunen 60% der Einnahmen des Dritten Sektors. Private Stiftungen und Spenden von Einzelpersonen und Unternehmen machen derzeit nur knapp über 3% bei der Finanzierung des Dritten Sektors aus (Priller/ Zimmer 2001).

Die Folgen einer solchen finanziellen Abhängigkeit der Bürgergesellschaft vom Staat werden offensichtlich, wenn es – nicht nur in Zeiten knapper öffentlicher Kassen – zu einer zum Teil drastischen Unterfinanzierung gemeinnütziger Organisationen kommt. Auch ideell hängt der Dritte Sektor vom Staat ab, weil dieser über die Vergabe von Fördermitteln entscheidet und damit inhaltlich Themen setzt und fördert bzw. eine Förderung unterlässt. Zudem hat die jahrelange öffentliche Finanzierung des Dritten Sektors dazu geführt, dass viele gemeinnützige Organisationen kein oder kaum Eigenkapital aus privaten Zuwendungen aufgebaut haben. Weder können noch wollen Bürgerstiftungen die staatliche Förderung ersetzen. Sie können aber durch ihre Selbstorganisationsfähigkeit Struktur und Finanzierung aus privaten Geldern das Eigenkapital der Bürgergesellschaft nachhaltig stärken (Hellmann, 2005).

Datenerhebung: Länderspiegel

Bisher liegt nur wenig empirisches Datenmaterial über Bürgerstiftungen in Deutschland vor, das verlässliche Aussagen über die Entwicklung dieses Sektors erlaubt. Der ‚Länderspiegel Bürgerstiftungen' (im Folgenden ‚Länderspiegel', Aktive Bürgerschaft 2008) bietet die Möglichkeit, genauere Informationen über den jungen Bürgerstiftungssektor in Deutschland zu generieren.

Zum dritten Mal, nach 2006 und 2007, wurden für den Länderspiegel 2008 Daten der Bürgerstiftungen in Deutschland erhoben. Die Definition der Grundgesamtheit von Bürgerstiftungen stellt bereits eine Herausforderung für die Datenerhebung dar, da in Deutschland kein offizielles Stiftungsregister existiert, in dem Informationen über die bestehenden Stiftungen verlässlich aufgeführt würden. Zudem stellt die Bürgerstiftung keine eigene Rechtsform dar, sondern ist lediglich eine Spezialform einer rechtsfähigen Stiftung bürgerlichen Rechts. Ihre charakteristischen Merkmale wurden in dem Papier ‚10 Merkmale einer Bürgerstiftung' (2000) vom Bundesverband Deutscher Stiftungen festgehalten, ohne damit allerdings eine Rechtsverbindlichkeit zu implizieren. Um die Bürgerstiftungen in Deutschland zu erfassen, recherchiert die Aktive Bürgerschaft daher während des gesamten Jahres die Gründungen von Bürgerstiftungen v.a. über Medienbeobachtung, Internetseiten und Veröffentlichungen der Stiftungsaufsichtsbehörden und prüft die jeweiligen Satzungen auf ihre Übereinstimmung mit den ‚10 Merkmalen einer Bürgerstiftung' des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (Philipp/Polterauer 2008). Zum Stichtag 31.08.2008 waren 237 Bürgerstiftungen bekannt, von denen sich 79% an der Datenerhebung beteiligten.[1] Eine ähnlich hohe Beteiligung wurde auch in den vorhergehenden beiden Jahren erzielt – 78% in 2007 und 70% in 2006.[2]

Die Werte im Länderspiegel unterschätzen die reale Situation tendenziell, da die Angaben

zu den Finanzdaten der Bürgerstiftungen (Gründungskapital, Vermögen zum 31.12. und Spenden-/Projektfördersumme innerhalb eines Jahres) im Falle unvollständiger Informationen mit Angaben aus dem Vorjahr ergänzt wurden oder mit einem reduzierten Hochrechnungsfaktor berechnet wurden.

Bürgerstiftungsbewegung in Deutschland etabliert

Die Auswertung der Datenerhebung zeichnet eine dynamische Entwicklung von Bürgerstiftungen in Deutschland nach: Seit den Gründungen der ersten Bürgerstiftungen in den Jahren 1996 und 1997 hat sich in den letzten zehn Jahren eine Bürgerstiftungsbewegung etabliert.

In über 237 Gemeinden, Städten und Regionen sind aktuell Bürgerstiftungen aktiv. Zwar wurde mit mindestens 36 Neugründungen im Jahr 2007 der Gründungsboom aus dem Jahr 2006 nicht wiederholt (52 Neugründungen); gleichwohl deutet die Anzahl der Neugründungen auf eine stabile Entwicklung hin. Dezentral und regionalspezifisch haben sich Privatpersonen, Vereine und Unternehmen zusammengeschlossen, um mit finanziellem und persönlichem Engagement eine Bürgerstiftung zu gründen. Der Mindestbetrag für eine Zustiftung variiert dabei ebenso wie die Anzahl der Stifterinnen und Stifter und das Startkapital bei Gründung. Das extremwertbereinigte durchschnittliche Gründungskapital[3] von deutschen Bürgerstiftungen bewegt sich seit Gründung der ersten Bürgerstiftung bis heute zwischen 70.000 und 133.000 Euro und liegt in den letzten Jahren bei rund 130.000 Euro (128.000 Euro zum 31.8.2008).

Nachdem 2006 auch in Brandenburg eine Bürgerstiftung aus der Taufe gehoben wurde, gibt es nun in jedem deutschen Bundesland eine Bürgerstiftung.[4] Bürgerstiftungsreichstes Land ist Nordrhein-Westfalen mit 68 Bürgerstiftungen, gefolgt von Baden-Württemberg (53), Niedersachsen (40) und Bayern (27). Damit sind drei Viertel der Bürgerstiftungen in diesen vier Bundesländern aktiv. Schlusslichter sind Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg mit jeweils drei Bürgerstiftungen.

Aus der aktuellen Verteilung der Bürgerstiftungen und deren Engagementraum lässt sich schlussfolgern, dass bereits rund 41% der bundesdeutschen Bevölkerung potentiell Zugang zu einer Bürgerstiftung haben, das heißt, sich entweder für die Bürgerstiftung engagieren können oder bei der Stiftung Anträge für die Förderung von Projekten stellen können. Allerdings sind die finanziellen Möglichkeiten von Bürgerstiftungen aktuell noch sehr begrenzt: ungefähr 6,6 Millionen Euro konnten die Bürgerstiftungen im letzten Jahr für gemeinnützige Zwecke ausschütten.[5] Diese Projektfördersumme umfasst eingenommene Spenden sowie Zinserträge aus dem Vermögen.

Bürgerstiftungen sind verstärkt in Ballungsgebieten aktiv: Nur knapp 20% der Fläche Deutschlands ist mit einer Bürgerstiftung bedeckt, aber 41% der Bevölkerung leben in einer Region, in der eine Bürgerstiftung aktiv ist. Ein anschauliches Beispiel dafür ist Sachsen: Drei der vier Bürgerstiftungen sind in den Großstädten der ‚Europäischen Metropolregion Sachsendreieck', Leipzig, Dresden und Chemnitz aktiv. Auch die Anzahl von Bürgerstiftungen in Großstädten verweist auf die Konzentration in Ballungsgebieten: In 51 und damit knapp zwei Dritteln der 81 deutschen Großstädte gibt es Bürgerstiftungen, die den ‚10 Merkmalen einer Bürgerstiftung' entsprechen; in weiteren gibt es Gründungsinitiativen. Lediglich in einem Fünftel der deutschen Großstädte ist bisher noch keine Bürgerstiftungsgründung oder -initiative zu verzeichnen. In großen Städten wie Berlin, Köln und Hannover wurden bereits Bürgerstiftungen für einzelne Stadtteile gegründet (z.B. Bürgerstiftung Neukölln (Berlin), Bürgerstiftung Lichtenberg (Berlin)[6], Sahlkamp-Vahrenheide (Hannover), LebenMühlheim (Köln),

KalkGestalten (Köln)). So sollen Projekte besser an die lokalen Anliegen und Probleme angepasst werden.

Wie für Stiftungen im Allgemeinen festzustellen ist (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2007), existieren auch nur wenige Bürgerstiftungen in ostdeutschen Bundesländern. Dort entwickeln sich die Bürgerstiftungen zudem langsamer als in den westdeutschen Ländern. Lediglich ein Zehntel (21) aller deutschen Bürgerstiftungen ist in den Bundesländern Thüringen (6), Sachsen (4), Sachsen-Anhalt (3), Mecklenburg-Vorpommern (3), Brandenburg (3) und Berlin (2) aktiv. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl allerdings relativiert sich dies, denn in Ostdeutschland leben lediglich 20% der Bundesbürger. Die Entwicklung hat hier deutlich später eingesetzt: 1998 wurde zwar die Bürgerstiftung der Hansestadt Wismar in Mecklenburg-Vorpommern gegründet. Allerdings dauerte es sechs Jahre bis zur nächsten Gründung in Mecklenburg-Vorpommern. Auch in Sachsen wurde nach der Bürgerstiftung Dresden (1999) erst im Jahr 2003 wieder eine Bürgerstiftung in Leipzig gegründet.

Besonders schlecht sind die ostdeutschen Bürgerstiftungen mit Stiftungsvermögen ausgestattet. Sie verfügen über lediglich ca. 6% des gesamten Vermögens deutscher Bürgerstiftungen. Hier liegt umso mehr Handlungspotential, als Bürgerstiftungen ohne Eigenkapital langfristig nicht handlungsfähig sind.

Zivilgesellschaftliches Eigenkapital im Aufbau

Zum Ende des Jahres 2007 verfügten die deutschen Bürgerstiftungen erstmals über einen Euro-Betrag in dreistelliger Millionenhöhe.[7] Mindestens 110 Millionen Euro stehen ihnen zur Verfügung und damit fast doppelt so viel wie Ende 2005. Neben den Neugründungen trägt auch die erfolgreiche Arbeit der Bürgerstiftungen zur Vermögensvermehrung bei: Bürgerstiftungen, die vor 2005 gegründet wurden, konnten zwischen 2005 und 2007 ihr Vermögen durchschnittlich um 100.000 Euro pro Jahr steigern und damit insgesamt um die Hälfte erhöhen. Als besonders erfolgreich erweist sich die Verwaltung von Treuhandvermögen: Die Bürgerstiftungen, die als Dienstleister für andere Stifterinnen und Stifter Kapital treuhänderisch verwalten, konnten ihr Vermögen verfünffachen, während die anderen Bürgerstiftungen ihren Kapitalstock nur verdoppeln konnten.

Das Stiftungskapital der deutschen Bürgerstiftungen konzentriert sich bei wenigen Bürgerstiftungen: Einerseits verfügen die Bürgerstiftungsmillionäre, also Bürgerstiftungen, deren Vermögen mehr als eine Million Euro beträgt (23), über die Hälfte des Gesamtkapitals. Auf der anderen Seite hat die Hälfte der deutschen Bürgerstiftungen ein Kapital von unter 200.000 Euro zur Verfügung.

Sowohl die starke Verbreitung und die konstant hohe Anzahl von Neugründungen als auch der Zuwachs an Stiftungskapital sprechen dafür, dass das Modell Bürgerstiftung Bekanntheit erreicht hat und Vertrauen bei Bürgerinnen und Bürgern genießt. Die Bürgerstiftungen haben beachtliche Erfolge beim Kapitalaufbau erzielt. Um als zivilgesellschaftliche Organisation gesellschaftlich wirksam tätig sein zu können, ist jedoch der Aufbau des Stiftungsvermögens eine Hauptaufgabe für die kommenden Jahre.

Bürgerstiftungen: Potentiale und Herausforderungen

Die Bürgerstiftung hat sich in der deutschen Bürgergesellschaft innerhalb einer Dekade als zeitgemäßes Stiftungsmodell fest etabliert. Stand dabei zunächst die Verbreitung der Bürgerstiftungen im Vordergrund, wird die nächste Dekade nicht mehr so sehr von weiteren Neugründungen geprägt sein. Vielmehr werden die bereits bestehenden Bürgerstiftungen vor neue Herausforderungen hinsichtlich ihrer Positionierung und Professionalisierung gestellt werden.

Positionierung: Bürgerstiftungen und Unabhängigkeit

Der langfristige Aufbau zivilgesellschaftlichen Eigenkapitals ist ein zentrales Ziel von Bürgerstiftungen, um auch auf lange Sicht in einer Region gesellschaftliche Herausforderungen erkennen und Bedarfe fördern zu können. Eine der größten Stärken von Bürgerstiftungen ist dabei ihre Selbstorganisation. Während viele gemeinnützige Organisationen überwiegend durch öffentliche Mittel finanziert werden, organisieren sich in der Bürgerstiftung Einzelpersonen und Unternehmen selbst und werben private Mittel ein. Der langfristige Vermögensaufbau und die autonome Entscheidung über die Mittelvergabe durch die Bürgerstiftungen bieten eine echte Chance zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements. Zentrale Voraussetzung ist die Unabhängigkeit der Bürgerstiftungen von Partikularinteressen seitens der Kommunen, einzelner Institutionen oder Stifter. Obwohl die meisten Bürgerstiftungen die Übernahme kommunaler Pflichtaufgaben qua Satzung explizit ausschließen, bewegen sie sich oftmals auf einem schmalen Grat, wenn sie sich für das Gemeinwohl in einer Kommune engagieren wollen, ohne sich durch die öffentliche Hand instrumentalisieren zu lassen. In Baden-Württemberg war in den letzten Jahren eine systematische ‚Kommunalisierung' des Bürgerstiftungskonzeptes zu verzeichnen. Hier stehen heute 53 Bürgerstiftungen, die den ‚10 Merkmalen einer Bürgerstiftung' des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen entsprechen, 45 nicht-unabhängigen, überwiegend kommunal dominierten Bürgerstiftungen gegenüber. Die Einflussnahme der Kommunen bei letzteren variiert.

Teilweise wird in der Bürgerstiftung die Wahl von Organmitgliedern an den Gemeinde- bzw. Stadtrat übertragen, was der autonomen Willensbildung entgegensteht. Aber auch in anderen Bundesländern ist ein Trend zur Gründung so genannter Bürgerstiftungen zu verzeichnen, die von kommunalen oder Einzelinteressen dominiert werden. Die Zahl der Bürgerstiftungen, die nicht den ‚10 Merkmalen einer Bürgerstiftung' entsprechen, ist auch in Bayern (22 zu 27) und Hessen (12 zu 13) gestiegen, in Rheinland-Pfalz überwiegen gar die nicht unabhängigen Bürgerstiftungen (9 zu 6). Kommunen sollten davon absehen, bürgerschaftliches Engagement in erster Linie funktional staatsentlastend zu sehen. Auch anderen gegenüber gilt es, die Unabhängigkeit der Bürgerstiftungen zu bewahren. Dafür spricht, dass Bürgerinnen und Bürger vor allem Bürgerstiftungen unterstützen, in denen sie über die Gremien angemessen an der Willensbildung beteiligt werden.

Professionalisierung: Bürgerstiftungen und Wachstum

Bürgerstiftungen sind explizit auf Vermögenswachstum und Ausweitung ihrer Aktivitäten angelegt. Da die meisten Bürgerstiftungen nach wie vor rein ehrenamtlich arbeiten, liegt die zentrale strukturelle Herausforderung in der wachsenden Kluft zwischen den ehrenamtlich nicht mehr zu bewältigenden Aufgaben und der noch nicht finanzier- und legitimierbaren Einstellung bezahlter Mitarbeiter. Noch haben die wenigsten Bürgerstiftungen eine hauptamtliche Bürokraft oder Geschäftsführung. Die Herausforderung wird sein, schlanke und effiziente Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Um Stifter und Spender von deren Notwendigkeit überzeugen zu können, benötigen Bürgerstiftungen eine verantwortungsvolle Führung, die für einen sparsamen Mitteleinsatz sorgt. Sie müssen transparent arbeiten und insbesondere die Herkunft und Verwendung von Geldern offenlegen. Zu guter Governance gehören auch eine klare Aufgabenverteilung zwischen und innerhalb der Gremien, interne Kontrollstrukturen sowie die rechtzeitige Rekrutierung von Nachwuchs für Vorstand und Kuratorium (Nährlich 2007).

Da die Bürgerstiftungsbewegung in Deutschland jung ist, verfügen die Bürgerstif-

tungen noch über verhältnismäßig wenig Eigenkapital. Bürgerstiftungen nehmen aber zunehmend die Verwaltung von Treuhandstiftungen und Fonds als Aufgabe wahr, mittels derer sie ihr Stiftungsvermögen erhöhen. Über die auf diese Weise generierten privaten Mittel können sich die Bürgerstiftungen von staatlichen Zuwendungen unabhängiger machen. Langfristig gesehen ist das finanzielle Wachstumspotential des Bürgerstiftungssektors enorm. Auf dem Weg dorthin sind die Bürgerstiftungen in den vergangenen Jahren ein gutes Stück weitergekommen.

Judith Polterauer ist Diplomsoziologin und verantwortet bei der Aktiven Bürgerschaft als Projektleiterin den Arbeitsbereich Bürgergesellschaft. Kontakt: judith.polterauer@aktive-buergerschaft.de.

Bernadette Hellmann, M.A. und Stiftungsmanagerin (DSA), ist bei der Aktiven Bürgerschaft als Projektleiterin für den Arbeitsbereich Bürgerstiftungen und den „Förderpreis Aktive Bürgerschaft" verantwortlich. Kontakt: bernadette.hellmann@aktive-buergerschaft.de.

Anmerkungen

[1]Die Bürgerstiftungen finden sich auch im Online-Verzeichnis der deutschen Bürgerstiftungen auf www.aktive-buergerschaft.de/umkreissuche.

[2]Weitere Angaben zu den Finanzdaten wie z.B. dem Stiftungsvermögen finden sich in den jeweiligen Textabschnitten.

[3]Bei der Berechnung der bundesweiten durchschnittlichen Gründungskapitalwerte wurden die Stiftungen nicht berücksichtigt, die mit mehr als 1 Mio. Euro Vermögen gegründet wurden (insgesamt 7 von 237), da dieser Wert den Durchschnittswert um mehr als das Fünffache übersteigt und als ‚Extremwert' die statistische Berechnung aufgrund der relativ geringen Grundgesamtheit deutlich verzerren würde. Inklusive der Bürgerstiftungen mit hohem Gründungskapital liegen die Durchschnittswerte zwischen 150.000 und 200.000 Euro.

[4]Im Saarland ist zwar die Bürgerstiftung Saar als rechtsfähige Bürgerstiftung durch die Stiftungsaufsichtsbehörde anerkannt, jedoch ist seit mehreren Jahren keine Kontaktaufnahme mit der Bürgerstiftung möglich.

[5]Diese Summe bezieht sich auf die zum 31.12.2007 bekannten 229 Bürgerstiftungen. Als Projektfördersumme werden nur finanzielle Aufwendungen gewertet, die direkt Projekten zu Gute kommen, nicht Verwaltungskosten und Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit.

[6]Gründung am 11.10.2008 und deswegen nicht im Länderspiegel enthalten.

[7]Zum Stiftungskapital bzw. -vermögen zählt das Barvermögen; Immobilien werden nicht berücksichtigt.

Literatur

Aktive Bürgerschaft (Hg.) 2008: Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2008. Berlin. Download www.aktive-buergerschaft.de/laenderspiegel.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hg.) 2007: Stiftungsreport 2007. Berlin: Verlag Deutscher Stiftungen.

Hellmann, Bernadette 2008: Bürgerstiftungen zwischen Innovation und Herausforderung. In: Aktive Bürgerschaft (Hg.): Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2008. Berlin, 6-7.

Hellmann, Bernadette 2005: Stiftungen. Helfer der Eigenkapitalstärkung. In: SOZIALwirtschaft. Zeitschrift für Sozialmanagement, Heft 6/2005, 26-28.

Nährlich, Stefan 2007: Rechenschaft und Governance. Wie sich Stiftungsarbeit legitimiert. In: „Themenpaket Bürgerstiftungen" der Heinrich-Böll-Stiftung. Onlinebeitrag in der Kommunalpolitischen Infothek, http://www.kommunale-info.de/asp/linkcheck.asp?CMSId=3264.

Nährlich, Stefan/Strachwitz, Rupert Graf/ Hinterhuber, Eva Maria/Müller, Karin 2005 (Hg.): Bürgerstiftungen in Deutschland – Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden: VS-Verlag. Reihe Bürgergesellschaft und Demokratie.

Philipp, Elena/Polterauer, Judith 2008: Methodik: Auswahl der Bürgerstiftungen und Stiftungsdaten. In: Aktive Bürgerschaft (Hg.): Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2008. Berlin, 11-13.

Polterauer, Judith 2008: Bürgerstiftungen in Deutschland: Fakten und Trends 2008. In: Aktive Bürgerschaft (Hg.): Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends. Berlin, 8-10.

Priller, Eckhard/Zimmer, Annette 2001: Der Dritte Sektor: Wachstum und Wandel. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Sacks, Eleanor E. (Hg.): Community Foundation Global Status Report 2008, herausgegeben von WINGS (Worldwide Initiative for Grantmaker Support), www.wingsweb.org/information/publications_community_2008_main.cfm.

Projektbericht

‚Europe energised – will lights go out in 2050?' Das Europäische Wissenschaftsparlament 2008

Mit dem Europäischen Wissenschaftsparlament (EWP) setzten die beiden Hauptprojektträger, die Stadt Aachen und die RWTH Aachen, auf eine neuartige Form des Dialogs zwischen der interessierten Öffentlichkeit, insbesondere Jugendlichen aus Schule und Studium, und Expertinnen und Experten aus Forschung und Wirtschaft aus ganz Europa. Diese intergenerationelle und interkulturelle Ausrichtung sowie die Implementierung neuartiger Partizipationsformen sicherten die zusätzliche Unterstützung der EuRegionale 2008 und des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft. Seit April 2006 wurde das Vorhaben seitens der EWP-Arbeitsgruppe konsequent geplant und vorbereitet und hebt sich auch im Ablauf konzeptionell deutlich von wissenschaftlichen Fachtagungen und Kongressen ab, aber auch von Jugend- oder Modellparlamenten: Der eigentlichen Parlamentssitzung am 9. und 10. Oktober 2008 in Aachen wurde ein monatelanger Prozess zu Themenfindung, Austausch und Vorbereitung auf einer Internetplattform vorgeschaltet. Unter dem Motto ‚Europe energised – will lights go out in 2050?' debattierte das erste EWP das Thema ‚Energie'. Die Ergebnisse der parlamentarischen Zusammenkunft mündeten in der so genannten ‚Aachener Erklärung', die an Entscheidungsträger weitergeleitet und so in den politischen Prozess eingebracht werden soll.

Mit der Eröffnungsfeier am Vorabend der ersten parlamentarischen Sitzung begann die Veranstaltung in Aachen. Während die beiden Gastgeber, Rektor der RWTH Aachen Prof. Dr. Ernst Schmachtenberg und Oberbürgermeister der Stadt Aachen Dr. Jürgen Linden, in ihren Begrüßungs- und Eröffnungsreden die Intentionen für die Idee des EWP und die Positionierung der Stadt und der Hochschule thematisierten, verwob Gastredner Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher, Mitglied des Club of Rome und Unterstützer der Global Marshall Plan Initiative, Konzeptionelles und Inhaltliches. Schon zu Beginn seines Vortrags stellte er fest, dass es nicht ausreichen werde, den zukünftigen Problemen und Fragestellungen der Energienutzung und Energieversorgung mit Ingenieurskunst und technologischem Fortschritt allein zu begegnen. Gefahren lauerten in einem unreflektierten Technik- und Fortschrittsglauben, denen mit *good governance* entgegen zu wirken sei. Soziale, politische und ethische Perspektiven im Energiediskurs zu benennen und so durch ‚gute Beratung' das ‚technokratische' Entscheiden gegen ein verantwortungsbewusstes zu ersetzen,

komme den Sozial- und Geisteswissenschaften zu. Es liege in der Verantwortung der Jugend, die Zukunft in dieser Form zu gestalten. Präzise verband Radermacher Aspekte des weltweiten Terrorismus, des Hungers, der globalen Erwärmung und der Weltfinanzkrise dieser Tage und charakterisierte damit die Fragilität globaler Ressourcensysteme. Für den kurzfristigen Nutzen und Reichtum Weniger zahle die Mehrheit und büße langfristig Lebensqualität ein. Es bestehe eine große Chance, dass es auch in der industrialisierten Welt zur so genannten ‚Brasilianisierung' komme, also zu einer extremen Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und des Zugangs zu Bildung. Mit dem Appell, aktiv die Zukunft mitzugestalten und auf eine gerechtere Gesellschaft hinzuarbeiten, stimmte Radermacher die ParlamentarierInnen auf die bevorstehenden Parlamentstage ein. Bevor auf diese Zusammenkunft in Aachen näher eingegangen wird, soll zunächst die internetbasierte Beteiligung im Vorfeld der parlamentarischen Sitzung betrachtet werden, denn diese nimmt eine besondere Stellung im Konzept des EWP ein.

Die Internetpräsenz des EWP

Die Internetpräsenz des EWP ist eine Mischung aus regulärer Informationsplattform, *social network* und Forum. Die Internetplattform wurde mit unterschiedlichen Aufgaben in den drei Phasen vor, während und nach der parlamentarischen Sitzung in Aachen eingesetzt. Der Webseite kam dabei weitaus mehr Bedeutung zu als die einer reinen Informationsquelle. Natürlich übernimmt die Webseite auch klassische Informationsfunktionen und bietet eine Übersicht über das EWP und die Projektträger. Vor allem in der ersten Phase im Vorfeld der parlamentarischen Sitzung wurde das Internet jedoch überdies zu einem wichtigen Instrument für das gesamte Projekt: Die Auswahl der nach Aachen kommenden ParlamentarierInnen gekoppelt mit einem ersten inhaltlichen Einstieg in das Thema ‚Energie' sollte über das Internet von statten gehen.

Als Vorbereitung für die zweitägige parlamentarische Sitzung wurde das Oberthema ‚Energie' in fünf verschiedene Bereiche aufgeteilt: ‚Technologie', ‚Geografie und Politik', ‚Gesellschaft', ‚Wirtschaft' und ‚Individuelle Verantwortung'. In einem Login-Bereich für angemeldete User gab es seit April 2008 die Möglichkeit, sich in den verschiedenen Kategorien in moderierten Diskussionsforen mit dem Thema Energie auseinanderzusetzen. Die Besonderheit lag darin, dass die inhaltliche Auseinandersetzung zugleich die Möglichkeit bot, sich für die Teilnahme an der parlamentarischen Sitzung in Aachen zu qualifizieren. Die registrierten User konnten für Beiträge anderer Benutzer pro Unterbereich einen Bewertungspunkt abgeben; die User mit den meisten Bewertungspunkten sollten nach Aachen eingeladen werden.

Während dieses Verfahren recht gut für die Auswahl der einzuladenden Schülergruppen funktionierte, erwies es sich in Hinblick auf die anderen Zielgruppen als schwierig. Deren Vertreter haben sich nur vereinzelt intensiver an den Diskussionen beteiligt; vor allem Expertinnen und Experten nutzten das Internet im Vorfeld der Parlamentssitzung nicht. Die Auswahl von TeilnehmerInnen aus den übrigen Zielgruppen musste dementsprechend großteilig über andere Wege, bei ExpertInnen fast ausschließlich über persönliche Einladung erfolgen. Dies führte dazu, dass es bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern außerhalb der Gruppe der Schüler einen regionalen Bias zugunsten der Region Aachen gab. Dennoch ist es als Erfolg zu bewerten, dass bei der Premiere des EWP unter den insgesamt 120 ParlamentarierInnen 14 europäische Länder in Aachen vertreten waren; auf der Internetplattform beteiligten sich sogar User aus 32 europäischen Ländern und 48 Ländern weltweit. Ein weiteres Problem zeigte sich in der Vergabe der Bewertungspunkte, da

häufig diejenigen TeilnehmerInnen Bewertungspunkte zugesprochen bekamen, die sich eher populistisch zu bestimmten Themen äußerten, als diejenigen, die auf eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Energie' bedacht waren.

Dennoch waren die Diskussionen größtenteils fruchtbar und ließen spannende und lebhafte Auseinandersetzungen auch für die parlamentarische Debatte erhoffen. Die im Internet geführten Diskussionen wurden zugleich zur Auswahl relevanter Themen und zur Vorstrukturierung der Themengruppendebatten, der so genannten Ausschusssitzungen genutzt. Dazu stellten die ThemenmoderatorInnen die wichtigsten und ausführlichsten Diskussionsstränge zusammen und hielten die TeilnehmerInnen an, in einem ‚Wiki' die für sie wichtigsten Aspekte zu sammeln. Hiermit wurde gewährleistet, dass sich bei der Veranstaltung in Aachen alle Mitglieder des Parlaments auf dem gleichen Wissensstand befanden und dass in der kurzen Zeit der Zusammenkunft für die ParlamentarierInnen zufrieden stellende Ergebnisse ermöglicht wurden. Überdies stellte das entstandene Wiki einen ersten, wichtigen Schritt auf dem Weg zur Aachener Erklärung dar und bot auch denjenigen Usern, die nicht an der Sitzung in Aachen teilnahmen, die Möglichkeit, auf die Aachener Erklärung Einfluss zu nehmen.

Nach der Parlamentssitzung im Oktober wurde eine ausführliche Dokumentation der gesamten Veranstaltung mitsamt der Aachener Erklärung, Foto- und Videomaterial von der Parlamentssitzung sowie Pressestimmen online gestellt. Aber auch während der parlamentarischen Veranstaltung selbst wurde das Internet intensiv genutzt: Ein Liveblogging-Team begleitete alle Aktivitäten, und in einem Livestream wurden die Plenarsitzungen direkt ins Internet übertragen. Zudem waren die ParlamentarierInnen angehalten, die Diskussionsforen der Internetplattform auch während der zweitägigen Veranstaltung weiter zu nutzen; ein so genanntes ‚Virtuelles Parlament' zeigte die jeweils aktuellen Statements in einer Flash-Animation an. Ziel war es, auch denjenigen Interessierten, die nicht vor Ort in Aachen waren, einen möglichst aktuellen und genauen Einblick in die Abläufe und Debatten zu geben; zugleich hatten die ParlamentarierInnen so auch selbst die Möglichkeit, die Diskussionen der anderen Gruppen zu verfolgen und gegebenenfalls in den Plenarsitzungen darauf Bezug zu nehmen.

Erster Tag der parlamentarischen Sitzung

Die ParlamentarierInnen kamen erstmalig in fünf thematischen Ausschüssen zusammen. Ziel der Ausschussarbeit war, die Fülle der unterschiedlichen Themen mitsamt diskutierter Tendenzen zu erfassen und durch stetige Verdichtung für die weitere parlamentarische Arbeit und die Aachener Erklärung aufzubereiten. Als zielführend stellte sich heraus, zunächst von Feststellungen auszugehen, offene Fragen zu erkennen, bereits mögliche Schlüsse zu ziehen und schließlich konkrete, an *policy maker* zu übergebende oder für den Einzelnen geltende Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Jeder der fünf Ausschüsse ernannte Vertreter, die die Rollen von *reporters*, *platform observers* und *ambassadors* übernahmen. Während der *reporter* als Protokollant die Hauptstränge der Diskussionen innerhalb eines Ausschusses dokumentierte, vernetzte der *platform observer* die Aktivitäten im Ausschuss mit der Debatte im Onlineforum, beobachtete Threads in anderen Themenforen und beantwortete online eingehende Fragen. Der *ambassador* stand in Verbindung mit der unabhängig von den Ausschüssen arbeitenden Redaktion, die fortlaufend neuen Input in die Aachener Erklärung einarbeitete. Auf diese Weise wurde die Vernetzung aller TeilnehmerInnen untereinander sowohl vor Ort in Aachen als auch online gewährleistet.

Innerhalb der Ausschüsse zeigten sich keine Berührungsängste zwischen den TeilnehmerIn-

nen unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichem Fachwissensstand. Im Unterschied zur Internetplattform fanden hier die älteren TeilnehmerInnen, vornehmlich interessierte BürgerInnen und ExpertInnen aus der Wissenschaft, einen leichteren Zugang zu den Diskussionen. Die speziell für die Gruppendiskussionen geschulten ThemenmoderatorInnen unterstützten die arbeitsintensive, aber ungezwungene Arbeitsatmosphäre positiv. Dennoch bleibt zu kritisieren, dass ihnen punktuell ein aktives Moderieren nicht mehr möglich war, als es in den Gruppendiskussionen zu stark um inhaltliche Detailfragen ging. Der Selbstdisziplin aller TeilnehmerInnen ist es in diesen – seltenen – Fällen zu verdanken, dass letztlich die Diskussionen nicht abschweiften. Neben der Moderation dürfte die lange Onlineaktivität in der EWP-Community insbesondere bei den jüngeren TeilnehmerInnen Hemmungen abgebaut und inhaltlich strukturierend gewirkt haben.

Die erste gemeinsame inhaltliche Plenumssitzung stand unter dem Motto der Vernetzung. In gemischten Gruppen tauschten die ParlamentarierInnen ihre inzwischen verdichteten Feststellungen, Schlüsse und Handlungsempfehlungen aus und diskutierten offene Fragen. Als einer der Dreh- und Angelpunkte stellte sich an fast allen Gruppentischen die Forderung nach qualitativem und quantitativem Ausbau von Bildungs- und Aufklärungsangeboten in Energiefragen heraus. Bemerkenswert war die schrittweise Annäherung an die Kernaussagen für die Aachener Erklärung und die enge Verzahnung der Diskussionsergebnisse der einzelnen Ausschüsse, was für einen gelungenen Austausch während des gesamten Online- und Ausschussprozesses spricht. Die Bedeutung dieser ersten Plenumssitzung für das Gesamtprojekt spiegelte sich auch in den Aussagen der ParlamentarierInnen wider, die in der Plenumsarbeit einen Höhepunkt der parlamentarischen Arbeit sahen. Am Ende des ersten Parlamentstages konnte die Redaktionsgruppe bereits erste Tendenzen – aber mit offenem Ausgang – in einen ersten Entwurf der Aachener Erklärung aufnehmen.

Zweiter Tag der parlamentarischen Sitzung

Der Morgen des letzten Parlamentstages wurde von den Ausschüssen genutzt, um die Ergebnisse der Plenumssitzung des Vortages aufzugreifen und für die Abschlussdebatte vorzubereiten. Wie am Vortag herrschte eine arbeitsintensive, aber lockere Atmosphäre. Jeder Ausschuss präsentierte seine Ergebnisse schließlich im Plenum, gefolgt von einer offenen Frage- und Diskussionsrunde. Auch der umsichtigen Sitzungsleitung von Parlamentspräsident Martin Eurlings, ehemaligem Minister in Niederländisch-Limburg und zur Zeit Bürgermeister von Valkenburg, war es zu verdanken, dass die Fragen und Debatten immer konstruktiv verliefen. So kontrovers und anregend diese Diskussionen geführt wurden, so knapp fielen die Ergebnisse der anschließenden Abstimmungen über die in die Aachener Erklärung aufzunehmenden Bestimmungen aus. Dies kann am Beispiel der Kernenergiedebatte verdeutlicht werden.

Die Kontroverse um die Frage, ob Europa zukünftig auf die Nutzung und Weiterentwicklung von Kernenergie setzen oder sich für den vollständigen Atomausstieg entscheiden solle, lieferte mindestens drei Erkenntnisse: *Erstens* offenbarte sich die Dringlichkeit, Energiefragen im Allgemeinen und Kernenergiefragen im Besonderen supranational zu diskutieren. Von der in den 1970er und 1980er Jahren geführten ersten Kernenergiedebatte in Deutschland ist auch die deutsche Jugend heute noch stark beeinflusst. Eine ähnliche Sensibilisierung ist aber bei weitem nicht in allen europäischen Staaten zu erkennen. In anderen führenden EU-Staaten wie beispielsweise Frankreich herrscht kein mit dem hiesigen vergleichbarer oder zumindest kontrovers geführter öffentlicher Diskurs über

Kernenergienutzung. *Zweitens* zeigen die intensiven Diskussionen unabhängig von den nationalen Standpunkten den starken Willen insbesondere der jungen TeilnehmerInnen, Zukunft aktiv zu gestalten. Bemerkenswert ist, dass gerade die Jugendlichen im großen Plenum ihrem Diskussionsbedarf mit dem deutlich größeren Redeanteil Ausdruck verliehen. *Drittens* ist das mit einer Drei-Stimmen-Mehrheit äußerst knappe Ergebnis zugunsten des langfristigen Ausstiegs aus der Kernenergie in Europa Zeugnis für eine funktionierende demokratische Praxis und bestätigt auf diese Weise die gelungene Umsetzung des EWP.

Nachdem jeder Ausschuss seine Bestimmungen für die Aachener Erklärung verlesen hatte, bestand die Möglichkeit, Anträge für *amendments*, Änderungen und Ergänzungen, einzubringen. Einer Abstimmungsrunde mitsamt der Möglichkeit einer kurzen inhaltlichen Auseinandersetzung über die einzelnen Ergänzungsvorschläge folgte die alles entscheidende Abstimmung: Die Aachener Erklärung wurde mit überwältigender Mehrheit bei nur zwei Gegenstimmen und sieben Enthaltungen vom Plenum angenommen und verabschiedet.

Die Aachener Erklärung

Die dreiseitige Aachener Erklärung ist die verdichtete Essenz der monatelangen Arbeit des EWP zum Thema Energie. In ihr lässt sich die gleiche Struktur mit Feststellungen, Ableitungen und offenen Fragen sowie Handlungsempfehlungen wieder erkennen, die auch zur Systematisierung der Onlinedebatte und Ausschussarbeit diente.

Inhaltlich bestätigten sich weitestgehend die Trends, die sich in der Onlineplattform und den ersten Plenumssitzungen abzeichneten. Stärkere Regulierung, höhere Abgaben und konsequentere Gesetze für einen bewussten Umgang mit Energie, Stärkung der Eigenverantwortung durch Bildung auf allen Ebenen und eine stärkere Berücksichtigung lokaler Begebenheiten in der Energiegewinnung sind unter den Forderungen zu finden. Bemerkenswert sind das Selbstbewusstsein und die Entschlossenheit, mit der die Handlungsempfehlungen an die europäischen Entscheidungsträger formuliert wurden. Auffallend konkret sind auch die tief greifenden Forderungen der ParlamentarierInnen an die EU und ihre Mitgliedstaaten in Bezug auf die aktive Beteiligung junger Bürgerinnen und Bürger. Sie fordern einen Kommissar für Zukunftsfragen, der unter 30 Jahre alt sein sollte, Jugendbotschafter als Repräsentanten im EU-Parlament und eine insgesamt stärkere Einbindung der jüngeren Generation in politische Entscheidungsprozesse.

Bilanz und Ausblick

Insgesamt stellte sich das Europäische Wissenschaftsparlament als gelungenes Experiment der Zusammenkunft von jung und alt, Experten und Laien dar. Die gute Stimmung, die während der gesamten Diskussionsphase sowohl online als auch in Aachen innerhalb der Ausschüsse zu verspüren war, übertrug sich auch auf die Aktivitäten außerhalb der parlamentarischen Arbeitsphasen. Durch interessante Zusatzangebote wie Exkursionen und gemeinsame Abendprogramme gelang es, Region und Stadt als Begegnungsstätten einzubinden. So wurde selbst das Abendessen in der Aachener Innenstadt zur Entdeckung: Die ParlamentarierInnen trafen sich in entspannter Atmosphäre wieder und vertieften die Diskussionen des Tages oder konnten auch – wie im Off-Topic-Bereich des Forums – über Politik und Energie hinaus Gemeinsamkeiten mit ihren Kolleginnen und Kollegen entdecken.

Die Aachener Erklärung soll in den kommenden Wochen feierlich an den Schirmherrn des EWP Janez Potocnik übergeben werden, der als EU-Kommissar für Wissenschaft und Forschung als *policy maker* selbst einer der Adressaten der Aachener Erklärung ist. Auf diese Weise sollen die Forderungen der in Aachen zusammengekommenen jungen europäischen

Öffentlichkeit in den politischen Prozess eingebracht werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Stimme der von den Entwicklungen bis zum Jahr 2050 am stärksten betroffenen Gruppe der Jugendlichen gehört wird. Schon jetzt hat sich das Konzept des EWP für ein kommunikatives Miteinander über alle (Alters-)Grenzen hinweg bewährt – man darf auf die nächste Zusammenkunft der ParlamentarierInnen zum 2. Europäischen Wissenschaftsparlament in zwei Jahren gespannt sein.

Ausführliche Materialien zum Projekt und Dokumentationen zur parlamentarischen Sitzung finden sich im Internet unter www.wissenschaftsparlament.eu.

Tolga Yasmut ist Student am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen und Mitglied der Arbeitsgruppe des Europäischen Wissenschaftsparlaments. Kontakt: tolga.yasmut@rwth-aachen.de.

Jan Rohwerder ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen und Mitglied der Arbeitsgruppe des Europäischen Wissenschaftsparlaments. Kontakt: jan.rohwerder@ipw.rwth-aachen.de.

Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus

Um Rechtsextremismus zu bekämpfen und das Gemeinwesen und die Demokratie zu stärken, ist (politische) Bildung unverzichtbar. Dies ist das Kernargument des Lern- und Arbeitsbuches ‚Gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie' der Friedrich-Ebert-Stiftung. Neben Praxisübungen und didaktisch-methodischen Anleitungen werden Hintergrundinformationen zum Rechtsextremismus und Aspekten zur Auseinandersetzung mit ihm gegeben. Auf einer beigelegten CD-ROM werden zudem umfangreiche Materialien für die Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt.

Dietmar Molthagen/Andreas Klärner/Lorenz Korgel u.a. (Hg.): Gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie. Bonn: Dietz, 2008. 410 S., 19,90 Euro. ISBN: 978-3-8012-0381-8.

Nationaler Aktionsplan

Die Bundesregierung hat einen ‚Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz' beschlossen. Der Aktionsplan umfasst eine Reihe von Projekten und Maßnahmen, die eine koordinierte Wirkung entfalten sollen. Eingebunden werden soll auch die Zivilgesellschaft, da sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht allein durch staatliche Maßnahmen bekämpfen ließen. So sollen die Programme ‚Vielfalt tut gut', ‚Xenos' und ‚kompetent.für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus' zivilgesellschaftlichen Organisationen helfen, sich gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und Ausgrenzung zu wehren.

Das Verbundnetz für Demokratie und Toleranz

Als die NDP ihre Mitglieder dazu aufrief, in bestehenden zivilgesellschaftlichen Strukturen wie Bürgerinitiativen, Sportvereinen und Freiwilligen Feuerwehren aktiv zu werden, sah die Verbundnetz Gas AG (VNG) Handlungsbedarf. Mit dem ‚Verbundnetz für Demokratie und Toleranz' (VDT) strebt der Leipziger Energiedienstleister an, eine Verbindung zwischen Wirtschaft, Kommunen, staatlichen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Aktiven in Kunst und Kultur sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern aufzubauen, um gemeinsam Projekte zu realisieren, die nachhaltig der Stärkung der demokratischen Strukturen dienen.

In Kooperation mit der Gesellschaft Demokratische Kultur Berlin entstand im Jahr 2006 die Idee, den Freiwilligen Feuerwehren Unterstützung bei der Arbeit in den Jugendfeuerwehren anzubieten, um der Gefahr des Eindringens rechter Ideologien entgegenzuwirken. Für die Umsetzung eines Pilotprojektes wurde Mecklenburg-Vorpommern ausgewählt. In der Kampagne ‚Feuerwehren für Demokratie und Toleranz' wurden drei Projektangebote erarbeitet: Geschichtswerkstätten, Bandprojekte und so genannte Quatsch-Clubs als Plattform für Diskussionen und Meinungsaustausch zu gesellschaftspolitischen Themen unter fachkundiger Moderation. Auch die Fortbildung der Führungskräfte der Feuerwehr ist Teil des Konzeptes.

Die Projekte in Mecklenburg-Vorpommern werden in Zusammenarbeit mit den Feuerwehren realisiert. Diese sind wichtige Partner für die VNG und ihre Kunden und stellen gerade im ländlichen Raum eine zentrale Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche dar. Traditionell leisten die Feuerwehren einen beachtlichen Beitrag für die Jugendarbeit und die Vermittlung demokratischer Prinzipien. Diese Arbeit soll durch das Projektangebot des VDT unterstützt werden. Mit ca. 700 Jugendfeuerwehren im Land kann hier eine große Breitenwirkung erreicht werden. Ziel der Angebote ist es letztlich, den Jugendlichen sowie den Führungskräften eine fundierte Grundlage für die Auseinandersetzung mit heutigen demokratiefeindlichen Erscheinun-

gen in unserer Gesellschaft zu liefern. Eine starke, demokratisch eingestellte Zivilgesellschaft, so die Projektverantwortlichen, werte die Region als Ganzes auf.
Weitere Informationen und Kontakt: Ulrike Krause, Projektreferentin, Tel.: (030) 912 07 942; www.verbundnetz-fuer-demokratie-und-toleranz.de.

Informationsplattformen ‚Rechtsextremismus'

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat ihr Dossier ‚Rechtsextremismus' aktualisiert und erweitert (im Internet unter www.bpb.de, Menüpunkt Themen -> Gesellschaft -> Rechtsextremismus). Das Dossier bietet einen umfassenden Überblick zum Thema, zu Historie, Organisationsstrukturen, Aussteigern, Rezepten gegen Rechtsextremismus u.v.m. Ergänzt worden ist das Dossier kürzlich um den Bereich der ‚häufig gestellten Fragen' (FAQs), die einen schnellen ersten Überblick über das Thema geben sollen und alltagsrelevante Aspekte aufgreifen (Wie erkenne ich Rechtsextreme? Wie gründe ich eine Initiative gegen Rechts?).
Der Verein ‚Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V.' (IDA) bietet ebenfalls einen breiten Überblick und Materialien zu den Themen (Anti-)Rassismus, Rechtsextremismus, Interkulturalität und Migration. Das IDA stellt eine Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Forschung und der praktischen Jugend- und Bildungsarbeit dar. Zugleich unterhält das IDA eine Datenbank über Trainingsangebote zu den Themenbereichen Interkulturelle Methoden, Antirassistische Ansätze und Konfliktlösungsstrategien sowie Social Justice und Diversity Trainings. Die zweimonatlich erscheinende IDA-Infomail gibt Auskunft über das IDA sowie Neuigkeiten aus den Jugendverbänden und bietet nützliche Informationen sowie Veranstaltungs- und Literaturhinweise. Weitere Informationen und Kontakt: www.idaev.de, info@idaev.de.

‚Lola für Lulu' – Frauen für Demokratie in Ludwigslust

‚Lola für Lulu' ist ein Projekt der Amadeu Antonio Stiftung im Landkreis Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern), das im Januar 2008 gestartet ist. Der geschlechtsspezifische Ansatz des Projektes – es richtet sich primär an Mädchen und Frauen – versteht Geschlechtergerechtigkeit als einen Maßstab für die bestehende Demokratie: Das Projekt fragt danach, inwiefern die geschlechterreflektierende Perspektive eine Möglichkeit der präventiven Arbeit gegen Rechtsextremismus darstellt. ‚Lola für Lulu' will mit gezielter Projektförderung sowie eigenen operativen Projekten Mädchen und Frauen stärken, sich in ihrer Heimatregion für eine lebendige Demokratie zu engagieren. Die Strategie rechtsextremer Organisationen, Frauen gezielt anzusprechen und einzubinden, erhält vor dem Hintergrund der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote und Abwanderungsraten im Landkreis Ludwigslust besondere Brisanz.
Die einzelnen Teilprojekte sollen Mädchen und Frauen für die Erscheinungsformen und Ideologien des modernen Rechtsextremismus sensibilisieren und demokratische Alternativen vor Ort aufzeigen. Das Projekt stärkt diejenigen, die sich bereits für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren, richtet sich aber auch an Frauen und Mädchen, die sich bisher noch nicht für diesen Bereich interessiert haben. Zudem werden Frauen und Mädchen, die Teil der rechtsextremen Szene sind, langfristig aber aussteigen möchten, in ihren Plänen unterstützt. (Flüchtlings-)Frauen und ihre Familien, die von Alltagsrassismus, struktureller Benachteiligung und rechtsextremer Gewalt betroffen sind, werden in ihrem Alltag unterstützt. Mit Hilfe von Peer-Leader-Trainings, Mentoringprogrammen, Kompetenzförderung und Sprachkursen für MigrantInnen sollen die TeilnehmerInnen in die Lage versetzt werden, sich selbst stärker zu engagieren oder auch eigene Projekte zu initiieren. Wichtig ist dem Projekt die öffent-

liche Diskussion über die Qualität der Demokratie vor Ort: Ein politischer Salon gibt die Möglichkeit, mit Personen der Zeitgeschichte zu aktuellen politischen Fragen zu diskutieren. Weitere Informationen und Kontakt: www.lola-fuer-lulu.de; Tel.: (03874) 57 02 225.

Deutsche Sportjugend gegen Rechts

Auch im Sport ist Rechtsextremismus immer wieder ein Thema – was am Beispiel rassistischer und antisemitischer Schmähungen und Übergriffe vor allem im Fußball auch in den Medien aufgegriffen wird. Die Deutsche Sportjugend hat nun eine umfassende Strategie entwickelt, um Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus im organisierten Sport dauerhaft zu bekämpfen. Die Arbeitsgruppe ‚Sport! Jugend! Agiert!' soll die sozialen Aktivitäten im Kinder- und Jugendsport koordinieren. Zudem soll ein ehrenamtlicher Beauftragter für das Themenfeld ‚Umgang mit dem Rechtsextremismus' benannt werden.
Hintergrundinformationen zum Thema bietet ein Beitrag von Gerhard Bücker und Carina Weber, der auf der Webseite des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement unter www.b-b-e.de/uploads/media/nl18_buecker_weber.pdf herunter geladen werden kann.

Spenden mit Köpfchen

Der Autor David Carrington, einer der führenden Experten für den gemeinnützigen Bereich in Europa, hat die Broschüre ‚Spenden mit Köpfchen' verfasst. Der Leitfaden, der von der Organistion ‚Active Philanthropy' herausgegeben wurde, soll gerade Einsteigern einen Kompass im unübersichtlichen Feld der Spendenlandschaft bieten und gleichzeitig einfache Werkzeuge liefern, um die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen besser zu verstehen. Die Broschüre kann im Internet herunter geladen werden unter www.activephilanthropy.org/deutsch/, Menüpunkt ‚Was wir tun' -> Toolbox.

Auf der Internetpräsenz www.besser-spenden.de hat Ise Bosch, die Autorin des Buches ‚Besser Spenden', einen Selbsttest mit dem Titel ‚Welcher Spendentyp bin ich?' ins Netz gestellt. Nach dem kurzen Test werden die Teilnehmenden einem von insgesamt sechs Spendertypen zugeordnet. Zu jedem Spendertyp werden Hinweise zu Spendenmöglichkeiten und weiteren Informationsquellen gegeben.

Vorratsdatenspeicherung

Die Aufzeichnung von Mediennutzungs- und Kommunikationsdaten der Bürgerinnen und Bürger wird zur Zeit intensiv diskutiert. Jüngst hat das Bundesverfassungsgericht die Nutzung der gespeicherten Daten durch staatliche Behörden eingeschränkt. Der Arbeitskreis ‚Vorratsdatenspeicherung' (AK Vorrat), ein bundesweiter Zusammenschluss von BürgerrechtlerInnen, DatenschützerInnen und Internet-NutzerInnen, bietet Hintergrundmaterialien und aktuelle Nachrichten zu dieser Thematik und koordiniert die Arbeit gegen die Vollprotokollierung der Telekommunikation. Weitere Informationen und Kontakt: www.vorratsdatenspeicherung.de, kontakt@vorratsdatenspeicherung.de.

Datenschutz

Das Medienkompetenz-Netzwerk NRW bietet in einer neuen Broschüre eine Orientierung über allgemeine Rechtsgrundlagen des Datenschutzes und über die persönlichen Rechte der Bürgerinnen und Bürger wie das Recht auf Auskunft, Einsichtnahme, Widerruf und Widerspruch. Zugleich benennt die Broschüre Kriterien, mit deren Hilfe die Seriosität eines Webangebotes oder Anbieters überprüft werden kann. Die Broschüre ‚Datenschutz auf einen Blick' gibt Tipps für den sparsamen und sicheren Umgang mit persönlichen Daten und bietet darüber hinaus eine Auswahl weiterführender Links zu den verschiedenen Aspekten des Datenschutzes.

Die Broschüre kann im Internet herunter geladen werden unter www.mekonet.de, Menüpunkt Handreichungen.

Woche des bürgerschaftlichen Engagements

Auch in diesem Jahr ist die Woche des bürgerschaftlichen Engagements, ausgerichtet und koordiniert durch das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), auf große Resonanz gestoßen. Mit rund 1500 Einzelveranstaltungen bundesweit wurde das Thema Bürgerschaftliches Engagement in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Mehr als 850 Artikel in Printmedien und zahlreiche TV-Berichte zeugen von der Aktualität und Wichtigkeit dieses Themas.
Einen Rückblick zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements bietet das BBE auf seinen Webseiten unter www.b-b-e.de/uploads/media/nl20_aktionswoche.pdf.

Engagementpreis 2008

Der vom Verein ‚FES-Ehemalige' ausgelobte und mit 10.000 Euro dotierte Engagementpreis ging in diesem Jahr an Kinderstadt ‚Dessopolis', das ‚Bonner Spendenparlament' und die Internetseite ‚Arbeiterkind'. Alle drei seien herausragende gesellschaftspolitische Projekte: „Die beeindruckenden Preisträgerinnen und Preisträger zeigen, dass moralische Motivation stärker als monetäre Motivation sein kann", resümierte Mitorganisator Markus Pins. Der Engagementpreis wurde bereits zum zweiten Mal vergeben. Für 2009 ist eine Wiederauflage geplant.
Weitere Informationen zum Engagementpreis und den diesjährigen Preisträgern unter www.engagementpreis.de.

Gefahren durch Gen-Mais

Mit einem Kurzfilm will der Verein ‚Campact – Demokratie in Aktion' über die Gefahren durch genmanipulierten Mais aufmerksam machen. Die Verwendung des Gen-Mais MON810 ist in einigen europäischen Ländern schon verboten, in Deutschland allerdings noch erlaubt. Campact versucht, mit dem Film Aufmerksamkeit für die Gefahren der Verwendung genmanipulierter Saatgüter zu erlangen und die Behörden zu einem Umdenken und zum Verbot des Gen-Mais zu bewegen. Der Film kann im Internet angeschaut werden unter www.campact.de/gentec/help/recommend2.

Erste Weltkonferenz zur Direkten Demokratie

Anfang Oktober 2008 hat in Aarau in der Schweiz die Erste Weltkonferenz zur Direkten Demokratie stattgefunden. TeilnehmerInnen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft setzten sich vier Tage lang mit aktuellen Formen und Prozeduren direkter Demokratie auseinander. Auch eine verstärkte Implementierung direktdemokratischer Verfahren im europäischen Integrationsprozess wurde diskutiert. Weitere Informationen und ausgewählte Dokumente zur Konferenz sind im Internet unter www.worlddemocracyforum.info erhältlich.

Reform des Vergaberechts

Das ‚Netzwerk Unternehmensverantwortung – CorA', ein Zusammenschluss von über 40 Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, kirchlichen und entwicklungspolitischen Organisationen und Verbraucher- und Umweltverbänden, fordert eine nachhaltige Veränderung des deutschen Vergaberechts. Unter dem Motto ‚FAIRgabe statt Geiz ist geil' wird die Bundesregierung aufgerufen, bei der bevorstehenden Reform des deutschen Vergaberechtes eine verbindliche Regelung zur sozialen, ökologischen und nachhaltigen Beschaffung im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe zu formulieren. Vorbild für die Forderungen sind die Niederlande, deren Regierung sich zum Ziel gesetzt hat, bis zum Jahr 2020 die gesamte öffentliche Beschaffung nachhaltig zu gestalten.

Weitere Informationen und Kontakt: www.coranetz.de.

Earth Overshoot Day

Der ‚Earth Overshoot Day' markiert den Tag, an dem die Menschheit im laufenden Jahr so viele Ressourcen verbraucht hat, wie die Erde innerhalb eines Jahres zu produzieren vermag. An diesem Tag der ‚ökologischen Überschuldung' hat die Menschheit die natürlichen Ressourcen wie Wasser, Getreide, Fisch, Bauholz und Brennmaterial verbraucht, die eine sich selbst erhaltende Natur innerhalb eines Jahres liefern kann. Zugleich können ab diesem Tag der von den Menschen produzierte Müll sowie die ausgestoßenen Treibhausgase nicht mehr von der Natur verarbeitet werden. Der Earth Overshoot Day kommt jedes Jahr früher: Während er sich Mitte der 1980er Jahren noch im Dezember eines Jahres ereignete, wurde er 1995 bereits am 21. November erreicht. Die Geschwindigkeit, mit der der Tag jedes Jahr nach vorne rast, steigt an: 2008 wurde der Tag schon zwei Monate früher begangen, nämlich am 23. September.

Weitere Informationen zum Earth Overshoot Day und seiner Berechnung, aber auch Möglichkeiten zum individuellen Einsparen von Ressourcen finden sich unter www.footprintnetwork.org/gfn_sub.php?content=overshoot.

Datenblatt Entwicklungspolitik

Das Welthaus Bielefeld hat sein Datenblatt zur Entwicklungshilfe neu aufgelegt. Das Datenblatt stellt wichtige statistische Daten zu Bevölkerung, Armut, Hunger, Kindersterblichkeit, Welthandel, Energieverbrauch usw. zusammen. Es kann zur Vorbereitung von Vorträgen, Unterrichtsstunden oder für die journalistische Recherche genutzt werden. Das Datenblatt, das regelmäßig aktualisiert wird, ist im Internet erhältlich unter www.globaleslernen.de/coremedia/generator/ewik/de/Downloads/Unterrichtsmaterialien/Datenblatt_20Entwicklungspolitik.pdf.

WirtschaftsmitarbeiterInnen in Ministerien

In diesem Jahr ist eine Diskussion um MitarbeiterInnen aus der Industrie entbrannt, die in Bundesministerien abgestellt werden und dort teilweise unentgeltlich arbeiten. Befürchtet wird, dass sie dort Entscheidungen und Gesetzesumsetzungen im Sinne der Industrie beeinflussen und Informationen über Gesetzesvorhaben an ihre Unternehmen weitergeben. Ungefähr einhundert externe MitarbeiterInnen gibt es zur Zeit in deutschen Ministerien. Dies geht aus dem ‚Ersten Bericht der Bundesregierung über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung hervor'. Der Bericht, der vom Verein LobbyControl wegen Unvollständigkeit kritisiert wird, kann über die Seiten des ‚Spiegel' heruntergeladen werden unter www.spiegel.de/media/0,4906,19010,00.pdf; die Kurzanalyse und Kritik von LobbyControl ist einsehbar unter www.lobbycontrol.de/blog/download/Kurzanalyse_BerichtExterneMitarbeiter_Okt08.pdf.

Sinkende Reallöhne

Eine Analyse des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung hat ergeben, dass die Reallöhne in Deutschland zwischen den Jahren 2000 und 2008 um 0,8 Prozent gesunken sind. In allen anderen EU-Staaten sind die Reallöhne in diesem Zeitraum dagegen angestiegen. Während es in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern zum Teil Lohnsteigerungen von über 100 Prozent gegeben hat, wiesen unter den Ländern der alten EU die Niederlande, Schweden, Finnland, Dänemark, Großbritannien, Irland und Griechenland mit Werten zwischen 12,4 und 39,6 Prozent die höchsten Reallohnsteigerungen auf.

Eine Infografik mit einem Vergleich der Lohnentwicklungen gibt es im Böckler-Impuls 14/2008; dieser kann im Internet eingesehen werden unter www.boeckler.de/pdf/impuls_2008_14_1.pdf.

Alternative Medien

‚Contraste' (www.contraste.org) ist eine seit Mitte der 1980er Jahre erscheinende überregionale Monatszeitung für Selbstorganisation und dient den Alternativen Bewegungen als Sprachrohr und Diskussionsforum. Nun hat Contraste eine CD mit mehreren Jahrgängen der Zeitschrift (1984, 2005-2007) vorgelegt. Herzstück der CD ist ein Verzeichnis von in Deutschland und in der Schweiz erscheinenden alternativen Printmedien. Die Zeitschriften sind nach Rubriken und Postleitzahlen vorsortiert, können aber auch nach verschiedenen Feldern durchsucht werden. Die CD ist über den Herzsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, Heidelberg, beziehbar. Kontakt: zeitsprung-verlag@online.de.

CONTRASTE-Archiv CD-ROM/Reader der AlternativMedien 2008, ISBN 978-3-924085-07-0, 35 Euro.

40 Jahre AGDF

Die ‚Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden' (AGDF) feiert in diesem Jahr ihr 40-jähriges Bestehen. Der ADGF wurde 1968 gegründet, um Initiativen, die sich für einen Friedensdienst ohne Waffen einsetzten, zu bündeln und deren Anliegen stärker in Kirche, Politik und Gesellschaft zu kommunizieren. Dem ADGF, dessen Hauptaufgaben heute in Lobbyarbeit, Vernetzung der Mitglieder sowie Analyse und Kommentierung friedenspolitischer Tendenzen besteht, hat zur Zeit 35 Mitgliedsorganisationen.

Weitere Informationen zur Aktionsgemeinschaft und eine Pressemappe zum Jubiläum finden sich unter www.friedensdienst.de.

Moderner Rechtsextremismus – Demokratiedefizite im Gemeinwesen

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland krankt mitunter daran, dass wir dazu neigen, den Problembereich nach außen, an den Rand unserer Gesellschaft zu verlagern; etwa indem wir ihn stereotypen Gruppen wie militanten, glatzköpfigen Neonazis oder den mittlerweile weißhaarigen ‚ewig Gestrigen' zuordnen. Zudem mangelt es vor Ort – in Landkreisen, Städten und Kommunen – häufig an Problembewusstsein und der Fähigkeit zur kritischen Selbstreflexion, zumal mediale Skandalisierungen von kommunalen Verantwortlichen zuvorderst als Bedrohung für das eigene Image und damit für die Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort sowie als Wirtschaftsstandort wahrgenommen werden.

Im öffentlichen Rechtsextremismus-Diskurs – so konstatieren Andreas Klärner und Michael Kohlstruck (2006: 9ff) in der Einführung zu dem von ihnen herausgegebenen Sammelband – hat das Thema hierzulande vor allem drei „Metafunktionen": Rechtsextremismus ist erstens ein Medium von Diskursen zur kollektiven Identität, seine Ausprägung ein Indikator dafür, wie demokratisch wir sind. Zweitens ist das Verhältnis der Exekutive zu Rechtsextremismus Gegenstand regierungskritischer Positionen, die bereits von der deutschen Nachkriegspolitik einen radikaleren Neuanfang einforderten. Aus dieser Warte wird die halbherzige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus angesichts der Kontroverse, was in offiziellen Statistiken rechtsextremen Gewalttätigkeiten zuzurechnen ist und was nicht, auch gegenwärtig wahrnehmbar. Und drittens ist das Thema im Rahmen der innenpolitischen Auseinandersetzung ein probates Mittel, den politischen Gegner zu diskreditieren, indem er in die Nähe des Extremismus gerückt wird.

Der bewegungsförmige, ‚moderne' Rechtsextremismus

Rechtsextremismus als alarmistischer Kampfbegriff? Mit fortschreitender Lektüre des Bandes wird vor allem deutlich, dass die „aus dem Kontext der NS-Vergangenheitsbewältigung stammende(n) axiomatische(n) Deutungsmuster einer rechtsextremistischen Bedrohung" (32) unzeitgemäß sind, ein moderner, bewegungsförmiger Rechtsextremismus vielmehr unterschiedliche Strömungen und Facetten umfasst, unter denen etwa einer migrationsfeindlichen Tendenz mehr Gewicht beizumessen ist als seiner politischen, insbesondere neonazistischen Variante. Schließlich ist es aus dieser Perspektive weniger seine strategisch-taktische und bewegungsförmig organisierte Ausrichtung, die den gegenwärtigen Rechtsextremismus ‚modern' macht, als vielmehr seine Positionierung zur Moderne, deren Produkt er ist. Erinnert sei hier an Joachim Raschkes (1985: 77) Definition sozialer Bewegungen, deren Ziel es ist, „sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen". In dieser Rahmung bietet der moderne Rechtsextremismus offenbar attraktive Deutungsalternativen einer als bedrohlich wahrgenommenen gesellschaftlichen Wirklichkeit und ist damit – wie unlängst Einstellungsuntersuchungen belegten – in der ‚Mitte der Gesellschaft' angekommen.

Klärner und Kohlstruck setzen ein differenziertes Bild des „modernen Rechtsextremismus in Deutschland" zusammen, indem sie Beiträge zu den Themenfeldern „Bewegung und Gegenbewegung", „Strategien, Akteure und Parteien" sowie zu „Szenezugang, Selbst- und Rollenbilder" versammeln. Dass sich der Rechtsextremismus in Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten als soziale Bewegung ausgestaltet, ist in der Fachdiskussion mittlerweile weitgehend unstrittig. Die Fruchtbarkeit dieses Zu-

gangs tritt auch in diesem Band zutage. Wie der Rechtsextremismus etwa strategisch auf Maßnahmen der zivilgesellschaftlichen Gegenmobilisierung reagiert, beschreibt Andreas Klärner am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt: Anstelle einst vorwiegend gewaltförmiger Aktionen rücken im Rahmen einer „taktischen Zivilisierung" zunehmend zivile Protestformen sozialer Bewegungen. Während die Bedeutung von ‚national befreiten Zonen' als strategisches Konzept des Rechtsextremismus – so Uta Döring – überschätzt wird, wird seine Bewegungsförmigkeit besonders deutlich mit Blick auf die „Demonstrationspolitik" der extremen Rechten. Auf diesen strategischen Schwerpunkt schließt Fabian Virchow (s. auch im Pulsschlag dieses Heftes) aus einer wachsenden Zahl neonazistischer bzw. NPD-Aufmärsche und Protestveranstaltungen. Diese Perspektive wird im zweiten Teil des Bandes mit dem Beitrag von Rainer Erb zum prototypischen rechtsextremen „Bewegungsunternehmer" Christian Worch abgerundet: Über viele Jahre der rechtsextremen Szene zugehörig, verfügt Worch über die erforderlichen Kontakte im Netzwerk, über ausreichend Charisma und die organisatorischen Fähigkeiten, um der Bewegung sowohl neue Impulse zu geben als auch strategische Orientierung zu verleihen.

Einen weiteren Aspekt einer rechtsextremen Bewegung beleuchtet Henning Flad im ersten Teil mit seinem Beitrag zu rechtsextremer Musik. Statt diese jedoch – wie es gemeinhin Studien zum Thema pflegen – als subkulturellen, identitätsstiftenden Kitt des Netzwerks zu diskutieren, setzt er die Verbreitung rechtsextremer Musik unter Jugendlichen in Bezug zur Entwicklung einer Szeneökonomie. Diese Ökonomie sichert – jeglichen repressiven Maßnahmen zum Trotz – den Betreibern zumindest den Lebensunterhalt und ermöglicht es ihnen, „ihr Leben in der Szene zum Beruf zu machen" (115). Die rechtsextremen Labels verkörpern darüber hinaus „in der strukturschwachen rechtsextremen Jugendszene (...) in gewissem Maße Kontinuität" (ebd.) und werden durch ihre Kontakte zu Aktivisten und Bands, als Informationsbörse und durch ihre Vorbildfunktion für den Nachwuchs zu Kristallisationspunkten der Szene, zu Knoten im rechtsextremen Netzwerk.

Den Blick auf das rechtsextreme Bewegungsnetzwerk erweitert der zweite Teil des Bandes um Personal, Strategiedebatten und Parteien. Uta Dörings Beitrag (s.o.) zu „national befreiten Zonen" zeichnet bspw. nach, wie der von der internationalen rechtsextremen Publizistik Anfang der 1990er Jahre eingeführte Begriff durch die kritische Rezeption wiederbelebt wird und dadurch eine Renaissance bei rechtsextremen Strategen erlebt. Sonja Kock verdeutlicht in ihrer Studie zu den ‚Republikanern' (REP) in Baden-Württemberg, dass die Erosion sozioökonomischer Strukturen alleine keine hinreichende Erklärung für die Wahlerfolge der REP liefern. Diese ließen sich erst durch die Einbeziehung von Veränderungen in der Parteienlandschaft, lokal dominierender Milieus und der politischen Kultur vor Ort begründen.

Die analytische Makro-Ebene wird im dritten Teil des Bandes um die Meso- und die Mikro-Ebene von Gruppen und Individuen ergänzt. Biographische Ansätze erhellen die identitätsstiftende Funktion von Deutungsangeboten und Gelegenheitsstrukturen: Christine Wiezorek zeigt am „Fall Rolf" auf, wie eine gebrochene Identität in einem übergeordneten Sinnangebot in Kontinuität rekonstruierbar wird und verweist auf das vom Rechtsextremismus bereitgehaltene Angebot kollektiver Orientierungsmuster. Michaela Köttig verdeutlicht anhand von Interviews mit Frauen und Mädchen, wie aufgrund problematischer Erfahrungen mit unverlässlichen Eltern die Großeltern mit ihrer vermeintlichen NS-Vergangenheit zu Identifikationspersonen werden. Wie bei Michaela Köttig rückt auch im Beitrag von Oliver Geden die *gendered substructure* des Rechtsextremismus in den Mittelpunkt des Interesses: Der Diskursivierung

und der Verflüssigung von traditionellen Begriffen der Männlichkeit in der Moderne und damit potentiell einhergehender Verunsicherungen von Männern begegnet der Rechtsextremismus – in Gedens Beispiel die Freiheitliche Partei Österreichs – mit einem Deutungsmuster, das Geschlechterdifferenzen deutlich betont. Und schließlich analysieren Michael Kohlstruck und Anna Verena Münch anhand der Rekonstruktion des Mordes an Marinus Schöberl rechtsextreme Jugendgewalt. Die Täter weisen kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild auf, haben eher lose Kontakte zur Szene. Vielmehr ist es ein Motivgemenge, das sich aus der Glorifizierung von Gewalt, Frust, Alkohol, einer maskulin dominierten Jugendkultur, mangelnder Empathie und nicht zuletzt aus Langeweile speist, und sich in einem brutalen Mord entlädt.

Zur Stärkung demokratischer Kultur vor Ort – Mehr Zivilgesellschaft!

Im ersten, dem ‚Bewegungs-Teil' des Bandes von Andreas Klärner und Michael Kohlstruck stellen Jana Klemm, Rainer Strobel und Stefanie Würtz am Beispiel zweier ostdeutscher Kleinstädte Bedingungen gegenüber, unter denen Maßnahmen zivilgesellschaftlicher Gegenmobilisierung, der Stärkung demokratischer Kultur vor Ort eingeleitet werden: „Wir gehen davon aus, dass Personen aus dem rechtsextremen Umfeld ihre Ideologien besonders leicht im Alltag verankern können, wenn demokratische Diskurse, Strukturen und Aktivitäten schwach ausgebildet und in der Öffentlichkeit wenig sichtbar sind. Unter diesen Umständen ist die Frage von zentraler Bedeutung, wie den rechtsextremistischen Deutungsangeboten eine überzeugende und attraktive Alternative entgegengestellt werden kann" (117). Der Erfolg solcher Maßnahmen hängt davon ab, wie weit lokale Akteure in ihrer Problemdefinition über die Symptomwahrnehmung hinausgehen und in welchem Ausmaß die lokale politische Kultur Handlungspotenziale und -strategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeiten bereitstellt (vgl. auch das Beispiel Hessen, Hafeneger/Becker in diesem Heft).

Evaluation von Interventionen im Gemeinwesen

Das von der rot-grünen Regierung initiierte Bundesprogramm CIVITAS (2001-2006) hatte sich als Teil des Aktionsprogramms ‚Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus' (neben ENTIMON und XENOS) den zivilgesellschaftlichen Ansatz, d.h. Maßnahmen zur zivilgesellschaftlichen Gegenmobilisierung und Strukturbildung auf regionaler und kommunaler Ebene, zur Einhegung des Rechtsextremismus in den ‚neuen Bundesländern' auf die Fahne geschrieben. Die Evaluation des Programms oblag seinerzeit dem Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Heinz Lynen von Berg, Kerstin Palloks und Armin Steil (2007) präsentieren die Ergebnisse der Evaluation in ihrem Band „Interventionsfeld Gemeinwesen". Zunächst stellen sie die im Rahmen von CIVITAS entwickelten so genannten Strukturprojekte „Mobile Beratungsteams", „Netzwerkstellen" und „Opferberatungsstellen" vor und präsentieren die Ergebnisse der Modellphase bis 2003. Anschließend werden die Programmeffekte in den drei unter den Pseudonymen „Glockwitz", „Sandersdorf" und „Leonthal" anonymisierten ostdeutschen Kleinstädten (bis 20.000 Einwohner/innen) beleuchtet, in denen alle drei Strukturprojekte zum Einsatz kamen. Die Auswahl dieser Beispiele ist explizit nicht repräsentativ, sondern nimmt Kommunen in den Blick, in denen die Projekte als ‚gut' eingeschätzt werden konnten und über einen längeren Zeitraum tätig waren. Dieser Teil basiert demnach auf Einzelfallstudien, „die am exemplarischen Fall die Chancen und Grenzen des Interventionsansatzes ermitteln" (125). Hieran schließt sich eine Beschreibung förderlicher und hinderlicher Bedin-

gungen für die Umsetzung der Projekte an. Abschließend werden Evaluationsmethoden, insbesondere die Methode der „kommunalen Kontextanalyse“ reflektiert.

Erinnert sei zunächst daran, dass die Evaluation des Aktionsprogramms selbst zum Politikum wurde: Als 2003 im Auftrag des Arbeitskreises ‚Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat‘ der Friedrich-Ebert-Stiftung die auf eine Optimierung der Evaluation im Sinne der Nachhaltigkeit des Aktionsprogramms und seiner Teilprogramme ausgerichtete Kritik von Roland Roth und Anke Benack veröffentlicht wurde (vgl. auch Lynen von Berg/Roth 2003), konstatierten Mitglieder der Union Qualitätsdefizite und damit die Verschleuderung von Bundesmitteln. Damit gerieten die Autor/innen selbst bei Zuwendungsgeber/innen und Projektnehmer/innen als ‚Nestbeschmutzer‘ in Verruf, die den Fortbestand der Programme gefährden würden.

Festzuhalten ist, dass die Evaluation in diesem Feld ‚terra incognita‘ beschreitet, sich aber „in den nächsten Jahren (...) zu einem wichtigen Strang der Forschung entwickeln (wird): Rechtsextremismus ist keine temporäre Erscheinung und die Auseinadersetzung mit diesem Feld wird andauern“ (Klärner/Kohlstruck 2006: 37) müssen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie zusammengefasst: Für Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie im Gemeinwesen gibt es kein Patentrezept. Sie erfordern vielmehr eine „kommunale Kontextanalyse“, die den Besonderheiten des jeweiligen lokalen bzw. regionalen Settings (Akteurskonstellationen vor Ort, bestehende politische Kulturen etc.) Rechnung trägt. Angesichts kommunaler Empfindlichkeiten – d.h. der oftmals vorherrschenden Verleugnung von Problemen mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vor Ort – werden Projekten mit einem „moderierenden“ Beratungsansatz mehr Erfolgsaussichten als Projekten mit „konfrontativen Ansatz“ beigemessen.

Was den „konfrontativen Ansatz“ betrifft, lag dieser im Rahmen von CIVITAS im Wesen der Opferberatung begründet. Dass die Opferberatung, seit 2007 weiterhin gefördert über das Bundesprogramm ‚kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechts‘, gegenwärtig längst moderatere Kommunikationsformen in der Gewinnung lokaler und regionaler Kooperationspartner/innen praktiziert, mag zum einen den Erfahrungen aus CIVITAS, zum anderen auch der hohen Fluktuation im Berater/innen-Personal geschuldet sein.

Die Evaluation macht außerdem deutlich, dass dort, wo sich die zivilgesellschaftlich ausgerichteten Projekte mit Lücken in der grundlegenden sozialen Infrastruktur vor Ort konfrontiert sehen – seien es nun Einsparungen im Bereich der (offenen) Jugendarbeit, fehlende Flüchtlingsberatung etc. –, sie über die Übernahme kompensatorischer Funktionen nicht mehr zur Umsetzung der ursprünglichen Programmziele kommen. Laufende Programme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (neben ‚kompetent. für Demokratie‘ bspw. ‚VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie‘) gehen daher auch mit dem Anspruch an den Start, im Dienste der Nachhaltigkeit die Verzahnung der Maßnahmen mit Regelstrukturen vor Ort zu berücksichtigen.

Das 2003 beklagte Evaluationsdefizit im Bereich der Programme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit können Lynen von Berg, Palloks und Steil nicht gänzlich beheben. Das ist unter anderem dem Umstand geschuldet, dass die Evaluation mit Verzögerung zum Programmstart begann (343). Zudem scheint die Arbeit des Evaluationsteams durch nicht immer deckungsgleiche Verwertungswünsche seitens Projektbetreiber/innen, Auftraggeber/innen und Öffentlichkeit (344) erschwert. Und schließlich – so die Autor/innen (345f.) – seien Kausalwirkungen von Programmen mit weichen Zielen – „Stärkung der Zivilgesellschaft

(…) und politischer Kultur“ vor Ort – nicht messbar. Anstelle von Wirkungsanalysen rückt ein „offenes Design“, das „Selbstauskünfte der Projektmitarbeiter“ zur „Hauptdatengrundlage“ (350) macht und nicht fragt „was wirkt, sondern 1) was geschieht; 2) warum es geschieht; 3) ob und wie das Geschehen mit den Intentionen der Akteure kongruent ist“ (359). Der Band von Lynen von Berg et al. leistet jedoch Pionierarbeit im Neuland von Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Damit setzt er Maßstäbe für Nachfolgevorhaben.

Ludger Klein, Frankfurt a.M./St. Augustin

Besprochene Literatur

Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.) 2006: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: Hamburger Edition.

Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Steil, Armin 2007: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim/München: Juventa.

Zitierte Literatur

Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hg.) 2003: Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen: Leske + Budrich.

Raschke, Joachim 1985: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt/M.: Campus.

Roth, Roland/Benack, Anke 2003: Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01472.pdf.

EU-Osterweiterung und Rechtsradikalismus

Die Ost-Erweiterung der Europäischen Union (EU) um zehn neue Mitgliedsländer im Jahr 2004 wurde begleitet von intensiven Diskussionen. Mit dem Beitritt verbanden sich Befürchtungen um Arbeitskräftezuströme und damit eine steigende Zahl von Ausländern in Deutschland, Abwanderung von Unternehmen und die erheblichen Kosten für Transferzahlungen der EU in die ökonomisch schwachen Regionen. All diese zunächst einmal befürchteten Folgen machten die Osterweiterung zu einem der am intensivsten und kontrovers diskutierten Veränderungen der EU.

Zu dieser Debatte hat der vorliegende Band nichts beizutragen. Stattdessen ist die Debatte selbst, genau genommen die befürchteten Folgen der Osterweiterung, Ausgangspunkt der Untersuchung. Die Studie fragt, ob aus dieser, zum Zeitpunkt der Untersuchung bevorstehenden Osterweiterung ein Wandel der politischen Einstellungen zu erwarten ist. Genauer: ob rechte und rechtsradikale Einstellungen durch die Osterweiterung hervorgerufen oder verstärkt wurden.

Grenzregionen und Deutschland

Der Titel „Europa auf dem Weg nach rechts?“ ist etwas irreführend, weil keineswegs ganz Europa untersucht wird. Die standardisierten Telefonbefragungen beziehen sich auf die Regionen an den deutschen Grenzen zu den neuen Mitgliedsländern, also die deutsche Grenzregion zu Polen und Tschechien sowie die polnische und die tschechische Grenzregion zu Deutschland. In den Grenzregionen soll die Salienz, also die Bedeutung und Bewusstheit der Osterweiterung besonders stark sein. Eine Repräsentativerhebung für ganz Deutschland ergänzt die Studie. Auch in Polen und Tschechien eine Repräsentativerhebung durchzuführen, war offensichtlich nicht finanzierbar. Das

ist verständlich, aber bedauerlich. Doch auch so ergeben sich vielfältige Vergleichsmöglichkeiten. Das ist einerseits ein Reichtum der Studie, es wird aber auch gleich deutlich, dass sich immer wieder die Frage stellt, was eigentlich der angemessene Vergleich ist – oder wäre.

Die theoretische Steuerung kommt aus den einschlägigen sozialpsychologischen Konzepten zu Rechtsextremismus und rechten Einstellungen. Mit dem Bezug auf die Osterweiterung wird diese Perspektive bereichert um die Verbindung zwischen einer Veränderung des Makrokontextes und den rechten oder rechtsextremen Einstellungen. Bezugspunkte sind drei verschiedene Ansätze: die Integrated Threat Theory von Stephan und Stephan (2000), die eine ganze Reihe von Ansätzen integriert hat, und der klassische Ansatz des Autoritarismus als Fortentwicklung des ‚autoritären Charakters' von Adorno und anderen (1968). Das Konzept des ‚hierarchischen Selbstinteresses' von Hagan und anderen (1987) ist nicht eigentlich als Ansatz zum Rechts*extremismus* zu verstehen, sondern es geht um (sehr) konservative oder rechte Einstellungen.

Ausführliche deskriptive Befunde

Die Verbindung von Makro- und Mikroebene, also Osterweiterung und Rechtsextremismusforschung macht den Auftakt des Bandes. Das Bedrohungskonzept ist die Brücke zwischen beidem. Bedrohungsgefühle stärken aus Sicht der theoretischen Ansätze rechte und rechtsextreme Einstellungen, und die Osterweiterung ist, wie aus den oben kurz angerissenen Diskussionen deutlich wird, ein potenzieller Anlass für solche Bedrohungsgefühle. Nach einer kurzen Vorstellung des Studiendesigns widmet sich ein Kapitel sehr ausführlich den deskriptiven Befunden. In einer Vielzahl von Tabellen und Abbildungen erfahren wir, wie sich die vier Stichproben, die Repräsentativstichprobe für Deutschland und die drei Grenzregionen, in einer Vielzahl von Fragen unterscheiden. So stimmen beispielsweise zwischen zwei Dritteln und drei Vierteln der Osterweiterung zu, wobei die Zustimmung in der deutschen Grenzregion am niedrigsten ist und in der polnischen Grenzregion am höchsten. Negative, vor allem wirtschaftliche Folgen aus der Osterweiterung erwarten die Deutschen nahe der Grenze in höherem Ausmaß als die Deutschen insgesamt. Dabei sind erwartete Nachteile für das eigene Land deutlich verbreiteter als erwartete Nachteile für die Befragten persönlich. Angesichts der Argumente, die in Deutschland gegen die Osterweiterung ins Feld geführt wurden, müsste man mit Begeisterung im angrenzenden Polen und Tschechien rechnen. Tatsächlich ist dies aber nicht der Fall. Insbesondere die Polen sind bei zahlreichen Aussichten (zum Beispiel Anstieg von Arbeitslosigkeit und Schwächung der Wirtschaft) noch pessimistischer als die Deutschen in der Grenzregion. Eine Bedrohung der eigenen Kultur und Werte erwarten weniger (ein Drittel bis die Hälfte der Befragten), aber auch hier ist die gefühlte Bedrohung in der polnischen und tschechischen Grenzregion stärker als in Deutschland.

Dieses umfangreiche beschreibende Kapitel enthält einige sehr interessante Informationen, insgesamt ist es aber schwer lesbar. Die Ankündigung der Leseschwierigkeiten in der Einleitung ist ein schwacher Trost. Neben den interessanten Informationen ist das Kapitel letztlich überfrachtet mit der umfangreichen Einführung von Messkonzepten und Kontrollvariablen. Zudem schränken fundamentale Schwierigkeiten den Informationsgehalt der deskriptiven Befunde beim Vergleich von deutscher Grenzregion und Gesamtdeutschland ein. In vielen Fällen finden wir deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Dies ist allgemein bekannt, es gilt auch für viele der hier gestellten Fragen. Die deutsche Grenzregion ist in dieser Dimension ganz anders zusammengesetzt als Gesamtdeutschland, denn die Grenzregion ist überwiegend in Ostdeutschland, wäh-

rend in der gesamtdeutschen Stichprobe die Westdeutschen weit dominieren. In einigen Dimensionen, insbesondere bei Nationalismus und Antisemitismus, finden wir zudem eine Sonderkonstellation im Vergleich von Bayern und dem Rest Deutschlands. Die in Westdeutschland einmalige Dominanz einer einzelnen Partei wie der CSU, die zudem eher am rechten Rand zu verorten ist, zeigt diese Besonderheit bereits überdeutlich. Für den Vergleich zwischen Grenzregion und Gesamtdeutschland haben diese beiden Sonderkonstellationen (Ostdeutschland und Bayern) erhebliche Folgen. Man weiß bei den deskriptiven Befunden nie recht, ob ein Unterschied tatsächlich auf die Grenzlage zurückgeht oder ob er eher die Zusammensetzung der Stichprobe mit Bayern und Ostdeutschland widerspiegelt. Wenn letzteres der Fall ist, stellen sich ganz andere Fragen als wenn wirklich die Grenzlage die Differenz ausmacht. Hinweise auf diesen Effekt finden sich reichlich, der Informationsgewinn wird dadurch aber stark geschmälert. Insgesamt kann man den Lesern durchaus raten, das deskriptive Kapitel 3 zu überspringen und es eher selektiv als Mischung aus Hintergrundinformation und technischem Anhang zu nutzen.

Test der theoretischen Modelle

In den folgenden Kapiteln werden die drei erwähnten theoretischen Ansätze kurz vorgestellt und mit den Daten geprüft. Einige deskriptive Befunde wiederholen sich hier. Die Annahmen der Integrated Threat Theory werden primär an der gesamtdeutschen Stichprobe getestet, weil sich die Stichproben in den Grenzregionen als zu klein für das komplexe Testverfahren (Strukturgleichungsmodell) erweisen. Bei den Deutschen insgesamt hat vor allem die konkrete (realistische) kollektive Bedrohung, also angenommene Nachteile in Wirtschaft und politischem Einfluss, eine Zunahme von Nationalismus und eine Abnahme der Sympathie gegenüber Polen und Tschechen zur Folge. Die individuelle Bedrohung (eigene wirtschaftliche und politische Nachteile) hat fast keinen Effekt und die symbolische kollektive Bedrohung (Bedrohung der eigenen Kultur) weist sogar Effekte entgegen der erwarteten Richtung aus. Die bivariaten Zusammenhänge für die Grenzregionen, also der direkte Zusammenhang zwischen der Ausprägung des Bedrohungsgefühls und der Fremdenfeindlichkeit bzw. dem Nationalismus fällt unterschiedlich aus. Meist gibt es einen Zusammenhang mit der empfundenen symbolisch-kollektiven Bedrohung, aber zum Teil ist auch die realistisch-individuelle Bedrohung von Bedeutung. Die Ergebnisse fallen also deutlich anders aus als bei der komplexeren Untersuchung für die gesamtdeutsche Stichprobe. Dies kann an tatsächlich anderen Wirkungszusammenhängen in der Grenzregion liegen, es kann aber auch schlicht ein Ergebnis der unterschiedlichen Analyseverfahren sein.

Die Autoritarismus-Diskussion wird von Andreas Hadjar als extra ausgewiesenem Autor für diesen Teil aufgenommen. Hadjar arbeitet mit der deutschen Gesamtstichprobe und behandelt die Befragten aus der sächsischen und der bayerischen Grenzregion getrennt. Autoritarismus, also eine Suche nach Autoritäten und gleichzeitig einem Unterdrückungsbedürfnis gegenüber ‚Schwächeren' wird nach Hadjars Befunden vor allem verstärkt durch empfundene symbolisch-kollektive Bedrohungsgefühle.

Das Konzept des hierarchischen Selbstinteresses geht aus von der Wertebasis des Kapitalismus mit einem starken Egoismus, Materialismus, der Akzeptanz von Ungleichheit und einer Gleichgültigkeit gegenüber der moralischen Vertretbarkeit der Mittel, sein Ziel zu erreichen. Die Ausprägung dieser Haltung unterscheidet sich zwischen den Grenzregionen und zwischen Ost- und West-Deutschland praktisch nicht, was angesichts der kapitalistischen bzw. real-sozialistischen Vergangenheit anders zu erwarten war. Die Bedrohungsgefühle tragen aber zur Erklärung des hierarchischen Selbstinteresses nichts bei.

In einem abschließenden Kapitel werden die Analysen zur Integrated Threat Theory und dem Autoritarismus zusammen gezogen zu einem gemeinsamen Modell. Hier wird deutlich, dass Autoritarismus, nun verstanden als Persönlichkeitsstruktur und nicht als sozial (mit) verursacht, einen Effekt hat auf die gefühlte Bedrohung und zusätzlich auf den Nationalismus. Ein Resümee mit politischen Schlussfolgerungen schließt das Buch ab.

Fazit

Die Untersuchung der Entstehungsbedingungen von Rechtsradikalismus und rechten Einstellungen ist mittlerweile ein ausgetretenes Feld. Die Perspektive auf einen konkreten gesellschaftlichen Wandlungsprozess, die EU-Osterweiterung, ist eine interessante und neue Untersuchungsperspektive, die ein etabliertes Pauschalargument (gesellschaftlicher Wandel führt zu Bedrohungsgefühlen) empirisch überprüft.

Die Untersuchungsanlage mit einer Befragung in den Grenzregionen erweist sich als problematisch. Die Fallzahl wird von den Autor/innen als zu klein eingeschätzt für das komplizierte, aber angesichts der Theorien notwendige Auswertungsverfahren mit Strukturgleichungsmodellen. Ohne dieses Instrument hängen die Auswertungen für die Grenzregionen aber in der Luft, denn die Beschreibungen sind aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung von West- und Ostdeutschen und der Sonderkonstellation in Bayern wenig aussagekräftig. Am Ende ist nicht sicher, ob die Annahme einer besonderen Salienz der Osterweiterung in den Grenzregionen überhaupt richtig ist.

Die Schwierigkeiten hängen zusammen mit Entscheidungen in der Frühphase des Projektes. Daraus darf man keinen zu starken Vorwurf machen, denn die Ergebnisse einer solchen Forschung sind im Vorhinein kaum absehbar. Wer sich auf empirisches Neuland begibt, läuft Gefahr, Fehler zu machen. Die Ergebnisse aber leiden unter diesen Schwächen des Designs.

Zudem hätte dem Buch eine konsequentere Abstimmung der Beiträge untereinander gut getan. In der Einleitung heißt es, man könne den Band als eine Art Sammelband betrachten, doch auch dann hätten die ‚Herausgeber' besser durch die Analyse leiten können. Dass es wichtige Erkenntnisse über die Entstehung von rechten Einstellungen beisteuern kann, bleibt dabei unbenommen.

Jochen Roose, Berlin

Besprochene Literatur

Rippl, Susanne u.a. 2007: Europa auf dem Weg nach rechts? Die EU-Osterweiterung und ihre Folgen für politische Einstellungen in Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik. Wiesbaden: VS.

Zitierte Literatur

Adorno, Theodor W. u.a. 1968: Der autoritäre Charakter. Studien über Autorität und Vorurteil. Amsterdam: de Munter.

Hagan, John u.a. 1987: Class in the Household: A Power-Control Theory of Gender and Delinquency. In: American Journal of Sociology, Jg. 92, Heft 4, 788-816.

Stephan, Walter G./Stephan, Cookie White 2000: An integrated threat theory of prejudice. In: Oskamp, Stuart (Hg.): Reducing prejudice to intergroup emotions. New York: Psychology Press, 191-208.

Jeffrey Alexander, Solidarität und die ‚Civil Sphere'

In zeitgenössischen Rufen nach einer ‚public sociology', die sich in einem naturwissenschaftlich oder ökonomisch geprägten Zeitgeist Gehör verschafft, klingen Zeiten nach, in denen die Soziologie mit ambitionierten theoretischen Entwürfen und empiriegesättigten, pointierten Zeitdiagnosen eine unangefochtene Leitdiszip-

lin im sozialwissenschaftlichen Fächerkanon und in der gesellschaftlichen Selbstverständigung war. Der US-amerikanische Soziologe Jeffrey C. Alexander zählt zu denjenigen exponierten Vertretern seines Faches, die sich mit dessen sang- und klanglosem Bedeutungsverlust nicht abfinden wollen, von ihm vielmehr Antworten auf die großen Fragen der Zeit erwarten: „Nothing is more practical than a good theory" (549).

Er hat zunächst versucht, im Rahmen der neofunktionalistischen Theoriebewegung einer ‚grand theory' im Geiste Talcott Parsons neues Leben einzuflössen. Von einer einfachen Neuauflage des oft gescholtenen Funktionalismus klassischer Prägung hat der umtriebige Sozialwissenschaftler sich jedoch bald abgewandt und zum so genannten ‚micro-macro-link' und der akteursorientierten Differenzierungstheorie gearbeitet, um schließlich in durkheimscher Nachfolge in die Gefilde einer neu zu entwerfenden ‚cultural sociology' vorzudringen (als Überblick über diese Phase der Werkentwicklung vgl. Wenzel 1993).

Ein ‚starkes Programm'

Sein ‚strong program' der Kultursoziologie hat Alexander schließlich auch polemisch gegen den Einfluss des von ihm sogenannten ‚weak program' profiliert, für das er die Birmingham School, Michel Foucault und die ‚Produktionsperspektive' (Peterson u.a.) sowie die Arbeiten Pierre Bourdieus namhaft gemacht hat (Alexander 2003). Das ‚weak programm' könne den zukunftsweisenden ‚cultural turn' der Sozialtheorie nämlich allenfalls eingeschränkt umsetzen, weil es symbolisch-kulturelle Formen reduktionistisch mit Machtstrukturen und der Ökonomie kurzschließe und daher die ‚relative Autonomie' und den normativen Eigensinn von Kultur verfehlen müsse.

Mit dem fast 800 Seiten starken Band ‚The Civil Sphere' hat Alexander auf dem Fundament solcher Vorarbeiten nun einen sozialtheoretischen Meilenstein gesetzt, der alle Züge einer großangelegten Synthese aufweist. Auch derjenige, dem mancher Gedankengang aus vorangegangenen Publikationen bereits vertraut vorkommen mag, findet in dem Buch eine in weiten Linien entfaltete Argumentation, eine enorme Fülle an kritisch verarbeiteter Literatur sowie als ‚dichte Beschreibungen' (Geertz) integrierte Fallstudien, die die bloße Konzeptdiskussion weit hinter sich lassen. Jenseits der kultursoziologischen Implikationen von Alexanders Vorschlag verdient aber auch seine Überbrückung des Grabens zwischen (normativer) politischer Theorie und erfahrungswissenschaftlicher Sozialwissenschaft Beachtung. Mit ‚The Civil Sphere' will Alexander nämlich nicht nur den ‚state of the art' der Sozialtheorie am Beginn des 21. Jahrhunderts definieren, sondern diese auch stärker mit dem Diskurs der Zivilgesellschaft und der normativen politische Theorie ins Gespräch bringen. Gegenüber einer an Machtstrukturen und Interessenlagen orientierten Sozialwissenschaft führt ihn das zu einer Aufwertung von Normen und Emotionen, gegenüber einer mehr oder minder formalen normativen Theorie zur Suche nach der sozialen Verankerung und Motivation solidarischer Orientierungen.

Den Ausgangspunkt von Alexanders Absetzung von soziologischem Utilitarismus und ‚Realismus' bildet daher die Annahme einer normativen Steuerung sozialen Handelns und der Orientierung an Gerechtigkeit und Solidarität bzw. dem Glauben daran: „The premise of *Civil Sphere* is that societies are not governed by power alone and are not fuelled only by the pursuit of self-interest. Feelings for others matter – and they are structured by the boundaries of solidarity. How solidary is structured, how far it extends, what it's composed of – these are critical issues for every social order, and especially for orders that aim at the good life" (3).

Der mit den neuzeitlichen Verfassungsrevolutionen etablierte kulturelle Code der zivilen

Sphäre nimmt in Alexanders Entwurf vor diesem Hintergrund einen zentralen Stellenwert ein. Im Kontrast zu jenen gesellschaftlichen Bereichen, die – wie die politische Herrschaft oder die interessengesteuerte Ökonomie – nicht schon per se das Prädikat ‚zivil' verdienen, ohne sich allerdings einfach indifferent zur zivilen Sphäre zu verhalten, erzeugt er eine dauerhaft wirksame kritische Spannung. Ressourcen und Organisationsmacht gehen zwar auch in den Diskurs der zivilen Sphäre ein, können seine Dynamik jedoch nicht erschöpfend erklären. Denn auch sie sind dem Streit um die Platzierung auf der ‚sauberen' oder der ‚verschmutzten' Seite der kulturellen Codes und der Definition von Bedeutung nicht enthoben. Alexander geht davon aus, dass solche symbolischen Klassifikationen der sozialen Welt erst ihre Handlungsrelevanz geben. Kulturelle Codes teilen die Welt also in reine und unreine, in sakrale und profane Teile. Der Diskurs der zivilen Sphäre wird damit polarisiert und binär strukturiert.

Mithilfe einer dreigliedrigen Typologie grenzt Alexander sein Konzept der zivilen Sphäre auch von Vorläufern ab. Seine Zivilgesellschaft III ist zu verstehen als „solidary sphere, in which a certain kind of community comes to be culturally defined and to some degree institutionally enforced" (31). Sie unterscheidet sich sowohl von einer von Locke bis Tocqueville entworfenen Zivilgesellschaft I aus bürgerlichen Assoziationen außerhalb des Staates wie auch von der Zivilgesellschaft II als ‚bürgerlicher Gesellschaft' des Selbstinteresses bei Marx und seinen Nachfolgern.

Kommunikative und regulative Institutionen

Alexander unterstreicht zugleich, dass die zivile Sphäre nicht in universalistischen Diskursen aufgeht, in denen Unterscheidungen zwischen ‚gut' und ‚böse' prozessiert werden. Sie ist vielmehr verwurzelt in fassbaren institutionellen Strukturen. Die Unterscheidung von kommunikativen Institutionen (öffentliche Meinung, Massenmedien, Umfragen, Assoziationen und Vereinigungen) und regulativen Institutionen (Wahlen, Parteien, Ämter und das Recht) fächert diese institutionelle Grundierung weiter auf.

Überdies stehen die universalistischen Ambitionen der zivilen Sphäre nicht nur in Spannungsbeziehungen zu nicht-zivilen Sphären, die einen Beitrag zur Realisierung ziviler Ambitionen leisten oder aber auch in Form einer ‚Intrusion' zivile Strukturen beschädigen können. Entscheidend ist vielmehr, dass sie selbst in zeitlicher, räumlicher und funktionaler Hinsicht gebunden und insofern nur partiell institutionalisiert sind. Jede raumzeitliche Verkörperung von Solidarität beinhaltet mithin auch Grenzziehungen und definiert Ausgeschlossene. Dem ‚Guten, Wahren und Schönen' haftet ein Rest Erdenschwere an und jenseits der Grenzen ihrer Solidarität, ja durch die Codierung von Zugehörigkeit und Gleichheit selbst, konstituiert die zivile Sphäre damit ihr Außen und ihr Anderes: Civil Society „produces its own enemies" (198). Diese argumentative Konstruktion bewahrt Alexander vor einer überzogen idealisierenden Konzeption von Solidaritätsgruppen. Einen systematisch zentralen Stellenwert gewinnt jedoch der Begriff des ‚civil repair', der zivilen Wiedergutmachung, mit der die Arbeit an den Verletzungen der Solidaritätsideale und der Beschränkungen von Zugehörigkeiten gemeint ist und die Frage nach Mustern und Dynamiken von Exklusion und Inklusion ins Spiel kommt.

Alexander räumt sozialen Bewegungen in diesem Kontext einen bemerkenswert hohen Stellenwert ein. Diese können an den Spannungen innerhalb der zivilen Sphäre ansetzen und damit eine umfassendere Verwirklichung der Solidaritätssphäre und die Redefinition von Zugehörigkeiten antreiben. Diese Rolle von sozialen Bewegungen als ‚Übersetzern' der Ansprüche der Zivilgesellschaft entfaltet Alexander auch in einer kritischen Diskussion der über-

kommenen Bewegungsforschung. Sie erstreckt sich über ältere Revolutionstheorien, instrumentelle Theorien der Ressourcenmobilisierung und der Organisationsmacht sowie über Ansätze, die subjektive und kulturelle Dimensionen von sozialen Bewegungen stärker berücksichtigen (framing). Mit der Verbindung sozialer Bewegungen und des kulturellen Binarismus der zivilen Sphäre spielt Alexander also auch an dieser Stelle die Pointe seines Ansatzes aus.

Soziale Bewegungen als kulturelle Übersetzer

Als integraler Bestandteil der zivilen Sphäre entfalten soziale Bewegungen ihre Dynamik weder einfach aufgrund vorgegebener Problemlagen in den nicht-zivilen Sphären, noch nur durch die schiere Verfügbarkeit von Ressourcen oder situativen Deutungen, sondern durch das Nadelöhr der Übersetzung partikularer Anliegen in die universelle Sprache der zivilen Sphäre. „Collective action, then, can be understood as a struggle for position vis-à-vis the categorical antipathies of civil life: a struggle to represent others in negative and polluted categories and to re-present oneself in terms of the sacred“ (231). „Politics is a discursive struggle. (...) Power conflicts are not simply about who gets what and how much. They are about who will be what, and for how long“ (233).

Die empirische Fruchtbarkeit dieses Ansatzes demonstriert Alexander am Beispiel der amerikanischen Frauenbewegung sowie der Bürgerrechtsbewegung. Die Frauenbewegung ist auch systematisch deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie zunächst das Problem der generellen Einbeziehung in den öffentlichen Bereich der Solidaritätsansprüche zu lösen hatte. Eine Scharnierstelle stellte die Umdefinition der noch privaten weiblichen ‚otherhood‘ in ein republikanisch-politisches Verständnis von ‚motherhood‘ dar, das die Mutterrolle in das Feld des Politischen integrierte und damit den Weg der Frauen in die Öffentlichkeit ebnete.

In seiner ausgezeichneten Darstellung der Bürgerrechtsbewegung unterstreicht Alexander nicht nur die besondere Bedeutung von Martin Luther King als Bewegungsintellektuellen und seine zivile Maßstäbe zur Geltung bringende Rhetorik. Entscheidend für den wie immer begrenzten Erfolg der Bewegung war angesichts der rassistischen Beschädigungen von Solidarität in den Südstaaten der Umstand, dass die Bürgerrechtsbewegung die Zivilgesellschaft des liberalen Nordens zu einem Teil der Auseinandersetzung machen konnte. Damit gelang es ihr schließlich, neben den kommunikativen Institutionen – in erster Linie den Medien – mit dem Civil Rights Act von 1964 auch die regulativen Institutionen (Recht) in Bewegung zu setzen.

Formen der Inkorporation in die zivile Sphäre

Neben dem differentialistischen Feminismus zeichnet sich für Alexander mit dem Übergang der Bürgerrechtsbewegung in eine, auch segregationistische Orientierungen aufgreifende ‚black power‘ aber schon ein Phänomenbereich ab, den er im letzten Teil seines Buches eingehender anhand der ‚jewish question‘ untersucht. Es handelt sich dabei um die Veränderung von Modus und Form dessen, was Alexander als Inkorporation in die zivile Sphäre bezeichnet.

Er unterscheidet systematisch die Assimilation, die ‚Hyphenation‘ als Erzeugung von Bindestrich-Identitäten (Afro-Amerikaner etc.) und den Multikulturalismus. Die Assimilation, deren ziviler Wert dennoch nicht unterschätzt werden sollte, ermöglicht zwar Zugehörigkeit und Inklusion, dies aber nur um den Preis einer Aufgabe von spezifischen Qualitäten und Merkmalen von Gruppen. ‚Hyphenation‘ operiert demgegenüber über die Einbeziehung der Akteure bei Ausklammerung ihrer fortbestehenden besonderen Eigenschaften in den privaten Bereich. Der Multikulturalismus schließlich bezieht Akteure mitsamt ihrer spezifischen Eigenschaften in die zivile Sphäre ein, wobei letz-

tere einem Umdefinitionsprozess unterzogen werden und sich dabei von Stigmata und Makeln zu begehrten Eigenschaften wandeln können.

Kultureller Code und moderner Antisemitismus

In einer fulminanten Analyse des modernen Antisemitismus beugt Alexander dem idealisierenden Missverständnis vor, dass die Verwirklichung von Solidarität Ergebnis eines evolutionären Automatismus und nicht Resultat von in hohem Maße kontingenten, und daher immer auch von mitunter mörderischen Einbrüchen bedrohten Prozessen sein würde. Er untersucht gewissermaßen die dunkle Seite der zivilen Sphäre. Nicht anders als in Deutschland war Antisemitismus vor dem Zweiten Weltkrieg auch in den USA weit verbreitet. Während die Dilemmata der Inkorporation in Deutschland jedoch zu einer fast vollständigen Vernichtung der Juden geführt haben, standen nach Alexander in den USA die Institutionen der zivilen Sphäre solchen monströsen Verbrechen im Weg. Auch der Zerfall der universalistischen Normen der Zivilgesellschaft bzw. deren Umwandlung wird damit zum Thema einer Theorie der ‚Civil Sphere'.

Amerikas Nachkriegsentscheidung ‚to be with the Jews' und damit der fundamentale Wandel der Rolle der Juden nach einer jahrhundertelangen Geschichte der Ausgrenzung und Verfolgung lässt sich so als segensreiche Wirkung des kulturellen Binarismus verstehen. Es wurden nun nicht die Juden, sondern der in seinen exterministischen Folgen manifest gewordene Antisemitismus mit dem besiegten Nazi-Deutschland auf der ‚unreinen' und verschmutzten Seite des Binarismus angesiedelt. Davon ausgehend musste schließlich ‚Jewishness' – Alexander zeigt das anschaulich anhand von Philip Roth und Woody Allens ‚Stadtneurotiker' – innerhalb eines multikulturellen Modus der Inkorporation nicht länger abgestreift oder im Privatbereich eingeklammert werden, sondern konnte öffentlich akzeptiert und sogar Quelle kultureller Attraktivität werden. Wenn Allens Protagonistin Annie Hall ihrem Liebhaber Alvy bescheinigt: „You're a real jew!", dann ist das nicht mehr bloß Stigma, sondern – bei aller bleibenden Ambivalenz – geradezu eine Liebeserklärung und Ausdruck der Faszination (542). Verallgemeinernd gesprochen markiert diese Frage der Symmetrisierung von Unterschieden jenseits der einfachen Auflösung von kulturellen Traditionen wohl auch einen Konfliktgegenstand ziviler Inklusion in den Gegenwartsgesellschaften.

Alexander und die Schwächen des ‚starken Programms'

Alexanders Theorie ist zwar im Anspruch universell, in der Realisierung und den empirischen Analysen aber in hohem Maße auf die USA zentriert – und dies trotz europäischer Vergleichspunkte auch noch in der Untersuchung des Antisemitismus. In der soziologischen Wiederbelebung der Ambitionen des goldenen Zeitalters der USA, des nicht nur militärischen, sondern auch moralischen Triumphes über Nazi-Deutschland und des Doppelpassspiels von Bürgerrechtsbewegung und Kennedy-Administration ist Alexander von der Selbstgewissheit der Parsonschen ‚grand theory' gar nicht so weit entfernt und liest sich mitunter wie eine soziologische Mischung aus dem amerikanischen Flaggeneid und Obamas ‚Audacity of Hope'. Der Versuch, die US-amerikanischen Verfassungs- und Gründungsversprechen gewissermaßen soziologisch zu veredeln und als sozial wirksamen kulturellen Code zu verstehen, kann im positiven Fall den Versuch einer Rekonstruktion von Solidarität inspirieren. Die moralische Regenerationsfähigkeit der USA ist im jüngsten Präsidentschaftswahlkampf jedenfalls eindrucksvoll sichtbar geworden.

Dennoch stellt sich die Frage, ob die sich bei Alexander gelegentlich wie eine Glaubensfrage

ausnehmende Beschwörung des Narrativs der Zivilität auch deren gewichtigen zeitgenössischen Herausforderungen wirklich umfassend Rechnung tragen kann. Eine US-Gesellschaft, die von Polarisierungen und ‚culture wars' gezeichnet ist und im Zuge von Irak-Krieg oder Guantanamo Bay nicht nur normativ zunehmend entkernt dasteht, sondern zum Ende der Bush-Administration auch ökonomisch desaströse Verwerfungen sichtbar werden lässt, legt auch den unerschütterlichsten Freunden des amerikanischen Optimismus und Pragmatismus Sorgenfalten auf die Stirn. Sie ist jedenfalls meilenweit entfernt vom ‚goldenen Nachkriegszeitalter', in dessen Windschatten die amerikanische Soziologie nicht nur von Talcott Parsons ihre Blüte erlebte.

Zwar verleiht Alexanders Beharren auf der Autonomie des kulturellen Binarismus, der durch Zulieferung oder Intrusion anderer Sphären zwar berührt würde, letztlich aber als kultureller Code eine eigenständige Grundlage der Solidarität darstellen würde, seinen Konzepten ihren besonderen Schwung, erlaubt aufschlussreiche Analysen von In- und Exklusionsdynamiken und eröffnet auch eine halbwegs fassbare Abgrenzung des Gegenstandes ‚Civil Sphere'. Zugleich klammert es aber Fragen nach der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit, Ökonomie und sozialen Sicherungssystemen aus der Suche nach den Quellen von Solidarität weitgehend aus. Dabei stellen gerade sie neben kulturellen Fragen die zentralen Streitpunkte einer Neudefinition von Solidarität dar - und das nicht nur im europäischen Kontext. Eine transatlantische Vergleichsperspektive wäre hier allemal aufschlussreich. Interessant dürften dabei gar nicht nur die materiell-ökonomischen Ausgleichs- und Umverteilungsfragen (distributive justice) als solche sein, sondern ihre Bedeutung als Grundlagen von Identifikation und Solidaritätsgefühlen. Hier drängt sich die Annahme geradezu auf, dass Alexanders Kritik des ‚schwachen Programms' und dessen Fokussierung auf den Konnex zwischen Ideen und Interessen, Kultur und Ökonomie, Verteilungs- und Anerkennungsstrukturen auch auf ein Problem seines Konzeptes verweist, das allein mit der definitorischen Platzierung auf der guten Seite einer starken ‚cultural sociology' nicht aus der Welt zu schaffen ist.

Als herausragender und maßstabsetzender Entwurf verdient ‚The Civil Sphere' – in seinen Antworten nicht weniger als in den durch den theoretischen Entwurf aufgeworfenen Fragen – eingehende Beachtung und Rezeption, die an den Kontroversen über strong und weak programs anknüpfen kann, sich aber darauf nicht beschränken sollte, sondern auch den demokratie- und gerechtigkeitstheoretischen Gehalt von Alexanders opus magnum aufschließen müsste. Neben zahlreichen, auch kontroversen angelsächsischen Beiträgen liegen dazu auch im deutschsprachigen Raum erste Wortmeldungen vor (vgl. Heins 2007). Für Studien zu öffentlichen Diskursen, zu Protest, Demokratie und politischer Teilhabe bietet nicht zuletzt das strukturalistisch-hermeneutische Konzept des kulturellen Binarismus als ein theoretisches Herzstück von ‚The Civil Sphere' mit Sicherheit eine interessante konzeptionelle Bereicherung. Allerdings braucht es dennoch nicht allzu viel Vorstellungskraft, um zu der Erwartung zu kommen, dass Alexanders postparsonsianische ‚cultural sociology' kaum an diejenige dominante Einflussstärke heranreichen wird können, die die amerikanische Nachkriegssoziologie zu ihrer Zeit entfaltet hat. Weder für sein Projekt Zivilgesellschaft noch für die Vitalität der Soziologie muss das allerdings eine schlechte Nachricht sein.

Albrecht Lüter, Berlin

Besprochene Literatur

Alexander, Jeffrey C. 2006: The Civil Sphere. Oxford: Oxford University Press.

Zitierte Literatur

Alexander, Jeffrey C./Smith, Philip 2002: The Strong Program in Cultural Sociology: Elements of a Structural Hermeneutics. In: Jonathan H. Turner (Hg.) 2002: Handbook of Sociological Theory, Kluwer Academic/Plenum Publishers: New York, 135-150.

Heins,*Volker* 2007: Quellen der Solidarität. Jeffrey Alexander über die ‚zivile Sphäre'. In: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung, Jg.4, H.2., 148-158.

Wenzel, Harald 1993: Neofunktionalismus und theoretisches Dilemma. In: Jeffrey C. Alexander: Soziale Differenzierung und kultureller Wandel. Frankfurt am Main: Campus, 7-30.

Ashis Nandy: Der Klassiker des Postkolonialismus erstmals in deutscher Übersetzung

Bei dem Wort sannyasi denkt man vielleicht eher an Bhagwan-Jünger als an Sozialrevolutionäre. Die nach spiritueller Vervollkommnung Strebenden, wie sie übersetzt heißen, spielten allerdings keine geringe Rolle in einer der größten emanzipatorischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts: im indischen Antikolonialismus.

Von 1919 bis zur Unabhängigkeit vom britischen Empire 1948 beteiligten sich Millionen an den meist gewaltfreien Aktionen gegen die Kolonialmacht. Verschiedene Kampagnen der Nicht-Zusammenarbeit und des Zivilen Ungehorsam wurden von unterschiedlichsten Gruppen und Milieus mitgetragen. Im Gegensatz zu anderen Nationalen Befreiungsbewegungen konnten sich Strategien des bewaffneten Kampfes auf dem Subkontinent nicht durchsetzen. Zentrale Figur dieser ansonsten recht demokratisch organisierten Bewegung war selbstverständlich Mohandas Karamchand Gandhi (1869-1948).

Gandhi als Theoretiker

Dass Gandhi nicht nur Politiker ohne Staatsamt und Aktivist, sondern auch antikolonialistischer Theoretiker der gewaltfreien Aktion war, wird nun durch ein erstmals ins Deutsche übersetztes Buch des indischen Sozialpsychologen Ashis Nandy in Erinnerung gerufen. Nandy ist Direktor des ‚Center for Studies of Developing Societies' in Dehli und Aktivist verschiedener Menschenrechtsorganisationen. Seine theoretischen Arbeiten zum kolonialen Bewusstsein knüpfen direkt an Gandhi an.

Gandhi als Theoretiker ernst zu nehmen, ist keineswegs selbstverständlich. Zwar gab es, wie die äußerst informierte und informative Einleitung des Übersetzers Lou Marin verrät, nicht nur zu Gandhis Lebzeiten eine breite Rezeption seiner Lehren. Auch nach seiner Ermordung vor 60 Jahren bildeten sich im Wesentlichen drei Strömungen heraus, die bis heute an den Gandhianischen Antikolonialismus andocken: Eine postmodern-dekonstruktivistische Gandhi-Schule, ein aufgrund seiner Bezugnahme auf marxistische Versatzstücke als Subaltern Studies bezeichneter zweiter Ansatz und drittens der indigenistische oder Kritisch-traditionalistische Ansatz. Diesem ist Ashis Nandy zuzurechnen.

Kolonialismus als psychologischer Zustand

Gandhi wurde als kritischer Theoretiker der Modernisierung allerdings häufig eher belächelt. Auch und gerade von der fortschrittsgläubigen Linken, die sich in Sachen Antikolonialismus lieber an Frantz Fanon orientierte. Der auf Martinique geborene und im algerischen Unabhängigkeitskampf aktive Fanon gilt als einer der wichtigsten Theoretiker des Antikolonialismus. Zeitweilig Sprecher der algerischen Nationalen Befreiungsfront FLN, blieb Fanon auch nach seinem frühen Tod 1961 für mindestens zwei Jahrzehnte Stichwortgeber für antiimperialistische Bewegungen in aller Welt. Später avan-

cierte er dann zu einem der Klassiker der postcolonial studies, zu denen mittlerweile auch Ashis Nandy gehört. Dieser Zweig der Kulturwissenschaften bezeichnet sich nicht nur deshalb als postkolonial, weil er nach dem Kolonialismus entstanden ist. Es geht auch inhaltlich darum, bestimmte kolonialistische und modernistische Denkmuster zu überwinden. Fanon hatte als erster vehement die nicht nur ökonomischen und kulturellen, sondern auch psychologischen Folgen des Kolonialismus herausgearbeitet und angeprangert. Auch Nandy beschreibt eine psychologische Bindung der Kolonisierten an die Kolonisatoren. Der Kolonialismus sei unter anderem ein „psychologischer Zustand". Beide Aufsätze, die das von Einleitung und ausführlichem Glossar gerahmte Buch ausmachen, beschäftigen sich historisch und en detail mit diesem Zustand.

Politisch allerdings könnten Fanon und die Gandhi-Rezeption des „kritischen Traditionalismus", die Nandy vertritt, kaum weiter auseinander liegen. Bereits im algerischen Kampf gegen die französische Kolonialmacht hatte sich die Nationale Befreiungsfront (FLN) gewaltsam gegen die Bewegung um Messali Hadj durchgesetzt. Die Messalisten vertraten einen gemäßigten Ansatz, Fanon und die FLN setzten ihre Form des bewaffneten Kampfes durch.

Die in den Muskeln sitzende Unterdrückung sollte sich in der Vorstellung Fanons durch den Guerillakrieg entladen. Das genau sei einer der wesentlichen Fallstricke des bewaffneten Antikolonialismus gewesen, hält Nandy dagegen. Gerade die Idee, die Kolonisatoren an Männlichkeit und Stärke noch übertreffen zu müssen, verbleibe innerhalb des „dominanten universalistischen Modells" des Westens. Nandy argumentiert: Wenn der Kolonialismus auf bestimmten Konsensen zwischen Herrschern und Beherrschten beruht, dann besteht die Hauptbedrohung für die Kolonisatoren in der Aufkündigung dieser Konsense. Hier setzten die Kampagnen der Nicht-Zusammenarbeit an.

Kampf um die Köpfe

Und da der Westen nicht nur den Kolonialismus produziert habe, sondern auch dessen Interpretation, halte ein Kampf um die Köpfe bis heute an. In diesem Kampf seien die Traditionen oft hilfreich. Allerdings nicht im Sinne eines krampfhaften Rückgriffs auf ohnehin Verschwundenes. Nandy versteht seinen „kritischen Traditionalismus" eher als „Tendenz zur Reinterpretation von Traditionen, um neue Traditionen zu kreieren." Damit kritisiert er im Anschluss an Gandhi auch die moderne Auffassung von Geschichte. Denn diese hatte die Traditionen stets abgewertet und als rückständig oder gar konterrevolutionär bekämpft. An einer solchen Geschichtsauffassung hatten auch linke Intellektuelle immer ihren Anteil, die damit den Ethnozentrismus mit entwickelten und festigten. Schon für Engels waren die Indigenen aller Länder „Völkerabfälle", die im Laufe der Modernisierung ohnehin verschwinden würden. Und selbst Marx hatte ausgerechnet England, trotz aller kolonialen Verbrechen, für „das unbewusste Werkzeug der Geschichte" gehalten.

Nandy interpretiert Gandhi in dieser Hinsicht als Zivilisationskritiker. Als solcher war er auch in den westlichen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre wieder entdeckt worden. Technikfeindlichkeit und ökologisches Bewusstsein fanden hier einen Paten. Wegen seiner Kritik am modernen Arbeits- und Zeitregime macht Lou Marin Gandhi sogar zum Vorläufer der Situationisten. Als künstlerische Avantgarde hatten diese u. a. den westlich-kapitalistischen Lebensstil als entfremdet kritisiert. Ob Nandys Buch für eine Rückkehr der Sitzblockade und der gewaltfreien Aktionen sorgen wird, ist aber gar nicht die entscheidende Frage. Denn vor allem bereichert es den postkolonialen Diskurs um eine libertäre Dimension. Auf anarchistische Denktraditionen hatte sich bereits Gandhi bezogen. Die darin formulierte Ablehnung der Staats-

macht und die ethische Dimension des Politischen waren auch ausschlaggebend für Gandhis Kritik an der Idee nationaler Befreiung. Dies herauszustellen, ist sicherlich die Stärke des Buches.

Bereicherung des Diskurses

Damit wird das Buch zu einer definitiven Bereicherung des postkolonialen Diskurses. Und zwar gerade deshalb, weil es ja sowohl im theoretischen Werk als auch in der sozial bewegten Praxis Gandhis durchaus kritisierenswerte oder zumindest schwer vermittelbare Aspekte gibt. Der Kult um die als heilig verehrte Person Gandhis muss in dieser Hinsicht sicherlich ebenso befremden wie manch straffe Moralvorschrift. Auch die ganze religiöse Überfrachtung wird nicht unbedingt sympathischer oder brauchbarer dadurch, dass es sich auch dabei um Wiederaneignungen oder eben Neuerfindungen Gandhis handelt. Satyagraha, das ursprüngliche ‚Festhalten an der Wahrheit', wurde beispielsweise zum Begriff für den militanten gewaltfreien Kampf umgedeutet. Für eine emanzipatorische Kritik der Gegenwart ist das vielleicht eher unerheblich. Im Sinne einer solchen Aneignung berief man sich jedenfalls auch auf den sannyasi.

Jens Kastner, Wien

Besprochene Literatur

Ashis Nandy 2008: Der Imtimfeind. Verlust und Wiederaneignung der Persönlichkeit im Kolonialismus. Mit einer Einleitung zur Rezeption von M.K.Gandhis libertärem Anti-Kolonialismus. Nettersheim: Verlag Graswurzelrevolution

Subversion – ‚glauben, dass es funktioniert'

Der Band ‚SUBversionen' versammelt die Beiträge der gleichnamigen Tagung vom Juli 2006. Beteiligt waren Kultur-, Geistes- und Sozialwissenschaftler/innen, Kunst- und Kulturschaffende sowie Aktivist/innen – dabei oftmals die vermeintlichen Grenzen dieser Definitionen überschreitend. So finden sich neben 16 Aufsätzen eine Abschlussdiskussion, eine Fotoarbeit von Armin Chodzinski sowie ein Prosatext von Florian Neuner.

Das Ganze...

Wie so viele Sammelbände teilt auch der vorliegende die Schwierigkeit, dem/der Leser/in einen roten Faden aufzuzeigen. Die Wahl eines einzelnen Begriffes als Titel – „Subversionen" – verspricht jedoch zunächst mehr. Er lässt eine theoretische Auseinandersetzung mit der Begrifflichkeit bzw. empirische Studien erwarten, die sich theoretisch ähnlich auf den Begriff beziehen und zumindest vorläufige Ansätze zu dessen Substanz formulieren. Bereits in der knappen thematischen Einleitung (9-14) wird der Sinnhaftigkeit und Möglichkeit, „den Begriff der Subversion endgültig und eindeutig bestimmen zu wollen" (12), eine Absage erteilt. Als erste Anhaltspunkte, den Begriff der Subversion zu fassen, werden vier Verwendungen eingeführt: „politisch-revolutionäre Subversion", ein „künstlerisch-avantgardistischer", ein „dekonstruktivistischer" und ein „minoritärer bzw. Untergrund-Begriff der Subversion" (13) um jedoch gleich anschließend darauf zu verweisen, dass die versammelten Beiträge diese Einteilung letztlich kaum aufgreifen, wiederum andere, sehr unterschiedliche Verständnisse von Subversion verwenden. Die bereits auf wenigen Seiten geweckte Vorahnung bestätigt sich – leider – bei Lektüre des gesamten Bandes, nämlich dass es sich um einzelne, für sich genommen durchaus interessante Einzelbeiträge han-

delt, die jedoch kaum einen Bezug untereinander erkennen lassen. Der kleinste gemeinsame Nenner im Verständnis von Subversion steht so als Fazit auch am Ende des Buches: „Aber ich würde es nicht machen, wenn ich nicht glauben würde, dass es funktioniert" (Bernhard, 384).

... und seine Teile

Dem Untertitel wird der Band sicher gerecht, als dass facettenreich das „Verhältnis von Politik und Ästhetik in der Gegenwart" aufgezeigt wird. Unterteilt ist der Band dabei in die Abschnitte „Geschichte, Strategie und Wirkung", „Literatur", „Theater", „Fotografie", „Film und Fernsehen" und „Bildende Kunst und Mode".

Mark Terkessidis' Aufsatz lässt sich als erweiterte Einleitung insofern verstehen, als dass hier nochmals versucht wird, dem Begriff der Subversion näher zu kommen. Als mögliche Taktiken der Subversion werden dabei Sinnzersetzung, Verkleidung/Maskierung, Übertreibung und Parodie, Umkehrungen, Stellvertreteraktion sowie Hybridität genannt, mit denen eine „Verständigung über die Situation" ausgelöst wird sowie „Alltagssituationen offen gelegt, bewusst gemacht und somit veränderbar" werden (31). Martin Doll plädiert für eine Schärfung des Begriffs, indem Subversion nicht – wie es für ihn in Mode gekommen zu sein scheint – als objektlos verstanden wird, sondern stattdessen an ihrer Zielsetzung bemessen wird. Eine Reformulierung des Politischen scheint ihm dafür notwendig. Wie auch im folgenden Beitrag von Mirko Tobias Schäfer und Hans Bernhard wird für das ambivalente Verhältnis von Subversion und deren herrschaftslogische Aneignung das Beispiel der Werbung herangezogen.

Matthew Miller stellt die Bedeutung einer Definition des Politischen für eine Annäherung an den Begriff der Subversion anhand der Auseinandersetzung mit einem Prosatext von Alexander Kluge dar. Er bezieht sich deshalb auf dessen gemeinsam mit Oskar Negt im Anschluss an Theodor W. Adorno entwickelte Gesellschaftstheorie. Anhand des Beitrags von Thomas Ernst zeigt sich die Verschränkung verschiedener Dimensionen von Subversion: Wird zwar der Roman „Tomboy" (Thomas Meinecke, 1998) hinsichtlich literarischer Praktiken als subversiv agierender vorgestellt, bricht sich das Label ‚subversiv' am etablierten Suhrkamp-Verlag, in dem der Roman erschien.

Die Beiträge zum Thema Theater widmen sich mit René Pollesch (Natalie Bloch) und der Berliner Volksbühne (Tanja Bogusz) zwei naheliegenden Dimensionen des Subversiven. Bogusz nimmt dabei auch Bezug auf die (staats-) politischen Bedingungen des Verhältnisses von Subversion und Kunst, indem sie die DDR-Geschichte der Volksbühne berücksichtigt.

Die Beiträge zur Fotografie nehmen unterschiedliche Perspektiven ein. Patricia Gozalbez Cantó stellt die fotografische Arbeit von Claude Cahun vor, die Anfang des 20. Jahrhunderts insbesondere mit Selbstporträts heterosexuelle und damit binär klassifizierte Identitäten in Frage stellte. Karen Wagels und Inga Betten rücken in ihren Beiträgen stärker das Verhältnis zwischen Bild und Betrachter/in in den Blick. Wagels beschreibt, wie die Bilder der Ausstellung ‚geschlechter/kon/fusionen' bei den Besucher/innen der Ausstellung zu eben solchen Verwirrungen führten. Betten beschäftigt sich mit den (Selbst-)Porträts der mexikanischen Zapatistas, die nur mit maskierenden Wollmützen auftreten und damit herkömmliche Seh- und Wahrnehmungsgewohnheiten irritieren. In der Rubrik „Film und Fernsehen" werden einerseits die technischen Möglichkeiten der Subversion ausgelotet (Sebastian Richter) und andererseits der Fokus auf die Bedeutung der Subversion hinsichtlich der Rollen der Schauspieler/innen gerichtet (Nadja Sennewald).

Die letzten drei Einzelbeiträge sind überschrieben mit „Bildende Kunst und Mode". Gregor Schröer stellt das Konzept von Meschac Gabas ‚Museum Of Contemporary African Art' als ein Anti-Museum gegenüber der bürgerli-

chen und kolonialen Institution dar. Helga M. Treichl bezieht sich in ihrer Auseinandersetzung über Mode als ‚Maskierung von Identitäten' auf ein Kunst- und Forschungsprojekt über lesbische Mode und zeigt daran die Möglichkeiten und Beschränkungen subversiver Praktiken auf. Anna Schobers Beitrag schlägt gewissermaßen die Brücke zwischen Schröers Ausführungen, die sich den Repräsentationen von bildender Kunst widmen, und dem Thema Mode, indem sie den künstlerischen Umgang mit verschiedenen Moden („Lumpendesign, Penismode und Körperteilverstärker"– so der Titel) in post-sozialistischen Ländern beschreibt.

Lässt man sich also auf den Erwartungshorizont des Untertitels ein, so kann man – insbesondere aus eher sozialwissenschaftlicher Perspektive, in der die Berücksichtigung genannter Themenfelder nach wie vor Minderheitenstatus haben – einiges hinzulernen. Einige Beiträge sind dabei vor allem empirisch informativ (z.B. Tangens und padeluun zu Netzaktivismus oder der Beitrag von Anna Schober). Da, wo theoretisch-konzeptionell gearbeitet wird, scheint die in sich schlüssige Argumentation auf die Einzelbeiträge beschränkt zu bleiben. Dieser Eindruck ist dem fehlenden roten Faden des Sammelbandes geschuldet. Gleichwohl gibt der Band die Möglichkeit, verschiedene Fäden aufzunehmen, Anknüpfungspunkte zu suchen und das begriffliche Netz der Subversion weiterzuspinnen.

Andrea Pabst, Berlin

Besprochene Literatur

Ernst, Thomas/Gozalbez Cantó, Patricia/Richter, Sebastian/Sennewald, Nadja/Tieke, Julia (Hg.) 2008: SUBversionen. Zum Verhältnis von Politik und Ästhetik in der Gegenwart, Bielefeld: Transcript Verlag.

Aktuelle Bibliographie

Rechtsradikalismus

Art, David 2007: Reacting to the Radical Right: Lessons from Germany and Austria. In: Party Politics, Vol. 13, No. 3, 331-349.

Baum, Karl-Heinz 2007: Gespräch mit dem Rechtsextremismus–Experten Miro Jennerjahn. Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, H. 10, 15-19

Erb, Rainer 2007: Organisierte Antisemiten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 31, 19-26.

Ettinger, Patrik/Udris, Linards 2008: Die gesellschaftliche Problematisierung des Rechtsextremismus. In: Berliner Debatte Initial, Heft 1-2, 15-28.

Frindte, Wolfgang/Preiser, Siegfried 2007: Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heftz 11, 32-38.

Goodwin, Matthew J. 2007: The Extreme Right in Britain: Still an ‚Ugly Duckling' but for How Long? In: The Political Quarterly, Vol. 78, Is. 2, 241-250.

Ivarsflaten, Elisabeth 2008: What Unites Right-Wing Populists in Western Europe? Re-Examining Grievance Mobilization Models in Seven Successful Cases. In: Comparative Political Studies, Vol. 41, No. 1, 3-23.

Kestilä, Elina/Söderlund, Peter 2007: Sub-national Political Opportunity Structures and the Success of the Radical Right: Evidence from the March 2004 Regional Elections in France. In: European Journal of Political Research, Vol. 46, Is. 6, 773-796.

Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils 2007: Ein- und Ausstiegsprozesse rechtsextremer Skin-

heads. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 37, 17-23.

Molthagen, Dietmar/Decker, Oliver 2007: Studie über rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 10, 12-14.

Rieker, Peter 2007. Fremdenfeindlichkeit und Sozialisation in Kindheit und Jugend. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 37, 31-38.

Rieker, Peter 2007: Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Deutschland. In: Gesellschaft Wirtschaft Politik, Heft 2, 203-216.

Rydgren, Jens 2007: The Sociology of the Radical Right. In: Annual Review of Sociology, Vol. 33, 241-262.

Simon, Titus 2007: Lebenswelten junger Menschen und Antworten der Jugendhilfe auf Herausforderungen in rechtsextrem belasteten ländlichen Räumen. In: neue praxis, Heft 3, 278-293.

Sitzer, Peter/Heitmeyer, Wilhelm 2007: Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 37, 3-10.

Wahl, Klaus 2007: Fremdenfeindliche Täter. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 31, 26-32.

Zivilgesellschaft

Adman, Per 2008: Does Workplace Experience Enhance Political Participation? A Critical Test of a Venerable Hypothesis. In: Political Behaviour, Vol. 30, No. 1, 115-138.

Baiocchi, Gianpaolo et al. 2008: Making Space for Civil Society: Institutional Reforms and Local Democracy in Brazil. In: Social Forces, Vol. 86, No. 3, 911-936.

Brown, David S. et al. 2008: Who Gives, Who Receives, and Who Wins? Transforming Capital into Political Change through Nongovernmental Organizations. In: Comparative Political Studies, Vol. 41, No. 1, 24-47.

Harris, Margaret/Schlappa, Hans 2008: ‚Hoovering up the Money'? Delivering Government-Funded Capacity-Building Programmes to Voluntary and Community Organisations. In: Social Policy and Society, Vo. 7, Is. 2, 135-146.

Howard, Marc Morjé/Gilbert, Leah 2008: A Cross-National Comparison of the Internal Effects of Participation in Voluntary Organizations. In: Political Studies, Vol. 56, No. 1, 12-32.

Kriesi, Hanspeter 2008: Political Mobilization, Political Participation and the Power of the Vote. In: West European Politics, Vol. 31, Is. 1-2, 147-168.

Letki, Natalia 2008: Does Diversity Erode Social Cohesion? Social Capital and Race in British Neighborhoods. In: Political Studies, Vol. 56, No. 1, 99-126.

Skitka, Linda J./Bauman, Christopher W. 2008: Moral Conviction and Political Engagement. In: Political Psychology, Vol. 29, Is. 1, 29-54.

Stolle, Dietlind/Howard, Marc Morjé 2008: Civic Engagement and Civic Attitudes in Cross-National Perspective: Introduction to the Symposium. In: Political Studies, Vol. 56, No. 1, 1-11.

Stolle, Dietlind et al. 2008: When Does Diversity Erode Trust? Neighbourhood Diversity, Interpersonal Trust and the Mediating Effect of

Social Interactions. In: Political Studies, Vol. 56, No. 1, 57-75.

Internationale Zivilgesellschaft und Internationale Beziehungen

Byrd, Jodi A./Heyer, Katharina C. 2008: Introduction: International Discourses of Indigenous Rights and Responsibilities. In: Alternatives. Global, Local, Political, Vol. 33, No. 1, 1-7.

Castells, Manuel 2008: The New Public Sphere: Global Civil Society, Communication Networks, and Global Governance. In: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 616, No. 1, 78-93.

Corntassel, Jeff 2008: Toward Sustainable Self-Determination: Rethinking the Contemporary Indigenous-Rights Discourse. In: Alternatives. Global, Local, Political, Vol. 33, No. 1, 105-132.

Fordham, Benjamin O. 2008: Economic Interests and Public Support for American Global Activism. In: International Organization, Vol. 62, Is. 1, 163-182.

Holder, Cindy 2008: Culture as an Activity and Human Right: An Important Advance for Indigenous Peoples and International Law. In: Alternatives. Global, Local, Political, Vol. 33, No. 1, 7-29.

Lightfood, Sheryl R. 2008: Indigenous Rights in International Politics: The Case of „Overcompliant" Liberal States. In: Alternatives. Global, Local, Political, Vol. 33, No. 1, 83-105.

Schmidt, Brian 2008: International Relations Theory: Hegemony or Pluralism? In: Millenium. Journal of International Studies, Vol 36, No.2, 105-114.

Steffek, Jens 2008: Zähmt zivilgesellschaftliche Partizipation die internationale Politik? In: Leviathan, Jg. 36, Heft 1, 105-122.

Stone, Diane 2008: Global Public Policy, Transnational Policy Communities, and their Networks. In: Policy Studies Journal, Vol. 36, Is. 1, 19-38.

Soziale Bewegungen und Protest National

Dörner, Klaus 2008: Leben und Sterben: Die neue Bürgerhilfebewegung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 4, 21-25.

Plum, Catherine 2008: The Children of Antifascism: Exploring Young Historians Clubs in the GDR. In: German Politics & Society, Vol. 26, No. 1, 1-28.

Zierock, Stefan 2008: Wo bleibt der junge Anti-Kriegs-Protest? In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Hefte 1+2, 59-62.

Ausland

Altman, Susanne 2008: Artists on Trial: Feminist Art in Poland. Between Censorship and Activism. In: Signs: Journal of Women in Culture and Society, Vol. 33, No. 2, 413-418.

Brodsky, Judith K./Ferris, Olin 2008: Stepping Out of the Beaten Path: Reassessing the Feminist Art Movement. In: Signs: Journal of Women in Culture and Society, Vol. 33, No. 2, 329-343.

Edwards, Gemma 2008: The ‚Lifeworld' as a Resource for a Social Movement Participation and the Consequences of its Colonization. In: Sociology, Vol. 42, No. 2, 299-231.

Franzway, Suzanne/Fonow, Mary Margaret 2008: An Australian Feminist Twist on Transnational Labor Activism. In: Signs: Journal of Women in Culture and Society, Vol. 33, No. 3, 537-545.

Höhn, Maria 2008: The Black Panther Solidarity Committees and the *Voice of the Lumpen*.

In: German Studies Review, Vol. 31, No. 1, 133-225.

Ibrahim, Yousaf 2008: Book Review: Graham Chesters and Ian Welsh. Complexity and Social Movements: Multitudes at the Edge of Chaos. In: Sociology, Vol. 42, No. 1, 202-203.

Lovenduski, Joni 2008: State Feminism and Women's Movements. In: West European Politics, Vol. 31, Is. 1&2, 169-194.

McCammon, Holly J. et al. 2008: Becoming Full Citizens: The U.S. Women's Jury Rights Campaigns, The Pace of Reform, and Strategic Adaption. In: American Journal of Sociology, Vol. 113, No. 4, 1104-1148.

Massetti, Emanuele 2008: Book Review: Daniele Caramani and Yves Mény (eds.), Challenges to Consensual Politics: Democracy, Identity, and Populist Protest in the Alpine Region. In: Party Politics, Vol. 14, No. 1, 131-133.

Walzer, Michael 2008: The Tibetan Intifada. In: Dissent, Online Features, http://www.dissentmagazine.org/online.php?keyword=+Michael+Walzer [13.5.2008].

Demokratietheorie und Politische Philosophie

Koelble, Thomas/Lipuma, Edward 2008: Democratizing Democracy: A Postcolonial Critique of Conventional Approaches to the ‚Measurement of Democracy'. In: Democratization, Vol. 15, Is. 1, 1-28.

Mclaverty, Peter/Halpin, Darren 2008: Deliberative Drift: The Emergence of Deliberation in the Policy Process. In: International Political Science Review, Vol. 29, No. 2, 197-214.

Ober, Josiah 2008: The Original Meaning of „Democracy": Capacity to do Things, not Majority Rule. In: Constellations, Vol. 15, No. 1, 3-9.

Pettit, Philip 2008: Three Conceptions of Democratic Control. In: Constellations, Vol. 15, No. 1, 46-55.

Urbinati, Nadia 2008: Two Visions of Democracy: Introduction. In: Dissent, Online Features, http://www.dissentmagazine.org/online.php?keyword=+Michael+Walzer [6.1.2008].

Urbinati, Nadia 2008: Two Visions of Democracy: Letter 1. In: Dissent, Online Features, http://www.dissentmagazine.org/online.php?keyword=+Michael+Walzer [5.1.2008].

Urbinati, Nadia/Walzer, Michael 2008: Two Visions of Democracy: Introduction. In: Dissent, Online Features, http://www.dissentmagazine.org/online.php?keyword=+Michael+Walzer [7.1.2008].

Walzer, Michael 2008: Two Visions of Democracy: Michael Walzer Responds. In: Dissent, Online Features, http://www.dissentmagazine.org/online.php?keyword=+Michael+Walzer [6.1.2008].

Walzer, Michael 2008: Two Visions of Democracy: Letter 2. In: Dissent, Online Features, http://www.dissentmagazine.org/online.php?keyword=+Michael+Walzer [3.1.2008].

Walzer, Michael 2008: Two Visions of Democracy: Letter 4. In: Dissent, Online Features, http://www.dissentmagazine.org/online.php?keyword=+Michael+Walzer [2.1.2008].

Bernd Wagner: Neuer Rechtsextremismus und „kulturelle Subversion“, FJ NSB 4/2008, S. 6-16
Der moderne Rechtsextremismus gefährdet nicht kurzfristig den demokratischen Verfassungsstaat, sondern untergräbt als kulturelle und soziale Bewegung, die sozial und geistig in einem völkischen Milieu verankert ist, mittel- und langfristig die westlich orientierte Demokratie. Das Engagement von Rechtsextremen ist dabei vielschichtig und umfasst sowohl kulturelle Muster der Identitätsfindung als auch diskursive Angriffe auf Schwachstellen der demokratischen Kultur und die Anwendung von Gewalt als Mittel zum Zwecke des kommunalen Nahkampfes um soziale Dominanzflächen in der Kommune. Die demokratische Gegenseite ist in dieser Auseinandersetzung nicht gut aufgestellt, um diese Angriffe auf Dauer erfolgreich abwehren zu können. Deshalb ist – unter Rückgriff auf die eigenen Wertmaßstäbe – eine Neubewertung und -aufstellung der demokratischen Strukturen vonnöten.

Bernd Wagner: New Right-Wing Extremism and Cultural Subversion, FJ NSB 4/2008, p. 6-17
Modern right-wing extremism may not endanger the structure of the democratic state immediately. However, as a cultural and social movement it undermines Western democracy in the long run. The multi-faceted rightist engagement includes the use of violence as well as cultural patterns of shaping identity and discursive attacks on the weaknesses of democratic culture. The democratic counterpart is not well prepared to ward off these attacks continuously. Thus, a new evaluation of democratic structures on the basis of democracy’s founding values is necessary.

Simon Teune: Rechtsradikale Zivilgesellschaft – contradictio in adiecto? FJ NSB 4/2008, S. 17-22
Kann man das soziale Engagement der radikalen Rechten und deren weitläufige Akzeptanz in einigen Regionen der Bundesrepublik als ‚rechtsradikale Zivilgesellschaft‘ verstehen? Handlungstheoretische Vorstellungen von Zivilgesellschaft sind gegen die Kombination dieser Begriffe besser abgeschirmt als jene, die sich einer sektoralen Logik bedienen. Vor allem hat das Konzept einer rechtsradikalen Zivilgesellschaft einen heuristischen Wert. Es verweist auf die Grenzen der Zivilgesellschaft und darauf, dass Rechtsradikalismus nicht als Problem von devianten Organisationen und Szenen zu verstehen ist, sondern nur als deren Interaktion mit anderen Teilen der Gesellschaft.

Simon Teune: Rightist Civil Society – contradictio in adiecto? FJ NSB 4/2008, p. 17-22
Rightist activists in Germany get more and more active in community service. In some regions these efforts even succeed in shaping local communities. Does it make sense, then, to understand this development as an emerging ‚rightist civil society‘? A sectoral understanding of civil society does allow this notion rather than conceptions inspired by theory of action. However, the concept of a rightist civil society is first and foremost of a heuristic value. It points to the limits of civil society and the limits of a narrow understanding of the radical right. The analysis of right wing radicalism may not be limited to deviant organizations and scenes but has to include their interaction with other segments of society.

Dierk Borstel: Engagement als Strategie – Was will der nette Nazi von nebenan? FJ NSB 4/2008, S. 23-28
Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus sind in der Theorie wie Feuer und Wasser. Das zivilgesellschaftliche Wasser lösche sogar den rechtsextremen Brand, so das Credo der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Die rechtsextreme Praxis sieht jedoch anders aus. So agieren seit Jahren auch rechtsextreme Kräfte nicht nur in der Sphäre der Zivilgesellschaft sondern auch mit zivilgesellschaftlichen Mitteln. Dieser Ansatz ist derzeitig die erfolgreichste rechtsextreme Strategie, die auch Zulauf und Geländegewinne im diskursiven Machtkampf mit demokratischen Akteuren vor Ort bringt. Zwar scheitert die rechtsextreme Praxis noch oft am eigenen Unvermögen. Dennoch gibt es zumindest regional erstaunliche Hinwendungen zu einer rechtsextremen Zivilgesellschaft, die die demokratische Gegenseite vor große Herausforderungen stellt.

Dierk Borstel: Active Citizenship as a Strategy – What does the nice Nazi-Neighbour want? FJ NSB 4/2008, p. 23-28
In theory civil society and right-wing extremism are like fire and water. Federal programs against right-wing extremism consider civil society to be the water that purges the fire of right-wing extremism. Practical experience, however, proves to be different. For years the extremists have used instruments of civil society and have acted within its sphere. This method is most successful as it forces democratic protagonists onto the defensive in discursive struggles. Often, rightist praxis fails due to the activists' incompetence. However, there are partial successes on the way to a rightist civil society which the democratic counterpart has to face.

Gudrun Heinrich: Die NPD als Bewegungspartei, FJ NSB 4/2008, S. 29-38
Die Frage, ob es sich beim Rechtsextremismus um eine soziale Bewegung handelt, wird kontrovers diskutiert. Ein wichtiger Indikator hierfür ist die Vernetzung von bewegungsunterstützenden und -tragenden Akteuren. Untersucht wird das Verhältnis der NPD zu rechtsextremen Strukturen und Netzwerken jenseits der Partei in Hinsicht auf Absprachen, Kooperationen sowie in Bezug auf ihr Selbstverständnis. Das Ergebnis ist nicht eindeutig: Die Indizien abwägend, die dafür sprechen, dass es sich bei der NPD um eine Bewegungspartei handelt, und solche, die dieser Position entgegenstehen, kommt die Autorin zum Schluss, die NPD als „funktionale Bewegungspartei" zu bezeichnen.

Gudrun Heinrich: The NPD as a Movement Party, FJ NSB 4/2008, p. 29-38
It is disputed if right-wing extremism is a social movement. An important indicator is the linking-up of protagonists supporting the movement. The article analyzes the relation between NPD and right-wing grassroots networks with reference to their respective self-concept and mutual cooperation. Weighing pros and cons concerning the question if the NPD is a ‚movement party', the author concludes that the NPD can be considered as a „functional movement party".

Benno Hafeneger/Rainer Becker: Die extreme Rechte als dörfliches Alltags-Phänomen. Das Beispiel Hessen, FJNSB 4/2008, S. 39-44
Der ländliche Raum bietet für die soziale Verankerung von Rechtsextremen besondere Bedingungen. Überschaubarkeit und soziale Nahbeziehungen führen häufig dazu, dass Rechtsextreme als Teil der Gemeinschaft angesehen werden und rechtsradikales Engagement im Alltag nicht skandalisiert wird. Das Beispiel Hessens zeigt, dass vor allem alteingesessene Rechtsextreme toleriert werden; herrscht dagegen die Wahrnehmung vor, dass das Problem von außen kommt, ist eine Gegenwehr wahrscheinlicher. Demokratische Gegenstrategien sind allerdings zum Scheitern verurteilt, wenn sie die sozialen Besonderheiten des ländlichen Raumes nicht berücksichtigen.

Benno Hafeneger/Rainer Becker: The Extreme Right as an Everyday Phenomenon in Rural Hesse, FJ NSB 4/2008, p. 39-44
Rural areas provide specific opportunities for the establishment of right wing extremists. Spatial limitation and intimacy in social relations tend to result in the notion that extremists are part of the community and that their everyday activism is not considered as problematic. The example of the German Bundesland Hesse shows that it is primarily long-established right wing activists who are tolerated in their community. By contrast, rural communities are likely to resist right extremism if it is perceived as an external problem. Strategies aimed at countering a rightist daily routine are doomed to fail if they do not acknowledge the social particularities of the rural space.

Benjamin Fischer/Tatjana Volkmann: Anerkennung durch kommunales Engagement? Rechtsextremismus in Ueckermünde, FJNSB 4/2008, S. 45-51
Ueckermünde gehörte bei der letzten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern trotz schwacher Parteistrukturen zu den Hochburgen der NPD. Dieser Erfolg geht zurück auf den zivilgesellschaftlichen Unterbau der NPD. Bürgerinitiativen und Angebote für Jugendliche, die von rechtsextremen Kameradschaften getragen werden, lassen diese als engagierte kommunale Akteure erscheinen. Aus diesem Milieu heraus erklärt sich die soziale Verankerung des örtlichen NPD-Abgeordneten. Das Fallbeispiel zeigt die erfolgreiche Kooperation zwischen rechtsextremer Zivilgesellschaft und der NPD als regionaler Bewegungspartei.

Benjamin Fischer/Tatjana Volkmann: Recognition by active local citizenship? Right-Wing Extremism in Ueckermünde, FJ NSB 4/2008, p. 45-51
Ueckermünde was a stronghold of the NPD in the last election to the Landtag of Mecklenburg-Vorpommern even though party structures are weak. This success can be explained by the NPD's good foundation within civil society. A citizens' action committee and offers for young people sustained by right wing extremists let them appear as active local citizens. This case study shows the successful cooperation between right wing activists as active local citizens and the NPD as a regional movement party.

Carl Chung: Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft in Berlin, FJ NSB 4/2008, S. 52-57
In Beantwortung der Frage, ob es auch in Berlin eine rechtsextreme Zivilgesellschaft gebe, entwickelt der Autor ausgehend von einer Beschreibung der besonderen Berliner Sozialstruktur ein differenziertes Lagebild. Dabei identifiziert er rechtsextreme Verdichtungsräume („Angsträume") mit den bekannten Folgen für diejenigen, die nicht ins enge Schema rechtsextremen Denkens passen. Diese stehen allerdings einem grundsätzlich menschenrechtlich orientierten Grundklima in der Hauptstadt gegenüber sowie einer gewachsenen demokratischen Zivilgesellschaft, die abgeschwächt auch in Brennpunkten rechtsextremen Handelns existiert. Probleme mit ideologischen Einstellungen wie Rassismus oder Antisemitismus sind in Berlin nur im Zusammenhang mit sozialen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Stadt zu betrachten. Politische Konzepte, die dieser Komplexität nicht gerecht werden, indem sie sich z. B. einseitig ausschließlich gegen Rechtsextremismus wenden, laufen Gefahr, ihr Ziel zu verfehlen.

Carl Chung: Right-Wing Extremism and Civil Society in Berlin, FJ NSB 4/2008, p. 52-57
Analyzing the question if there is a rightist civil society in Berlin, the author describes the special social structure within the city. He finds that there are spaces of dominance for rightist extremists with the known consequences for those not fitting the scheme (‚No-go-Areas'). But these spaces are confronted with an atmosphere in the city that is generally supportive of human rights. A democratic civil society exists even in areas, where right-wing extremism is common. Problems with ideological attitudes such as antisemitism and racism can be understood only in the context of political, social and societal developments. Political concepts underestimating this complexity are unlikely to bring about democratic change in areas dominated by right wing extremism.

Claudia Luzar: Strategien gegen Rechtsextremismus – eine Lehrformel? FJ NSB 4/2008, S. 58-62
Viele Programme gegen Rechtsextremismus setzen auf Prävention. Doch was gilt es zu tun, wenn die rechtsextreme Subversionsstrategie schon erste Früchte trägt? Der Artikel erkundet anhand eines Fallbeispiels aus Berlin drei gängige Interventionsstrategien und fragt nach ihren Erfolgschancen. Als problematisch zeigen sich Versuche der demonstrativen Konfrontation genauso wie Ansätze der Belehrung. Erfolg versprechend sind hingegen Wege, die mittels eines demokratischen Dialogs die Sichtweisen örtlicher Akteure zu den lokalen Problemen aufgreifen und darauf aufbauend einen verknüpften, pluralistischen und interessengeleiteten Handlungsansatz entwickeln. Die Entwicklung einer Interventionsstrategie ist dann in sich schon Akt der Förderung der demokratischen Kultur.

Claudia Luzar: Strategies against Right Wing Extremism – The Silver Bullet? FJNSB 4/2008, p. 58-62
What can be done if rightist strategies of cultural subversion succeed? Taking an episode from Berlin as an example the text identifies three strategies of invention and asks for their potential success. Plain confrontation and moral appeals prove to have counterintuitive results. Rather, a procedure of democratic dialogue seems to be a promising approach. In such a process the perspectives of local actors can be identified and taken as a basis to develop a plural, target-oriented strategy of action. Kicking off such an exchange may in itself nurture a democratic culture.

Andreas Umland: Rechtsextremes Engagement jenseits von Parteien. Vorkriegsdeutschland und Russland im Vergleich, FJ NSB 4/2008, S. 63-67
Die Forschung zum gegenwärtigen Rechtsextremismus in Russland kann von einem Blick auf die Zivilgesellschaft der Weimarer Republik profitieren. Damals wurden antisemitische, rassistische und chauvinistische Ideologien im Vereinswesen und im Alltag verbreitet, Wahlerfolge von extrem rechten Parteien blieben allerdings zunächst aus. Eine auf parteiförmigen Rechtsextremismus beschränkte Perspektive in der Russlandforschung lässt die starke Aktivität von Rechtsextremen in der Zivilgesellschaft außer Acht, obwohl diese für die zukünftige Entwicklung der Nationalisten von großer Bedeutung ist.

Andreas Umland: Right Wing Activism beyond Parties. Comparing Pre-War Germany with Russia, FJ NSB 4/2008, p. 63-67
Research in contemporary right wing extremism in Russia may be inspired by a look at civil society in the Weimar Republic. In this period of German history anti-Semitic, racist and chauvinist attitudes were promoted by associations while initially right extremist parties did not meet with electoral success. A focus on party activities in research targeting Russian right wing extremism leaves out the engagement in civil society. However, activism beyond parties is of vital importance for the future development of Russian Nationalism**.**

Sonderschwerpunkt Demokratietheorie: Iris M. Young, FJ NSB 4/2008, S. 68-101
Der Sonderschwerpunkt Demokratietheorie erörtert die bleibende Bedeutung, die die Arbeiten der amerikanischen Politikwissenschaftlerin Iris M. Young (1949-2006) für die zeitgenössische politische Theorie haben. Charakteristisch für Youngs Arbeiten, so der einleitende Essay von Peter Niesen, ist eine an Phänomenen der Unterdrückung ansetzende Konzeption von Gerechtigkeit, die ebenso wie ihre kommunikative, über den deliberativen Austausch von Argumenten hinausreichende Vorstellung von Demokratie am Ideal einer maximal inklusiven sozialen Praxis von Gleichen orientiert ist. Die Beiträge des Sonderschwerpunkts nehmen verschiedene Facetten von Youngs Werk auf, von der Ungleichheit der Geschlechter über globale Ungleichheiten zu Fragen der Zivilgesellschaft in der Demokratie. Wie Young greifen sie auf aktuelle soziale Wahrnehmungen und Problemstellungen zurück, um an ihnen die analytischen und normativen Begriffe der politischen Theorie zu schärfen und zu revidieren. Ina Kerner knüpft in ihrem Beitrag an Youngs körperphänomenologische Aufsätze an, die Verbindungen zwischen somatischen Erfahrungen und gesellschaftlichen Wahrnehmungen von Ungleichheit ziehen. Kerner zeigt, wie Young die Grenzen zwischen ‚essentialistischen' und artifiziellen Geschlechtervorstellungen bewusst unterläuft. Am Beispiel von Youngs Frage: Gibt es so etwas überhaupt wie ein ‚gerecht produziertes' T-Shirt? Und wenn nein, wer ist verantwortlich? greift Regina Kreide das Thema globaler Verantwortung auf. Sie erörtert und modifiziert den Gedanken, dass eine aus sozialer Verbundenheit resultierende Zuständigkeit füreinander sich nicht in individueller juristischer Haftung für Handlungen der Vergangenheit erschöpft, sondern kollektiv ist und in die Zukunft projiziert werden soll. Elisabeth Conradi widmet sich am Beispiel des Grüßens alternativen Ausdrucksmöglichkeiten der Einbeziehung und Berücksichtigung, die ihren Ursprung in alltäglichen Interaktionen haben, aber auch für demokratische Prozesse von Bedeutung sein können. Sandra Seubert schließlich erörtert Youngs Konzeption einer Zivilgesellschaft, die durch Gruppenzugehörigkeiten geprägt ist. Sie ergänzt

deren Diagnose von marginalisierten und unterprivilegierten, aber letztlich demokratieorientierten Gruppen um eine Reflexion der zerstörerischen Potentiale ‚unziviler' Gruppen von Modernisierungsverlierern. Zusammengenommen dokumentieren die Beiträge die fruchtbaren Anregungen, die nach wie vor von Youngs politischer Theorie ausgehen.

Special Section on Democratic Theory: Iris M. Young, FJ NSB 4/2008, p. 68-101
The special section on democratic theory discusses the lasting impact of the late Iris M. Young's (1949-2006) thought for political theory today. In his introductory essay, Peter Niesen suggests that the two central motives of Young's work, her political conception of justice addressed to phenomena of oppression, and her understanding of democracy as communicative rather than deliberative, are both oriented towards an ideal of maximal social inclusion as equals. The articles in the special section take up various facets of Young's thought, from gender difference to global inequalities to the theory of civil society and democratic public spheres. Inspired by Young's characteristic style, the contributions refer back to concrete social observations and perceptions of injustice in order to sharpen and revise the analytical and normative concepts of political theory. Ina Kerner gives a reading of Young's writings on the phenomenology of the female body, showing how Young purposely subverts the lines between ‚essentialist' and artificial interpretations of sex and gender differences in order to use the resources of ‚body language' as a reservoir of critique. Regina Kreide takes up Young's writings on global justice and the question of whether there exists a ‚just way of producing' a T-Shirt, and, if not, who ought to be considered responsible for that fact. She discusses and modifies Young's ‚social connection' model of responsibility as not involving strict individual liability for past action or inaction, but as involving collective duties geared to future relations. Moving from the theory of justice to democratic theory, Elisabeth Conradi invokes the practice of ‚greeting' to suggest that argumentative democratic practices ought to be supplemented by alternative forms of inclusion and recognition. Sandra Seubert develops Young's idea of a civil society structured by group affinities and struggles. She suggests that support for marginalised groups need not necessarily strengthen a society's democratic credentials, as it may empower the destructive potential of ‚uncivil' groups. Taken together, the essays document the rich inspiration still originating from Young's work.

Forschungsjournal
Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 21, Heft 3, September 2008

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart
Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe *NSB* herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Dr. Thomas Leif

Redaktion: Alexander Flohé, Kiel; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, St. Augustin/Frankfurt M.; Peter Kuleßa, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin; Gabriele Schmidt, Berlin; Lars Schmitt, Marburg; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeiter: Vera Faust, Aachen; Anja Löwe, Berlin; Dr. Stefan Niederhafner, Seoul

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Dr. Ludger Klein (v.i.S.d.P.); verantwortlich *für Pulsschlag und Sonderschwerpunkt:* Alexander Flohé, Schönberger Str. 2, 24148 Kiel, e-mail: alex.flohe@web.de; *für Treibgut:* Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de; *für Literatur:* Gabriele Schmidt, Falkensteinstraße 5,10997 Berlin, e-mail:gabi_sch@gmx.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Dr. Karin Benz-Overhage, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe NSB, c/o Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snafu.de

Homepage: www.fjnsb.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o Dr. Ludger Klein, Im Erlengrund 1, 53757 St. Augustin, e-mail: lepus.lk@t-online.de: *Spendenkonto*: Sparkasse Kölnbonn, BLZ: 370 501 98, Konto-Nr: 751 460 7

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2008: Bibliotheken € 48,–, persönliches Abonnement € 42,–, für Studierende gegen Studienbescheinigung € 30,–, Einzelheft € 14,–, jeweils inkl. MwSt. (Versandkosten Inland € 4,–/Ausland € 8,–)
Alle Bezugspreise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnentenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2008.

© 2008 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern. Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden
Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden
Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany
ISSN 0933-9361